A 4846 FX

SOPO

45

SOZIALISTISCHE POLITIK
10. JAHRGANG HEFT 3
SEPT. 1978 DM 9,80

R. Bayreuther - **Monopolbegriff bei Altvater und Katzenstein** •
M. Paetau/M. Ellwardt/W. Roth - **Inflationsdiskussion** •
A. Neusüss - **Bürger und Staat** •
F. Tomberg - **Studentenstreik** •
A. Mazzone - **Der schwarze Kern der Roten Brigaden** •
J. Brockmeier - **Renaissance** •
A. Mazzone - **Kapitalfetischismus (III)**
DISKUSSION & KRITIK:
E. Hültenschmidt/ G. Schubring - **Kritik an Ruben und Rilling** •

K.Maase, H.Müller,
H.Preiss, E.Schöfer

Perspektiven gewerkschaftlicher Kulturarbeit

SOPO
SOZIALISTISCHE POLITIK

Vierteljährlich herausgegeben in Berlin(West)

Herausgeber: Die Redaktion

Redaktion

Hans-Werner Franz, Pierre Franzen, Bernhard Heidtmann, Robert Katzenstein, Hella Stern, Hans-Jürgen Weißbach

Redaktionsleitung

Bernhard Heidtmann und Robert Katzenstein

Wissenschaftlicher Beirat

Veit Michael Bader (Amsterdam), Kurt Bayertz (Köln), Roy Bhaskar (Edinburgh), Hans Jochen Brauns (Berlin(West)), David H. DeGrood (Bridgeport, USA), Werner Goldschmidt (Hamburg), Johann Josef Hagen (Salzburg), Hans Heinz Holz (Marburg), Klaus Holzkamp (Berlin(West)), Jörg Huffschmid (Bremen), Uffe Juul Jensen (Aarhus), Ulf Kadritzke (Berlin(West)), Hans Jürgen Krysmanski (Münster), Dieter Läpple (Eindhoven), Gert Mattenklott (Marburg/Berlin(West)), Alessandro Mazzone (Rom), Jacques Milhau (Lille), Michael Nerlich (Berlin(West)), Rainer Rilling (Marburg), Hans Jörg Sandkühler (Bremen), Enrique Semo (Mexiko), Heinz Wagner (Berlin(West))

Redaktionsanschrift

SOPO c/o das europäische buch, Thielallee 34, 1000 Berlin 33

Verlag und Anzeigenverwaltung
das europäische buch, Literaturvertrieb GmbH,
Thielallee 34, 1000 Berlin 33
Telefon (030) 832 40 51

Preis des Einzelheftes: DM 9,80
Abonnement (4 Hefte): DM 36,— incl. Porto auf Voraus-Rechnung
Mitarbeit und Autorenschaft bei der SOPO erfolgen honorarfrei. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen
Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten. © 1978 by das europäische buch, Literaturvertrieb GmbH, Berlin(West)). ISSN 0340-9198

Umschlaggestaltung und Layout
Ralph Christians

Gesamtherstellung
poly-print Druck GmbH, Schmiljanstr. 24, 1000 Berlin 41

Umschlaggestaltung unter Verwendung eines Szenenfotos von Frank Roland-Beeneken aus: „Das Richtfest oder: Sei gegrüßt Retter, wo ist unser Frühstück?“ von Otto Zonschitz.
Eine Produktion der Theatermanufaktur im Auftrage der Ruhrfestspiele 1978, Recklinghausen und der Berliner Festspiele

SOPO 45 10. Jahrgang Heft 3 Sept. 1978

Editorial 2

Dokumentation

Erklärung des BdWi 5

Kaspar Maase
Kulturbedürfnisse und demokratische Kulturarbeit 6

Henning Müller
Weder „Freizeittrösterin“ noch verlängerter Arm des herrschenden Kulturbetriebs“: Gewerkschaftliche Kulturarbeit in der Diskussion 30

Hans Preiss/Erasmus Schöfer
Im Stadium des Experimentierens
Gespräch über die gewerkschaftliche Kulturarbeit 37

Reinhard Beyreuther
Zur Differenz des Monopolbegriffs am Beispiel von Elmar Altvater und Robert Katzenstein 42

Michael Paetau
Das Marxsche Quantitätgesetz und die neuere Inflationsdiskussion 54

Michael Ellwardt
Zum Problem von Monopolpreis und permanenter Inflation 65

Winfried Roth
Monopolisierung, Stagnation und Preisstreiberei:
Die Stahlkonzerne der USA als Motoren der Inflation 77

Arnhelm Neusüss
Die Bürger und der Staat 85

Friedrich Tomberg
Pyrrhussiege sind Niederlagen 99

Alessandro Mazzone
Der schwarze Kern der Roten Brigaden 110

Jens Brockmeier
Das methodologische Interesse des Historischen Materialismus an der Renaissance 117

Alessandro Mazzone
Der Kapitalfetischismus: Über Grundfragen einer materialistischen Ideologietheorie (III) 136

Diskussion und Kritik

Erika Hültenschmidt/Gert Schubring
Bemerkungen zu reduktionistischen Wissenschaftsauffassungen (I) 150

Summaries 159

Errata 163

Autorenverzeichnis 164

Editorial

Zuletzt hat sich die SOPO in Heft 29 (1974) schwerpunktmäßig mit Kulturtheorie und -politik befaßt. In den Jahren seit 1974 ist ein gewaltiger Zuwachs an Aktivität und Bewegung in der demokratischen und gewerkschaftlichen Kulturarbeit zu verzeichnen; korrespondierend zu der wachsenden Orientierung der Kulturproduzenten auf die Gewerkschaften und den Widerstand gegen soziale und bewußtseinsmäßige Auswirkungen einer der Kapitalverwertung unmittelbar unterworfenen Kulturproduktion. Zwar bleibt der Zeitpunkt der Errichtung einer Kultur- und Medienarbeiter umfassenden einheitlichen 'Mediengewerkschaft' weiterhin ungewiß — jedoch haben sich nach den Schriftstellern inzwischen auch bildende Künstler, Musiklehrer und Konzertmusiker gewerkschaftlich organisiert. Die 'Beiträge für ein kulturpolitisches Programm des DGB' werden im Hinblick auf den kulturpolitischen Teil in der geplenten Neufassung des DGB-Grundsatzprogramms verstärkt diskutiert werden. Hierin drückt sich einerseits das Interesse der arbeitenden Menschen am erweiterten Zugang zur Kultur aus, der Wunsch der Arbeiterklasse aus der bürgerlichen Kultur schöpfen zu können, indem sie deren humanistische und emanzipatorische Resultate zu bewahren sucht. Zugleich wird innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise eine Gegenkultur sichtbar, die sich selbst schon als Klassenkultur begreift (F.X. Kroetz, Grips-Theater etc.)

Der Aufbau eigener Kultur, die Entwicklung neuer kultureller Ausdrucksformen ihres eigenen Lebens ist von jeher ein zentrales Moment des Selbstständig — Werdens der Arbeiterklasse (wie unterdrückter Klassen überhaupt) gewesen, ein notwendiger Schritt im Prozeß der Befreiung von der bürgerlichen Hegemonie. Dies klingt im Aufsatz K. Maases im vorliegenden Heft an. Kulturelle Ausdrucksformen und deren Veränderung — dies soll in der hier begonnenen Diskussion deutlich und gegenüber der sicher erforderlichen Klärung des Kultur*begriffs* nicht verdrängt werden — wirken *bewußtseinsbildend.* Sie wirken daher auf dem Prozeß gesellschaftlicher Organisation und ihrer Veränderung, sind zugleich Resultat der *Gesamtheit* der gesellschaftlichen bewußtseinsbildenden Kräfte, insbesondere aber Moment des „Kampfes um die Köpfe" der Menschen. Von hier aus wäre etwa die Stellung der Kultur im Überbauspektrum zu untersuchen und zu bestimmen; Krise der bürgerlichen Kultur ist Segment der Gesamtkrise des Systems und ein Moment der Aufhebung der bürgerlichen Hegemonie. Nur auf der Voraussetzung der krisenhaften Prozesse des gegenwärtigen Kapitalismus ist auch zu entwickeln, inwiefern die bürgerliche Kultur den Interessen der Lohnabhänigen nicht entspricht. In dem Interview mit Hans Preiss (IGMetall-Vorstandsmitglied) wird der Zusammenhang von wirtschaftlicher, politischer und kultureller Krise deutlich, wird aber auch deutlich, wie wichtig die Realisierung des Rechtes auf Arbeit für die Wahrnehmung kultureller Aktivitäten ist.

Wie die Begründung der Bedeutung von Kultur über die Rückbesinnung auf die proletarische Tradion hinaus zu vermittelt ist, wie sich Klassenkulturen in einer Reihe von gegenwärtigen Bewegungen abgrenzen, wie Kultur zur zielgerichteten Aktivierung im ökonomischen und politischen Kampf fungieren kann, dies ist verstärkt zur Diskussion zu stellen.

Als Bestandteil der Überlegungen zu Ursachen und spezifischen Auswirkungen der tiefgreifenden kulturellen Krise, des Zerfalls gesellschaftlicher, verbindlicher Normen

und Wertvorstellungen, kann man die Beiträge von A. Neusüss, A. Mazzone und F. Tomberg zum Thema des Terroismus und des linken Radikalismus betrachten. Die Autoren untersuchen, wie sich die Frage nach Auswegen aus dieser Krise stellt, die sich im Anschluß an das Konjunkturtief von 1973/74 zunehmend als ökonomische und ideologische Krise des Kapitalismus erweist. Die mit ihr verbundene Stagnation nach Jahrzehnten des unbegrenzt scheinenden Wachstums ist als Grundlage des Zerfalls bürgerlicher Hegemonie in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens zu erkennen. Zugleich erweist sich jedoch einmal mehr, daß die ökonomische Krise keineswegs automatisch zur Einsicht in die Notwendigkeit veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse führt, sondern auch Reserven der bürgerlichen Gesellschaft zutage fördert, die in Zeiten des gesichert scheinenden Wohlstands unter der Selbstverständlichkeit des Alltags verborgen blieben. Der Zerfall dieser zuweilen als Alltagsbewußtsein bezeichneten Selbstverständlichkeit schafft Bewußtseinsdispositionen, an die so oder so angeknüpft werden kann: sei es zur Neuformierung bürgerlicher Hegemonie, sei es zu ihrer Zersetzung und Ersetzung durch die Entfaltung alternativer gesellschaftlicher, politischer und kultureller Aktivitäten und Vorstellungen, deren wichtigster Träger letztlich nur die Arbeiterklasse sein kann. Die Neuformierung bürgerlicher Hegemonie — d.h. der Versuch, das ideologische und politische Einverständnis der nicht-bürgerlichen Mehrheit der Bürger mit der Herrschaft der bürgerlichen Minderheit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zu organisieren — kann anknüpfen an den verschiedenen Elementen des Zerfalls bürgerlichen Bewußtseins, die sich selbst als Emanzipation verstehen. Dazu gehört der Spontaneismus, der mit teilweise antibürgerlichen Ab- und Ansichten letztlich in der Emanzipation des Einzelnen den Weg zur Befreiung der Gesellschaft sieht und sich mit seiner „Philosophie der Tat" und des existenzialistischen „Dennoch" Bestrebungen entgegenstellt, welche individuelle Emanzipation als Bestandteil und Folge gesellschaftlicher Befreiung ansehen. Anknüpfen können die Anstrengungen zur Neuformierung bürgerlicher Hegemonie jedoch vor allem an dem „Epochenphänomen" (Holz) des Terrorismus, von dem der 2. Vorsitzende der spanischen Arbeiterkommissionen, Nicolás Sartorius, vor einiger Zeit sagte, er diene dem Monopolkapital in der akuten Krise als „stvukturelles Element ... zur Umverteilung der politischen Macht zu seinen Gunsten" so wie das Monopolkapital auf ökonomischen Gebiet die Inflation als „strukturelles Element ... zur Umverteilung des Mehrwerts nutzt". Gewiß ist der Terrorismus kein notwendiges Ergebnis der verschiedenen Formen des Spontaneismus, aber beide speisen sich aus derselben Quelle: der Empfindung gesellschaftlicher Ohnmacht des einzelnen „kleinen Mannes"; und sie beide können auf ihre Weise, sei es in Form der Privatisierung des Gesellschaftlichen, sei es in der Form seiner Vergewaltigung, als Vor-Wand, als ideologischer Zement geltend gemacht werden für eine Entwicklung, an deren Ende nicht notwendiger-, aber möglicherweise die Vollmacht des „starken Mannes" steht, mit dem die Bourgeoisie sich neue Formen der Anonymität ihrer Herrschaft verschafft.

Nicht erst jetzt, sondern spätestens und besonders jetzt, in dieser Situation der Gefährdung der bürgerlichen Demokratie — deren Eigenart es zumindest ihrem Anspruch nach ja ist, nicht nur die Demokratie der Bourgeois, sondern die aller Bürger

zu sein, ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer Abstammung, ihrer Rasse, ihrev Sprache, ihrer Heimat und Herkunft, ihres Glaubens, ihrer religiösen oder politischen Anschauungen (vgl. Art. 3 GG) — erweist sich die, ihrer gesellschaftlichen Stellung entsprechende, selbstbewußte Inanspruchnahme der bürgerlichen Demokratie durch die zahlreichste Klasse und die Organisationen ihrer Bewegung innerhalb wie außerhalb des politischen Bereichs als unerläßlicher Bestandteil, ja als Voraussetzung für die Erreichung jener sozialistischen Demokratie, die Volksherrschaft im letzten Endes allein legitimen Sinne ist: Herrschaft des Volkes über die Bedingungen seiner eigenen Lebensproduktion. Zugleich aber ist die Inanspruchnahme der politischen Demokratie im Kampf für die auch gesellschaftliche Demokratie einer der wichtigsten Mechanismen, mit denen die Arbeiterbewegung sich dem Terrorismus und seiner interessierten Ausnutzung zur Umverteilung politischer Macht entgegen und an die Spitze der demokratischen Bewegung zu stellen vermag, in der sich auch die persönlich Enttäuschten durch die selbsterfahrende oder beeindruckende Gemeinsamkeit des Handelns als Teil einer wachsenden Formation verstehen lernen, deren Hegemon nur die Arbeiterklasse sein kann.

Dokumentation

Nachstehend veröffentlicht die SOPO die Erklärung, die der Bund demokratischer Wissenschaftler zu Maßnahmen abgegeben hat, welche vom Bundesgrenzschutz und den Ämtern für Verfassungsschutz im grenzüberschreitenden Verkehr ergriffen wurden, um „Erkenntnisse" zu sammeln. Zu diesen Maßnahmen, die in der „Frankfurter Rundschau" aufgedeckt worden sind, gehörte das Feststellen von Mitgliedschaften, Beziehungen und anderem mehr, zu sogenannten, die bei Reisenden „inkriminierten" Institutionen beobachtet oder vermutet wurden. Ebenso wurden „Erkenntnisse", über das Mitführen sogenannter „inkriminierter" Zeitschriften gesammelt, unter denen auch die SOPO neben vielen anderen genannt worden war. Unter dem Eindruck nicht nur der Bedrohung von Meinungsfreiheit, die sowohl in den Maßnahmen selbst, als auch bereits in der Anlage von Listen inkriminierter Organisationen, Einrichtungen oder Zeitschriften zu sehen ist, schließt sich die Redaktion der SOPO der Erklärung des Bd Wi an.

Erklärung des BdWi zu den jünsten Enthüllungen über die Praktiken des Bundesgrenzschutzes und des Verfassungsschutzes an den Grenzübergängen.

Erklärung vom 30. Mai 1978

Der Vorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftler wendet sich mit allem Nachdruck gegen die von der Frankfurter Rundschau aufgedeckten Praktiken des Bundesgrenzschutzes und des Verfassungsschutzes an Grenzübergangsstellen, nach denen neben mehreren anderen Organisationen auch über Mitglieder der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds), der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und unseres Verbandes (BdWi) insgeheim Material gesammelt wird.

Es erfüllt uns mit großer Sorge, daß hier in scheinbar selbstverständlicher Manier, die erst verspätet und durch Zufall entdeckt wurde, eine Gesinnungsschnüffelei in einem Ausmaß und in einer Planmäßigkeit betrieben wurde und wohl noch betrieben wird, die nur einem Polizeistaat zur Ehre gereichen würde.

Der Vorgang ist verfassungswidrig, er stellt einen weiteren Baustein auf dem Weg zum Demokratieverbot in der Bundesrepublik dar.

Wenn der BdWi mit anderen demokratischen Organisationen durch Diffamierung — nämlich durch glatte Ignorierung seiner Satzungen und seines Grundsatzprogramms — als „linksextrem" eingestuft und auf dieser Grundlage zum Gegenstand willkürlicher Überprüfungspraktiken gemacht wird, so ist es nicht nur für seine Mitglieder, sondern auch im Interesse aller anderen Betroffenen lebensnotwendig, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Kaspar Maase

Kulturbedürfnisse und demokratische Kulturarbeit*

Die wissenschaftliche Diskussion kulturtheoretischer Konzepte und Probleme steht unter den marxistisch orientierten Forschern der BRD noch weitgehend am Anfang. Zu den gemeinsamen Ausgangspositionen zählt jedoch ein „weiter" Kulturbegriff. Als potentielles Untersuchungsfeld gelten nicht allein Kunstprozesse, das „geistige Leben" oder soziale Wert- und Symbolsysteme — vielmehr richtet sich das Interesse auf die gesamte Lebenspraxis der gesellschaftlichen Individuen einer konkreten Sozietät, auf die Zusammenhänge zwischen Lebensbedingungen, Lebensweise und Typen von Persönlichkeitsentwicklung verschiedener Klasse und Gruppen. Für die Spezifik der *kultur*wissenschaftlichen Fragestellung an diese sozialen Prozesse gibt es verschiedene, durchaus kontrovers diskutierte Konzepte. Die folgenden Überlegungen zur kulturellen Situation der Arbeiterklasse unseres Landes stehen im Zusammenhang der Frage nach der Qualität der Persönlichkeitsentwicklung in der Lebenspraxis der Lohnarbeiter; wie weit gelingt es ihnen, ihre Lebenstätigkeit bewußt zu gestalten, die Lebensbedingungen zu beherrschen, die realen materiellen und geistigen Beziehungen zur Umwelt zu erweitern und sie genußbringend und anregend für individuelle und kollektive Lebensbewältigung zu formen, zunehmend mehr vom gesellschaftlichen Reichtum an Entwicklungsbedingungen sich anzueignen und so insgesamt ihre Persönlichkeit vielseitig und produktiv zu entfalten?

Die Konkretisierung der allgemeinen Zielstellung auf die historisch möglichen und anzustrebenden Entwicklungsschritte hin wird im folgenden diskutiert werden. Die persönlichkeitsfördernde Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der konkreten Arbeitstätigkeiten, der Berufsausbildung oder der gebauten Umwelt (Wohnungen, Quartiere) ist eine erstrangige Aufgabe für die Arbeiterbewegung, die auch zunehmend in ihren Organisationen reflektiert wird; ich werde mich jedoch beschränken auf den Bereich der Freizeitaktivitäten der Lohnarbeiter — aus pragmatischen Gründen einer praktikablen Eingrenzung des Gegenstandes und durchaus in Übereinstimmung mit dem vorherrschenden Verständnis von Kulturarbeit und Kulturpolitik in den Organisationen der Arbeiterklasse.

Zum Freizeitverhalten der Lohnarbeiter

Ingesamt kann man sagen, daß die kulturelle Situation der Arbeiterklasse in spezifischer Weise die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeit im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD zum Ausdruck bringt und sie in Wechselwirkung mit ihren anderen Seiten verstärkt und befestigt. Einige empirische Angaben sollen diese Aussage auf verschiedenen Bereichen belegen — ohne daß eine empirisch umfassend fundierte Analyse der kulturellen Beherrschung der Arbeiterklasse schon vorläge.

* der folgende Beitrag ist der überarbeitete Text eines Referates, das auf einer Tagung über „Die Arbeiterklasse in der BRD und in der VR Polen" im Mai 1978 in der VR Polen gehalten wurde.

Die wöchentliche Arbeitszeit liegt gegenwärtig bei etwa 40 (Arbeiter, Beamte) bis 41 (Angestellte) Stunden — allerdings arbeiten 25% der abhängig Beschäftigten zum Teil erheblich länger. Bei durchschnittlich 1,25 Stunden sonstiger arbeitsgebundener Zeit (Arbeitswege, Umkleiden, Arbeitsvorbereitung) ergeben sich am Arbeitstag ca. 9,5 Stunden arbeitsgebundene Zeit. Rechnet man 10,5 Stunden für die Erfüllung psychophysischer Reproduktionsbedürfnisse (Schlaf, persönliche Hygiene, Essen und Trinken), so verbleiben am Arbeitstag rund 4 Stunden freie Zeit. Nach Erkenntnissen der Zeitbudgetforschung gehen hiervon bei den Männern noch etwa 1,3 Stunden, bei den Frauen ca. 4,4 Stunden für Hausarbeit, Besorgungen, Behördenbesuche u.ä. ab. Für die voll arbeitenden Frauen bleibt praktisch keine frei disponible Zeit; auch bei den Männern ist am Abend ihre Funktion überwiegend auf die einfache Reproduktion der Arbeitskraft (meist durch Entspannen vor dem Fernseher) beschränkt.

Noch prekärer ist die Situation für die etwa 3,7 Millionen Schicht- und Nachtarbeiter; die außerordentlichen Belastungen, der wechselnde und verschobene Lebensrhythmus engen die Freizeitmöglichkeiten sehr stark ein (Zahlen nach MAASE 1976, SCHUNTER-KLEEMANN 1978).

Unter den gegenwärtigen Bedingungen hoher und noch steigender Arbeitsbelastungen ist auch die längere zusammenhängende Freizeit am Wochenende geprägt vom Nachholbedarf an elementarer psychophysischer Reproduktion (Ausschlafen, Erholen liegengebliebener Haus- und Gartenarbeiten sowie Reparaturen erledigen usw). Diese Tendenz läßt sich ebenfalls am Verhalten im Urlaub nachweisen, der vor allem den Freizeitzuwachs der letzten Jahre für die Angehörigen der Arbeiterklasse brachte; wegen des Ausnahme-Charakters der Ferien soll hier jedoch nicht genauer analysiert, sondern nur festgestellt werden, daß der niedrige Grad der Persönlichkeitsproduktivität der sonstigen Freizeit sich — mutatis mutandis — insgesamt auch im Urlaub ausdrückt.

Ergebnisse einer Zeitbudgetuntersuchung in Nordrhein-Westfalen können die grundlegenden Elemente der Freizeit der Lohnarbeiter und ihrer Familien etwas deutlicher machen (die Zahlen gelten für einen repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt; bei den Angehörigen der Arbeiterklasse dürften Häufigkeit und Dauer der verbreitesten Aktivitäten jeweils noch höher, die der seltenen Aktivitäten noch niedriger liegen).

Die Untersuchung wurde Ende Mai 1972 durchgeführt; die Jahreszeit ist insofern bedeutsam, als nach allen Erfahrungen häusliche Freizeitaktivitäten in Herbst und Winter noch stärker dominieren, vor allem der Medienkonsum. Dennoch ist das Fernsehen eindeutig Freizeitfüller Nr. 1. Noch häufiger wurde eine Freizeit „aktivität" notiert, die am deutlichsten die Prägung der Lohnarbeiterfreizeit durch elementare Erholungsbedürfnisse nach höchst anstrengender Arbeit zum Ausdruck bringt: die verschiedenen Formen des Abschlaffens und Dösens. Während neben den Medien Tätigkeiten im Vordergrund stehen, die Bedürfnissen nach persönlicher Kommunikation entsprechen, nehmen Aktivitäten mit stärker kreativem, freischöpferischem und geistigkünstlerischem Charakter nur einen geringen Raum ein (bei den Daten für den Sonntag dürften vor allem die Kirchenbesuche durchschlagen).

Durchschnittliche Dauer und Beteiligungshäufigkeit von Freizeitaktivitäten

Tätigkeiten	am Werktag			am Samstag				am Sonntag
	durchschnittl. Dauer Std. Min.	Beteiligungsgrad %	durchschnittl. Dauer bei Beteiligten Std. Min.	durchschnittl. Dauer Std. Min.	Beteiligungsgrad %	durchschnittl. Dauer bei Beteiligten Std. Min.	durchschnittl. Dauer Std. Min.	Beteiligungsgrad %	durchschnittl. Dauer bei Beteiligten Std. Min.
Fernsehen	1.29	69	2.09	2.11	76	2.54	1.53	72	2,37
Nichtstun, Ausspannen, Überlegen, Tagebuch ausfüllen	42	79	54	43	72	1.00	1.01	79	1.17
Lesen	33	55	1.00	39	56	1.10	31	37	1.23
Radio hören, Tonband, Schallplatten	59	39	2.31	1.04	40	2.40	49	33	2.28
Unterhalten, Zusammensitzen, Besuch haben	46	43	1.48	1.05	46	2.20	1.24	50	2.48
Gartenarbeit, Autowaschen, größere Reparaturen, Nähen, Stricken	41	29	2.20	1.03	38	2.44	9	6	2.16
Bummel, Spaziergang, Schwimmbad, Sport, Ausflug, Reise	24	18	2.17	52	29	2.58	2.11	64	3.27
Besuch bei Verwandten, Freunden,Bekannten	28	18	2.40	1.01	24	4.17	1.21	30	4.27
Lokale, Cafe, „Ausgehen", Tanzen, Vereinstreffen	14	9	2.33	24	13	3.06	33	20	2.38
Hobby	9	9	1.37	9	10	1.34	10	10	1.42
Vorträge, Ausstellungen, Kino, Theater, Konzert, Kirche	4	3	2.02	8	8	1.45	24	24	1.40

Quelle: INFAS 1973, Tabelle 3.02

Teilhabe an Kultur und Weiterbildung

Einen ersten Hinweis auf die Klassenstruktur in der Nutzung der traditionellen Kultureinrichtungen (Theater, Oper, Konzert, Museum, Bibliothek),gibt ein anderes Befragungsergebnis; danach gaben 1972 in Nordrhein- Westfalen an, sie hätten im vergangenen halben Jahr kulturelle Veranstaltungen besucht:

67% der gehobenen Angestellten und Beamten
40% der sonstigen Angestellten und Beamten
20% der Facharbeiter 11% der an- und ungelernten Arbeiter
(Quelle: INFAS 1973, Tabelle 3.12).

Bevor im folgenden einige Angaben zu einzelnen Bereichen des Kulturangebots gebracht werden (infolge des Desinteresses der bürgerlichen Sozialforschung und ihrer staatlichen oder privatkapitalistischen Auftraggeber liegen nur spärliche und undifferenzierte Daten vor), sei kurz der Anteil verschiedener Gruppen abhängig Beschäftigter an der Gesamtbevölkerung angeführt, mit dem man dann ihren Anteil am Kulturpublikum vergleichen kann. Das IMSF zählte 1970 zur Arbeiterklasse 70% der Bevölkerung (1973, S. 615); der bürgerlichen Sozialwissenschaftler SCHMIDTCHEN ging aus von 25% Angelernten und Hilfsarbeitern, 25% Facharbeitern, 23% einfachen Angestellten sowie Beamten des einfachen und mittleren Diensten und 9% Leitenden Angestellten sowie Beamten des gehobenen und höheren Dienstes (1968, S. 2084); die letztgenannte Gruppe dürfte kaum Angehörige der Arbeiterklasse enthalten.

Ein Untersuchung von 1966 ermittelte folgende Anteile von Gruppen der Arbeiterklasse am Publikum des Sprech- und Musiktheaters:

	Schauspielbesucher	Opernbesucher	Operettenbesucher
Sonstige Angestellte	26 %	31 %	29 %
Facharbeiter, nicht selbständige Handwerker	8 %	7 %	12 %
sonstige Arbeiter	5 %	3 %	5 %
Rest	61 %	59 %	54 %
Gesamt	100 %	100 %	100 %

(Quelle: OSTERLAND 1973, S. 259)

Eine Untersuchung von 1974/75 ergab allerdings deutlich höhere Werte.[1]

	Anteil am Publikum des Musiktheaters %	Bevölkerungsanteil %
Qualifizierte Beamte und Angestellte	34	17
Sonstige Beamte und Angestellte	22	23
Qualifizierte Arbeiter	17	26
Sonstige Arbeiter	8	15
Rest (Selbständige)	20	17
Gesamt	100	100

(Quelle: FORBECK/WIESAND 1975a, S. 13)

Bei Weiterbildungsaktivitäten (im umfassenden Sinn) ist v. a. die Arbeiterschaft, sind aber auch andere Teile der Arbeiterklasse unterrepräsentiert; so gaben bei einer Befragung 1969 an, sie hätten in den vergangenen 2 Jahren Volkshochschulvorträge besucht:

15% der Beamten und Angestellten
3% der Arbeiter (OSTERLAND 1973, S. 386).

Zum Abschluß der Schlaglichter auf die Teilhabe der Lohnarbeiter am etablierten Kulturangebot noch einige Daten zu Lesen. Nach eigenen, im Zweifelsfall überhöhten, Angaben greifen mindestens einmal in der Woche zum Buch:

	Buch zur Unterhaltung (% der jeweiligen	Buch zur Weiterbildung sozialen Gruppe)
Angelernte und Hilfsarbeiter	32	12
Facharbeiter	40	22
Einfache Angestellte, Beamte des einfachen und mittleren Dienstes	58	29
Leitende Angestellte, Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	67	42

(Quelle: SCHMIDTCHEN 1968, S. 2032)

Für die lesenden Angehörigen der Arbeiterklasse (die in der Regel Volksschulbildung haben) kann man eine Jahreslektüre von insgesamt sechs bis sieben Büchern annehmen (vgl. MAYER 1974, S. 12).

Die Belege ließen sich fortführen, die zur Gesamteinschätzung zwingen: Die Arbeiterklasse der Bundesrepublik ist über weite Strecken von der Nutzung zumal *der* öffentlichen und privaten Kulturangebote und Betätigungsmöglichkeiten ausgeschlossen, die vielseitiger kreativer geistig-ästhestischer Persönlichkeitsbildung dienen können (Gegenwartskunst und kulturelles Erbe, umfassende Allgemeinbildung und qualifizierte ästhetisch-künstlerische Selbsttätigkeit). Dies gilt vor allem für die Arbeiterschaft, die nicht ganz zwei Drittel der Klasse ausmacht (IMSF 1973, S. 619). Etwas höher liegen die Anteile in den zur Arbeiterklasse zählenden Gruppen von Angestellten und Beamten — ohne daß damit qualitative Unterschiede gegeben wären. Einige weitere Differenzierungen müssen zumindest angedeutet werden. Am stärksten benachteiligt sind die Frauen (v.a. die erwerbstätigen), die schulisch und beruflich am niedrigsten qualifizierten Un- und Angelernten, aber auch die in ländlichen Gebieten lebenden Arbeiterklassengruppen

Die gegenwärtige Entwicklung der imperialistischen Krise vergrößert gerade die Gruppen, die unter extremer kultureller Deprivation leiden: die Arbeitslosen und die Jugendlichen ohne Berufsausbildung. Während die letzteren damit zum großen Teil auf ein Leben zwischen Hilfsarbeit und Stellungslosigkeit programmiert werden, mit breiten Übergängen zu Kriminalität, Alkoholismus und Drogenabhängigkeit, bestätigen auch neuere Erfahrungen mit den kulturellen Wirkungen von Arbeitslosigkeit frühere Forschungsergebnisse, daß nicht nur die Einschränkung der materiellen Dispositionsmöglichkeiten Reduzierungen nach sich zieht, sondern vor allem Apathie, Schrumpfung des psychologischen Lebensraumes, Zerfall von Zeitstruktur, Lebensplänen und sogar individuellen Tagesplänen zu Passivität, Rückzug, Unproduktivität führen (JAHODA, LAZARSFELD, ZEISEL 1933; SCHUNTER-KLEEMANN 1978).

Was bestimmt das Kulturniveau der Arbeiterklasse?

Die hier angedeutete Situation im Bereich ästhetisch-künstlerisch-geistiger Freizeitaktivitäten bildet für die Marxisten und auch für wichtige Vertreter der Gewerkschaftsbewegung nicht das einzige und nicht das entscheidende Kriterium der kulturellen Situation und Entwicklungskraft der Arbeiterklasse unseres Landes. „Der Arbeiter im Betrieb schafft auch die Grundlage für jede kulturelle Entwicklung, und seine Arbeit, mit all den Fähigkeiten und Fertigkeiten, die sie ausbildet und voraussetzt, ist selbst die erste und grundlegende kulturelle Leistung. Hier, in den wissensmäßigen, technischen und moralischen Anforderungen, die die moderne Produktion stellt, beweist die Arbeiterklasse tagtäglich ihre kulturelle Schöpferkraft" (STÜTZ 1972, S. 19).

Dieses Herangehen steht diametral kulturkritisch elitären Positionen gegenüber, die in den 50er Jahren die bürgerlichen Kulturdiskussion beherrschten; aber auch heute spielt der reaktionäre Unterstrom eine Rolle, dessen Kernthese HELLPACH so

formulierte: „Es gibt immer nur einen begrenzten Anteilsatz solcher Menschen, welche reichliche Muße wertvoll anzuwenden wissen, also für sublimere Genüsse wie Kunst, wissenschaftliche Fortbildung, für edle Liebhabereien, besinnliche Lektüre und Debatte, öffentliche Ehrenämter. Die große Masse wird in der Hauptsache diese vermehrte 'Freizeit' mit oberflächlichen Amüsements, lärmendem Massenbetrieb ..., wo nicht mit Trunk und Spiel verzetteln" (1953, S. 113). In der bürgerlichen sozialwissenschaftlichen Literatur überwiegen zunehmend Versuche, von Positionen der Industriegesellschaftstheorie aus den Ausschluß der Arbeiterklassse von wichtigen, persönlichkeitsbereichernden Sektoren und Prozessen der geistigen Kultur zu rechtfertigen und zu beschönigen. Dies geschieht in vorgeblich demokratischer und pluralistischer Weise durch Relativierung von Werten wie Persönlichkeitsentfaltung und Selbstverwirklichung als allenfalls für Teile der Kulturintelligenz und des Bürgertums bedeutsam; Orientierungen für abhängig Arbeitende würden in allen Industriegesellschaften auf ihrem Weg zur nachindustriellen Freizeitgesellschaft aus völlig anderen sozialen Strukturen und Bedingungen entwickelt: „Es kann z.B. nicht von vornherein entschieden werden, welche der folgenden Aktivitäten 'wertvoller' oder stärker 'positiv sinngebend' sind: das Fachsimpeln eines Arbeiters über Fußball nach Feierabend an der Theke oder der Besuch einer Theater-Matinée durch einen Filialleiter am freien Samstag mit seiner Familie. Beide Personen gehen von unterschiedlichen Bezugssystemen aus für das, was für sie als wertvoll erscheint. Beide Aktivitäten können aber für sie die gleiche Funktion erfüllen, z.B. Suche nach sozialer Bestätigung, wobei es unerheblich ist, ob das Verhalten des einen irgendeinem bürgerlichen Begriff von Selbstverwirklichung mehr entspricht als das Verhalten des anderen" (LÜDTKE 1972, S. 64f).

In dieser letztlich apologetischen Konzeption steckt allerdings gegenüber der reaktionären Kulturkritik durchaus ein Moment der Wahrheit. Die Grundstruktur des Freizeitverhaltens in der Arbeiterklasse ist determiniert durch die Bedingungen und Belastungen der Lohnarbeit, durch elementare Reproduktionsanforderungen, durch Zwänge und Rhythmen heutigen Großstadtlebens. Bei ansonsten unveränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen ist für große Teile der Arbeiterklasse gegenwärtig keine reale Alternative, was die so beliebten Schlagwortformeln anbieten: Theater oder gute Lektüre statt Fernsehen; Ausstellungsbesuch oder Sport treiben statt Schausportkonsum; schöpferische kulturelle Selbsttätigkeit statt Skat- und Biertischkonversation.

Der realistische Blick der Arbeiterorganisationen auf den kulturellen Verhaltensspielraum der Lohnarbeiter führt jedoch bei den fortschrittlichen Kräften nicht zur Fetischisierung eines „ehernen Kulturgesetzes", aus dem eine unüberwindliche 5%-Hürde für die Beteiligung an Kunstrezeption und Weiterbildung abzuleiten wäre. Vielmehr betonen sie den umfassenden Anspruch der Arbeiterklasse auf Aneignung *aller* kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten und die Verantwortung der öffentlichen Kultureinrichtungen für eine stärkere Teilnahme von Lohnabhängigen an ihren Angeboten und Betätigungsmöglichkeiten.

Im Mittelpunkt: Die Massenkultur

Durch die Einordnung einzelner Kulturisierungsforderungen in ein Gesamtprogramm für die kulturelle Befreiung der Arbeiterklasse unterscheiden sich die revolutionären Kräfte von v.a. in der Sozialdemokratie und dem integrationistischen Flügel der Gewerkschaften vertretenen Konzepten, die wachsende kulturelle Teilhabe der Lohnabhängigen als Ziel und Mittel ihrer endgültigen Integration in die spätkapitalistische Ordnung anstreben. Vor allem aber beurteilen Kommunisten und andere sozialistische Kräfte die Erfüllung kultureller Ansprüche der Arbeiterklasse nicht nach isolierten Freizeit-Befriedigungen (wie LÜDTKE, u.a.) und auch nicht primär nach der Beteiligung an Gegenwartskunst und Erbe-Aneignung. Ihr Maßstab ist letztlich, wie es den Menschen gelingt, die eigenen Lebensbedingungen bewußt so zu gestalten, daß sie die Individuen zur Ausbildung und Betätigung einer Vielfalt von Bedürfnissen, Fähigkeiten, Beziehungen und Genüssen anregen. Da in unserer Gesellschaft die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen primär an den Kriterien von Profit, Konkurrenz und kapitalistischer Systemerhaltung orientiert wird, ist das kulturelle Kernproblem die Erringung der politischen Macht der Arbeiterklasse, um Wirtschaft und Politik entsprechend ihren Bedürfnissen zu lenken. Die Befähigung zur Erkenntnis und Verwirklichung der eigenen Interessen erweist sich als wesentlicher Maßstab für die Kultur der Arbeiterklasse. „Kultur hat, wer Herr seiner Sinne, seines Interesses, seiner Werkzeuge ist" (PIWITT 1976, S. 9).

In der Einschätzung der kulturellen Qualität der gegenwärtigen Lebensweise der größten Teile der Arbeiterklasse gibt es unter den marxistisch orientierten Wissenschaftlern durchaus Differenzen. Die einen rücken Momente der Entfremdung, der Enteignung der eigenen Interessen durch Konsumfetischismus, der Isolierung und Passivierung sowie den Ausschluß von ästhetisch-künstlerischer Weltaneignung als dem Kernbereich humaner Selbstverwirklichung in den Vordergrund und bewerten kulturpolitische Strategien und Entwicklungen vor allem nach der Überwindung solcher Strukturen und Verhaltensweisen. Andere suchen stärker produktive und interessenbewußte Tendenzen in den gegenwärtigen Freizeitaktivitäten zum Tragen zu bringen, die durch elementare Bedürfnisse nach Erholung und Ausgleich, nach Unterhaltung und Entspannung, nach Kommunikation und anregenden Erlebnissen geprägt sind — ohne damit auf mögliche Erhöhung des Anteils von aktiver körperlicher und geistiger Betätigung sowie von Kunstrezeption zu verzichten.

Im Zentrum der auf praktisch-politische Veränderung gerichteten Kulturstrategie kommunistischer wie sozialistischer Kräfte stehen (sieht man von der Demokratisierung des Bildungswesens ab) Inhalte und Werte, Normen und Verhaltensorientierungen in der Massenkultur, in den massenhaften Kulturprozessen in der heutigen Arbeiterklasse. Ohne daß man alle Elemente der Massenkultur hier mit der notwendigen Differenzierung betrachten würde, lassen sich doch im Gesamtsystem von „Information" und Unterhaltung durch Funk, Fernsehen, Massenpresse, Schlager, Kommerzfilme, Werbung, Romanhefte als dominierende Tendenzen festhalten: zu beschönigen und gesellschaftlichen Grundproblemen auszuweichen, Aberglauben und Ergebung ins angeblich Unabänderbare zu fördern, gegen Gewalt und Unrecht

abzustumpfen, antisozialistische Feindbilder emotional tief zu verankern — ingesamt also erfolgreicher Interessenvertretung der Lohnarbeiter und anderer vom Monopolkapital ausgebeuteter und unterdrückter Gruppen entgegenzuwirken. Die Methoden reichen von der blanken Lüge und dem Trommelfeuer von Unternehmerargumenten in Fernsehen, Funk und Massenpresse bis zur umlenkenden Aufnahme der Kommunikationsansprüche der Lohnabhängigen; es sollen Dispositionen erzeugt und verstärkt werden, die HOLZER gekennzeichnet hat als „privatistisch und personalistisch gefärbte Denk- und Handlungsmuster; formale Leistungsbereitschaft und Verhaltensmobilität auf der Basis einer tendenziell technokratischen Perspektive; Konsum- und Freizeitorientierung" (1975, S. 151).

Es wei hier nur verwiesen auf die jährlich verkauften ca. 360 Millionen Romanhefte, die von der Pflege der großdeutschen „Landser"- Ideologie über Science Fiction-Serien, die rassistisch-imperialistische Expansions- und Vernichtungsphantasien in die Galaxis projizieren, bis zu eskapistischen Frauen- und Schicksalromanen scheinbar für alle Gruppen und alle Interessen etwas bieten. Zu ihren Lesern gehören nach eigenen Angaben (die eher zu niedrig liegen) 45% der angelernten Arbeiter sowie der Hilfs- und Facharbeiter, 35% der einfachen Angestellten sowie der einfachen und mittleren Beamten, 19% der Leitenden Angestellten sowie der gehobenen und höheren Beamten (SCHMIDTCHEN 1968, S. 2075); im Schnitt werden jährlich 32,9 Hefte verschlugen (SCHMIDTCHEN 1974, S. 714).

Zusammen mit Sportsendungen, Quiz und Shows dominiert im Fernsehkonsum die Spielart von Unterhaltung (Kommerzfilm, Boulevardkomödien, Krimi-, Western- und Familienserien), die HOLZER folgendermassen charakterisiert (die Kennzeichnung trifft auch weitgehend andere Bereiche der Massenkultur): am besten bewertet werden von den Rezipienten Angebote, die „immanent relativierte Traumwelt sowie Provokation von Angst und deren Betäubung" bieten. (1971, S. 189).

Bei einer Untersuchung des gesamten Fernseh-Programmangebots (ohne Nachrichten und Werbung) ergab sich: In mehr als 70% der Einzelbeiträge fehlte jeder Bezug zur Arbeitswelt, in nur 8% stand er im Vordergrund. In diesen Sendungen dominiert die von allen sozialen Bezügen losgelöste Beschäftigung mit den angeblichen Sachfragen aus Technik oder Arbeitsrecht; die Gewerkschaften bleiben Randerscheinungen, zumeist kristisch kommentiert. Von den ca. 15% Sendungen, die überhaupt Konflikte in der Arbeitswelt zeigten, ließ nur ein Drittel kollektive Lösungsperspektiven erkennen, allenfalls 37% waren als „arbeitnehmerfreundlich" einzustufen; ein Großteil dieser Beiträge findet sich in den teilweise liberal und demokratisch orientierten politischen Magazinsendungen, die von der Masse der Lohnabhängigen kaum gesehen werden — die anderen Kanäle bieten zur gleichen Zeit attraktive Unterhaltungsprogramm(FOLTIN/WÜRZBERG 1975). Die ausgeführten Proportionen entsprechen etwa den Verhältnissen im Fernsehrat des ZDF, von dessen 66 Mitgliedern genau 3 Gewerkschafter, darunter nur einer vom DGB entsandt, sind.

Massenmedien und Bildungssystem stellen die beiden Hauptpfeiler der kulturellen Herrschaft der staatsmonopolistischen Oligarchie dar — sie stehen im Zentrum der kulturpolitischen Strategie der DKP. Auf Fragen der Bildungspolitik soll hier nicht eingegangen werden. Bei den öffentlich-rechtlichen Massenmedien Funk und

Fernsehen geht es zunächst um den Erhalt noch vorhandener demokratischer Strukturen, perspektivisch um den Ausbau der Mitbestimmung der journalistisch und technisch Arbeitenden wie um die Durchsetzung maßgeblichen Einflusses der Gewerkschaften, der Arbeiterparteien, der demokratischen Jugendverbände und anderer demokratischer Kräfte in den Beiräten. Die wenigen Riesenkonzerne im Medienbereich sollen in demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum überführt werden, die große Menge der kleinen und mittleren Unternehmen ist unter demokratischer Kontrolle staatlich zu fördern. Solche Maßnahmen als Teil einer antimonopolistischen Umwälzung setzen grundlegende Veränderungen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten voraus. Heute geht es um die Stärkung demokratischer und sozialistischer Tendenzen in den Massenmedien und den Kultureinrichtungen.

Unter diesem Gesichtspunkt hat die gewerkschaftliche und politisch progressive Organisierung von Angehörigen der Kultur-Intelligenz (Lehrer, Künstler, Journalisten, Kulturarbeiter im öffentlichen Dienst) eine wesentliche Bedeutung. Diese Tendenz hat in den letzten Jahren beispielsweise dazu geführt, daß ca. 2.000 Autoren, ca 4.500 Bildende Künstler, ca. 9.500 an Bühnen Beschäftigte und etwa 70% der bei Funk, Film und Fernsehen formell abhängig Arbeitenden in DGB-Gewerkschaften organisiert sind. Grundlage dieser Entwicklung sind unzweifelhaft materielle und soziale Interessen — aber der Anschluß an die Einheitsgewerkschaft verbessert sicher die Möglichkeiten, kulturpolitisch und letztlich auch von den Inhalten der Medienarbeit her an ein Bündnis von Arbeiterbewegung und Kulturintelligenz heranzukommen.

Entgegen steht dem allerdings die Tatsache, daß — bei allen Fortschritten in praktischer Kulturarbeit und in der Entwicklung kulturpolitischer Positionen — die Behandlung ideologisch-kultureller Probleme als Klassenfragen im DGB praktisch tabu ist. Die Künstler bringen von ihrer Sozialisation, ihrem Selbstverständnis und ihren sozialen Erfahrungen her nur wenig Anstöße für ein kritisches Betrachten der herrschenden Fetische „kultureller Pluralismus" und „Freiheit der Kultur" mit. Und gerade errungene Erfolge der progressiven Kräfte bestätigen wiederum scheinbar diese Ideologie: der Kommunist Kroetz ist einer der meistgespielten BRD-Dramatiker auf Bühnen und im Fernsehen; das ZDF hat kürzlich den Roman des kommunistischen Arbeiterschriftstellers August Kühn, „Zeit zum Aufstehen", verfilmt; der Holtzbrinck-Konzern hat bisher über eine halbe Million Bücher vom Werkkreis Literatur der Arbeitswelt verkauft usw.

Eine Stärkung der Tendenzen demokratischer und sozialistischer Entwicklung in den bestehenden Kultureinrichtungen ist aber nur durchzusetzen, wenn die Arbeiterbewegung zugleich und mit Nachdruck ihre eigene Kultur- und Bildungsarbeit, ihre Medien, ihre Vertriebs- und Kommunikationssystem ausbaut.

Das System kultureller Herrschaft — einige Mechanismen

Bisher konnte nur punktuell die Situation kulturellen Ausschlusses und kultureller Unterdrückung der Arbeiterklasse deutlich gemacht werden. Im folgenden soll versucht

werden, das System kultureller Herrschaft knapp zu skizzieren. Immer noch weitgehend bestimmend für den Charakter der Arbeit ist der Zirkel aus körperlicher, nervlicher und einseitiger geistiger Beanspruchung, niedrigen Qualifikationsanforderungen ohne Bildungsanreize, Unterordnung und Entmündigung in der Betriebshierarchie, beschränkten Kommunikationsmöglichkeiten, Überwiegen von Abschlaffen und Kräftesammeln in der Freizeit, unzureichender Wohnsituation für die Entfaltung kultureller Aktivitäten, damit vielfach genährten Tendenzen der Problemverdrängung und Realitätsflucht.

Die Tendenz zum Verschleiß der Lebenskraft in der Arbeit ist notwendig, wo der Unternehmer nur durch maximale Ausbeutung der Ware Arbeitskraft die Mehrwertrate steigern und sich so in der Konkurrenz behaupten kann. Die Tendenz, nur eine Mindestqualifikation für die große Masse der Bevölkerung zuzugestehen, ist notwendig, wo es allein um die Brauchbarkeit abhängiger Arbeitskräfte geht, wo Bildungsinvestitionen letztlich den Monopolprofit vermindern, hingegen steigendes Bildungsniveau Interessenwahrnehmung fördern und den ideologischen Schleier vor monopolistischer Macht und Herrschaft bedrohen könnte. Ein völlig ungenügendes Freizeit- und Kulturangebot entsteht notwendig, wo Infrastrukturinvestitionen in erster Linie die allgemeinen Verwertungsbedingungen des Kapitals sichern sollen. Falsches Bewußtsein bildet sich notwendig, wo der Fetischcharakter der Ware die gesellschaftlichen Zusammenhänge verhüllt und nur Beziehungen von Sachen erscheinen läßt. Entfremdung in den Beziehungen zur eigenen Arbeit, zu den in ihren Werkzeugen, Techniken, Produkten und Organisationsformen vergegenständlichten Fähigkeiten und Bedürfnissen wirkt notwendig, wo alle Leistungen menschlicher Produktivkraft als Leistungen des Kapitals und Mittel zur Verfestigung seiner Herrschaft dienen. Gemeinsamkeit und humane Verhaltensweisen sind notwendig behindert, wo die Konkurrenz der Lohnarbeiter um Arbeitsplätze und Aufstiegschancen in den zwischenmenschlichen Beziehungen wirkt.

Noch einen Schritt weiter verallgemeinert, läßt sich der Klassencharakter kultureller Entwicklungen so umreißen: Die wesentlichen Kulturprozesse in der Reproduktion der staatsmonopolistischen Gesellschaft sind ihrem sozialen Inhalt nach Prozesse kultureller Herrschaft des Kapitals, konkret der staatsmonopolistischen Oligarchie, über die Arbeiterklasse und andere nichtmonopolistische Schichten und Klassen; präziser ausgedrückt ist Inhalt dieser Prozesse der Kampf zwischen den notwendig dominierenden Tendenzen kultureller Herrschaft und den Bestrebungen der verschiedenen nichtmonopolistischen Kräfte, ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum zu vergrössern und die Sozialisationsprozesse im Sinn ihrer Interessen zu prägen (die Widersprüche zwischen diesen Kräfte dürfen nicht übersehen werden, ihre Ausnutzung gehört zur herrschenden Kulturpolitik).

Betont werden muß der widersprüchliche Charakter kultureller Herrschaft, der zugleich Produktion der objektiven und Herausforderung der subjektiven Bedingungen seiner Aufhebung ist. Als Inhalt könnte man fassen die tendenzielle Ausschließung der Lohnarbeiter von den gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen, deren Aneignung nützlich sein kann für die Erkenntnis, Beherrschung und Gestaltung der sozialen Lebensbedingungen durch das Proletariat. Für das Kapital bedeutet

seine kulturelle Herrschaft weitgehende Monopolisierung von Entfaltungsmöglichkeiten, Bedürfnissen und Genüssen, vor allem aber Einbeziehung aller Elemente des Reichtums in den Prozeß der Akkumulation des Kapitals, nicht zuletzt als Verfügung über die schöpferischen Kräfte der lohnabhängigen Produzenten. Dies ist nur möglich mit freien Lohnarbeitern, die über ihre subjektiven Potenzen auch selbstbestimmt verfügen können; im Spannungsfeld dieses Widerspruchs erhält die Funktion kultureller Herrschaft, den Ausgebeuteten wissenschaftliches Bewußtsein ihrer Lage vorzuenthalten, eine Schlüsselstellung.

Die kulturelle Herrschaftsfunktion als spezifisches Element der umfassenden Herrschaft der staatsmonopolistischen Oligarchie setzt sich über eine Vielzahl miteinander in Wechselwirkung stehender Prozesse und Einrichtungen durch. Grundlegend ist die Bestimmtheit von Lohnarbeit und Reproduktion der Arbeitskraft als Ausbeutungsprozeß mit der Tendenz zur Hemmung und Verhinderung von Aktivitäten und Qualifikationen jenseits der körperlich-nervlichen Erholung. Kapitalverhältnis, Warentausch und -fetischismus sind die Grundlagen für die verzerrte Wahrnehmung der entscheidenden gesellschaftlichen Verhältnisse und für die Tendenz zu Verhaltensdispositionen und Weisen der Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums, in denen die Fixierung auf Tauschwerte und Scheinbefriedigungen, Kompensation und Isolierung überwiegen.

Das private Eigentum an Produktionsmitteln der Konsumgüterindustrie und an Massenmedien, an Einrichtungen der Kommunikation und Kunstvermittlung sowie an Dienstleistungsunternehmen für Freizeitaktivitäten ist die Grundlage der untrennbaren Einheit von Profitinteressen und ideologischer Herrschaftsausübung in den hier ablaufenden Kulturprozessen. Die Konkurrenz zwingt den Unternehmen Massenproduktion und Massenabsatz auf, damit die Orientierung auf die verbreiteten beschränkten und deformierten Bedürfnisse und Rezeptionsformen als normalerweise sicherste Erfolgsgarantie (daß mit weiterreichenden Veränderungen im Massenbewußtsein schon unter kapitalistischen Bedingungen eine begrenzte Berücksichtigung produktiver Bedürfnisse möglich wird, sei hier nur gegen ein ökonomistisches Festschreiben der angeführten Tendenz bemerkt). So setzt sich schon spontan die kulturelle Herrschaft aufgrund des privatkapitalistischen Charakters der Kultur- und Freizeitindustrie durch.

Eine Schlüsselstellung im System staatsmonopolistischer Kultur nimmt die Schicht von berufsmäßigen Sozialisationsagenten ein, die wie Pädagogen, Medienarbeiter und Künstler vor allem die Formulierung und Vermittlung von Ideologien, Wert- und Normensystemen, Verhaltensleitbildern und Aneignungsmustern in die Masse der Bevölkerung oder bestimmte Gruppen hinein leisten, die also Produzenten und vor allem Vermittler der geistigen Kultur sind. Sie unterliegen gleichermaßen den mystifizierenden und deformierenden Wirkungen der kapitalistischen Verhältnisse; sie rekrutieren sich weitgehend immer wieder aus der Mittelschicht und aus der Intelligenz und werden dort schon im Sinn eines spezifisch systemkonformen Verständnisses ihrer gesellschaftlichen Aufgaben sozialisiert;[2] die materielle Abhängigkeit von Staat und Kapital wirkt dem Aufbrechen dieses Zirkels entgegen.

Ich habe bisher Strukturen der gesellschaftlichen Reproduktion angesprochen, die zur spontanen, aus dem selbstregulierten Wirken der ökonomischen Gesetze folgenden Durchsetzung kultureller Herrschaft des Monopolkapitals beitragen. Das Bemühen, mit staatsmonopolistischen Maßnahmen den Mängeln und Selbstaufhebungstendenzen der Regulationsmechanismen im Kapitalinteresse entgegenzuwirken, kennzeichnet auch die Kulturprozesse dieser Formation zunehmend.

In dem Maß, wie die Zunahme geistiger Qualifikationen in der Arbeiterklasse unumgänglich wird und damit die spontane Ausschließung der Lohnabhängigen von den Erkenntnismitteln unsicherer funktioniert, im Maß der bewußten Formierung der Arbeiterbewegung und ihrer aufklärenden und organisierenden Tätigkeit, im Maß der Herausforderung durch die reale Alternative des Sozialismus, im Maß auch der Verknüpfung der staatsmonopolistischen Widersprüche zu Dauerkrisen mit erhöhter politischer und sozialer Labilität wurde und wird das System imperialistischer Kulturherrschaft unter Nutzung der modernen Wissenschaft und Technik ausgebaut.

Tendenzen zu Wachstum und Veränderung kultureller Bedürfnisse

Die unaufhebbare innere Widersprüchlichkeit staatsmonopolistischer Kulturherrschaft ist eine Sache — die Äußerungen der systemüberwindenden Tendenzen in Bedürfnissen und Handlungsmotiven der Klassenindividuen, ihre Formulierung in den Organisationen der Arbeiterbewegung und ihre Durchsetzung gegen die Kapitalinteressen sind damit nicht schon gegeben. Vor allem eine neue Tendenz seit Beginn der 70er Jahre scheint darauf zu verweisen, daß die kulturellen Bedürfnisse und Ansprüche in der Klasse insgesamt zunehmen und sich verändern: kulturpolitische Diskussion und vor allem die Kulturarbeit im DGB haben einen außerordentlichen Aufschwung genommen (schon zu Beginn des Jahres 1976 gab über die Hälfte der DGB-Kreise mit weit mehr als 50% der Mitglieder an, es finde Kulturarbeit statt); besonders bemerkenswert ist die Zunahme der Formen von Selbsttätigkeit und Selbstausdruck.

An dieser Entwicklung haben sicher die Arbeit von Kommunisten in der Gewerkschaft und die Ausstrahlung ihres theoretischen und v.a. kulturpraktischen Wirkens einen bedeutenden Anteil; sie wäre aber nicht möglich, wenn nicht die Aufnahmebereitschaft unter den Lohnarbeitern sich in einem Wandlungsprozeß befände. Als Hinweis darauf können beispielsweise zwei Umfrageergebnisse aus den letzten Jahren dienen. Ende 1973 erklärten nur 11% eines repräsentativen Bevölkerungsquerschnitts Kunst und Künstler für überflüssig; vom Rest waren im Schnitt drei verschiedene positive Bestimmungen der möglichen Rolle von Kunst in ihrem Leben zu erhalten. 22% gaben an: Kunst ist eine Wertanlage und eine Sache, mit der man zeigen kann, daß man guten Stil hat. 65% sagten: Kunst soll entspannen, unterhalten, den Alltag, die Arbeit vergessen machen; 52%: Kunst soll Schönes, Ästhetisches herstellen, das Ohr erfreuen, die Freizeit verschönern; 40%: sie soll die Umwelt, unsere Städte menschlicher, farbiger, schöner gestalten; 37%/ Kunst soll belehren, bilden, zum Nachdenken anregen, Sehen lehren; 36%: Sie soll helfen, die eigene Phantasie und die eigenen Ausdrucksmöglichkeiten zu entwickeln; 24%: Kunst soll die Wirklichkeit, die

heutige Zeit abbilden und widerspiegeln; 17% schließlich schlossen sich der Meinung an, Kunst müsse sich für die benachteiligten Gruppen in der Gesellschaft einsetzen (FOHRBECK/WIESAND 1975, S. 521).[3]

1975 sprach sich eine Mehrheit von Befragten dafür aus, das (so häufig als elitär, von den Massenbedürfnissen entfernt bezeichnete) Musiktheater stärker mit öffentlichen Geldern zu fördern; eine noch größere Mehrheit wandte sich allgemein dagegen, in Zeiten staatlicher Finanzprobleme zuerst die Kulturausgaben zu beschneiden, und forderte sogar die Ausweitung des Angebots (FOHRBECK/ WIESAND 1975a, S. 15f). Als weitere Indikatoren kann man die hohen Zuwachsraten bei den Volkshochschulen ebenso anführen (1970 — 1972: +57,8% Teilnehmer) wie die Zunahme der Museums-, Ausstellungs- und Theaterbesucher in den letzten Jahren; an mehr als 1.200 Initiativen für selbstverwaltete Freizeitheime waren und sind viele Arbeiterjugendliche beteiligt. Erhöhte Ansprüche an die Qualität der Lebensumwelt waren Motive für die Teilnahme an Bürgerinitiativen zur Verteidigung von Erholungsgebieten, zum Schutz gegen Denkmalzerstörung und brutale „Sanierungs"vorhaben, für die bessere Versorgung von Wohnvierteln mit Freizeit- und Sporteinrichtungen, kommunalen Kinos und Kulturhäusern.

So vielfältig wie die Erscheinungen, aus denen man auf gewachsene und profiliertere kulturelle Bedürfnisse und Ansprüche schließen kann, sind auch die verursachenden Faktoren. Einige knappe Bemerkungen dazu scheinen mir wichtig, weil sie auf den unumkehrbaren Charakter der grundlegenden Tendenzen verweisen, die in der oder jener Weise mit der Entwicklung der gegenständlichen und menschlichen Produktivkräfte verbunden sind (vgl. KAISER 1975, S. 92ff). Gestiegen ist seit 1950 das Niveau der schulischen Abschlüsse in der Arbeiterklasse wie das der durchschnittlichen beruflichen Qualifikationen (dazu zurückhaltend IMSF 1973, S. 185 — 195, 248 — 252; entschiedener PROJEKTGRUPPE AUTOMATION UND QUALIFIKATION 1975, S. 86 — 92; jüngst mit ähnlicher Tendenz HUND 1977, S. 94 — 96); die Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Arbeitsplätze im letzten Jahrzehnt und gegenwärtig ist äußerst widersprüchlich, bei deutlichen Dequalifikationserscheinungen kann man doch nicht von einer grundlegenden Umkehr der Tendenz sprechen. Neue Formen und Techniken der Arbeitsorganisation gehen in Richtung stärkerer Einbeziehung sozialer und persönlichkeitsrelevanter Qualifikationen (Kooperationsfähigkeit, Initiative, Artikulationsvermögen usw.); darin fließen Intensivierungs- und Integrationsinteressen des Kapitals mit höheren Ansprüchen der Beschäftigten an die Qualität ihrer Arbeitstätigkeit zusammen und ergeben Anstöße zur Verbreitung solcher Ansprüche (vgl. GOTTSCHALCH 1977, S. 846ff, 1007ff). Gestiegene psychophysische Arbeitsbelastungen setzen höhere Reproduktionsanforderungen; sie können nivellierend auf die Aktivitäten in der gewachsenen Freizeit wirken — in Verbindung mit anderen Faktoren jedoch auch zur Vergrößerung kultureller Bedürfnisse beitragen.

Die mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt in seiner kapitalbestimmten Form verbundenen, hier stichwortartig angedeuteten Tendenzen der produktiven Konsumtion der Arbeitskraft und der objektiven Reproduktionsnotwendigkeiten sind in sich widersprüchlich; wie sie sich für die Lohnabhängigen realisieren, entscheidet

wesentlich der gewerkschaftliche Kampf selber. Keinesfalls handelt es sich um mechanische und monokausale Zusammenhänge zwischen Produktivkraft- und Arbeitsentwicklung auf der einen, Bedürfnis- und Anspruchsentwicklung auf der anderen Seite. Die subjektive Reaktion auf objektiv veränderte Reproduktionsanforderungen ist entscheidend vermittelt über ideologische Faktoren. Dazu noch einige Bemerkungen, die das Wachstum kultureller Bedürfnisse und Ansprüche (im hier gebrauchten engeren Sinn) einbetten in eine umfassende Tendenz zu höherer Sensibilität für die Persönlichkeitsproduktivität der Lebensbedingungen in der Arbeiterklasse (vgl. DILIGENSKI 1977, S. 95, 100ff).

Eine solche Erfahrungslinie bildet die zunehmend als unnötig empfundene wachsende Kluft zwischen den gesellschaftlich produzierten Reichtumspotenzen (in Form der Produktionskapazitäten und -leistungen, der wissenschaftlich-technischen Fortschritte) und dem Zurückbleiben der individuellen, vor allem aber der gesellschaftlichen Konsumtionsmöglichkeiten. Stagnierende und sinkende Reallöhne sind nur der zugespitzte Ausdruck; die Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums in Rüstung, Werbung, eingebautem Verschleiß, brachliegenden Kapazitäten und Dauerarbeitslosigkeit läßt die Lebensweise der Lohnabhängigen keineswegs als luxuriös erscheinen. Vor allem die Unfähigkeit, gesellschaftlich zu schaffende Reproduktionsbedingungen staatlicherseits ausreichend zur Verfügung zu stellen, wird unter dieser Sicht immer weniger hingenommen: Bildungsmisere, Stadtzerstörung, Umweltbedrohung und -vernichtung, ungenügende Infrastruktur für Freizeit und Erholung, für Sport und Kunstaneignung. Nicht, als ob dieser „Vergleich" massenhaft bewußt vorgenommen würde; die Diskrepanz wird jedoch immer wieder erfahren und ist — meist noch unter der Bewußtseinsschwelle — einer der Antriebe zur Erhöhung des allgemeinen Anspruchsniveaus, d.h. der Bewertung dessen, was man nicht nur träumend gern für sich hätte, sondern dessen, was man heute und morgen real verlangen kann an Qualität des Lebens, an eigenem Anteil am gesellschaftlichen Reichtum.

Eng damit verknüpft ist ein anderer Motivationsstrang. Ein großer Teil der Lohnabhängigen hat sich in den letzten 25 Jahren einen Standard individueller Konsumtion geschaffen, der im Ergebnis schwerer Arbeit und des Verzichts auf manche kleinere unmittelbare Befriedigung für die einzelnen Familien sehr hohe Bedeutung als Ausdruck und Frucht ihrer Leistung besitzt: die Wohungseinrichtung, der eigene Wagen, die Urlaubsreise, z.T. das eigene Haus. Jetzt wird durch die unzureichende und profitorientierte Infrastrukturentwicklung der Genuß dieser mühsam errungenen Güter bedroht: Staus auf dem Weg zu den Nah- und Fernerholungsgebieten, Überfüllung, Zerstörung von Ruhe, Schönheit und Sauberkeit der Natur, Lärm und Emmissionen in den Wohngebieten. Die erreichte Höhe des individuellen Konsumniveaus setzt hier Mindestanspruchsmaßstäbe.

Die kapitalistische Konsumgüter- und Dienstleistungsindustrie bemüht sich unentwegt, vielseitig, raffiniert und erfolgreich, die allgemeine Begehrlichkeit zu steigern, Bedürfnisse anzustacheln, Neues und Anderes als notwendig und erreichbar darzustellen. Vor allem Ratenzahlung und Kleinkredite haben sich als wirksame Mittel erwiesen, die Erfüllung individueller Konsumwünsche noch über die Grenze des jeweils aktuell Möglichen hinauszutreiben. Die Dynamik der kapitalistischen Bedürfnisproduktion im Konsumgüterbereich leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Ansprüche an das, was einem als Arbeitendem zugänglich, erreichbar sein muß.

In eine ähnliche Richtung wirken auch bestimmte Folgen der Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse. Angehörige vor allem der technischen Intelligenz nähern sich der Lage der Arbeiterklasse an, der Anteil der Angestellten wächst, die Kontakte werden enger (nicht zuletzt über die steigende gewerkschaftliche Organisierung und Mobilisierung der Angestellten); damit wirken die im Schnitt vielseitigeren, aktiveren und mehr geistige Elemente enthaltenden Freizeit- und Konsumstile dieser Gruppen (gegründet nicht allein in höherem Bildungsniveau und größerem Einkommen, sondern auch in schichtspezifischen Normen) auf die Arbeiterschaft und geben Anreize für Verhaltensänderung und Bedürfnis- und Anspruchserhöhung. Stärkere Konfrontation mit vielseitigerem Freizeitverhalten folgt auch aus der weitgehenden Aufhebung der früheren Isolierung der Arbeiter in Arbeiterwohnvierteln, aus der größeren sozialen Durchmischung der Quartiere.

Anspruchsentwicklung durch die Arbeiterorganisationen

Bei der Erweiterung und Veränderung der Bedürfnisse wie bei der Konstituierung, Artikulation und Präzisierung des Anspruchsniveaus und seiner Verinnerlichung bei den einzelnen Lohnarbeitern spielen die Organisationen der Arbeiterklasse eine entscheidene Rolle. Pointiert hebt GODARD diesen Aspekt hervor, „daß für die nichtherrschenden Klassen Bedürfnisse gesellschaftlich erst existieren, wenn sie von einer gesellschaftlichen oder politischen Bewegung übernommen und getragen werden." „Die beherrschten Klassen schaffen durch ihre politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen oder durch solche Organisationen, die aus verschiedenen sozialen Bewegungen entstanden sind (Bewegungen von Mietern, Benutzern, Verbrauchern ...) ihr Gegensystem von Bedürfnissen. Dieses System von Bedürfnissen bezieht sich natürlich auf einen bestimmten Stand der Arbeitskraft, aber dieser Stand sagt nichts aus über die zu stellenden Forderungen, d.h. über die sozialen Bedürfnisse, deren Befriedigung als legitim angesehen wird. Er gibt einen Ort an, den Ort einer Forderung, aber nicht mehr. Die 'notwendigen sozialen Bedürfnisse' entstehen im Klassenkampf, in ihnen kristallisiert sich das Kräfteverhältnis; sie verwandeln sich in eine Norm und, wenn der Kampf der beherrschten Klassen erfolgreich ist, in ein Recht" (1973, S. 21, 22).

Hier wird zwar meines Erachtens die spontane Seite der Bedürfnisentwicklung ungenügend erfaßt, auf deren Grundlage erst die klassenmäßige oder gesamtgesellschaftliche Vevallgemeinerung stattfinden kann (zur Diskrepanz dieser Prozesse DILIGENSKI 1977, S. 107) — allerdings nicht in mechanisch starrer Verbindung mit den objektiven Reproduktionsnotwendigkeiten. Die Formulierung von Forderungen als wesentlicher Beitrag zur individuellen Normierung von Bedürfnissen und Ansprüchen als berechtigt und erfüllbar, die Durchsetzung ihrer Befriedigung und damit ihre Verwandlung in ein Recht und einen Ausgangspunkt weitergehender

Forderungen und Ansprüche können jedoch allein die Organisationen der Arbeiterbewegung erreichen.

Für deren Arbeit ergeben sich mit den skizzierten Tendenzen neue Möglichkeiten und Aufgaben. Veränderung und Erweiterung von Reproduktionserfordernissen, Bedürfnissen und Ansprüchen führen bei bewußter Interessenvertretung der Arbeiterorganisationen zu einer Ausweitung und Vertiefung des Kampfes um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, in denen es zunehmend um Prozesse produktiver Persönlichkeitsentfaltung geht.

Solche Entwicklungen können genutzt werden zur Bewußtmachung und subjektiven Übernahme des umfassenden Kulturanspruchs der Arbeiterklasse auf Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums und für die Erkenntnis, daß dies erst im Sozialismus möglich sein wird. Mit der Normierung des Rechts auf ein erfülltes und sinnvolles Leben werden neue Kräfte des Widerstands und Kampfes gegen die staatsmonopolistische Herrschaft erschlossen, die sich weit über ökonomische und soziale Interessengegensätze hinaus aus der Unerträglichkeit der herrschenden Lebensweise, Werte, Moral usw. speisen.

Jede Verbesserung der Bedingungen produktiver Weltaneignung (von der Freude am eigenen körperlichen Leistungsvermögen über die Entwicklung sinnlich-ästhestischer Genußfähigkeit bis zur bewußten Regulierung der Lebenstätigkeit aus wissenschaftlicher Erkenntnis der eigenen sozialen Situation) hat ihren Wert in sich als Erfüllung von Gegenwartsinteressen der Lohnabhängigen. Sozialistische Politik und Kulturarbeit nutzt jede Erweiterung vor allem der geistigen Entwicklungsmöglichkeiten zur Entfaltung ihrer objektiven Potenz als „Bildungselemente" des Proletariats und Waffen gegen die Bourgeoisie (vgl. MEW 4, S. 471).

Die Aufnahme kultureller Bedürfnisse in Reflexion und Arbeit sich erweiternder Kreise der DGB-Gewerkschaften hat neben der Ausstrahlung mit der DKP verbundener Kulturarbeit weitere Randbedingungen in der politischen Entwicklung der letzten Jahre. Da sind zunächst die Veränderungen in Praxis und Selbstverständigung der DGB-Gewerkschaften zu nennen, die etwa mit der Krise 1966/67 begannen und seitdem — bei aller Widersprüchlichkeit — zu einer Stärkung eigenständiger, kämpferischer, einfallsreicher, breiter vorbereiteter und getragener Aktivitäten, zu härteren praktischen und ideologischen Konfrontationen mit den Unternehmern, zu gesellschaftlich tiefgreifenden Reformforderungen, zu verstärktem systemkritischem Denken und auch seit 1969 zu steigenden Mitgliederzahlen geführt haben. Seit 1976 zeichnet sich deutlich ab, daß die Kapitalstrategie einer Abwälzung der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen den Druck gegen aktive Interessenvertretung erheblich verstärkt, daß die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen mehr an Einsatz und Überzeugensarbeit verlangt. Es werden also wohl Bedingungen bestehen bleiben, die TODTENBERG als förderlich für eine Ausweitung aktionsbezogener Kulturarbeit einschätzt: „Der verstärkte Widerstand gegen gewerkschaftliche Forderungen (macht) auch andere Durchsetzungsformen notwendig. Bei Lösungen am Verhandlungstisch wird Kultur nicht gebraucht; muß man aber zur Durchsetzung von Forderungen Aktionen machen, Mitglieder mobilisieren, Öffentlichkeit herstellen, so stellt sich die Frage, wie und welche Mittel könnten nutzen. Und gerade in vielen Aktionen der

Gewerkschaftsjugend hat sich gezeigt, daß kulturelle Elemente (Songs, Grafiken, Plakate, Straßentheater) hierbei wichtige Hilfen sind" (1977, S. 16).

Ein weiteres Motiv für den Ausbau von Kulturarbeit folgt aus der Tendenz zur Verringerung von Kommunikationsmöglichkeiten an den Arbeitsstätten, die die Gelegenheiten für gewerkschaftliche Überzeugungsarbeit dort einengt. Die Entwicklung zu kürzeren Jahresarbeitszeiten, gegenwärtig aber vor allem die Beschleunigung des Arbeitstempos, Intensivierung sowie kontakthemmende Arbeitsbedingungen (Lärm, Isolierung) wirken in diese Richtung. Dem versuchen die Gewerkschaften in Betrieben und Büros Rechnung zu tragen; offensichtlich entsteht jedoch eine zunehmende Herausforderung, neue und anziehende Formen der Kommunikation, Diskussion, Organisierung in der arbeitsfreien Zeit zu entwickeln, um die Verbindung zwischen Gewerkschaften und Lohnabhängigen zu erhalten und auszubauen.

Für die breite Artikulation kultureller Ansprüche in den Gewerkschaften und für ihre Aufnahme in der offiziellen Politik ihrer Spitzen war auch die politische Entwicklung in der Bundesrepublik seit dem Ende der 60er Jahre förderlich. Nach der Bildung der Regierung Brandt/Scheel 1969 gab es einen euphorischen Aufschwung der Erwartungen, welche Fortschritte für die Lohnabhängigen nun endlich durchgesetzt werden könnten. Für die Führungen und viele Aktive der Gewerkschaften, die große Hoffnungen in die parlamentarische Mehrheit von SPD und FDP setzten, schien es nun angebracht und realistisch, aufgestaute Bedürfnisse und Ansprüche in grundlegender, langfristig konzipierter Weise für die Reformpolitik anzumelden. Dem dienten umfangreiche Kongresse und Ausarbeitungen zu Themen wie Verbesserung der Lebensqualität (IG Metall-Kongreß 1972), Humanisierung der Arbeitswelt (DGB-Kongreß 1974), Umweltschutz (DGB-Umweltschutzprogramm 1974), die Rede von H.O. Vetter auf dem 9. ordentlichen DGB-Kongreß 1972. Hier wurde den Forderungen nach wesentlicher Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, nach ihrer Gestaltung entsprechend den Bedürfnissen und Interessen der Lohnabhängigen statt ihrer Anpassung an Profitgesichtspunkte eine Perspektive gewiesen, die innerhalb der kapitalistischen Systemgrenzen die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen das Großkapital zumindest deutlicher aussprach als regierungsoffizielle Konzeptionen. Die Berufung auf „menschliche Bedürfnisse", „Menschenwürde" und „Humanisierung" — zwiespältig, weil mit Vernachlässigung der unvereinbaren Klasseninteressen verbunden — hat aber doch auch dazu beitragen, dem Anspruch auf ein Mehr an Selbstverwirklichung in Arbeit und Freizeit Legitimation als grundlegendes Menschenrecht und Nachdruck zu verleihen.

Einige aktuelle Probleme aus Kulturpolitik und Kulturarbeit

Zum Gesamtkomplex steigender Bedürfnisse in der Arbeiterklasse zählt „ein gestiegenes Anspruchsniveau an industrielle Arbeitstätigkeiten" (HUND 1977, S. 91). Damit verbessern sich auch in der Bundesrepublik die subjektiven Voraussetzungen für eine breite Aufnahme und aktive Vertretung gewerkschaftlicher Forderungen nach Arbeitszeitregelungen und Arbeitsbedingungen, die die Reduktion der Freizeit auf einfache körperlich-nervliche Wiederherstellung aufheben lassen und durch höhere

Qualifikation, Förderung von Beweglichkeit, Selbstständigkeit, Artikulationsfähigkeit und Kommunikation am Arbeitsplatz bessere Voraussetzungen für eine Zunahme aktiver und geistiger Betätigung in der arbeitsfreien Zeit schaffen. Dieser Entwicklung wirkt nicht nur die begründete Sorge um den Arbeitsplatz entgegen, die qualitative Ansprüche als Luxus erscheinen läßt; die gegenwärtigen Lohnfindungssysteme bringen beim Abbau von Überstunden, Schicht- und Nachtarbeit, von Lärm-, Hitze-, Staub- und Gas- oder Erschütterungsbelästigung Einkommensminderungen für die Arbeiter mit sich. Das erschwert die Formulierung konkreter Kampfziele, mit denen sich die Kollegen voll identifizieren können.

Alle Erfahrungen sprechen dafür, diese Zusammenhänge nicht mechanistisch zu betrachten. Der konkrete Charakter der Freizeittätigkeiten hängt ab von einer Menge weiterer Variabler, unter denen besonders interessant die sind, deren deutliche Veränderung zumindest mittelbar im Aktionsbereich der Arbeiterorganisationen liegt. Das betrifft die Möglichkeiten der eigenen Kulturarbeit wie das Einwirken auf Prozesse und Entscheidungen im Kulturbetrieb, vor allem gegegenüber den öffentlich getragenen kommunalen Einrichtungen und gegenüber den öffentlich-rechtlich geführten Massenmedien Funk und Fernsehen. Dabei ergeben sich viele Probleme und Widersprüche aus der Komplexität der Aufgabe, zugleich die Bündnispolitik mit der künstlerischen Intelligenz zu entwickeln, das Gegenwartsinteresse an besserer kultureller Entfaltung der Lohnarbeiter zu vertreten und — vorrangig! — die Formierung der Arbeiterklasse zur revolutionären Klasse für sich zu fördern.

Eine wissenschaftlich-analytisch wie politisch-praktisch zentrale Frage scheint mir: Wie verlaufen bei den Klassenindividuen die Zusammenhänge zwischen Vielfalt aktiver und geistiger Elemente im Freizeitverhalten einerseits, Entwicklung von Interessen- und Klassenbewußtsein und Beteiligung an verändernder Praxis andererseits? Empirische Befunden sagen dazu beispielsweise aus: gewerkschaftliche und politisch engagierte Arbeiter und einfache Angestellte sind im Schnitt kulturell aktiver als Kollegen mit auf diesen Gebieten unentwickelter Praxis und Bewußtheit. Ein Zusammenhang ist sicher: Erweiterung und Reflexion der sozialen Praxis sowie die Kulturarbeit der Arbeiterorganisationen geben Anstöße für bewußtere, selbständigere Freizeitaktivität. Ob es einen umgekehrten Zusammenhang gibt, ist völlig ungesichert. Wahrscheinlicher ist, daß innerhalb der Arbeiterklasse ein höheres Niveau fachlicher und allgemeiner Bildung, geistige Beweglichkeit und Eigenständigkeit sowohl Interessenerkenntnis und Engagement fördern als auch im Charakter des Freizeitverhaltens ihren Ausdruck finden. Ob und unter welchen Bedingungen eine Persönlichkeits- und Qualifikationsstruktur, die sich in höherem Niveau der Freizeitaktivitäten äußert, den Prozeß der Erkenntnis der eigenen sozialen Lage und klassenbewußten Engagements fördert, welche Vermittlungsstufen hier zu berücksichtigen sind — das ist weitgehend ungeklärt. Umgekehrt erweisen sich allerdings die mit vielseitiger, aktiver und bewußter Freizeitnutzung verbundenen Persönlichkeitsqualitäten eindeutig als Gewinn für die revolutionäre Potenz der Klasse, wenn sie im Kontext klassenbewußten Handelns fungieren.

Entsprechend den angedeuteten unterschiedlichen Gewichtungen in der Analyse werden unter den marxistisch orientierten Wissenschaftlern auch verschiedene Konzepte entwickelt, wie die Entfaltung kultureller Aktivität mit dem Eingreifen in soziale Auseinandersetzungen vermittelt werden könne. Ohne ausschließende Alternativen aufzustellen, gehen die einen stärker aus von der konzentrierten Gestaltung humanistischer Ansprüche in der Kunst und wollen deren Übernahme in der Aneignung durch Lohnarbeiter fördern, die solche Ansprüche dann gegenüber ihrer realen Lebensumwelt anmelden und damit an Motivation für den Kampf um gesellschaftliche Veränderung gewinnen. WINCKLER formuliert: „Der Inhalt und die Erfahrungsweise ästhetischer, besonders aber ästhetisch-künstlerischer Erfahrung verweisen ... — und das macht ihre Bedeutung für die Arbeiterbildung aus — auf die realhumanistische Forderung nach Aufhebung menschlicher Entfremdung in den praktisch-sozialen, den kulturellen und den geistig-ideologischen Lebensverhältnissen“ (1977, S. 227).

Andere betonen, daß die realen Prozesse in der Bedürfnis- und Anspruchsentwicklung der Arbeiterklasse nicht unmittelbar mit den Kategorien und Kriterien humanistischer Kulturideale zu erfassen sind: Bedürfnisse nach sportlicher Betätigung, nach vielfältiger, unterhaltsamer, erlebnisgefüllter Freizeit, nach interessanten, fordernden, abwechslungsreichen und Kommunikation ermöglichenden Arbeitstätigkeiten, nach Mitbestimmung, nach begründeter Identifikation mit der eigenen Stadt oder Gemeinde als Heimat, nach Selbsttätigkeit in Hobbies und Laienaktivitäten, nach Kommunikation und solidarischer Nachbarschaft usw. Diese Theoretiker verweisen auf die zunehmenden Konflikte und Bewegungen, in denen solche Bedürfnisse mit den Abbau- und Zerstörungstendenzen der staatsmonopolistischen Ordnung aneinandergeraten; sie nehmen an, daß v.a. aus diesen Auseinandersetzungen realistischeres Bewußtsein der gesellschaftlichen Zusammenhänge und eine Motivation für demokratisches und sozialistisches Engagement zu entwickeln sind.

Im Rahmen einer langfristigen sozialistischen Strategie ist die Verbesserung vorhandener kultureller Entfaltungsmöglichkeiten auch bei der gegenwärtigen bürgerlichen Dominanz im Kulturbetrieb unverzichtbar für die Entwicklungen, in denen die subjektive Motivation und Qualifikation der Arbeiterklasse für die Überwindung der staatsmonopolistischen Ordnung sich herausbilden; davon gehen auch die Konzeptionen der DKP aus. Wenn sie für Erhalt und Ausbau der vorhandenen Kultureinrichtungen eintritt, wenn sie die Notwendigkeit der Erhaltung und Vermittlung des humanistischen Kulturerbes verficht, dann ist dies nicht allein von bündnispolitischen Überlegungen bestimmt und ergibt sich nicht nur aus dem Selbstverständnis als nationale Kraft, die die bedeutenden kulturellen Traditionen und Potenzen unseres Landes schützen, erweitern, lebendig und breit zugänglich machen will; obwohl gegenwärtig nur kleine Teile der Arbeiterklasse von diesen Kulturangeboten Gebrauch machen, Gebrauch machen können, träfe jede Dezimierung doch ein wichtiges Feld für die Anspruchsentwicklung des Proletariats. Von kommunistischer Seite wird der Kampf um Erhalt und Ausbau kultureller Aneignungs- und Betätigungsmöglichkeiten stets verbunden mit dem Bemühen, den Einfluß der Arbeiterklasse hier zu vergrößern und den Raum für demokratische und sozialistische Tendenzen zu erweitern. In der Praxis ist allerdings ein solches Junktim nicht unmittelbar zu verwirklichen. Die Problematik einer Vernachlässigung ideologischer Klassenfragen zeigt sich gegenwärtig

vor allem in Kulturpolitik und Kulturarbeit der DGB-Gewerkschaften. Dazu noch einige Bemerkungen, die nicht mehr als Andeutungen sein können.

Der Ausschluß der Lohnarbeiter von der ästhetisch-künstlerischen Kommunikation ruft spontan Tendenzen und Bemühungen zur Aneignung von Erbe und Gegenwartskunst hervor. So gehört zur gewerkschaftlichen Kulturarbeit neben den Basisaktivitäten, die meist deutlich auf die Erfahrungen von Arbeitsplatz und sozialen Auseinandersetzungen, auf gewerkschaftliche Aktionen und Forderungen, auf Kämpfe und Geschichte der Arbeiterbewegung bezogen sind, auch ein bedeutender Sektor mit der Aufgabe der „Kunstvermittlung an Arbeitnehmer". Dazu zählen ein Buch- und Schallplattenclub („Büchergilde Gutenberg" mit 210.000 Mitgliedern), die „Volksbühnen", die ermäßigte Abonnements und Karten für das Sprech- und Musiktheater organisieren (270.000 Mitglieder), einzelne Theater- und Konzertaufführungen lokal und im Rahmen der Ruhrfestspiele. In den entsprechenden Programmen dominieren eindeutig die gängigen Unterhaltungsangebote der anspruchslosen Belletristik, der Schlager und des Boulevardtheaters, dann Rezeptionsvorgaben aus dem klassischen Kulturerbe. Die proletarisch-revolutionäre Traditionslinie und gesellschaftskritische oder gar sozialistische Gegenwartskunst lassen sich allenfalls in Spurenelementen nachweisen.

Heute ist eine solche Programmpolitik keineswegs allein als Ergebnis des (vorhandenen!) Drucks integrationistischer Gewerkschaftsspitzen zu begreifen; Versuche, etwa im Rahmen der Volksbühnen mehr sozialkritisches Gegenwartstheater anzubieten, wurden von den Mitgliedern nicht akzeptiert. Das Publikum dieser Organisationen ist dominiert von der Obersicht der Arbeiterklasse und von abhängig Beschäftigten, die schon nicht mehr zur Arbeiterklasse zu rechnen sind und sich eindeutig an den gängigen bildungsbürgerlichen Vorstellungen von den überzeitlichen Kulturwerten jenseits aller sozialen Interessengegensätze orientieren.

Gegenwärtig verstärken weitere Faktoren diese Tendenz. Angesichts der zunehmenden Monopolisierung der Kulturindustrie und des zahlenmäßig noch kleinen gewerkschaftlichen Publikums für konsequent demokratisch und sozialistisch engagierte Kunst enthält eine Umorientierung des Programms etwa der Büchergilde auch ökonomische Risiken — vom politisch-ideologischen Druck des Kapitals gegen eine solche Profilierung ganz zu schweigen.

Der Aufschwung gewerkschaftlicher Organisierung und Aktivierung vor allem unter Schriftstellern, Bildenden Künstlern und Bühnenschaffenden war ideologisch wesentlich über folgende Konzeption vermittelt: Die materielle und soziale Misere der meisten Künstler hängt zusammen mit der relativ schmalen Publikumsbasis vor allem der öffentlichen Kultureinrichtungen. Eine Politik, die auf die Entwicklung kultureller Bedürfnisse und Aktivitäten in der arbeitenden Bevölkerung gerichtet ist — und als deren Promotor bieten sich die Gewerkschaften an —, entspricht den Interessen der Künstler auf doppelte Weise: zum einen werden in der musisch-kulturellen Bildung, Breitenarbeit und Animation Arbeitsmöglichkeiten für Künstler entstehen; und zum andern schafft der Erfolg einer solchen Politik eine stabilere soziale Basis für die Kunstentwicklung durch erweiterte Nachfrage und absehbar größeren Widerstand gegen Kürzungsversuche staatlicher Bürokratien.

Ausgeklammert ist in diesem Konzept die Frage nach der inhaltlichen Beziehung der künstlerischen Arbeit auf gewerkschaftliche Politik oder gar proletarische Interessen. Damit zeigt sich auch hier, wie eine auf stärkere Teilnahme der Lohnarbeiter am Kulturbetrieb gerichtete Praxis ständig die integrationistische Dominanz reflektieren und zurückdrängen muß. Verständlich ist ebenfalls, daß Tendenzen zur Kunstfeindlichkeit oder zur totalen agitatorischen Funktionalisierung von Kunst, die spontan in Teilen der Arbeiterklasse entstehen, in dieser Konstellation Nahrung finden. So bedarf es großer und reflektierter Arbeit, um die Potenzen für das Bündnis von Arbeiterbewegung und demokratischen, humanistischen Kunstproduzenten, die im Gewerkschaftsanschluß von Künstlern enthalten sind, Wirklichkeit werden zu lassen.

Ein wesentlicher Zug in der Entwicklung der gewerkschaftlichen Kulturarbeit der letzten Jahre ist die große Rolle, die kulturelle Selbsttätigkeit und Selbstausdruck dort einnehmen: von der Fotodokumentation betrieblicher Mißstände bis zum Rollenspiel in der Bildungsarbeit, von der Theatergruppe bis zur Ausstellung von Hobby-Arbeiten. Da gerade für Arbeiter die Gewerkschaften ein Ort sind, an dem sie sehr viel eher ihre Laienarbeiten und Ausdrucksversuche zugänglich machen und diskutieren möchten als bei anderen Gelegenheiten in ihnen nicht vertrauten sozialen Milieus, entsteht ein starker Druck auf die gewerkschaftliche Kulturarbeit, der durchaus die Gefahr einer Verselbständigung solcher Aktivitäten selbst in primär gewerkschaftspolitisch engagierten Gruppen hervorrufen kann.

Die vorgestellten Laienarbeiten reflektieren auch dort, wo es vom Genre her möglich wäre, kaum soziale und politische Probleme aus der Sicht der Arbeiterbewegung. Neben der Tendenz zum Idyllischen, Erträumten, Naiven schlagen die stilbildenden Klischees der Kulturindustrie sehr stark durch: vom Malen in der Art der „Kaufhausbilder" bis zur Fixierung auf Stars. Hier stellt sich vielleicht am direktesten die Frage nach den konkreten persönlichkeitsbildenden Wirkungen kultureller Aktivitäten, die ihrer Förderung durch Kampforganisationen der Arbeiterklasse eine größere Bedeutung als die der Sympathiewerbung gibt.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie die Bedeutung spezifischer Ausdrucks-, Kommunikations- und Verhaltensformen sowie der Normen und Werte einzuschätzen ist, die auch heute die Arbeiterschaft und andere Gruppen der Arbeiterklasse auszeichnen und als „Kultur der Arbeiterklasse" zunächst einmal deskriptiv zu fassen sind. Wie weit und unter welchem Aspekt sind Elemente der Kultur der Arbeiterklasse als Resultat restringierter und entfremdeter Arbeits- und Lebensbedingungen zu fassen, die auf dem Weg zu sozialistischer Kultur negiert werden müssen? Wie weit und unter welchem Aspekt sind hier Ansätze produktiver solidarischer Persönlichkeitsentfaltung zu sehen, die durch ein im wesentlichen auf intellektuelle und sinnliche Weltaneignung orientiertes humanistisches Persönlichkeitsideal nicht erfaßt werden? Wo sind die Grenzen zwischen selbstbewußter Abgrenzung und bornierter Abkapselung (vgl. VERRET 1977)?

Ein wichtiges methodisches Prinzip bei der Bewältigung der großen Aufgaben, die nicht nur hier vor den fortschrittlichen Kulturwissenschaftlern der Bundesrepublik stehen, scheint mir gegenwärtig das unvoreingenommene Erfassen und Analysieren der ganzen Breite, Vielfalt und Widersprüchlichkeit von Veränderungen und Bewegungen

im kulturellen Verhaltens- und Persönlichkeitssystem von Angehörigen der Arbeiterklasse, die sich praktisch und bewußtseinsmäßig in Bewegungen mit objektiv antimonopolistischer Tendenz hineinbegeben. In den Übergängen und Widersprüchen, Hemmnissen und Triebkräften, in den Veränderungen im Lauf dieser Prozesse läßt sich vielleicht mit der größten Wirklichkeitsnähe und Praxisrelevanz eine emprische Basis für theoretische Aussagen über Charakter, Widersprüche, Potenzen und Eingriffstellen in der heutigen Kultursituation der Arbeiterklasse der Bundesrepublik gewinnen.

Anmerkungen

1 Wenn diese hohen Werte auch in Zweifel gezogen wurden, so bleibt doch auf jeden Fall der Hinweis auf eine Tendenz in der Bedürfnis- und Aktivitätsentwicklung in der Arbeiterklasse.

2 Bei der pädagogischen Intelligenz zeigen sich am deutlichsten Tendenzen zu einer Auflösung dieses Kreislaufs. Berufsverbote, gezielte Nutzung sozialer Unsicherheit für erhöhten Anpassungsdruck, Verdächtigung als „Vorfeld des Terrorismus" und Angriffe gegen konsequente Gewerkschaftspolitik sind Reaktionen darauf.

3 Die Befragten konnten aus verschiedenen vorgegebenen Antwortmöglichkeiten mehrere auswählen.

Literaturverzeichnis

G.G., Die Arbeiterklasse in einer neuen Etappe. Über aktuelle Tendenzen in der Entwicklung des proletarischen Massenbewußtseins, in: Marxismus Digest 31, 1977

DKP, Kultur und Kulturpolitik im antiimperialistischen Kampf, 3. Auflage, Düsseldorf o.J. (1974)

DKP, Vorschläge für die demokratische Entwicklung von Presse, Funk Fernsehen, Film und Verlagswesen, Düsseldorf o.J. (1976)

Karla, WIESAND Andreas J., Musiktheater — Schreckgespenst oder öffentliches Bedürfnis, in: Bühnengenossenschaft 10/1975 a

FOHRBECK Karla, WIESAND Andreas J., Der Künstler-Report, München 1975b

FOLTIN Hans-Friedrich, WÜRZBERG Gerd, Arbeitswelt im Fernsehen, Köln 1975

GEWERKSCHAFT KUNST, Beiträge zu einen kulturpolitischen Programm der DGB-Gewerkschaften, in: Bühnengenossenschaft 2/1977

GODARD Francis, Vom Bedürfnisbegriff zur Klassenpraxis, in: Marxismus-Digest 15, 1973

GOTTSCHALCH Holm, Humanisierte Arbeit? in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1977 und 8/1977

HELLPACH Willy, Kulturpsychologie, Stuttgart 1953

HOLZER Horst, Gescheiterte Aufklärung?, München 1971

HOLZER Horst, Theorie des Fernsehens, Hamburg 1975

HORKHEIMER Max, ADORNO Theodor W., Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M. 1971

HUND Johanna, Produktivkraftentwicklung, Qualifikationsanforderungen und neue Formen der Arbeitsorganisation, in: Humanisierung der Arbeitswelt? — Argument-Sonderband 14, Westberlin 1977

IMSF (Institut für Marxistische Studien und Forschungen), Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950 — 1970, Teil II: Sozialstatistische Analyse, Frankfurt/M. 1973

INFAS (Institut für angwandte Sozialwissenschaft), Freizeitverhalten — Eine Sekundäranalyse, Bonn — Band Godesberg 1973

JAHODA Marie, LAZARSFELD Paul F., ZEISEL Hans, Die Arbeitslosen von Marienthal, 1933, Neuauflage Frankfurt/M. 1975

KAISER Johannes, Kulturbedürfnisse — Versuch einer Einordnung, in: IMSF (Hg.), Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse, München 1978

NEUE GESELLSCHAFT FÜR BILDENDE KUNST (Hg), Theorie und Praxis demokratischer Kulturarbeit, Westberlin 1975

KRAMER Dieter, WÜRZBERG Gerd, Gewerkschaften und öffentlich-rechtliche Medien, in: Massen/Medien/Politik — Argument-Sonderband 10, Karlsruhe 1976

LÜDTKE Hartmut, Freizeit in der Industriegesellschaft, Opladen 1972

MAASE Kaspar, Volkspartei und Klassenkultur, München, Berlin/DDR 1974

MAASE Kaspar, Arbeitszeit — Freizeit — Freizeitpolitik, IMSF-Informationsbericht 27, Frankfurt/M. 1976

MAYER German, Buch und Lesen 1973, Bertelsmann Briefe 81, 1974

MEW, Marx-Engels-Werke, Dietz Verlag, Berlin/DDR

OSTERLAND Martin u.a., Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Frankfurt/M. 1973

PIWITT Hermann Peter, 11 Thesen zum Vergehen von Hören und Sehen, in: Literaturmagazin 5, Reinbek 1976

PROJEKTGRUPPE AUTOMATION UND QUALIFIKATION, Automation in der BRD — Argument-Sonderband 7, Westberlin 1975

SCHARIOTH Joachim, Kulturinstitutionen und ihre Besucher, Diss. Bochum 1974

SCHMIDTCHEN Gerhard, Lesekultur in Deutschland, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, 70/1968

SCHMIDTCHEN Gerhard, Lesekultur in Deutschland 1974, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Frankfurter Ausgabe, 39/1974

SCHUNTER-KLEEMANN Susanne, Arbeitslosigkeit, Arbeitsbedingungen, Freizeitsituation und ihre Wirkung auf kulturelle Aktivitäten, in: IMSF (Hg.), Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse, München 1978

STÜTZ Hannes, Die Hauptaufgaben unserer Kulturpolitik, in: Kulturpolitisches Forum der Deutschen Kommunistischmn Partei 12./13. Juni 1971 in Nürnberg, Hamburg 1972

VETTER Heinz Oskar, Referat, in: Humanisierung der Arbeitswelt als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe, Frankfurt/M., Köln 1974

VERRET Michel, Über die Arbeiterkultur, in: Marxismus Digest 31, 1977

WINCKLER Lutz, Literaturvermittlung in der gewerkschaftlichen Jugendbildung, in: Martin Doehlemann (Hg.), Wem gehört die Universität? Lahn- Gießen 1977

Henning Müller

Weder „Freizeittrösterin" noch „verlängerter Arm des herrschenden Kulturbetriebs": Gewerkschaftliche Kulturarbeit in der Diskussion

„Kunst, die sich mit den Interessen der Arbeiterbewegung verbindet, das ist auch nicht etwas vollkommen Neues und keine Erfindung der Abteilung Kulturpolitik (des DGB, H.M.). Im Emanzipationskampf der Arbeiterbewegung haben Kunst und Kultur zu gewissen Zeiten eine ganz bedeutende Rolle gespielt."
Oswald Todtenberg, Leiter der Abeitlung Kulturpolitik beim DGB-Bundesvorstand[1]

Die kulturellen Aktivitäten der DGB-Gewerkschaften haben in den letzten Jahren unverkennbar zugenommen. Gewerkschaftliche Kulturarbeit ist für den DGB weder schmückendes Beiwerk noch kulturelle Spielwiese, sondern in der konkreten Praxis längst eng mit der allgemeinen Gewerkschaftsarbeit verzahnt, deren Ziele sie versinnlichen und unterstützen kann. Dabei erschöpft sich gewerkschaftliche Kulturarbeit nicht in einer auf die Freizeit zielenden, kompensatorischen Reproduktion der Arbeitskraft, sondern gilt mittlerweile der allseitigen Entfaltung der Persönlichkeit der Lohnabhängigen. Von der bundesdeutschen Klassenwirklichkeit und den gewerkschaftlichen Abwehrkämpfen gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise längst widerlegt sind deshalb die Unkenrufe intellektueller Kritiker, die kulturpolitische Aussage des DGB, „Kultur ist keine für sich existierende Sache, die unabhängig von der Umwelt nur im 'Geistigen' besteht, sondern Kultur ist, wie der Mensch lebt und arbeitet"[2], sei lediglich ein unter Anpassungszwang erfolgter affirmativer Tribut an die Tatsache, daß unter den veränderten Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts vom Kapital ein in seiner Qualifikationsstruktur zunehmend „mobiler" Arbeitnehmer benötigt werde — gewerkschaftliche Kulturarbeit deshalb gezwungenermaßen vordringlich auf die dafür notwendige Variabilität in den Kulturtechniken orientiert sei. In Wirklichkeit bricht sich bei organisierten Lohnabhängigen immer mehr das Bewußtsein über die gesellschaftlich bedingte Gefährdung der eigenen Lebensperspektive eine Bahn.

Gewerkschaftliche Kulturarbeit tritt daher im Jahre 1978 nicht als „Freizeittrösterin" auf; auch als Hilfe zur Flucht aus dem Arbeitsalltag in die Welten der reinen Kunst will sie nicht verstanden werden. Dies haben jüngst erst die Ruhrfestspiele 1978 demonstriert, die unter dem Gesamtthema „Automation, Rationalisierung, Krise, Arbeitslosigkeit: Und der Mensch?" standen. Als ein Teil gewerkschaftlicher Kulturarbeit versinnlichten die Veranstaltungen die engen Wechselwirkungen zwischen Arbeitsbedingungen, Arbeitsorganisation, Arbeitswelt und Freizeit; eindrucksvoll wurden gegenüber einer zunehmend kulturfeindlichen Wirtschafts- „Ordnung" die vielfältigen Formen eigenschöpferischer Kulturaktivitäten der arbeitenden Menschen sichtbar, die im Rahmen gewerkschaftlicher Kulturarbeit möglich sind und sich der

Mittel des Theaters, des Kabaretts, der Musik, der Literatur und der bildenden Kunst bedienten.

Daß sich im DGB in den letzten Jahren ein eigenes kulturelles Selbstverständnis entwickelt, gründet in der unter den Mitgliedern — insbesondere der jüngeren — gewachsenen Erkenntnis, „daß nicht nur die Wirtschaft, sondern auch das Bildungswesen und das Kulturangebot Kampfgebiet der Klassenauseinandersetzungen geblieben sind"[3]. Diese für die Neuorientierung auch der gewerkschaftlichen Kulturarbeit zentrale Erkenntnis wurde Ende der sechziger Jahre zunächst von kritischen Künstlern und Kulturgruppen in den DGB hineingetragen, die im Zeichen ihrer Abhängigkeit in der Kulturindustrie ihre geistig-kulturelle Lohnarbeiterschaft erkannten und sich mit ihrem Gewerkschaftsbeitritt bewußt auf die Seite der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung stellten. Für die Aktivierung der damals noch schwach entwickelten Kulturarbeit der Gewerkschaften bedeuteten die neugewonnenen Kulturarbeiter in den folgenden Jahren zweifelsohne einen großen Gewinn — in gesellschaftspolitischer wie in künstlerischer Hinsicht. Theoretische Diskussionen über eine Kultur für die arbeitenden Menschen fanden damals innerhalb des DGB noch nicht statt; nicht zuletzt deswegen, weil die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder noch an eine klassenunspezifische 'Kulturstaatlichkeit' glaubte, in der das öffentliche Kulturangebot demokratisch legitimiert zu sein schien.

Die Abkehr von derartigen Illusionen hatte ihren materiellen Kern in der unübersehbaren Krise des gesamten kapitalistischen Systems. Hans Preiss von der IG Metall hat daher in seinem Gespräch mit Erasmus Schöfer über gewerkschaftliche Kulturarbeit zu Recht betont, daß die Rückbesinnung gewerkschaftlicher Kulturarbeit auf den historischen Emanzipationskampf der Arbeiterbewegung und deren fortschrittliches Kulturerbe „eine unmittelbare Folge der tiefgreifenden wirtschaftlichen, politischen und — nicht zu vergessen — auch kulturellen Krise seit 1974"[4] gewesen sei. In dem Maße, wie sich die Anziehungskraft des in die allgemeine Krise hineingerissenen herrschenden Kulturbetriebs verringerte, wuchs in Gewerkschaftskreisen die Einsicht, daß „die ideologische Formierungskraft der von den Konzernen für den Gebrauch der Arbeitnehmer hergestellten massenwirksamen Kulturprodukte alle Bemühungen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit massiv unterminierten oder ihr, noch schlimmer, die Ansatzmöglichkeit überhaupt abschnitten"[5].

Erst jetzt setzten lebhafte, bis auf den heutigen Tag andauernde theoretische Debatten über Erfahrungen, Probleme und Perspektiven der Kulturarbeit der Gewerkschaften ein. Die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Gegenwehr ergab sich zusätzlich auch aus der damals statistisch belegten Tatsache, daß die kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung — entgegen der Behauptung elitärer Kulturpessimisten — stark gestiegen waren[6]; die Bereitschaft vieler inzwischen gewerkschaftlich organisierter Künstlerorganisationen, für eine Kultur im Interesse der arbeitenden Bevölkerung tätig werden zu wollen, eröffnete weitere Chancen[7]. Ihren sichtbaren Niederschlag fand eine umorientierte gewerkschaftliche Kulturarbeit spätestens im Januar 1977 in den vom Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst verabschiedeten „Beiträgen für für ein kulturpolitisches Programm der DGB". Von der Abteilung Kulturpolitik beim DGB-Bundesvorstand miterarbeitet und als Grundlage für die Überarbeitung des

kulturpolitischen Teils in einem neuen DGB-Grundsatzprogramm gedacht, sah bereits dieses Papier Kulturpolitik als „Teil einer Gesellschaftspolitik, die darauf gerichtet ist, humane, sozial gerechte und demokratische Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle zu schaffen und zu erhalten. Die Veränderung der Arbeitsbedingungen, die Humanisierung der Arbeit, gleiche Bildungschancen für alle, sind wichtige Voraussetzungen für eine auf Emanzipation der abhängig Beschäftigten angelegte Kulturpolitik."[8] Unmißverständlich äußerte der DGB in den „Beiträgen..." zwar auch, daß gewerkschaftliche Kulturpolitik die kulturelle Auseinandersetzung fördern wolle," die dazu beiträgt, soziale und politische Konflikte auf gesellschaftliche Perspektiven zu orientieren"[9] — wie diese Perspektive konkret aussehen sollte, wurde allerdings damals noch nicht formuliert. Stattdessen blieb es beim Appell an den Staat, die bestehenden kulturellen Institutionen finanziell zu unterstützen. Der kapitalistische Charakter dieses Staates, Ursache für den bemängelten Kulturnotstand, wurde nur en passant miterwähnt. Ebenso verschwommen blieben damals noch die Formulierungen zur angestrebten gewerkschaftlichen Strategie gegenüber dem herrschenden Kulturbetrieb.

Seit jenen Tagen ist man in kulturtheoretischen Überlegungen im DGB allerdings ein ganzes Stück vorangekommen. Dabei sind es grundsätzlich zwei Hauptfragen, die bis heute im Mittelpunkt innergewerkschaftlicher Diskussionen um die Ziele gewerkschaftlicher Kulturarbeit und -politik stehen:

1. Der DGB hat sich erklärtermaßen das Ziel gesetzt, auch über die Mittel von Kunst und Kultur die Gesamtziele gewerkschaftlichen Kampfes zu unterstützen und darüber hinaus mit der künstlerischen Widerspiegelung der gesamten Lebenswirklichkeit der Lohnabhängigen einen Beitrag zur allseitigen Entfaltung menschlicher Fähigkeiten und Bedürfnisse zu leisten. Gewerkschaftliche Kulturarbeit muß daher notwendigerweise Kunstprodukte auf ihren Wert, ihre Wirkung hin überprüfen und auswählen. Welche Maßstäbe werden hierbei angelegt?

Eine erste Antwort auf diese schwierige Frage hat Karl Schwab, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, in einem vielbeachteten Grundsatzreferat auf der zentralen „Kulturpolitischen Tagung des DGB" im Juni 1977 gegeben: „Unser ästhetisches Urteil gegenüber Kunstwerken leitet sich ab von unseren persönlichen **und** gesellschaftlichen Wünschen, Vorstellungen, auch Träumen und auch Versagungen. (...) Für uns hat Kunst einen Gebrauchswert (...) Der Wert der Kunst ist meßbar vor allem an ihrer Wirkung: ob sie uns Mut macht oder unfrei, ob sie Phantasie in Gang bringt oder außer Kraft setzt, ob sie fähiger macht zum Leben oder unfähiger. Die Ansprüche an Kunst und Kultur sind also keineswegs gering, vor allem wenn man Kunst auch als Ausdruck des Wollens, der sozialen Phantasie und der Veränderung betrachtet."[10]

2. Eine zweite Grundsatzfrage der Debatte über gewerkschaftliche Kulturarbeit betrifft das Verhältnis des DGB zu den bestehenden öffentlichen und privaten Kultureinrichtungen, deren Schwelle arbeitende Menschen auch deshalb noch kaum überschreiten, weil sie sich in den behandelten Inhalten nicht wiedererkennen, die dort verbindliche Ästhetik ihnen fremd bleibt. Geht es gewerkschaftlicher Kulturarbeit hierbei um eine inhaltliche und organisatorische Alternative zum herrschenden

Kulturbetrieb — oder sollen, wie kürzlich gefragt wurde, „gewerkschaftliche Institutionen und Angebote gewissermaßen als verlängerter Arm dieses Kulturbetriebs den Lohnabhängigen jene Kunst schmackhaft machen, die ihnen bisher ohne großes Echo präsentiert wurde"[11]? Versteht sich gewerkschaftliche Kulturarbeit denn nun (wie von linksaußen behauptet wird) als instrumentalisierte Unterrichtshilfe in Sachen bürgerlicher Ästhetik — oder wollen die Gewerkschaften (wie von rechts behauptet wird) etwa mit einer Art Ersatz-Kultur das öffentliche Angebot der Theater, Galerien und Kinos subversiv unterlaufen?

Diese vieldiskutierten Fragen führen zumindest dann — auch unter Marxisten — zu bornierter Betrachtung, wenn der gegenwärtige Kampf zwischen herrschender und unterdrückter Kultur zu jenem mechanistischen Schubfachdenken führt, das unter Hintanstellung der inneren Widersprüchlichkeit kapitalistischer Kulturprozesse versucht, „jede kulturelle Erscheinung im Imperialismus entweder der einen oder der anderen Kultur unterzuordnen"[12] und dabei vergißt, daß der Entwicklungsstand einer eigenständigen demokratischen Kultur unter den Bedingungen kapitalistischer Herrschaft sich jeweils nur aus dem Gesamtstand der Entwicklung der Kämpfe der Arbeiterklasse und ihr verbündeter Schichten gegen die Monopolbourgeoisie und deren Kultur bestimmen läßt. Gegenwärtig muß es deshalb um beides gehen: um die kritische Teilhabe, inhaltliche Mitbestimmung und demokratische Öffnung des bestehenden Kulturbetriebes bei gleichzeitiger systematischer Förderung der unter Verhältnissen kapitalistischer Ausbeutung, Unterdrückung und Entfremdung im wesentlichen spontan entspringenden „zweiten Kultur" der Lohnabhängigen.

Daß der DGB dem offiziellen Kulturangebot mittlerweile äußerst kritisch gegenübersteht und im Interesse seiner Mitglieder bereits inhaltliche und organisatorische Alternativen entwickelt, zeigen jüngste Aussagen Karl Schwabs:

„Eine Ersatz-Kultur oder etwas in diesem Sinne beabsichtigen wir nicht und können wir auch gar nicht beabsichtigen. (...) Wir können stimulierend wirken, auch im kritischen Sinn, und vielleicht auf diese Weise auch im öffentlichen Kulturleben ein wenig verändernd wirken. Ich würde unsere Absicht mit einem anderen Begriff kennzeichnen: Sie stellt eine Alternative dar, und zwar in zweierlei Hinsicht. Einmal vom i n h a l t l i c h e n Gesichtspunkt: Unsere Kulturarbeit hat eben speziell die Arbeitnehmer, ihre wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Interessen zum Inhalt. Das ist im öffentlichen und privaten Kulturleben keine Selbstverständlichkeit. Oft gehen die Künste und die Formen, in denen sie sich darbieten, an den Lebensinteressen der Mehrheit der Bevölkerung vorbei. Es besteht eine Distanz, weil die Arbeitnehmer sich oft in der Kultur, der darstellenden und bildenden Kunst nicht wiederfinden. Dann handelt es sich, zweitens, um eine o r g a n i s a t o r i s c h e Alternative. Wir leisten Kulturarbeit dort, wo Arbeitnehmer zusammenkommen. In der gewerkschaftlichen Arbeit vor Ort, in der Bildungsarbeit, zum Teil auch in den Betrieben. So etwas findet sonst nicht statt. Also: Es handelt sich nicht um Ersatz, auch nicht um eine Art Konkurrenz, sondern um eine wirkliche Alternative. (...) Leider können wir dort aus personellen und finanziellen Gründen gar nicht soviel Kulturarbeit in die Gewerkschaftsarbeit einbeziehen, wie es dem vorhandenen Bedürfnis entspräche."[13]

Vor Verallgemeinerungen der hier zitierten Vorstellungen des DGB-Bundesvorstandes muß allerdings gewarnt werden. Auch die Positionen, die IG Metall-Vorstandsmitglied Hans Preiss für seine Organisation vertrat — die als größte Einzelgewerkschaft zudem seit längerem eine eigene kulturpolitische Praxis entwickelt — markieren vielmehr relativ fortgeschrittene Positionen innerhalb der theoretischen Diskussion. Demgegenüber offenbarte eine im ersten Halbjahr 1978 in der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle" geführte Diskussion über gewerkschaftliche Kulturarbeit, daß bei einzelnen Kollegen Kulturarbeit noch immer überwiegend als Heranführung der Gewerkschafter an den herrschenden Kulturbetrieb mißverstanden wird, bürgerliche Kunstdogmen nach wie vor als Bewertungsgrundlage für den Wert von Kunst dienen. So wurde von einem Kollegen u.a. gefragt, ob man sich mit dem Versuch, eine inhaltliche Alternative zum herrschenden Kulturbetrieb zu entwickeln, nicht selbst „ins kulturpolitische Abseits befördere", der gleiche Kollege lehnte gewerkschaftliche Kulturarbeit als „Transportmittel zur Popularisierung gewerkschaftlicher Ziele" als außerordentlich einseitig ab und fragte, ob gewerkschaftliche Kulturarbeit „die Bereitschaft der Arbeitnehmer zur Aufnahme von kulturellen und damit auch und gerade künstlerischen Inhalten nicht überschätze"[14].

Demgegenüber stellte u.a. Oswald Todtenberg von der Abteilung Kulturpolitik klar, daß es auch einer alternativen Kulturarbeit des DGB gar nicht um eine Absage an das öffentliche und private Kulturangebot gehen könne, sondern um dessen Beeinflussung in doppelter Hinsicht: Zum einen könne gewerkschaftliche Kulturarbeit u.a. auch zum Nachdenken über Inhalte und Organisationsformen traditioneller Kulturangebote anregen, zum anderen könne gerade die Kulturarbeit der Gewerkschaften die Kollegen zur — allerdings dann kritischen — Teilnahme am offiziellen Kulturangebot motivieren.[15]

Ein konkretes Beispiel für diese kritische und selbstbewußte Teilhabe von Gewerkschaftern am bestehenden Kulturangebot wurde aus Mannheim angeführt: Dort hatte der DGB anläßlich der Aufführung von Friedrich Wolfs „Cyankali" im Mannheimer Nationaltheater für seine Mitglieder einige hundert Karten gekauft und vor und nach den Aufführungen Diskussionen zwischen Arbeitern und Schauspielern organisiert — zahlreiche Beispiele dieser Art gäbe es auch in den Bereichen Musik und Malerei.[16]

Die bereits erwähnte Tendenz, kulturelle Eigenaktivitäten in den Gewerkschaften als eine Art Unterstufe wirklicher Kultur hinzustellen und demgegenüber das hohe Lied der heiligen (und klassenlosen) Musen sowie angeblich ewiger künstlerischer Werte zu singen, stieß auf großen Widerstand unter allen übrigen Diskutanten. Oswald Todtenberg hat in der zitierten Debatte darauf hingewiesen, daß gewerkschaftliche Kulturarbeit auf den arbeitenden Menschen bezogen sein müsse. Scharf wandte sich Todtenberg gegen die Behauptung, der Bereitschaft der Arbeiter zur Aufnahme künstlerischer Inhalte komme vorwiegend die sogenannte leichte Muse auf dem häuslichen Bildschirm entgegen, dagegen fehle die physische und psychische Bereitschaft, z.B. eine Allende-Ausstellung im Gewerkschaftshaus zu besuchen:

„Das kulturelle Bedürfnis der Arbeitnehmer zu unterschätzen, ist geradezu Wasser auf die Mühlen derer, die arrogant meinen, Arbeitnehmer könnten mit Kunst ohnehin

nichts anfangen. (...) Im Gegensatz zum öffentlichen und privaten Kulturangebot trennt die gewerkschaftliche Kulturarbeit nicht in „Selbstverwirklichung in der Freizeit" und „Selbstverwirklichung in der Arbeit", sondern sie nimmt die Arbeits- **und** Lebensbedingungen der Arbeitnehmer geradezu zum Ausgangspunkt und deren Verbesserung als Orientierung. So verstanden ist für uns Kultur keine reine Freizeitbeschäftigung, sondern vitaler Ausdruck der Arbeitnehmer, wie sie leben und arbeiten und wie sie leben und arbeiten möchten." (Todtenberg)[17]

Hans Preiss hat in seinem hier abgedruckten Dialog mit Erasmus Schöfer die bisherige Diskussion auf eine qualitativ neue Stufe gehoben und eindrucksvoll gekennzeichnet, welch immense Aufgaben der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung beim Versuch der Entwicklung einer fortschrittlichen Kultur zukommen. Die notwendige Rückbesinnung auf die emanzipatorischen Kulturtraditionen der Arbeiterbewegung darf dabei auch für Preiss nicht zu einer blinden Ablehnung des herrschenden Kulturbetriebs führen, da ein undifferenziertes und undialektisches Feindbild zudem die Rezeption des humanistischen bürgerlichen Erbes sowie fortschrittlicher Gegenwartskunst verhindern könne:

„Es ist ja geradezu ein Kennzeichen der Krise unseres Kulturbetriebs, daß er sich als unfähig erweist, die fortschrittlichen Elemente der bürgerlichen Kultur weiterzugeben. Wir Gewerkschafter stehen zunehmend vor der Aufgabe, dieses Erbe zu schützen — in ganz ähnlicher Weise, wie wir heute aufgerufen sind, die bürgerlichen Freiheitsrechte gegen ein reaktionär gewordenes Bürgertum in Schutz zu nehmen." (Preiss)[18]

Der Behauptung aus den eigenen Reihen, alternative gewerkschaftliche Kulturarbeit marschiere geradewegs ins kulturpolitische Abseits, begegnet Preiss daher mit einem umfassenden Bündnisangebot: „Wir Gewerkschafter wollen keine sektiererische Subkultur. Uns geht es um die Aneignung der ganzen fortschrittlichen Kunst und Literatur unserer Zeit. Uns geht es um das Bündnis mit allen fortschrittlichen Künstlern."[19]

An der „Kunst zu erben" (Bloch/Eisler) und der historischen Mission der Arbeiterklasse, sich alle fortschrittlichen Errungenschaften der menschlichen Kunst und Kultur kritisch anzueignen, schieden sich bekanntlich in diesem Jahrhundert wiederholt die Geister. Hans Preiss hat die Diskussion um das Erbe in den Gewerkschaften neu eröffnet. Gerade Marxisten sollten auf den weiteren Verlauf der Debatte gespannt sein.

Anmerkungen

1 Karl Schwab/Oswald Todtenberg/Fred Eckhard: Gespräch über gewerkschaftliche Kulturarbeit. In: Ruhrfestspiele Recklinghausen. Broschüre, hrsgeg. von der Ruhrfestspiele GmbH. Recklinghausen 1978, S. 21

2 Beiträge für ein kulturpolitisches Programm des DGB. In: KULTURPOLITIK, Mitteilungsblatt des Bundesverbandes Bildender Künstler, Heft 21/1977, S. 17

3 Erasmus Schöfer vom VS in der IG Druck und Papier, Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, in: Die Quelle Funktionärszeitschrift des DGB, Heft 4/1978, S. 250

4 Vgl. das vorliegende Heft der SOPO

5 Erasmus Schöfer, a.a.O., S. 250

6 Vgl. Karla Fohrbeck/Andreas J. Wiesand: Der Künstler-Report. München/Wien 1975, S. 521 sowie: Abteilung Kulturpolitik beim DGB-Bundesvorstand: Bestandsaufnahme gewerkschaftlicher Kulturarbeit. In: KULTURPOLITIK, a.a.O. Heft 19/1976, S. 19 ff., Heft 20/1976, S. 23 ff.
7 Oswald Todtenberg: Ein weites Feld für Künstler. Interview mit Kaspar Maase. In: tendenzen Nr. 112=Gewerkschaftliche Kulturarbeit, März/April 1977, S. 16 ff.
8 Beiträge für ein kulturpolitisches Programm des DGB. a.a.O., S. 17
9 ebenda
10 Karl Schwab: Für uns hat Kunst einen Gebrauchswert. Zur Bedeutung und Geschichte gewerkschaftlicher Kulturarbeit. In: KULTURPOLITIK, Heft 23/1977, S. 21
11 Kaspar Maase: Haben oder teilhaben? In: Deutsche Volkszeitung Nr. 20/18.5.1978
12 Dieter Ulle: Kulturtheoretische Imperialismusforschung. In: Weimarer Beiträge, Heft 8/1976, S. 13
13 Karl Schwab in: Schwab/Todtenberg/Eckhard. Gespräch über gewerkschaftliche Kulturarbeit. a.a.O., S. 23 — Hervorhebungen durch den Autor, H.M.
14 Hans Jürgen Beck, Deutsche Postgewerkschaft, in: Die Quelle, Heft 1/1978, S. 56 ff.
15 Oswald Todtenberg in: Die Quelle, Heft 3/1978, S. 183/184
16 Gerhard Manthey, Pressestelle des DGB-Bundesvorstandes, in: Die Quelle, Heft 3/1978, S. 186 17 Oswald Todtenberg, vgl. Anmerkungen 15, hier: S. 184
18 Vgl. das vorliegende Heft der SOPO
19 Vgl. das vorliegende Heft der SOPO

Hans Preiss/Erasmus Schöfer

Im Stadium des Experimentierens

Gespräch über die gewerkschaftliche Kulturarbeit*

Schöfer: Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall haben über tausend Anträge vorgelegen und 33 Entschließungen, die vom Vorstand zur Zusammenfassung des Inhalts der Anträge vorgelegt wurden. Ich habe in den Anträgen keinen entdeckt, der in irgendeiner Weise die Frage Kulturarbeit und Kulturpolitik der IG Metall zum Gegenstand hatte oder auch nur berührte. Auch in der Entschließung zur Bildungsarbeit fand ich das Wort Kultur in diesem Zusammenhang nicht aufgenommen. Ich habe das Wort nur einmal in einer anderen Entschließung zur Frage der Jugendbildungsarbeit gelesen. Dort war davon die Rede, daß kulturpolitische Aktivitäten verstärkt in die Bildungsarbeit der IG Metall eingehen sollten. Ist das ein Ausdruck der tatsächlichen Lage, was die Kulturarbeit in der IG Metall angeht?

Preiss: Richtig ist, daß wir mit dem Begriff Kultur sparsam umgegangen sind. Die Entschließung zur Bildungsarbeit enthält jedoch den Auftrag, die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung auf allen Ebenen des gewerkschaftlichen Handelns zu berücksichtigen. Wie soll diese Rückbesinnung möglich sein, ohne die Werke von Brecht, Tucholsky, Heartfield, Masereel oder Kollwitz einzubeziehen? Sie sind Teil des kulturellen Erbes der Arbeiterbewegung und spiegeln die Erfahrungen jahrzehntelanger Kämpfe. Daß die Fragen der Kultur auf dem Gewerkschaftstag keinen breiteren Raum eingenommen haben, war angesichts der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht überraschend. den Delegierten ging es in erster Linie um die Fragen der Arbeitslosigkeit, des Leistungsdrucks in den Betrieben usw. Mit der Ausstellung „Arbeiter in der Kunst", veranstaltet in Zusammenarbeit mit der „Neuen Münchner Galerie", haben wir den Versuch gemacht, unsere Kollegen mit der bildenden Kunst zu konfrontieren. Arbeiter und Arbeitswelt — diese Themen hat die IG Metall aufgenommen. Diese Themen hat man hingegen auf der Dokumenta in Kassel vergeblich gesucht, obwohl die Arbeitnehmer auch dazu ihre Steuergroschen geben dürfen. Wir fassen den Begriff der Kultur weit. Für uns umfaßt er die ganze Lebenswirklichkeit des Arbeiters.

Schöfer: Ich denke natürlich auch nicht, daß unter dem Begriff Kultur nur die Äußerungen der Künste im engeren Sinne zu verstehen sind. Kultur der Arbeiterschaft schließt so etwas wie die Arbeitsbedingungen und natürlich auch Fragen der Bildung, der gewerkschaftlichen Bildung ein. Das hat auch alles etwas mit einer Kultur der arbeitenden Bevölkerung zu tun. Aber die totale Abwesenheit einer Beschäftigung mit Kultur im engeren Sinne — das war es, was mich frappiert hat. Beobachter, die mit Kultur und Kunst selber zu tun haben und in

* Der Werkkreis-Autor Erasmus Schöfer führte dieses Gespräch mit Hans Preiss, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, nach dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall in Düsseldorf. Nachdruck aus „L 76" mit freundlicher Genehmigung der Industriegewerkschaft Metall.

ihr aktiv sind, erwarten, daß die Diskussion, wie sie jetzt in der Gewerkschaft Kunst begonnen wurde und sich in der Vorbereitung eines DGB-Kulturprogramms niederschlägt — nämlich welche kulturellen Aufgaben im engeren Sinnen haben auch die Gewerkschaften wahrzunehmen —, daß diese Diskussion in die Mitgliedschaft hineingetragen wird. Da sagen Sie nun, das sei die offene Frage: Kommt da etwas von den Kollegen herauf durch eigene Erfahrungen, durch eigene Bedürfnisse, oder muß es von den Vorständen und Verantwortlichen an sie herangetragen werden? Gibt es denn da schon praktische Erfahrungen in der IG Metall?

Preiss: Ja, es gibt Erfahrungen. Anläßlich des 25. Jahrestages unserer Bildungsstätten in Dortmund und Lohr haben wir im Rahmen der Ausstellung „Arbeiter in der Kunst" eng mit Künstlern zusammengearbeitet. Wir haben die ausgestellten Werke zu einem Bestandteil unserer Bildungsarbeit gemacht. Hier wie übrigens auch bei Lesungen des Werkkreises hat sich gezeigt, daß ein Gemälde, ein Gedicht weit über die theoretische Einsicht hinaus Betroffenheit erzeugen, Gefühle zum Ausdruck bringen kann. Diese Erfahrungen zeigten, daß unsere Kollegen solchen Werken ein tiefes, oft verdrängtes Interesse entgegenbringen. Dabei müssen wir berücksichtigen: Unsere Mitglieder stehen vom Morgen bis zum Abend im Streß, rund ein Viertel sind Schichtarbeiter. Das Gleichheitspostulat unserer Verfassung blieb für sie bisher ein Stück Papier. Musik, Theater, Literatur sind ihnen weitgehend verschlossen. Wer acht Stunden am Tag und länger ausgebeutet wird, der greift meist nicht mehr zum Buch; der konsumiert das Angebot, wie es sich aus der herrschenden Medienpolitik ergibt. Aber trotzdem stellen wir immer wieder ein durchaus eigenes, intensives Bedürfnis fest, sich anzueignen, was durch die Verhältnisse verwehrt wird.

Schöfer: Was kann denn für die Arbeitenden bedeutungsvoll werden? Sie sagen, sie werden abends, wenn sie müde sind, auf das Angebot zurückgreifen, das ihnen von den gegebenen Institutionen vermittelt wird. Aber wenn wir nun danach fragen, was macht die Gewerkschaft? Wo hat sie Möglichkeiten, dem entgegenzuwirken? Wir wissen, daß das, was von den Medien angeboten wird, im Schnitt gesehen, nicht den Interessen entspricht, die die Gewerkschaften vertreten. Also, wie müßte eine Kunst, auch inhaltlich, aussehen, die die Kollegen direkt ansprechen kann, die sie nicht nur ablenkt, sondern sie hinlenkt auf ihre Interessen, die sie innerhalb der Gewerkschaften vertreten, wenn sie sich dort im Tarifkampf, womöglich im Streik engagieren oder als Vertrauensleute im Betrieb ihre Interessen durchsetzen? Diese selben Interessen müßten doch berücksichtigt werden auch im Hinblick auf die kulturellen Möglichkeiten, die den Kollegen angeboten werden. Gibt es dazu Überlegungen innerhalb der Gewerkschaften, indem man nicht nur sagt, die Arbeiter müssen generell einen verbesserten Zugang zu den Leistungen unserer Kultur ganz allgemein haben, sondern sie sollten auch vorzüglich einen Zugang haben zu den Leistungen, wie sie zum Beispiel *nicht* auf der Dokumenta gezeigt wurden.

Preiss: Der Künstler steht in unserer Gesellschaft der Arbeitswelt fast durchweg fremd gegenüber. Entsprechend betrachten Arbeiter den Künstler und sein Werk zunächst als etwas Fremdes. Nun wäre es einfach zu sagen, Künstler und

Gewerkschafter müssen näher zusammenrücken, müssen Verständnis füreinander aufbringen usw. Das wäre ein bloßer Appell. Auch vereinzelte Gastspiele in Gewerkschaftshäusern und -schulen helfen auf die Dauer nicht. Gewiß, wir haben große Erfolge mit Autorenlesungen und Filmabenden in unseren zentralen Bildungsstätten gehabt. Aber was wir brauchen, das ist eine grundsätzliche Klärung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Künstler. Oft haben wir auch bei fortschrittlichen Künstlern den Eindruck, sie schreiben über die Probleme und Auseinandersetzungen zwar mit Sympathie, aber doch so, als ginge es sie selbst letztlich nicht an. Viele schreiben über die Kämpfe der Arbeiter, aber nehmen sie auch an ihnen teil? Hier stehen wir noch ganz am Anfang. Die Klärung des Verhältnisses zwischen Künstler und Arbeiter muß im Betrieb beginnen. Warum sollte ein Künstler nicht die Gelegenheit bekommen, an der Vertrauensleuteversammlung eines Großbetriebes teilzunehmen. Mehr noch: er sollte die Gelegenheit bekommen, einige Zeit im Betrieb als Künstler mit den Kollegen zu arbeiten und zu diskutieren. Welche Fülle der Themen würde sich für den Bildhauer und Maler, für den Schriftsteller ergeben! Welche Form dieses wechselseitige Kennenlernen in der Praxis auch immer annimmt: nur so kann ein Verhältnis des Vertrauens und der schöpferischen Kritik entstehen.

Schöfer: Das ist natürlich ein interessanter Vorschlag. Ich frage mich, inwieweit der Vorschlag praktisch realisiert werden kann, wie weit Autoren die Möglichkeit haben könnten, in die Betriebe hineinzukommen und dort direkt mit den Kollegen zu arbeiten. Sie wissen, Wallraff ist das eine große Beispiel. Er hat versucht, mit den Kollegen zusammenzuarbeiten und seine Erfahrungen aufzuschreiben. Das ist sehr wirksam gewesen, aber zweifellos ein Beispiel, das nicht beliebig wiederholbar ist. Das auch von den wenigsten so realisiert werden könnte, denn die meisten Autoren sitzen zu Hause am Schreibtisch, gehen zwar auch raus und machen ihre Erfahrungen. Aber daß sie etwa nun wochenlang mit den Kollegen am Arbeitsplatz zusammen sind, das ist in den seltensten Fällen möglich, und ich frage mich auch, ob es notwendig ist, um die Probleme, die die Arbeitenden bewegen, wirklich erkennen zu können.

Preiss: Die Reportagen von Wallraff haben sicher manchen Blick hinter die Kulissen ermöglicht. Aber dieses anonyme, gleichsam „konspirative" Eindringen in einen Betrieb muß Einzelfall bleiben. Die Auswirkungen eines solchen Verfahrens dürfen nicht überschätzt werden. Wir wollen die offene Kontaktaufnahme eines bestimmten Künstlers mit Arbeitern in einem bestimmten Betrieb. Dieser Kontakt darf nicht nur vorübergehend sein. Vor allem darf er nicht die Alibifunktion eines „Besuchs an der Basis" haben. Das bringt uns — und auch den Künstler — nicht weiter. Der Künstler muß durch sein Werk und seine eigene gewerkschaftliche Arbeit zeigen, daß er bewußter Gewerkschafter ist.

Schöfer: Dieses Bekenntnis, das muß natürlich nicht unbedingt aus dem Werk sichtbar werden. Aber es müßte formuliert werden von einem Künstler, der meinetwegen nach Sprockhövel geht und mit den Kollegen redet. Er müßte sagen, warum er hierher kommt. Nicht um eine Dichterlesung zu machen, wie irgendwo anders, sondern weil es ihn interessiert, mit den Kollegen über sein Werk auch kritisch zu sprechen. Andererseits müßte man wahrscheinlich auch bei den Kollegen ein Verständnis dafür

bewirken, daß ein Schriftsteller oder ein Maler auch diese Zurückgezogenheit an seinem Arbeitsplatz braucht. Aber noch eine konkrete Frage: Wenn Sie jetzt Autoren-Kollegen zur IG Metall einladen, haben Sie sich schon überlegt, wen laden wir ein? Das heißt von seinem Werk und der Frage her, ob es den Kollegen etwas zu sagen hat? Oder sind Sie einfach davon ausgegangen, wer ist berühmt in der BRD?

Preiss: Wenn wir Künstler einladen, so halten wir uns nicht an das zweifelhafte Kriterium der „Berühmtheit". Wir laden Künstler ein, zu denen wir auf Grund ihrer Arbeit Vertrauen haben. Das bedeutet keine Geheimniskrämerei, keine Selektion nach irgendwelchen Merkmalen und Mitgliedschaften. Aber Vertrauen ist in unserer Gewerkschaftsarbeit eine unabdingbare Voraussetzung. Gerade weil wir Kulturarbeit als Teil der Gewerkschaftsarbeit auffassen, deshalb gilt diese alte Erfahrung auch für das Verhältnis zu den Künstlern. Wir haben in den Anfängen unserer Kulturarbeit auch Enttäuschungen erlebt. Sie kennen die Arroganz, mit der manche Schriftsteller sich zum Oberlehrer machen. Dieses Verhalten hat in einzelnen Fällen viel geschadet. Inzwischen haben wir beobachten können, daß Künstler immer weniger als Belehrende, sondern als Lernende zu uns kommen. Ich denke an die Kolleginnen und Kollegen von der GdMK (Gewerkschaft Deutscher Musikerzieher und konzertierender Künstler), die im Bildungszentrum Sprockhövel mehrere Konzerte vorgesehen haben. Die Musiker im Orchester und die Metaller im Saal: beide werden sich in der Begegnung ihrer Lage als abhängig Beschäftigte bewußter, lernen ihre gemeinsamen Interessen kennen. Ich denke an die Autoren des Werkkreises, die sich seit Jahren mit großem persönlichen Einsatz der Vermittlung von Literatur widmen.

Schöfer: Sie haben gesagt, Politik der offenen Tür. Es werden also Autoren-Kollegen eingeladen. Gibt es Auswirkungen dieser Initiativen in dem Sinne, daß sie festgeschrieben werden als kulturpolitische Aufgabenstellung der IG Metall, daß man so etwas direkt einbeziehen wird in die Bildungspläne? Mit der Begründung, daß das emotionale Ansprechen durch eine literarischen Text oder durch ein Bild die politische Bildungsarbeit erleichtert?

Preiss: Ein ausformuliertes kulturpolitisches Programm der IG Metall gibt es nicht. Wir befinden uns im Stadium des Experimentierens. Jetzt ein Programm niederzuschreiben, wäre verfrüht.

Schöfer: Wenn Sie sagen, es ist zu früh, so etwas festzuschreiben, dann würde mich interessieren: Worauf ist es zurückzuführen, daß erst jetzt solche Überlegungen überhaupt in Bewegung gekommen sind? Hat es etwas mit einer allgemeinen Entwicklung des gewerkschaftlichen Bewußtseins für diese Fragen zu tun oder ist das gesellschaftlich begründet? Oder kommen die Anstöße aus dem DGB?

Preiss: Ich habe eingangs auf den größeren Zusammenhang hingewiesen. Indem wir uns auf die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung zurückbesinnen, eignen wir uns auch ihr kulturelles Erbe und darüber hinaus die ganze fortschrittliche Kultur an. Diese Bereitschaft zur Rückbesinnung ist eine unmittelbare Folge der tiefgreifenden wirtschaftlichen, politischen und — nicht zu vergessen — auch kulturellen Krise seit 1974. Je tiefer der bürgerliche Kulturbetrieb in die allgemeine Krise hineingerissen wird, um so geringer ist seine Anziehungskraft. Viele Gewerkschafter erinnern sich heute, daß es eine reiche Überlieferung gibt, die ihre

Kultur sein könnte, wenn sie nur ergriffen und zu neuem Leben gebracht wird. Dabei dürfen wir den herrschenden Kulturbetrieb nicht mit der bürgerlichen Kultur selbst verwechseln. Es ist ja geradezu ein Kennzeichen der Krise unseres Kulturbetriebs, daß er sich als unfähig erweist, die fortschrittlichen Elemente der bürgerlichen Kultur weiterzugeben. Wir Gewerkschafter stehen zunehmend vor der Aufgabe, dieses Erbe zu schützen — in ganz ähnlicher Weise, wie wir heute aufgerufen sind, die bürgerlichen Freiheitsrechte gegen ein reaktionär gewordenes Bürgertum in Schutz zu nehmen.

Schöfer: Würden Sie sagen, daß die Gewerkschaften also vor einer doppelten Aufgabe stehen: das kulturelle Erbe der Arbeiterbewegung aufzunehmen und weiterzuentwickeln und zugleich die fortschrittlichen Elemente der bürgerlichen Kultur zu verteidigen und unseren Kollegen zu vermitteln?

Preiss: Wir halten wenig davon, dem herrschenden Kulturbetrieb eine Art Anti-Kultur entgegenzusetzen, die in einer formalen Weise des Opponierens nur desto abhängiger von ihrem Feindbild ist. Wir Gewerkschafter wollen keine sektiererische Subkultur. Uns geht es um die Aneignung der ganzen fortschrittlichen Kunst und Literatur unserer Zeit. Uns geht es um das Bündnis mit allen fortschrittlichen Künstlern. Von daher verbietet es sich, unter dem Schlagwort der „Arbeiterkultur" die Herkunft aus der Arbeiterschaft zum bestimmenden Kriterium zu machen. Es wäre nichts weiter, als ein Ausdruck elitärer Arroganz, unseren Kollegen die Fähigkeit abzusprechen, große Kunstwerke zu verstehen, und sie statt dessen an eine Art Arbeiterfolklore binden zu wollen. Dabei ist es eine andere Frage, daß die gesellschaftlichen Umstände ihres Lebens den Zugang zu diesen Werken erschweren. Dies wollen wir ändern. Wenn der 12. ordentliche Gewerkschaftstag die Forderung nach der 35-Stunden-Woche aufgenommen hat, dann kann uns nicht gleichgültig sein, was aus der hart erkämpften Freizeit wird. Wir Gewerkschafter werden zusammen mit allen fortschrittlichen Kräften bestrebt sein, dem Arbeitnehmer ein menschenwürdiges Leben am Arbeitsplatz und in seiner Freizeit zu ermöglichen. Unser Programm hat sich noch nie in der Sicherung einer einfachen Reproduktion der Arbeitskraft erschöpft, sondern stets der allseitigen Entfaltung des Menschen gegolten. Ist diese Entfaltung aber nicht gleichbedeutend mit Kultur?

Reinhard Bayreuther

Zur Differenz der Monopolbegriffe am Beispiel von Elmar Altvater und Robert Katzenstein

Gleichwohl es nicht die erste Kontroverse dieser Art ist, so kann doch gesagt werden, daß das Erscheinen des Argument-Sonderbandes Nr. 6 „Zur Theorie des Monopols. Staat und Monopole (I)" einen Höhepunkt in der jüngeren Auseinandersetzung darüber bildet, ob den veränderten Erscheinungsformen des heutigen Kapitalismus auch Veränderungen in den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten zugrundeliegen, und wenn, wie diese begrifflich gefaßt werden müssen. Daß diese Kontroverse sich hauptsächlich am Monopolbegriff festmacht, kommt nicht von ungefähr, denn hier sind bereits alle weiteren Streitpunkte wie die Inflationserklärung, die Funktion des Staates, des Krisenverlaufs usw., aber auch die Fragen der politischen Strategie, der Bündnispolitik im Kern angelegt und somit vorentschieden. Ob also das Monopolkapital bestimmend für die heutigen ökonomischen Entwicklungen angesehen wird oder nicht hat weitreichende Konsequenzen. Umso wichtiger ist es, daß die Auseinandersetzung darüber in möglichst großer Breite geführt wird, daß sie sich verbreitert, von möglichst vielen verstanden wird. Gerade hier sind offenbar erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Diese zeigten sich z.B. schon in der Aufarbeitung der schriftlichen Fassungen der Hauptkontrahenten unmittelbar nach der Veröffentlichung in Seminaren und Übungen 1976.

Schwierigkeiten bereiten die vorausgesetzten Kenntnisse, der Abstraktionsgrad bzw. fehlende Vermittlungsglieder zum schon erworbenen Wissen und einfach Unklarheiten der Autoren selber. Der nachfolgende Beitrag ist im wesentlichen zu dieser Zeit als Seminarpapier entstanden und sein Autor mußte sich damals auch erst in die Kontroverse einarbeiten. Dieser Beitrag will daher, auch wenn er selbst einen bestimmten Standpunkt vertritt, doch vor allem zum besseren Verständnis beitragen. Deshalb kann auch auf eine Literaturdiskussion verzichtet und sich damit begnügt werden, die hauptsächlichen Gegensätze sowie ihre unmittelbaren Konsequenzen anhand der Aufsätze von Elmar Altvater und Robert Katzenstein herauszuarbeiten.

Die Veröffentlichung zum gegenwärtigen Zeitpunkt steht im Zusammenhang mit der in dieser Zeitschrift wiedereröffneten Inflationsdebatte, die ohne den Monopolbegriff nicht auskommt und auch mit der 2. Auflage des Argument-Sonderbandes Nr. 6, die erkennen läßt, daß die Rezeption der Kontroverse über das Monopol noch in vollem Gange ist. (Zum Zitierverfahren: Die in Klammer angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf den genannten Argument-Band. Wo aus dem Kontext nicht sofort klar ist, welcher Autor gemeint ist, werden die Kürzel E.A. bzw. R.K. vorangestellt.)

Der grundlegende Unterschied in den Monopolbegriffen

Was ist nun der grundlegende Unterschied zwischen den Monopolbegriffen bei Elmar Altvater und Robert Katzenstein? Auf eine definitorische Formel gebracht

sind Monopole für Altvater Einzelkapitale mit überdurchschnittlichem Profit, die aber diese Monopolstellungen nur vorübergehend behaupten können (vgl. S. 131). Bei ihm ist das Monopol ein Moment der Konkurrenz, also begrifflich angesiedelt auf der „Ebene der Aktion der Einzelkapitale", wo jedes dieser Kapitale nach einem maximalen Profit strebt, den das Monopol aber aufgrund seiner besonderen Macht über einen längeren Zeitraum erhalten kann. Diese einen überdurchschnittlichen Profit ermöglichenden Machtkonstellationen unterliegen jedoch der Wirkungsweise des Wertgesetzes, d.h. sie werden von den Aktionen anderer Kapitale schließlich wieder destruiert, also der Monopolprofit wieder auf den Durchschnittsprofit reduziert (vgl. S. 189 f.).

Bei Katzenstein sind Monopole ebenfalls ökonomische Machtpositionen des Kapitals, aber sie resultieren nicht aus bloßem einzelkapitalistischen Streben, sondern sind Produkt der Erhöhung des Vergesellschaftungsgrades der Produktion, die notwendig zur Beherrschung bestimmter Zusammenhänge des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses führt und so die Aneignung eines Monopolprofits ermöglicht (vgl. S. 97 f.). Das Monopolkapital ist hier wesentlich bestimmt nach der Quelle seines Profits, ist ebenfalls als konkretes Monopol vergänglich, aber als monopolistische Form des Kapitals irreversibel. Diese Form ist das Ergebnis der Entwicklung des Kapitalverhältnisses, ist eine weitere Stufe der Bewegung des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise (vgl. S. 106 ff.), die insofern auf der Ebene der Konkurrenz angesiedelt ist, als sie *neue Bedingungen* und damit *andere Formen* der Durchsetzung des Wertgesetzes hervorbringt (vgl. S. 114 ff.).

Gegen diese Auffassung vom Monopolkapital als einer neuen, dauerhaften Form des Kapitalverhältnisses hat Altvater verschiedene Bedenken erhoben. Zentral ist dabei der Rückgriff auf den Marxschen Gesetzesbegriff, daß -kurzgefaßt- die „immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise" sich durchsetzen im und durch das Handeln der individuellen Kapitalisten, also in der Konkurrenz der Kapitale (vgl. S. 150). Hier ist angesprochen der Konstitutionsprozeß der Einzelkapitale zum Gesamtkapital. So sehr auch die individuellen Kapitals beständig bestrebt sind ihren eigenen Profit zu steigern, so sind sie doch dabei ebenso beständig einem Vergesellschaftungsprozeß unterworfen, der einerseits notwendige Bedingung, andererseits aber auch ökonomische Grenze ihres Profitstrebens ist. Altvater sieht nun diesen Vermittlungszusammenhang als „gekappt" an, wenn es den Monopolkapitalen gelänge dauerhaft einen überdurchschnittlichen Profit zu realisieren (vgl. S. 153).

Die resultierende Bewegung der Konkurrenz, der Aktion der Einzelkapitale aufeinander, findet ihren Ausdruck im Gesetz der Durchschnittsprofitrate (DPR) und der Herausbildung von Produktionspreisen als Oszillationszentren der Marktpreise. Die Auffassung vom dauerhaft beziehbaren Monopolprofit könne daher nur dann berechtigt sein, „wenn die Konkurrenz tatsächlich keine Chance mehr hat ..., wenn also die Tendenz zur Herausbildung der Durchschnittsprofitrate *völlig* ausgeschlossen sein sollte" (S. 160), dann aber würde" auch der Begriff des Kapitals im Allgemeinen fragwürdig", denn es könne sich hier „das Einzelkapital als Einzelkapital den ökonomischen Zwängen" entziehen und daher „nur noch ein Machtkonglomerat darstellen". (S. 162)

Das Gesetz der Durchschnittsprofitrate

Diesen Vermittlungszusammenhang zwischen den immanenten Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise und den Handlungsmotiven der individuellen Kapitale, die im Gesetz der DPR ihren Ausdruck finden, wollen wir kurz rekonstruieren. Wenn wir ungeachtet der damit verbundenen Streitigkeiten (vgl. Rosdolsky, S. 66 ff.; Braunsdorf/Löffler, 1. u. 2. Abschnitt) den Begriff des Kapitals im Allgemeinen auffassen als das, was allen Kapitalen gemeinsam ist, ohne Rücksicht auf die besonderen Formen, in denen sie existieren, dann ist dies „ihre Verwertungseigenschaft" (Rosdolsky, S. 65). Im Untersuchungsgang des „Kapitals" wird Kapital eingangs begriffen als entwickelte Form des Werts, der zunächst in der ursprünglichen Verkehrung die Form des Tauschwerts annimmt, dann sich in der Form des Geldes verselbständigt und schließlich als Kapital „prozessierender Wert" wird. Die Eigenschaft der Selbstverwertung, aus Geld mehr Geld machen zu können, wird erklärt als Aneignung fremder Arbeit, indem weniger Wert in Form des Lohns weggeben wird, als im Prozeß der Produktion angeeignet werden konnte. Daran anschließend wird gezeigt, mit welchen Methoden die Mehrwertproduktion gesteigert werden kann, die dann die Grundlage bildet für die Akkumulation des Kapitals. Stand im ersten Band die Produktion des Mehrwerts im Zentrum der Betrachtung, so im zweiten die Zirkulation des Kapitals, die sich notwendig ergebende Verkettung der Einzelkapitale miteinander samt der Analyse der wertmäßigen und stofflichen Proportionen, die gewahrt sein müssen, damit das Gesamtkapital sich reproduzieren kann, damit der Zirkulationsprozeß und somit der Verwertungsprozeß des einzelnen Kapitals nicht ins Stocken geraten.

Die Grundlage des bisherigen war die vorausgesetzte quantitative Kongruenz von Wert und Preis, konnte sich jedes Kapital soviel Wert aneignen wie unter seiner Regie produziert worden war. Es zeigte sich aber bereits bei der Untersuchung der Wirkungen verschiedener Umschlagszeiten des variablen Kapitals (Kapitalvorschuß in Form des Lohns), daß diese unterschiedliche Jahresmehrwertraten zur Folge haben. Dieses Problem der ungleichen Verwertung verschärft sich bei der Verwandlung des Mehrwerts in den Profit, die zu Beginn des 3. Bandes behandelt wird. Bei gleicher Mehrwertrate, aber verschiedener organischer Zusammensetzung des Kapitals (also je nach Stand der Produktivkraftentwicklung werden von einem Kapital bestimmter Größe verschiedene Massen lebendiger Arbeit in Bewegung gesetzt) in den verschiedenen Produktionszweigen ergibt sich wiederum ungleiche Verwertung, ergeben sich ungleiche Profitraten. Obwohl die Grundlage seiner Bewegung der Wert bzw. der Mehrwert ist, bezieht sich das Kapital in seiner erscheinenden Bewegung nur auf sich selbst, kann der Kapitalüberschuß nur bezogen sein auf den Kapitalvorschuß, muß der Mehrwert die Form des Profits annehmen, in der der Unterschied zwischen Wertbildung und lediglich Wertübertragung verschwindet.

Die Verwandung des Mehrwerts in den Profit ist daher auch eine weitere Stufe der Mystifikation der realen Produktionsverhältnisse, entscheidender jedoch ist, daß sich das Kapital in dieser Form bewegt. Das hat Konsequenzen für die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige und für die

Preisbildung. Wie schon unter den Bedingungen der einfachen Warenproduktion muß sich weiter der Preis *gleicher* Gebrauchswerte ausgleichen zu *einem* Preis, trotz unterschiedlicher individueller Produktionsbedingungen. Aber anders als in Zeiten, in denen der Wert unmittelbar die Preise regulierte und sich dementsprechend eine Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Branchen herstellte, kann nur und muß nun der Profit Preisbildung und Verteilung des Kapitals bestimmen. Stellte sich zuvor eine Verteilung her, die den durchschnittlichen Produzenten ermöglichte sich soviel Wert anzueignen, wie sie produziert hatten, so nun eine, die den Kapitalen unabhängig von der Anlagesphäre gleiche Profitraten sichert. Weil der Profit Ziel und Zweck der Kapitalverausgabung ist, muß sich, freie Beweglichkeit von Kapital und Arbeitskraft vorausgesetzt, eine für alle Kapitale gleiche Profitrate, eine DPR in der Tendenz herstellen, kann der Preis nicht vom wirklichen Produktenwert bestimmt sein, muß sich der Preis vom Wert lösen, sich in den Produktionspreis verwandeln, einem Preis, der Umverteilung des Mehrwerts zwischen den Branchen einschließt. Solange das Kapital existiert, solange der Profit die Produktion reguliert, muß — und hier besteht völlige Übereinstimmung mit Altvater — es das Bestreben des Kapitals sein sich immer dorthin zu bewegen, wo die höchsten Profite zu erwarten sind und so eine Kraft existieren, die in Richtung auf die Ausgleichung der Profitraten wirkt.

Jedes Kapital leistet entsprechend seiner organischen Zusammensetzung verschiedenen Beitrag zum gesellschaftlichen Gesamtmehrwert, aber es wirken Kräfte, die dahin tendieren, daß jedes Kapital, gleich in welcher Sphäre angelegt, sich bei gleicher Größe gleichviel Mehrwert (Profit) *aneignen* kann. Die weitere Bedeutung des Gesetzes der DPR ist folglich die Konstitution der vielen Kapitale zum Gesamtkapital, die Konstitution des Kapitals als Klasse, wo jedes in gleicher Rate an der gemeinsamen Ausbeutung partizipiert.

Somit ist deutlich geworden, daß auch strukturelle Hindernisse die *Kräfte,* die auf den Ausgleich der Profitraten drängen nicht zum verschwinden bringen können, daß sie aber die Einheit des Kapitals als Klasse untergraben und aufspalten würden.

Der Begriff des monopolistischen Einzelkapitals bei Elmar Altvater

Weil aus dem Begriff des Kapitals im Allgemeinen nur Kräfte hergeleitet werden können, die dahin wirken eine DPR herzustellen, schlußfolgert Altvater, daß der Monopolbegriff nur auf der Ebene der Konkurrenz angesiedelt sein kann (vgl. S. 155). Er entwickelt nun einen Begriff, der das Monopol auffaßt als zwar nicht nur zufällig, aber doch als Ausnahme von der Regel, „als ein Moment der Konkurrenz" (S. 159), von der schließlich der Monopolprofit „immer wieder abgebaut" (S. 188) wird. Herstellung des Monopols und erreichen eines Monopolprofits wird somit aufgefaßt als zugehörig zum Einzelkapital, als dessen Handlungsmotiv und demnach ist das Streben nach „Monopolprofiten oder Maximalprofiten ebenso systemgebunden wie der Ausgleich der Profitraten zur Durchschnittsprofitrate, daß also kein Widerspruch zwischen Konkurrenz und Monopol im Sinne einer möglichen Ablösung der Konkurrenz durch das Monopol besteht." (S. 164)

Aus dieser Perspektive, die dem Einzelkapital als solchem monopolistische Motive und Attribute zuordnet, muß dann auch ein dauerhaftes Monopol als „Verkehrung" (S. 165) erscheinen, als Kapital, das sich subjektiv gegen die objektiven Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus durchsetzt, so daß monopolistische Macht, das einzelkapitalistische Streben über das Wertgesetz dominiert. Diese Perspektive bestimmt nun auch die Konkretion der Monopolformen. Wenn wir die Behandlung des natürlichen Monopols, das Marx bereits analysiert hat, zunächst einmal zurückstellen, gibt es noch das künstliche, das zufällige und manipulierte Monopol. Es sind dies Einzelkapitale, die aufgrund besonderer Bedingungen ihr Streben nach Maximalprofit für eine gewisse Zeitspanne absichern können:

a) Beim künstlichen Monopol handelt es sich immer um „die Fixierung von Unterschieden in den Produktionsbedingungen" (S. 179), die nicht auf Naturbedingungen beruhen. Mit der Blockierung der Verallgemeinerung eines technologischen Vorsprungs (z.B. mittels Patentschutz) oder mit einer schnelleren technologischen Entwicklung im Vergleich zu den Konkurrenzkapitalen, wird ein Extraprofit, der hier mit Monopolprofit identifiziert wird, aneigenbar.

b) Beim zufälligen und manipulierten Monopol handelt es sich um eine für das betreffende Kapital günstige Angebots- Nachfrage-Konstellation.

Auch wenn es sich beim Patentschutz um staatliche Macht handelt und für die Manipulation von Angebot und Nachfrage „ein Mindestmaß an ökonomischer Macht beim Monopol angesammelt sein muß" (S. 181), so sind doch in dieser Darstellung keine strukturellen Hindernisse erkennbar, die verhindern könnten, daß die Bedingungen, die zur Aneignung eines Monopolprofits führten nicht wieder verschwinden. So ist die Schlußfolgerung Altvaters, daß die Reproduktionsmöglichkeiten dieser Bedingungen begrenzt sind und schließlich von der Konkurrenz abgebaut werden können, zunächst plausibel. Erst recht trifft dies für den Fall der höheren Geschwindigkeit der technologischen Entwicklung im Vergleich zu anderen Kapitalen zu.

Folgt man dieser Argumentation, so ist nur beim manipulierten Monopol ein Zusammenhang zur historischen Entwicklung des Kapitalismus insofern erkennbar, weil in ihrem Verlauf mit der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und damit der Erhöhung der Minimalmasse des Kapitalverschusses das große Kapital entsteht, der große Konzern, der offenbar über bessere Voraussetzungen zur Angebots-Nachfrage-Manipulation verfügt als kleine Kapitale. Hier wird aber auch das brüchig, was die gesamte Untersuchungsperspektive Altvaters bestimmt, die Auffassung vom Monopol als *isoliertes Einzelkapital* unter vielen. Denn wie sollte ein solches Kapital fähig sein zu solchen Angebots-Nachfrage-Manipulationen, es sei denn es wäre *Mono*pol, einziger Anbieter oder Nachfrager — wobei allerdings sofort die Frage entstünde, welchen Gesetzen ein solches *Mono*pol unterliegt, die kaum mit dem Hinweis auf das Gesetz der DPR zu beantworten wäre.

Die Vorstellung vom Monopol als isoliertes, konkretes Einzelkapital bestimmt auch die Behandlung seines Verhältnisses zum Vergesellschaftungsprozeß. Da von der Ebene der Konkurrenz ausgegangen wird, erscheint das Monopol sofort als gegensätzliches Element, nicht auch als Produkt des Vergesellschaftungsprozesses; Aneignung

von Monopolprofit eben als „Entzug" der Ausgleichsbewegung zur DPR. Und soweit die „Entwickung als Vergesellschaftungsprozeß" (S. 132 ff.). thematisiert wird, geschieht dies aus der Perspektive der Verbesserung und Ausweitung der Verwertung, die eben Steigerung der Arbeitsproduktivität, aber auch Mobilität des Kapitals und der Arbeitskraft erforderlich macht (vgl. S. 136). Daß das Kapital sich in diesem Prozeß selbst zur Schranke wird, scheint dann mit dem Hinweis auf den tendenziellen Fall der Profitrate ausreichend behandelt zu sein. Aber wenn in diesem Prozeß das Kapital zur Konzentration und Zentralisation gezwungen wird, wenn dadurch der „große Konzern" hervorgebracht wird, dann ist dies doch offenbar auch eine Bewegung in der das Kapital sich selbst negiert (vgl. MEW 23, S. 790). Denn in der Zentralisation kommt zum Ausdruck, daß das einzelne Kapital in seiner gegebenen Größe den Anforderungen an den Vergesellschaftungsgrad der Produktion nicht mehr gewachsen ist, daß sich hier der Widerspruch zwischen der Gesellschaftlichkeit der Produktion, die aber auf privater Aneignung beruht, geltend macht für das einzelne Kapital. Dies bleibt bei Altvater außerhalb der Betrachtung.

Marx hat bei der Behandlung der Aktiengesellschaften, die notwendig entstehen, weil sonst bestimmte Bereiche der Produktion für das Kapital nicht mehr erschließbar sind, es sich sonst dort nicht mehr verwerten kann, auf die Widersprüchlichkeit dieser Kapitalform hingewiesen und es als „Form des Gesellschaftskapital" (MEW 25, S. 452) charakterisiert. Er hat damit hervorgehoben, daß mit der Erhöhung des Vergesellschaftungsgrades der Produktion das Kapital selbst seine Form ändern muß, um diesen Anforderungen noch gewachsen zu sein. Daß das Kapital mit sich selbst in Konflikt gerät, daß die Einzelkapitale zur Aufgabe ihrer Selbständigkeit gezwungen werden, um sich noch verwerten zu können, das muß auch der Ausgangspunkt zur Behandlung des Monopols sein. Wenn dagegen die Ebene der Konkurrenz und damit das *konkrete* Monopol zum Ausgangspunkt genommen wird, dann kann immer nur der Gegensatz zur Ausgleichsbewegung zur Erscheinung kommen, aber nicht die Notwendigkeit der monopolistischen Form des Kapitals. Dann wird übrigens auch erst begründbar, warum das Kapital zwar einerseits die vorgefundenen, aus ihm historisch vorhergehenden Produktionsverhältnissen entspringenden Mobilitätsschranken von Kapital und Arbeitskraft niederreißt und so die ihm entsprechenden Bewegungsformen hervorbringt, es aber andererseits dann „auch wieder Schranken der Mobilität errichtet" (E.A. S. 137) und dadurch sich „die Wirkungsweise des Wertgesetzes ... nur modifiziert durchsetzt." (E.A. S. 188) Diese Aussagen von Altvater stehen auch im Gegensatz zu anderen, wo er immer wieder betont, daß sich das Kapital im Verlauf seiner historischen Entwicklung erst „auf den Begriff bringt" (S. 155), also nicht selbst in Gegensatz dazu gerät.

Der Begriff der monopolistischen Form des Kapitals bei Robert Katzenstein

Es geht hier nur um die Bedingungen, die die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals für seine Verwertung setzt und wie diese sich auf die

Konkurrenz auswirken. Es kann also nicht darum gehen die Entstehung des Monopolkapitals hier im Detail nochmals nachzuvollziehen. Generell hat es Konzentration und Zentralisation des Kapitals zur Voraussetzung, ist es Produkt der Verwertung und der damit notwendig einhergehenden Veränderungen des Produktionsprozesses. Was aber charakterisiert diese Form selber?

Übereinstimmung mit Altvater bestand darin, daß aus dem „Begriff des Kapitals im allgemeinen" Kräfte resultieren, die auf eine Ausgleichung der Profitraten gerichtet sind, daß Vorteile in der Verwertung nachgeahmt werden und dadurch der tendenziellen Nivellierung unterliegen. Die Frage ist nun, ob in der historischen Entwicklung des Kapitals Kräfte entstehen, die dieser Tendenz zur Herstellung einer DPR entgegengerichtet sind und die eben nicht aus vorkapitalistischen Verhältnissen entspringen, sondern aus dem Kapital selbst, die dann von diesem immer nur beseitigt werden können, um sie in stärkerer Form wieder zu errichten.

Voraussetzung der tatsächlichen Herstellung einer DPR war neben dem Profit als herrschenden Regulationsmechanismus die Mobilität des Kapitals, die Möglichkeit zur Kapitalanlage in Bereichen mit höchster Profitrate, die Anwendung fortgeschrittenster Technologie. Historisch beinhaltet dies zunächst die Beseitigung der feudalen Schranken, der Zünfte, der Kettung des bäuerlichen Produzenten an den Boden, also Herstellung der Handelsfreiheit, Gewerbefreiheit und des freien Lohnarbeiters, die Unterwerfung der verschiedenen Produktionsphären unter das Kapital, die Entwicklung des Kreditsystems, kurz die Beseitigung aller dem Kapital nicht entsprechenden Schranken, die Herstellung der freien Konkurrenz.

Um nun untersuchen zu können, ob aus der Entwicklung des Kapitals selbst Schranken seiner Mobilität entstehen, muß — wie bereits gesagt — der steigende Vergesellschaftungsgrad der Produktion, mit der Konzentration und Zentralisation einhergehen, zum Ausgangspunkt genommen werden. Die Kapitale also werden größer und ihre Anzahl in den jeweiligen Produktionszweigen nimmt ab. Dieser Oberflächenerscheinung liegt zugrunde eine steigende Minimalmasse des vorzuschießenden Kapitals, worin sich seine steigende organische Zusammensetzung ausdrückt, die einschließt das absolute und relative Wachstum des fixen Kapitalanteils. Nun ist zwar schon die Kapitalfixierung als solche ein Problem der Kapitalabwanderung, das auch nicht über den Kredit — wie Altvater meint (S. 137) — so ohne weiteres zu lösen ist. Denn Amortisations- und Akkumulationsfonds sind zwar in Geldform mobil, aber sie sind, solange das fixe Kapital nicht vollständig umgeschlagen ist, immer nur ein Teil davon. Eine Totalabwanderung wäre mithin mit Kapitalentwertung verbunden. Man denke z.B. an den Kohlebergbau in der BRD, wo dieses Problem von erheblicher Bedeutung ist.

Der Kredit spielt daher auch eine viel größere Rolle bei der Kapitalexpansion, bei der Erschließung neuer Produktionszweige, bei der Revolutionierung der alten, wo dann zwar freigesetztes Geldkapital anderer Kapitale Verwendung findet, dort jedoch in fremden Händen und zu deren Zwecke. Was aber Altvater vollständig übersieht ist das Problem der Zuwanderung, das mit dem absoluten und relativen Wachstum des fixen Kapitals zusammenhängt. Es fällt aus seiner Betrachtung, weil dies kein Problem des isolierten Einzelkapitals ist, sondern es entsteht mit dem zur

Gewährleistung des Umschlags des fixen Kapitals notwendig einhergehenden Produktionsverflechtungen. Katzenstein bezeichnet die erreichte Stufe des Wachstums des fixen Kapitals, also der Arbeitsmittel (Bauten, Maschinerie usw.) als „Produktionsmittel gesellschaftlichen Charakters", sie sind „Produktionsmittel der Massenproduktion", die „überhaupt erst in der Gesellschaftlichkeit der Produktion, im allseitigen Verkehr und Zusammenhang der Produzenten, zu wirklich produktiven Kräften" (S. 108) werden. Die rationelle Anwendung dieser modernen Großproduktion setzt Kontinuität der Produktion voraus, „faktisch einen mehr oder weniger kontinuierlichen Produktionsfluß vom Rohstoff bis zum Endabnehmer" (ebenda). Damit werden aber neue Bedingungen für die Kapitalverwertung gesetzt -soll nicht die Profitrate wegen mangelnder Auslastung abrupt fallen — ergibt sich die Notwendigkeit der „Beherrschung und planmäßigen Organisation dieser ganzen Produktionskette" (ebenda). Umgekehrt wird die Einführung solcher Technik von der Beherrschung solcher Produktionskomplexe abhängig (siehe dazu Katzenstein 1973). Das Monopol ist also nicht die bloße Möglichkeit der Aneignung eines überdurchschnittlichen Profits, sondern entsteht aus der Notwendigkeit der Beherrschung von ganzen Produktionszusammenhängen.

Die im Zusammenhang mit der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals entstehenden Verwertungsbedingungen zwingen folglich die Kapitale sich entlang der Produktionsketten auszubreiten, sie direkt in Besitz zu nehmen oder sich wenigsten eigentumsmäßig über das Aktienkapital mit anderen dort angelegten Kapitalen zu verflechten. Es entsteht der Konzern, das Kapital wird eingebunden in ein eigentumsmäßiges Gespinst, das zudem über Dritte (z.B. Banken) mit anderen Konzernen verflochten ist.

Ist hier schon der Begriff des Monopols als eines einzelnen, isolierten Kapitals äußerst problematisch geworden, so zeigt sich in der Untersuchung der Wirkung dieser Produktionsverflechtungen auf die Zuwanderungsmöglichkeiten anderer Kapitale in diese Sphären, daß hier ganze Produktionszweige zum *gemeinschaftlichen* Monopol werden können und werden.

Mit den entstandenen Produktionsmitteln gesellschaftlichen Charakters, mit der modernen Großproduktion, steigt zunächst einmal das Kapitalminimum sprunghaft an, so daß die Konkurrenz bereits sich einschränkt auf die großen Geldkapitale. Das kleine Geldkapital fungiert hier nur noch als einflußloser Kreditor. Zweitens ist aber nicht nur die organische Zusammensetzung des Kapitals in diesen Zweigen hoch, die Kapitale sind auch sehr groß im Verhältnis zum Markt. Selbst außerordentliche hohe Profitraten können daher zusammenbrechen, weil in der Regel der Markt nicht in der gleichen Geschwindigkeit expandiert wie Produktionskapazitäten aufgebaut werden müssen, um konkurrenzfähig in diese Zweige vordringen zu können. Geschieht es trotzdem, so sind die alten Kapitale in Besitz aller Vorteile, denn sie sind in einem Markt verankert, den das neue sich erst erobern will und verfügen daher über die besseren Voraussetzungen für einen Konkurrenzkampf. Drittens ist die Zuwanderungsmöglichkeit in Teilbereichen wegen der entstandenen Produktionsverflechtungen beschränkt, stößt hier das neue Kapital auf die Schranken des Konzerns, auf die über wechselseitige

Beteiligungen abgesicherte Produktionskette. Zuwanderung setzt also unter heutigen Bedingungen nicht nur ein hinreichend großes Geldkapital, nicht nur einen extrem expandierenden Markt voraus, sondern es müssen außerdem schon bestimmte Bereiche der Produktionsketten beherrscht werden, die als Basis dienen können für das weitere Vordringen.

Mithin kann gesagt werden, daß im Verlauf der historischen Entwicklung des Kapitalismus bedeutende Schranken für die Kapitalwanderung entstanden sind, so daß sich die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit kaum mehr über die Neuanlage von Kapital herstellt, sondern vielmehr über die Expansion oder Kontraktion des bereits angelegten.

Der Anstieg des Vergesellschaftungsgrades der Produktion hat außerdem bestimmte Auswirkungen auf die Konkurrenz innerhalb der Produktionszweige. Preiskonkurrenz innerhalb bestimmter Regionen ist heute schon eher die Ausnahme als die Regel. Die europäische Stahlindustrie z.B. reagierte auf den sich verengenden Markt in der jetzigen Krise keineswegs mit Preiskonkurrenz, trotz erheblicher Produktivitätsunterschiede, die die Voraussetzung für die produktivsten Unternehmen hätte sein können, den verbleibenden Markt für sich zu erobern. (Wenigstens nebenbei sei vermerkt, daß Altvater, der bei der Behandlung des Monopols so sehr auf das Fortwirken der Konkurrenz pocht, bei seiner Erklärung der Preissteigerung in der Krise von Konkurrenz völlig abstrahiert; siehe Altvater u.a. 1975, vgl. dazu Bayreuther.) Und als die europäische unter Preisdruck von außen, von der japanischen Stahlindustrie kam, setzte sie schließlich und endlich Mindestpreise bzw. Mengenkontigentierungen seitens der EWG durch. Der Preiskonkurrenz sind Schranken gesetzt, weil die vorhandenen Produktivitätsunterschiede nur bei Vollauslastung zum tragen kommen und dann eine riesige Überproduktion die Folge wäre, die alle beteiligten Kapitale schwerer schädigen würde als Unterauslastung, die meist noch durch Preissteigerungen kompensierbar ist.

Aus dem Anstieg des Vergesellschaftungsgrades der Produktion, die notwendig werdende Beherrschung der Produktionsketten als Garantie für den Umschlag des fixen Kapitals, erwächst also die monopolistische Form des Kapitals, ist in der Folge die Zuwanderungsmöglichkeit anderer Kapitale in diese Zweige eingeschränkt. Auf diese Weise wächst den bereits angelegten Kapitalen eine gewisse ökonomische Macht zu, die sich natürlich auch zu Preis- und Profitsteigerungen nutzen läßt und die heute selbst in Krisen kaum mehr durch Preiskämpfe erschüttert wird. Das Monopol wird hier begriffen nicht als konkretes Einzelkapital, sondern als neue Form des Kapitalverhältnisses, die ebensowenig wie der Vergesellschaftungsgrad der Produktion wieder zum Verschwinden gebracht werden kann. Entscheidend ist daher auch gar nicht, daß das Monopol sich überdurchschnittlichen Profit aneignen kann — das kann prinzipiell temporär jedes Kapital —, sondern entscheidend ist vielmehr die Quelle, aus der dieser zusätzliche Profit entspringt.

Das Grundeigentum als analoger Begriff zum Monopolkapital

Um das Monopol entsprechend dieses Begriffs und die Quelle des daraus gezogenen zusätzlichen Profits zu charakterisieren, greift Katzenstein auf das von Marx

behandelte Verhältnis von Kapital und Grundeigentum zurück. Das Grundeigentum, obwohl kein Kapital, in keiner Weise an der Produktion des Mehrwerts beteiligt, entreißt diesem dennoch Mehrwertteile und hat so bedeutenden Einfluß auf die Verteilung des Mehrwerts. Als Machtfakttor aber ist das Grundeigentum für das Kapital unüberwindlich, denn es hat die gleiche Basis, das Privateigentum schlechthin. So wie das Kapital seine exklusive Verfügung über Produktionsmittel nutzt, um der Arbeiterklasse Mehrwert abzupressen, so verfügt das Grundeigentum durch die Beherrschung der weiteren, der natürlichen Produktionsbedingung, über einen Machtfaktor, der das Kapital zwingt den Mehrwert zu teilen. (Es geht hier übrigens nur um die „absolute Rente", die entsteht, weil die Nutzung des Bodens verweigert werden kann.) Das Grundeigentum verhindert dabei allerdings keineswegs die Wirksamkeit des Gesetzes der DPR, aber es wirkt wie eine Steuer, senkt die durchschnittliche Profitrate. Und es wirkt als zusätzlicher Faktor, als ökonomische bestimmte Schranke der Kapitalwanderung, denn die Zuwanderung wird abhängig nicht von der Erreichung des Durchschnittprofits allein, sondern es muß außerdem noch eine Rente abgeworfen werden. Handelt es sich beim Grundeigentum um die Beherrschung der natürlichen Produktionsbedingungen, die vom Kapital nicht überwunden, nicht reproduziert werden können, so sind beim modernen Monopol, wie ausgeführt, die prinzipiell reproduzierbaren Produktionsmittel für andere als in diesen Bereichen angelegten Kapitale unreproduzierbar geworden. Der dem Grundeigentum zugrundeliegende Monopolbegriff läßt sich folglich verallgemeinern: „Monopole sind ökonomische Machtpositionen des Kapitals, die auf der Beherrschung bestimmter Zusammenhänge des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses beruhen und die es ihm ermöglichen, sich Monopolprofite anzueignen." (R.K., S. 97 f.)

Die Struktur dieses Begriffs ist die gleiche nicht nur wie beim Grundeigentum (vgl. MEW 25, S. 628), sondern wie beim Kapital selbst, denn Marx spricht vom Kapital als „von einem bestimmten Teil der Gesellschaft monopolisierte Produktionsmittel" (MEW 25, S. 823). Dies zeigt aber auch, daß „Macht" und Wertgesetz keine gegensätzlichen Bestimmungen in dem Sinne sind, daß das Wertgesetz das einzelkapitalistische Machtstreben immer wieder rückbildet, sondern — wenn wir Inhalt des Wertgesetzes und die Form seiner Durchsetzung unterscheiden (siehe „Briefe über das Kapital", S. 184 ff.) — so ist die spezifische Form der Durchsetzung des Wertgesetzes im Kapitalismus selbst von der Herrschaft des Kapitals, seinem Produktionsmittelmonopol gegenüber der Arbeiterklasse abhängig. Ebensowenig setzt das Monopolkapital das Wertgesetz außer Kraft, sondern setzt neue Bedingungen für seine Durchsetzung. Das moderne Monopol ist und bleibt aber Kapital, seine Basis bleibt die Verwertung des Gesamtkapitals, aber seine ökonomische Macht bewirkt, daß es sich zusätzliche Mehrwertteile aneignen kann, nicht Kraft seiner Eigenschaft als Kapital, sondern Kraft seiner Eigenschaft als Monopolkapital, der Beherrschung ganzer Produktions- und Reproduktionszusammenhänge. Es entsteht die Differenzierung des Kapitals selber, die Monopolisierung von bestimmten Produktionsbedingungen gegenüber anderen Kapitalen.

Betrachten wir nun kurz die Konkurrenz. Wie bereits mehrfach betont, resultieren aus der Existenz des Profits als vorherrschenden Regulationsmechanismus der Produktion Kräfte, die auf den Ausgleich der Profitraten drängen. Die tatsächliche Herstellung einer DPR aber ist abhängig von der Mobilität des Kapitals, der Wanderungsmöglichkeit zwischen den Produktionszweigen, die als „freie Konkurrenz" bezeichnet wird. Ist diese Kapitalwanderung Schranken unterworfen, die aus der Entwicklung des Kapitalverhältnisses selbst entspringen, so verschwindet selbstverständlich nicht die Konkurrenz schlechthin. Konkurrenz als solche entspringt auch gar nicht aus dem Begriff des Kapitals im Allgemeinen, sondern aus der Verselbständigung der Produzenten gegeneinander, es ist die Form ihrer Gesellschaftlichkeit. Das Monopolkapital bleibt eine Form des Privatkapitals und hebt also auch die Konkurrenz als solche nicht auf. Es verschwinden auch nicht die Kräfte, die auf den Ausgleich der Profitraten drängen, jedoch sind ihrer Durchsetzung Schranken gesetzt. Insofern kann durchaus davon gesprochen werden, daß sich das Wertgesetz nicht mehr in der dem Kapital adäquaten Weise durchsetzt. Obwohl also das Monopol der Konkurrenz in Form der Kapitalwanderung entgegengerichtet ist, „entzieht" es sich dabei keineswegs der Vergesellschaftung, denn es kann sich nur im gesellschaftlichen Zusammenhang verwirklichen, kann sich nur so zusätzliche Mehrwertteile aneignen. Es entsteht in Bereichen mit höchster organischer Zusammensetzung des Kapitals, hat somit Umverteilung des Mehrwerts zur Voraussetzung und bewirkt nun deren Verschärfung, bewirkt eine andere Verteilung des Mehrwerts und bringt andere Formen der Konkurrenz hervor. Das konkrete Monopol ist gleichwohl begrenzt und zwar durch die Basis, auf der es existiert. Wie schon das konkrete Grundeigentum, so kann auch das konkrete Monopol aus dem gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang herausfallen. Dann verschwindet aber nicht nur sein Monopolprofit, sondern es wird auch als Kapital in seinen Existenzbedingungen untergraben. In diesem Zusammenhang sei erinnert an den Substitutionsprozeß der Kohle durch das Erdöl.

Damit ist allerdings weder die Konkurrenz unter den Bedingungen des Monopolkapitals noch dieses selbst erschöpfend behandelt. Worum es hier ging war zu zeigen, worin sich die verschiedenen Monopolbegriffe unterscheiden und wie sich diese begründen. Es wurde weiter gezeigt, daß zwar nicht das konkrete Monopol von dauerhafter Natur ist, ebensowenig wie das konkrete Kapital, sehr wohl aber die monopolistische Form des Kapitalverhältnisses. In der Tat ergibt sich daraus die Aufgabe zu untersuchen, welche Wirkungen das Monopol auf den Akkumulationsprozeß des Kapitals, auf die Preisbildung hat, ebenso welche Konkurrenzformen es hervorbingt, welchen Einfluß auf die Verlängerung der Krisenphasen, der Depressionsperiode, ob und wie sich die Strukturkrisen daraus erklären. Was man aber sicherlich nicht kann, die Möglichkeit der dauerhaften Form des Monopols zu bestreiten, weil es diese Wirkungen hat.

Literaturverzeichnis

Altvater, E., Wertgesetz und Monopolmacht, in: Das Argument, Sonderband Nr. 6 (1975), S. 129 ff.

ders., Hoffmann, J., Künzel, R., Semmler, W., Inflation und Krise der Kapitalverwertung, in : PROKLA 17/18 (1975), S. 237 ff.

Bayreuther, R., Thesen zur Erklärung der Inflation (Stagflation), in: SOPO 44 (1978), S. 32 ff.

Braunsdorf/Löffler, Kapitalbegriff und Monopol, Berlin(West) 1976

Katzenstein, Robert, Politik und Ökonomie im gegenwärtigen Kapitalismus. Zur Frage des tendenziellen Falls der Profirate, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/1973, S. 715 ff.

ders., Zur Frage des Monopols, des Monopolprofits und der Durchsetzung des Wertgesetzes im Monopolkapitalismus, in: Das Argument, Sonderband 6 (1975), S. 93 ff.

Marx, K., Das Kapital, 3. Bde., in: MEW 23 — 25

ders., Engels, F., Briefe über das Kapital, Berlin (DDR) 1954

Rosdolsky, R., Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital", Frankfurt/M. 1968

Michael Paetau

Das Marxsche Quantitätsgesetz und die neuere Inflationsdiskussion

Zu einigen geldtheoretischen Problemen einer marxistischen Inflationserklärung

I. Zum Anspruch der Politischen Ökonomie

Es ist kaum zu leugnen, daß marxistische Wissenschaftler von der „neuen Inflation" — wie Samuelson sehr zu *un*recht das Phänomen von unvermindert anhaltenden Preissteigerungen bei stagnierenden oder gar abnehmenden Zuwachsraten des Nationaleinkommens bezeichnete — ebenso überrascht wurden wie die Vertreter der etablierten Nationalökonomie und eine theoretische Klärung nach wie vor auf sich warten läßt. Erstaunlich ist jedoch die Tatsache, daß es fast zwanzig Jahre gedauert hat, bis auf der Basis der marxistischen Politischen Ökonomie die mit der neuen Erscheinung verbundenen theoretischen Probleme so formuliert waren, daß sich eine Inflations*diskussion* unter Marxisten entwickeln konnte. Diese Zeit wurde zwar von der bürgerlichen Ökonomie wesentlich intensiver genutzt, brachte aber auch ihr kaum wirkliche Erfolge. Nachdem die traditionelle keynessche Theorie der „demand-pull-inflation" die Rezession 1955/56 in den USA, wo das Phänomen zum erstenmal auftrat, nicht überleben konnte und die in der Folgezeit entwickelten zahlreichen Versionen der „cost-push-theory" auch keine Klärung brachten, beschränkte man sich entweder auf mikroökonomische „Erklärungen" (administered-prices-inflation) oder reichte das Problem an die Nachbarwissenschaft Soziologie weiter. Mit deren Hilfe haben sich als vorherrschende Erklärungsmuster die sogenannten „Machttheorien" herauskristallisiert, welche die Ursache des inflationären Prozesses aus der „monopolistischen Macht" der Anbieter auf Güter- und Arbeitsmärkten ableiten. Die Beziehung zum makroökonomischen Bereich wird dabei durch einen Trick hergestellt, indem ein „preispolitischer Willkürbereich" unterstellt wird, in dem sich die Inflation durch bloße Aggregation individueller Preismanipulationen und fehlender Nachfrageorientierheit des Marktes durchsetzt.

Um den soziologischen Aspekt der Inflation zu begreifen, kann es jedoch nicht *ausreichen* Inflation durch mehr oder weniger willkürliche Preissetzung mächtiger Kapitale zu erklären oder durch das Machtverhältnis von Gewerkschaften einerseits und Unternehmern andererseits. Diese Faktoren — so bedeutsam sie auch sind — scheinen lediglich dem bloßen Willen und dem freien Handeln der Menschen zu entspringen; die objektiven Bestimmungsmomente und Grenzen ihres Handelns bleiben im Dunkeln, wenn nicht gezeigt werden kann, welchen grundlegenden gesellschaftlichen Bewegungsgesetzen sie unterliegen. Deshalb schreibt Marx:

> „Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag." (MEW 23, S. 16)

Die Politische Ökonomie verfolgt gerade das Ziel, die das Handeln der Individuen leitenden Motive, wie z.B. das Streben nach maximalem Profit, nicht aus einer allgemeinen natürlichen Gier nach dem Gelde — so sehr diese auch vorhanden ist — zu begründen, sondern aus den gesellschaftlichen Notwendigkeiten abzuleiten, welches dieses Streben bestimmen. Dabei gilt es, die Verbindungsglieder nachzuvollziehen, die diese grundlegenden Bestimmungsgründe mit den Formen verbinden, in denen sie durch das menschliche Handeln exekutiert und damit als gesellschaftliche Wirklichkeit erfahrbar werden. Dadurch kann auch der Rahmen benannt werden, in dessen Grenzen sich das Handeln der Individuen bewegen kann.

Die bürgerliche Gesellschaft ist in der Totalität ihrer inneren Gliederung „ständig werdendes Resultat" der grundlegenden ökonomischen Bewegungsgesetze, jedoch nicht als eine permanente Erneuerung auf der Stufe des einmal Gegebenen, sondern sie reproduziert sich auf einem ständig höheren Niveau, wobei ein geschichtlicher Prozeß zum Ausdruck kommt, der auf die Selbstaufhebung dieser gesellschaftlichen Form der Produktion gerichtet ist. Hier wird das Historische also als ein allgemeines Moment des logisch-historischen Systemzusammenhangs der kapitalistischen Reproduktion begriffen. Daraus folgt, daß im Laufe des geschichtlichen Prozesses die Konstellation der einzelnen Elemente des Zusammenhangs von „innerer Kernstruktur" und „äußeren Zwangsgesetzen der Konkurrenz" (in denen das Wertgesetz seine allgemeine Durchsetzungsform findet) sich notwendig *verändern muß*. An Marxisten wird somit in bezug auf die Inflationsanalyse ein Anspruch gestellt, der über die Suche nach kausalen „Verursachungsgründen" hinausgeht: Wenn Inflation nicht nur eine zufällige Erscheinung ist, sondern logisch-genetisches Entwicklungsprodukt der Entfaltung kapitalistischer Widersprüche, dann ist zu beantworten, wie diese Modifikation der Marktgesetze *möglich* ist, ohne daß die Beziehung zu den grundlegenden Bewegungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft zerrissen wird.

Dieser Anspruch ist vor allem in bezug uf die „Anwendung" des Marxschen Geldumlaufgesetzes, nach dem das Preisniveau die Menge des umlaufenden Geldes bestimmt und nicht umgekehrt, gar nicht leicht einzulösen. Denn Marx hat dieses Gesetz auf einer sehr hohen Abstraktionsebene seines theoretischen Systems formuliert, so daß es einer Reihe von Vermittlungsschritten bedarf, um mit ihm konkrete empirisch verfolgbare Bewegungen deuten zu können. So bezieht es sich in seiner allgemeinen Formulierung (in der die Quantitätstheorie Ricardos kritisiert wird) eindeutig auf ein Goldwährungssystem, das in reiner Form jedoch nie existiert hat. Schon die Papiergeldzirkulation als Repräsentation des Goldes im Prozeß des gesellschaftlichen Austausches modifiziert dieses Gesetz ganz erheblich, da im Gegensatz zu Gold „jede beliebige Masse von Papierzetteln vom Zirkulationsprozeß absorbiert und gleichsam verdaut" (MEW 23, S. 142) werden kann (Marx meint hier Staatspapiergeld mit Zwangskurs). Die gewaltsame Geltendmachung des Quantitätsgesetzes, die bei einem Übermaß an Gold die Schatzreservoirs füllt, muß auf der Basis einer Papiergeldzirkulation zu einer allgemeinen *Preiserhöhung* oder — was nur die andere Seite

einunddesselben Prozesses ist — *Geldentwertung* führen (abstrakte Inflationsmöglichkeit bei Marx).

Um diese umgekehrte Wirkungsweise des Quantitätsgesetzes als dessen **Mystifikation** methodisch sauber zu analysieren, kann der bloße Hinweis darauf, daß bei einer Papiergeldwährung „alles anders" ist, keinesfalls ausreichen, sondern es gilt, die Beziehung der mystifizierten Form zu dem ihr zugrundeliegenden Bewegungsgesetz herauszuarbeiten. Nur so kann auch eine quantitätstheoretische Deutung des Marxschen Papiergeldumlaufgesetzes vermieden werden. Diese Aufgabe hat Marx in geschlossener Form nie verfolgt, sondern wir finden nur sehr vereinzelte Hinweise, die über sein gesamtes Werk verstreut sind. Um diese Beziehung zu untersuchen, wäre es notwendig, das Verhältnis von Geld*angebot* und Geld*nachfrage* näher zu untersuchen und dabei nicht nur nach der Wirkungweise eines Überschusses, der bereits in der Zirkulation vorhanden ist, zu fragen, sondern auch zu untersuchen, über welchen Mechanismus er in die Zirkulation gelangt. Hierbei nähern wir uns bereits sehr konkreten Formen der „Oberflächenbewegung" des kapitalistischen Reproduktionsprozesses und stoßen dabei auf weitere Probleme: Die mittlerweile erfolgte völlige Abkehr vom Goldstandard, die mit der Entwicklung des kapitalistischen Kreditsystems verbundene sinkende Bedeutung des wirklich in der Zirkulation befindlichen Bargeldes und der wesentlich umfangreichere Staatseingriff haben zusätzlich Veränderungen herbeigeführt, die einer sorgfältigen theoretischen Analyse bedürfen, um die monetäre Bewegung in ihrer empirischen Konkretion heute überhaupt als ein Ausdruck des allgemeinen Geldumlaufgesetzes erkennen zu können.

II. Geldbegriff und Geldmenge

Marx ist immer davon ausgegangen, daß sich der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß die zur Zirkulation erforderliche Geldmenge selber schafft. Bei einer reinen Metallwährung wäre dies in der Tat wegen des automatischen Zu- und Abflußmechanismus kein Problem. Die zirkulierende Geldmenge wird hier ausschließlich durch die Geld*nachfrage* bestimmt. Eine Papiergeldwährung erfordert demgegenüber schon ein partielles Maß an gesellschaftlicher Lenkung des ökonomischen Prozesses, da die für die Zirkulation erforderlichen Papiergeldzettel nicht mehr das Ergebnis eines spontanen Anpassungsprozesses sein können, sondern vom Staat emittiert werden. Damit ist auch die Möglichkeit eines autonomen Geld*angebots* gegenüber der Geldnachfrage gegeben. Der Staat ist dabei gezwungen, die Gesetze der Metallgeldzirkulation nachzuahmen. Um einen reibungslosen Ablauf des Reproduktionsprozesses zu gewährleisten, muß er darauf achten, daß sich Geldangebot und Geldnachfrage möglichst im Gleichgewicht befinden. Da die Summe aller Preise aufgrund der Schwankungen im Warenabsatz — seien sie nun durch die Bewegung des Krisenzyklus oder durch andere Faktoren verursacht — ständig variiert und die Papiergeldmenge sich weder diesen Schwankungen anzupassen vermag (im Gegensatz zum Goldgeld) noch ständig verändert werden kann, muß die Geldquantität auf ein Minimum reduziert bleiben. Über dieses Minimum hinaus notwendig werdende Zirkulationsmittel können durch das Kreditsystem bereitgestellt werden (Vergl. Hilferding S. 40). Damit tritt eine weitere Modifikation des Geldumlaufgesetzes ein: Die Gesamtsumme des in einem gegebenen Zeitabschnitt umlaufenden Geldes ist nun

> „... bei gegebener Umlaufgeschwindigkeit der Zirkulations- und Zahlungsmittel gleich der Summe der zu realisierenden Warenpreise plus den Summen der fälligen Zahlungen, minus der sich ausgleichenden Zahlungen, minus endlich der Anzahl der Umläufe, worin dasselbe Geldstück abwechselnd bald als Zirkulations- bald als Zahlungsmittel funktioniert." (MEW 13, S. 153)

In der Form des Kreditgeldes finden wir die fortgeschrittenste Verselbständigung der Geldkategorie, wie sie mit der logischen und historischen Entfaltung der Funktionsbestimmungen des Geldes einhergeht. Der unsichtbar gewordene Zusammenhang mit der materiellen Basis der Wertform wird jedoch im Verlauf des kapitalistischen Krisenzyklus gewaltsam wiederhergestellt:

> „Der Kredit als ebenfalls gesellschaftliche Form des Reichtums, verdrängt das Geld und usurpiert seine Stelle. Es ist das Vertrauen in den gesellschaftlichen Charakter der Produktion, welches die Geldform der Produkte als etwas nur Verschwindendes und Ideales, als bloße Vorstellung erscheinen läßt. Aber sobald der Kredit erschüttert wird — und diese Phase tritt immer notwenig ein im Zyklus der modernen Industrie —, soll nun aller reale Reichtum wirklich und plötzlich in Geld verwandelt werden, in Gold und Silber, eine verrückte Forderung, die aber notwendig aus dem System selbst hervorwächst." (MEW 25, S. 588 f.)

„Der Reflux der auf den Kredit gegründeten Zirkulation zu ihrem Ausgangspunkt" (MEW 13, S. 141), wie er schon von James Stewart entdeckt wurde, ist eine *wesentliche Charakterisierung des Kredits, die ihn prinzipiell vom Geld unterscheidet.*

Marx ist sich des Einflusses, den die Kreditbewegung auf das Geldumlaufgesetz ausübt, sehr wohl im klaren, denn der Kredit wirkt vermittelt auf die Quantitität der notwendigen Zirkulationsmittel, indem er die Ökonomie der Zahlungsweise und die Zirkulationsgeschwindigkeit erhöht (MEW 13, S. 123 f. und MEW 25, S. 537). Dennoch — und das ist der *wesentlich geldtheoretische Unterschied* der Marxschen Auffassung zu den heute in der Volkswirtschaftslehre üblichen, auf McLeod und L.A. Hahn zurückgehenden Auffassungen (Vergl. dazu B. Fritsch, der die Differenzen sehr gut herausgearbeitet hat) — kann es *keine inflatorische Wirkung des Kredits* geben. Geldschöpfung findet — wenn wir von dem unrealistischen Beispiel des Hubschrauberabwurfs von Banknoten absehen — immer als Reaktion einer Geld*nachfrage* statt. Dies trifft auf beide hier relevanten Geldformen zu. Staatspapiergeld kann zwar allein durch überschüssige Emission eine Entwertung der Zirkulationsmittel hervorrufen, aber nur deshalb, weil jede Geldemission sowohl eine Passiva — als auch eine Aktiva-Erhöhung in der Bilanz der Zentralbank darstellt und somit die Nachfrageseite der Zirkulation unmittelbar tangiert (Hierauf wird noch in IV zurückzukommen sein). Ein reines Angebot an Kreditgeld dagegen hat überhaupt keine Auswirkungen auf die zirkulierende Geldmenge, da es zunächst nichts weiter darstellt als brachliegendes Geld, das darauf wartet, in produktives Kapital verwandelt zu werden. Erst wenn es auch tatsächlich nachgefragt wird, kann eine Wirkung auf die Geldmenge einsetzen. Dies ist dann allerdings ganz eindeutig als Folge der Erfordernisse des Reproduktionsprozesses erkennbar.

werden, die Ausgleichsbewegung auch tatsächlich hervorzubringen, also auf Preissteigerungen in der Prosperität keine oder nur geringere Preissenkungen in der Krise folgen.

Die Beobachtung der Preisbewegung im Verlauf des 19. Jahrhunderts in den entwickeltesten kapitalistischen Ländern Europas zeigt zunächst ein weitgehend dem zyklischen Konjunkturlauf entsprechendes Auf und Ab, das jedoch 1896/97 einer anhaltend *steigenden Tendenz* weicht. Diese wird zwar in den Krisen durch Preissenkungen durchbrochen, was jedoch den langfristigen Trend nicht beeinflußt. (vergl. JACOBS/RICHTER) Erst Mitte der 1950er Jahre wurde das Problem dieser permanenten Inflation ins Bewußtsein gerückt, als die Preise überhaupt nicht mehr fielen, sondern höchstens ihre Steigerungsrate verringerten.

Es kann also als empirisches Faktum festgehalten werden, daß wichtige monetäre Veränderungen in der Verlaufsform des Krisenzyklus zeitlich mit den ersten größeren Strukturveränderungsprozessen des gesellschaftlichen Kapitals zusammenfallen, die Lenin als **Monopolisierungsprozesse** bezeichnet hat. Der inhaltliche Zusammenhang von Konzentrationsprozessen und Inflation wird auch heute kaum noch ernsthaft bestritten, ebenso, daß seine materiellen Ursachen (Notwendigkeiten für das Kapital) in der ständigen Zunahme des fixen Kapitalanteils gegenüber dem zirkulierenden liegen (vergl. K. BÜCHER 1910, G.C. MEANS 1935, E. SCHMALENBACH 1949, vergl. auch die Aufsätze von ELLWARDT und BAYREUTHER, SOPO/44 und 45). Hier soll auf die *Möglichkeit* eingegangen werden, die eine solche Notwendigkeit auf der Basis des Wertgesetzes besitzt.

IV. Monopolpreis und monetäres Realisierungsproblem

Es sind also vor allem zwei Determinanten, die die permanente Inflation ihrer Möglichkeit nach bestimmen:

a) die Strukturveränderung des gesellschaftlichen Kapitals, aus denen nicht nur veränderte Preissetzungsstrategien, sondern auch deren Realisierungsbedingungen entspringen, und
b) die Schaffung eines Währungssystems, das die monetären Bedingungen — d.h. eine ausreichende Menge an Geld — dafür bereitsstellt.

Die unternehmensstrategischen Bedingungen zur Durchsetzung monopolistischer Preisstrategien (Monopolpreis) werden durch die die monopolistischen Strukturveränderungen konstituierenden *Vorteilspositionen* bestimmter Kapitale in mehreren oder sogar allen Etappen des kapitalistischen Kreislaufprozesses (Finanzierung, Verwandlung in die stofflichen Elemente der Produktion, Produktion selbst und Vermarktung, d.h. Realisierung des Mehrwerts als Profit) selbst gesetzt. Dazu gehört natürlich auch der Versuch einer planmäßigen Einflußnahme des Kapitals auf den Marktmechanismus (z.B. durch Angebotslenkungsstrategien). Konkretisiert auf die Preisbewegung bedeutet dies, den Versuch zu unternehmen, die Preise nicht mehr dem spontanen Wirken des Marktes zu überlassen, sondern diese planmäßig zu beeinflussen. So wie der allgemeine Versuch, den kapitalistischen Reproduktionsprozeß zu planen und dabei die Voraussetzungen dieser Produktionsweise, das Privateigentum an Produktionsmitteln,

der individuelle Produktionspreis dem Marktproduktionspreis entspricht. Der (gesetzte) Preis ist *zunächst* nur der Anspruch des Warenverkäufers auf die Gesellschaftlichkeit seiner individuell verausgabten Arbeit, der „fromme Wunsch", der in der Ware vergegenständlichten individuellen Arbeit „die Gestalt der allgemeinen Arbeitszeit zu geben" (MEW 13, S. 70). Wenn Marx davon spricht, daß der Widerspruch zwischen individuell verausgabter und gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit sich in der Preisform seine Bewegungsform sucht, so sind dabei die Marktprozesse, die das Verhältnis bestimmen, in der die Wertgröße einer Ware durch die Beziehung zu einer anderen (Äquivalent = Geld) ausgedrückt wird, eingeschlossen (realisierter Preis). Das Wertgesetz bedarf seiner *Durchsetzungsformen,* um seine Gesellschaftlichkeit, die ja von Marx zunächst vorausgesetzt wird, zu erweisen („Selbstbewegung des Inhaltes"). Produktion, Distribution, Austausch, Konsumtion bilden „Glieder einer Totalität (...), Unterschiede innerhalb seiner Einheit" (Grundrisse, S. 20). Der Wert verwandelt sich erst dann in den Marktproduktionspreis, nachdem auch die letzte seiner drei Existenzformen (Metamorphosen) wieder aufgehoben ist, er sich also innerhalb der Zirkulation von Warenkapital in Geldkapital zurückverwandelt hat. Der Einfluß des Nachfrage-Angebots-Mechanismus ist dabei keine Störung des die Gesellschaftlichkeit des Wertes herstellenden Prozesses, sondern konstitutiver Bestandteil, wie schon Marx auf der abstrakten Ebene des Zusammenhangs von Wert und Preis, also noch auf der Ebene der Annahme einer absoluten quantitativen Kongruenz beider Größen entwickelt und später bei der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate verdeutlicht hatte.

Das bedeutet, daß sich die Verwandlung des Wertes in den Preis im Verlauf beständige Expansion und Kontraktion des Reproduktionsprozesses vollzieht. Dieser Prozeß erstreckt sich dabei über den gesamten Zyklus. Der Wertausdruck einer Ware ist erst als Resultat von Produktion und Zirkulation zu begreifen, wobei die Zyklizität des Gesamtprozesses berücksichtigt werden muß. Erst dann ist der Preis wirklich als Erscheinungsform des *„prozessierenden Werts"* (Marx) verstanden und zwar im Prozeß seiner Gesamtbewegung, die sich durch ein Auf und Ab und damit als *Ausgleichsbewegung* auszeichnet:

> „(...) wenn das Ganze einer größern oder kleinern Zeitperiode betrachtet wird, (decken) sich Zufuhr und Nachfrage beständig (...); aber nur als Durchschnitt der verflossenen Bewegung und nur als beständige Bewegung ihres Widerspruchs. Dadurch gleichen sich die von den Marktwerten abweichenden Marktpreise, ihrer Durchschnittszahl nach betrachtet, zu Marktwerten aus, indem sich die Abweichungen von den letzteren aufheben als Plus und Minus." (MEW 25, S. 200)

Wenn also überhaupt von Gleichgewicht gesprochen werden kann, dann ist eben genau diese Ausgleichs*bewegung* gemeint, in der die Gesamtmetamorphose des Kapitals sich vollzieht und damit die Verwertung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Das Auf und Ab der Preise im Krisenzyklus ist somit der *normale* Prozeß der Preistransformation des Werts. Von Inflation kann m.E. erst dann sinnvoll gesprochen werden, wenn im Verlauf des gesamten Zyklus die zum Ausgleich drängenden Wirkungskräfte daran gehindert

werden, die Ausgleichsbewegung auch tatsächlich hervorzubringen, also auf Preissteigerungen in der Prosperität keine oder nur geringere Preissenkungen in der Krise folgen.

Die Beobachtung der Preisbewegung im Verlauf des 19. Jahrhunderts in den entwickeltesten kapitalistischen Ländern Europas zeigt zunächst ein weitgehend dem zyklischen Konjunkturlauf entsprechendes Auf und Ab, das jedoch 1896/97 einer anhaltend *steigenden Tendenz* weicht. Diese wird zwar in den Krisen durch Preissenkungen durchbrochen, was jedoch den langfristigen Trend nicht beeinflußt. (vergl. JACOBS/RICHTER) Erst Mitte der 1950er Jahre wurde das Problem dieser permanenten Inflation ins Bewußtsein gerückt, als die Preise überhaupt nicht mehr fielen, sondern höchstens ihre Steigerungsrate verringerten.

Es kann also als empirisches Faktum festgehalten werden, daß wichtige monetäre Veränderungen in der Verlaufsform des Krisenzyklus zeitlich mit den ersten größeren Strukturveränderungsprozessen des gesellschaftlichen Kapitals zusammenfallen, die Lenin als **Monopolisierungsprozesse** bezeichnet hat. Der inhaltliche Zusammenhang von Konzentrationsprozessen und Inflation wird auch heute kaum noch ernsthaft bestritten, ebenso, daß seine materiellen Ursachen (Notwendigkeiten für das Kapital) in der ständigen Zunahme des fixen Kapitalanteils gegenüber dem zirkulierenden liegen (vergl. K. BÜCHER 1910, G.C. MEANS 1935, E. SCHMALENBACH 1949, vergl. auch die Aufsätze von ELLWARDT und BAYREUTHER, SOPO/44 und 45). Hier soll auf die *Möglichkeit* eingegangen werden, die eine solche Notwendigkeit auf der Basis des Wertgesetzes besitzt.

IV. Monopolpreis und monetäres Realisierungsproblem

Es sind also vor allem zwei Determinanten, die die permanente Inflation ihrer Möglichkeit nach bestimmen:

a) die Strukturveränderung des gesellschaftlichen Kapitals, aus denen nicht nur veränderte Preissetzungsstrategien, sondern auch deren Realisierungsbedingungen entspringen, und
b) die Schaffung eines Währungssystems, das die monetären Bedingungen — d.h. eine ausreichende Menge an Geld — dafür bereitsstellt.

Die unternehmensstrategischen Bedingungen zur Durchsetzung monopolistischer Preisstrategien (Monopolpreis) werden durch die die monopolistischen Strukturveränderungen konstituierenden *Vorteilspositionen* bestimmter Kapitale in mehreren oder sogar allen Etappen des kapitalistischen Kreislaufprozesses (Finanzierung, Verwandlung in die stofflichen Elemente der Produktion, Produktion selbst und Vermarktung, d.h. Realisierung des Mehrwerts als Profit) selbst gesetzt. Dazu gehört natürlich auch der Versuch einer planmäßigen Einflußnahme des Kapitals auf den Marktmechanismus (z.B. durch Angebotslenkungsstrategien). Konkretisiert auf die Preisbewegung bedeutet dies, den Versuch zu unternehmen, die Preise nicht mehr dem spontanen Wirken des Marktes zu überlassen, sondern diese planmäßig zu beeinflussen. So wie der allgemeine Versuch, den kapitalistischen Reproduktionsprozeß zu planen und dabei die Voraussetzungen dieser Produktionsweise, das Privateigentum an Produktionsmitteln,

unangetastet zu lassen, nur über Monopolbildung möglich ist, so ist ebenfalls die Preisbeeinflussung nur über die Veränderung der Konkurrenzbeziehungen möglich. Dies impliziert, daß dieser „*Lenkungsversuch*" einer privaten Wirtschaft nur für *Teile* des Kapitals und selbstverständlich auch nur in den durch die Produktionsweise selbst gesetzten Grenzen gelingen kann. Darüberhinaus bedarf dieser Versuch jedoch bestimmter monetärer Bedingungen, die den Erfordernissen des veränderten Verlaufs der Kapitalreproduktion Rechnung zu tragen haben. Hierin ist denn auch der materielle Grund für die Veränderung des heutigen Geldwesens im Vergleich zu jenem zu sehen, das Marx bei seiner Analyse vorfand. Die Ablösung des Goldes als Geldware war eine der notwendigen Maßnahmen, die zukünftig eine überzyklische Aufrechterhaltung des Kreditüberbaus und damit einer ausreichenden Geldversorgung garantieren sollten.-

Bei der Betrachtung der Entwicklung der Funktionen und Formen des Geldes zeigt sich, daß ohne die staatliche Gewalt eine den Reproduktionsbedürfnissen des Kapitals adäquate Entwicklung des Geldwesens nicht möglich ist. Erstens muß der Staat eine dem Produktionsvolumen entsprechende Geldmenge zur Verfügung stellen und darüber hinaus das auf private Schuldtitel basierende Kreditwesen sanktionieren. Eingriffen des Staates auch in den ökonomischen Prozeß der Gesellschaft insgesamt bedurfte es in allen Phasen der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Sie waren neben der politischen Einwirkung auf die Klassenauseinandersetzungen vor allem auf die stofflichen Voraussetzungen zur Gewährleistung der gesellschaftlichen Reproduktion gerichtet. Es sind dieselben objektiven Gesetzmäßigkeiten, die es zu Formveränderungen zwingen und auch in immer größerem Ausmaß die Staatseinmischung herausfordern, in denen das Kapital dem sich zuspitzenden Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, der sich im tendenziellen Fall der Profitrate äußert, eine den Verwertungsbedürfnissen entsprechende Bewegungsform entwickelt. So ist — und damit kommen wir auf die Kreditproblematik zurück — der historisch gesehen erste größere Versuch einer Stabilisierung des Kreditsystems für den hier behandelten Zusammenhang von großer Bedeutung. Die historische Betrachtung macht gleichzeitig deutlich, warum in der modernen bürgerlichen Geldtheorie der Unterschied zwischen *Geld* und *Kredit* kaum noch thematisiert wird (was übrigens auch auf die neuere marxistische Literatur in der BRD zutrifft, im Gegensatz etwa zur sowjetischen). Zunächst waren alle Banknoten ihrem Ursprung nach reines Kreditgeld, private Schuldtitel, gezogen auf die Bank, d.h. eine Anweisung auf ihren Gold- bzw. Silberschatz (z.B. die von der Hamburger Girobank 1619 herausgegebene „Mark- Banco" 0,01685 Pfund Feinsilber). Auf dem Wege der Wechselübertragung und — diskontierung konnten diese Banknoten auch als Zirkulationsmittel fungieren. Es ist jedoch schon eine Tendenz erkennbar, den kommerziellen Kredit nicht mehr als reinen einzelnen Privatakt abzuwickeln, sondern ihn unter ein „Clearing-System" zu subsumieren (Vergl. MEW 25, S. 536 ff., Marx spricht hier von „Clearing-House"), das die Sicherheit des Kreditgeldes erhöht. Das Bedürfnis, die Konvertibilität der Banknoten in Gold oder Silber zu sichern, d.h. vor allem die *Garantie* einer solchen Konvertibilität zu besitzen — ob sie nun in Anspruch genommen wird oder nicht (hier wird *Vertrauen* in der Tat zu einer ökonomischen Kategorie) — führte in der Folge zu einer entscheidenden Veränderung des

Währungssystems. Es entstand eine neue Papiergeldform, die im Gegensatz zur bisherigen Banknote nicht mehr frei in Gold konvertierbar war, deren Repräsentation eines bestimmten Quantums Gold jedoch staatlich garantiert wurde und deren Ausgabe auf staatliche bzw. staatlich autorisierte Stellen (Nationalbanken) beschränkt wurde. Die Zirkulations- und Zahlungsmittelfunktion dieser neuen staatlichen Banknote wurde somit von den Schwankungen und Unsicherheiten des Kreditsystems unabhängig, d.h. sie unterlag nicht mehr den Gesetzmäßigkeiten des Kredits sondern denen des definitiven Geldes.

In diesem Zusammenhang scheint mir ein Gedanke von R. Hilferding (HILFERDING S. 73 ff., vergl. auch SANIO S. 96 ff.) besondern wichtig: Wenn die Zentralbanknote, d.h. das Staatspapiergeld mit Zwangskurs aus dem Kreditsystem herausfällt, dann fällt auch der Zentralbankkredit und der dem Staat gewährte Kredit, die *Staatsschuld,* aus ihm heraus. Banknoten sind ihrem Wesen nach Schuldtitel. Das Papiergeld mit Zwangskurs ist ebenso eine Verbindlichkeit des Staates gegenüber den Mitgliedern der Gesellschaft, wie die Banknoten der Privatbanken gegenüber ihren Kunden. Es besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied: Bei Zahlungsunfähigkeit eines privaten Kreditschuldners haftet dieser allein mit seinem Vermögen. Im Höchstfall wird der einzelne Wechsel „entwertet" (= wertlos). Bei Staatsschulden sieht das ganz anders aus: Bei Zerüttung der staatlichen Währung haftet die gesamte Gesellschaft. Wenn die Staatsschulden wachsen, also die Staatsausgaben ständig die Einnahmen übersteigen, dann steigt damit auch stetig die Masse des umlaufenden Staatspapiergeldes, unabhängig davon, ob Zinsen und Tilgungen unmittelbar aus der Notenpresse finanziert werden. Denn „für den Charakter des Staatspapiergeldes mit Zwangskurs ist es nämlich völlig gleichgültig, ob es die Form gestückelter Noten, die Form eines Buchungspostens auf der Liste der Kreditemissionen der Zentralbank oder selbst die Form eines Mikrofilms bzw. die Feldanordnung einer magnetischen Schicht auf einem Plastikband oder andere Formen der elektronischen Datenspeicherung annimmt — die gesellschaftliche Zahlkraft des Zirkulationsmittels bleibt dieselbe" (SANIO, S. 98 f.).

Der Staatskredit unterscheidet sich also ganz wesentlich vom privaten Kredit. Die durch den privaten Kredit erfolgte Geldvermehrung bricht wieder in sich zusammen, diejenige des Staates nicht, sie bleibt in der Zirkulation und entwertet das Geld. Eine klare Abgrenzung von Geld und Kreditgeld wird damit möglich.

Die Konsequenz aus dieser theoretischen Differenzierung ist eindeutig: Hohe Staatsverschuldung kann in einem ganz erheblichen Maße zur Stabilität des Kreditsystems und damit zur Durchsetzung der Inflation beitragen. Um dies zu untersuchen, reicht jedoch nicht die Analyse der staatlichen Verschuldung, sondern es muß gefragt werden, welchen Einfluß kann der Staat darüberhinaus auf das gesamte Kreditsystem ausüben, so daß er in den Augen der Individuen auch als Garant für die Sicherheit des auf *Kredit* aufgebauten Geldsystems erscheint, so wie vorher als Garant für die Kaufkraft des Papiergeldes. Das impliziert die Frage nach der Art und Weise, in der der Staat in die Nachfragestruktur eingreift.

Während ursprünglich die ökonomischen Funktionen des Staates als Garantie für die gesamte nationale Bourgeoisie fungierten und sich dabei in erheblichem Maße als Absicherung des *nationalen* Reproduktionszusammenhangs gegen das ausländische

Kapital verstanden (entsprechend des ökonomischen und technischen Entwicklungsstandes Schutzzoll oder Freihandel, Schaffung neuer Rohstoff- und Absatzmärkte durch militärische Eroberungen, Kolonialisierungen etc.) verändert sich dies im Verlauf der zunehmenden Strukturveränderung und Internationalisierung des Kapitals. Wenn sich das Monopol als die geeignete Form des Kapitals (Zentralisationsform) herausgestellt hat, die den kapitalistischen Reproduktionsprozeß auf einer bestimmten Entwicklungsstufe des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen aufrechterhalten kann, dann ist es eine logische Konsequenz des Staates, die Verwertungsbedingungen gerade dieser Kapitale zu stützen. Dies erfährt seine evidente sozialpolitische Legitimation dadurch, daß gerade diese Kapitale ungleich mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, die es zu schützen gilt, als kleinere Kapitale. Das bedeutet: Wenn die konkreten Verwertungsbedingungen den Monopolpreis und damit den Monopolprofit es „erfordern", hat der Staat diesen dann sogenannten „Sachzwängen" auf der Ebene der Logik des Kapitals nichts entgegenzusetzen, sondern trägt im Gegenteil zu deren Realisierung bei.

Durch die konzertierte Aktion von Staat und Monopolen wird es möglich, die Determinanten des Marktpreisbildungsprozesses zu beeinflussen. Die absolute Grenze hinsichtlich des Steigens der Marktpreise kann an der Größe der Revenuen der unterschiedlichen sozialen Klassen und Schichten festgemacht werden (Hier ist bereits die erfolgreiche Ersetzung der Preiskonkurrenz durch andere Strategien des monopolistischen Konkurrenzkampfes vorausgesetzt). Durch das Sammeln von Wertquanta, die den Einkommen der einzelnen Klassen in Form von Steuern oder anderer Abgaben entzogen werden, ist es dem Staat möglich, in die Nachfragestruktur einzugreifen, wobei zunächst noch keine zusätzliche Nachfrage erzeugt wird, sondern lediglich eine konzentrierte und gezielte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Schon hier können inflatorische Prozesse begünstigt werden, wenn der Staat bereit ist, die von den Monopolen gesetzten Preise zu zahlen. Dieser Prozeß wird verschärft, wenn der Staat auf freie Liquiditätsreserven zurückgreifen kann und erst recht, wenn darüberhinaus zusätzliche Staatsverschuldung die Marktnachfrage erweitert. Selbst wenn wir die gesetzlichen Bestimmungen, denen die Staatsverschuldung durch das Grundgesetz (Art. 111 (2)) und das Bundesbankgesetz unterliegt, in Betracht ziehen, ist der Staat in der Lage, sich jederzeit das für seine marktintervenierende Nachfrage oder auch direkten Subventionen erforderliche Quantum an Zahlungsmitteln zu beschaffen, sei es durch Kredite der Bundesbank, die reine Geldschöpfung bedeuten, oder durch Kredite auf dem Geld- und Kapitalmarkt, die ebenfalls wegen ihrer absoluten Sicherheit dem Staatsgeld gleichkommen. Nun braucht W. Ehrlicher sich auch nicht mehr zu wundern, „daß die Preise der Staatsleistungen schneller steigen als die Preise der privaten Gützer" (EHRLICHER, S. 450). Preissteigerungen in diesem, für die Aufrechterhaltung der monopolistischen Verwertungsbedingungen so wichtigen strukturellen Bereich, müssen sich auf die anderen Bereiche, die nicht unmittelbar Gegenstand der Staatstätigkeit sind, auswirken. Außerdem setzt hier der Überwälzmechanismus ein. Der Monopolpreis stellt sich für alle übrigen Warenverkäufer — einschließlich der Verkäufer der Ware Arbeitskraft — als Kosten dar, welche über Preis- und Lohnforderungen weitergegeben werden

müssen, soll ein gegebenes Profit- bzw. Lohnniveau aufrechterhalten bleiben. Da die Überwälzung jedoch eine Einschränkung des Monopolprofits bedeutet, werden die Monopole mit weiteren Preiserhöhungen reagieren. E. Rau spricht hier m.E. zu Recht von einer „staatlichen inflationären Geldeinkommmensgewährung für die zahlungskräftige Nachfrage gegenüber dem monopolistischen Preisangebot" (RAU, S. 832). Der Monopolpreis wird somit zum wichtigsten Bestimmungsfaktor für das Geld- und Kreditvolumen und zum *entscheidenden Verursachungsfaktor der Inflation.* Inflation bedeutet somit ein über defizitäre Finanzpolitik des Staates vermittelter Umverteilungsmechanismus, der den Monopolen Wertquanta zuführt, die den nichtmonopolistischen Bereichen entzogen werden.

Literaturverzeichnis

Ehrlicher, W.: Das strukturelle Defizit. In: Wirtschaftsdienst 9/75, S. 449 — 453

Fritsch, B.: Die Geld- und Kredittheorie von Karl Marx. Frankfurt/M., EVA, 1968

Hilferding, R.: Das Finanzkapital. Frankfurt/M., EVA, 1968

Jacobs, A./Richter H.: Die Großhandelpreise in Deutschland von 1792—1934, Berlin 1935

Marx, K.: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: MEW 13, Berlin (DDR), Dietz-Verlag, 1971

Marx, K.: Das Kapital. Erster Band In: MEW 23, Berlin (DDR), Dietz-Verlag, 1970

Marx, K.: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW 25, Berlin (DDR), Dietz-Verlag, 1970

Rau, E.: Die Ursachen der säkulären Inflation, I und II. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/73, S. 818 — 840 und 10/73, S. 1094 — 1106.

Rödel, U./Brandes, V.: Inflation — Die historische Perspektive. In: Altvater/Brandes/Reiche (Hrsg.): Inflation — Akkumulation — Krise, Bd. 1, Ffm-Köln, EVA, 1976, S.25 — 63

Sanio, E.: Währungskrise und Währungsintegration — Zu einigen Aspekten der politischen Ökonomie der Zahlungsbeziehungen auf der Grundlage der Geld- und Außenhandelstheorie von Karl Marx (Dissertation), Marburg, 1975

Schmalenbach, E.: Der freien Wirtschaft zum Gedächtnis. Köln-Opladen 1949

Michael Ellwardt

Zum Problem von Monopolpreis und permanenter Inflation

I. Monopol und Preisbewegung

Die Erscheinung von ständig steigenden Preisen trotz erhöhter Arbeitsproduktivität muß wegen der Verletzung der klassischen Preisbewegung in ihrer Notwendigkeit erklärt werden. Ein Zusammenhang könnte hergestellt werden, wenn man in Rechnung stellt, daß die Differenz zwischen Produktionspreis und Wert, die sich im vormonopolistischen Kapitalismus ergibt, sich durch den Monopolpreis noch erweitert. Daraus ergibt sich die Frage der Auswirkungen dieser sich erweiternden Differenz auf das Verhältnis von Papier- und Metallgeldzirkulation. Zum Begreifen dieses Zusammenhangs ist zunächst die Analyse der Monopolpreisbildung notwendig. Das Monopol, das sich in der Bewegung der Überakkumulation/Entwertung durch seine Stellung im Produktions- und Reproduktionsprozeß des Kapitals als erweiterte Aneignungsform des Kapitals konstituiert (siehe HUFFSCHMID, BREUER, ELLWARDT/PAETAU), wirkt modifizierend durch die Herausbildung des Monopolpreises auf die Bewegung des Produktionspreises.

Die Verfügung über maßgebliche Produktionsbedingungen (siehe BAYREUTHER), die den Monopolen den ausschließlichen Zugriff auf einzelne notwendige Bestimmungsfaktoren und Phasen der stofflichen und wertmäßigen Reproduktion des Kapitals sichert, während andere Kapitalien durch den gleichen Tatbestand unter Monopolbeherrschung geraten, ist die Grundlage der ökonomischen Macht des Monopols. Sie bedeutet die Beherrschung ganzer Reproduktionszusammenhänge, d.h. z.B. die Beherrschung vor- und nachgeordneter Produktionsbereiche (von der Sicherung der Rohstoffmärkte bis zur Absatzorganisation). Auf Grundlage des monopolistischen Eigentums wird durch die ökonomische Macht der Zugriff des Monopols auf die Aneignung des Mehrwerts verstärkt. Kraft seiner ökonomischen Machtstellung, des Zugriffs auf entscheidende Zusammenhänge des Reproduktionsprozesses des Industriezweiges, in dem sich das Monopol etabliert hat, und darüberhinaus durch die Kontrolle weiterer notwendiger Bereiche (wie z.B. Einfluß auf das Kreditwesen) seiner Reproduktion kann sich das Monopol einen Zusatzprofit aneignen. Bei beständiger Durchsetzung des Monopolprofits gegenüber anderen Kapitalien bedeutet dies eine Durchbrechung der bisherigen Ausgleichsbewegung der Profitrate. (siehe dazu: KATZENSTEIN SOPO, HUFFSCHMID)

Obgleich das Monopol die Konkurrenzbewegung modifiziert, unterliegt der Monopolpreis dergestalt der Ausgleichsbewegung der Kapitale, daß die Summe der Monopolpreise und der übrigen Marktpreise des gesellschaftlichen Gesamtprodukts der Summe der Werte entsprechen muß. In diesem Rahmen unterliegt die Monopolpreisbildung dem Wertgesetz, denn dies entspricht der Bestimmung, daß „die Summe der Profite aller verschiedenen Produktionssphären gleich sein muß

der Summe der Werte."(MEW 25, S. 183) Die Höhe des Monopolpreises bestimmt sich nach dem Umfang der ökonomischen Macht des Monopols im Reproduktionsprozeß des Kapitals. (siehe HUFFSCHMID, S. 46)

Die Bedeutung des Monopols bzw. monopolistischer Macht zeigt sich in der Veränderung der Preisbewegung. Die Preisbewegung war im vormonopolistischen Zyklus des Kapitals noch weitgehend dadurch gekennzeichnet, daß in der Aufschwungsphase der Konjunktur ein allgemeiner Anstieg der Preise zu verzeichnen war, während in der Krise und der Depression allgemeiner Preisverfall vorherrschten. Im monopolistischen Kapitalismus ändert sich die Bewegung der Preise; der Preisverfall insbesondere für die monopolistischen Sphären der Produktion ist innerhalb der Krisen des Kapitals nicht mehr so stark. Es ist nur ein kurzfristiger Abwärtstrend der Preise festzustellen. Diese monopolistischen Erscheinungsformen widersprechen der funktionellen Beziehung von Wert und Preis im Zyklus: Die Oszillation der Preise um den Wert in der zyklischen Bewegung führt zur Entsprechung von Wert- und Preissumme. Sie kann nur durch eine entsprechende Entwertung in der Krise erreicht werden, die die Entfaltung der Produktivkraft der Arbeit nachvollzieht und sich monetär im Sinken der Preise ausdrückt. Da für das Monopolkapital die Umverteilung von Entwertungsprozessen sich über die Aufrechterhaltung des Monopolpreises vollzieht, muß eine nicht durchsetzbare einseitige Erhöhung der Preise für Monopolprodukte zu einer Hebung des gesamten Preisniveaus führen, was sich monetär in einer erhöhten Geldmenge widerspiegelt; dann bedarf es weiterer monopolistischer Preissteigerungen, um die Umverteilung der Entwertungsprozesse zu sichern. Unter solchen Voraussetzungen „werden hier die Wertpreise durch höhere Geldausdrücke repräsentiert." (ALTVATER, S. 272).

Wie weit es den Monopolen gelingt, ihre Profite über den Preismechanismus in der Krise zu sichern, zeigen für die Weltwirtschaftskrise 1929/32 folgende Angaben:

Produktion, Preise und Preis der Gesamtproduktion in der Eisen- und in der Textilindustrie im Jahre 1932
(1928 = 100)

	Eisenindustrie	Textilindustrie
Produktion	39	80
Preise	81	39
Preis der Gesamtproduktion	32	31

(siehe BURG, s. 21)

Danach konnte sich die stark monopolisierte Eisenindustrie gegenüber der Textilindustrie über den Preismechanismus entscheidene Vorteile sichern.

Die Ausnutzung ihrer ökonomischen Macht zum Zwecke der Profitoptimierung gelingt den Monopolen über verschiedene Strategien, die die Umverteilung der Profite über die Monopolpreissetzung zur Folge haben sollen. Einige dieser Mechanismen, die als Mittel und Methoden der Höchstprofiterzielung dienen, sollen hier benannt werden:

1. Angebotsverringerung: Der Einfluß der Monopole auf ihre Absatzbedingungen muß derart beschaffen sein, daß sie die Angebotsstruktur reglementieren können. Die Mengenbewegungen von Angebot und Nachfrage müssen kontrolliert werden: „Strategisch erfordert die Schaffung der Bedingungen der Monopolprofite daher die Produktion und das Angebot solcher Mengen einer Ware auf dem Markt, deren erzielbare Preise die normalen Produktionspreise überschreiten und einen zum Durchschnittsprofit hinzu kommenden Profit erbringen" (HUFFSCHMID S. 48), und darüberhinaus den Schutz der Produkte durch Patente und Kontrolle bevorzugter Absatzmärkte. Preisabsprachen und Aufteilung der Märkte runden diese Maßnahmen ab. Daher bleibt bei sinkender Nachfrage in der Krise die Möglichkeit der Angebotsverknappung, was sich in der ungeheuren Zunahme unausgelasteter Kapazitäten ausdrückt.

2. Ein weiteres Mittel zur Sicherung des Monopolpreises ist *die Verhinderung der Kapitalzuwanderung,* denn die Angebotsverknappung funktioniert nur dann, wenn es anderen Kapitalen nicht möglich ist, sich die Bedingungen des relativ geringen Angebots zunutze zu machen und in den Markt einzudringen. Auf Grundlage der Entwicklung der Produktivkräfte ergeben sich bestimmte Vergesellschaftungserfordernisse, die den Produktionsumfang des Einzelkapitals ständig erweitern. Daraus ergibt sich für etablierte, zum Monopol zusammengefaßte Kapitale ein Produktionsumfangsvorteil. Dadurch nehmen rentable Betriebsgrößen einen solchen Umfang an, daß die Neuanlage von Kapital eine sehr hohe Kapitalsumme erfordert, die nur unter günstigsten Bedingungen aufgebracht werden kann. Auf jede Neuanlage werden die etablierten Monopole der Sphäre wegen zu erwartender Profiteinbußen mit Gegenstrategien antworten. Kollektive Maßnahmen werden gegen das neuangelegte Kapital initiiert wie z.B. drastische Preissenkungsmaßnahmen vorübergehender Art, die die alten Kapitale aufgrund ihrer etablierten Stellung verkraften können, denen aber das neuangelegte Kapital in den meisten Fällen nicht gewachsen ist. Durch die Verflechtung zwischen Bank- und Industriekapital gibt es Schwierigkeiten in der Kreditbeschaffung, so daß das neuangelegte Kapital durch eine höheren Zinssatz einen erheblichen Kostennachteil gegenüber etablierten Kapitalen hätte. Ein weiterer Vorteil der Monopole ist die direkte Verbindung zur Rohstoffbasis (zum Teil eigne Rohstoffquellen).

3. *Wirkungsweise der Monopolexpansion:* Aber auch das Monopolkapital unterliegt hinsichtlich seines akkumulierten Zusatzkapitals dem Zwang zur Neuanlage. Da der Neuanlage von Kapital im monopolistischen Bereich wegen der Beschränkung des Angebots Grenzen gesetzt sind, beinhaltet das die Notwendigkeit der Kapitalwanderung, damit das akkumulierte Zusatzkapital nicht der Entwertung unterliegt. Eine Möglichkeit ergibt sich im Kapitalexport und durch das Eindringen in nichtmonopolistische Bereiche. Außerdem ergibt sich noch die Möglichkeit, durch stofflich neue Verfahren neue Industriebranchen zu gründen und in andere einzudringen. Das Eindringen in nichtmonopolisierte Bereiche und das Gründen neuer Branchen dient sowohl der Verwertung des zusätzlichen Kapitals als auch der Ausweitung des Einflußbereichs und der Abrundung der Produktionszusammenhänge des einzelnen Monopols, was wiederum Voraussetzungen dafür schafft, sowohl in den

neuen Bereichen als auch über die Absicherung der ökonomischen Macht durch Ausweitung den Monopolpreis auf dem Markt zu setzen.

Diese Methoden werden auch angewandt, um die Zwänge zu bewältigen, die durch den steigenden Fixkostenanteil im Zuge des technischen Fortschritts hervorgerufen werden. Versucht das Monopol einerseits wegen der Erhöhung des Fixkostenanteils den technischen Fortschritts zu behindern, so dient er andererseits als Mittel des monopolistischen Konkurrenzkampfes. So kann über technische Entwicklungen das Produkt eines Konkurrenten durch ein neuartiges Produkt ersetzt werden (z.B. teilweise Verdrängung von Eisen/Stahl durch Kunststoffe). Unter diesen Bedingungen zwingt die Konkurrenz das Monopol zur Einführung technischer Innovationen. Das gilt um so mehr, wie der technische Fortschritt zum Mittel der ökonomischen Macht des Monopols wird, um seine Vorrangstellung zu stärken und abzusichern. Die Grenze der Profitabilität wird dann zunehmend durch das Gelingen der Umverteilungsprozesse bestimmt, die die weitere Loslösung der Innovationen vom physischen Verschleiß der Produktionsmittel ermöglichen. Die Kostenüberwälzung der Innovation wird durch die Fähigkeiten, hohe Preise aufrechtzuerhalten, bestimmt, was wiederum Auswirkungen auf den Umschlag des Gesamtkapitals zeitigt: Durch das Hochhalten der Preise „wird einerseits der Abfluß der relativ überschüssigen Warenmassen gehemmt und die zeitweilige Lösung der Widersprüche verzögert. Andererseits hält das gleiche Bestreben die Produktion nach der Krise künstlich niedrig und verhindert, daß der Ersatzprozeß von fixem Kapital schnell weite Teile der stillgelegten Anlagen ergreift. Es ergibt sich aus dem hohen Grad der Konzentration der Produktion, daß die Inbetriebnahme dieser Anlagen die Warenzufuhr im großem Maß steigert. Sie würde daher zu einem Druck auf die Preise führen und erfolgt erst dann, wenn der Markt entsprechend aufnahmefähig geworden ist. Solange der Markt im Verhältnis zu eng bleibt, um einen profitablen Einsatz dieser Anlagen zu gestatten, nutzen die Monopole sein geringes Wachstum eher zu Preissteigerungen aus. Dadurch wird der Umfang des Reproduktionsprozesses des fixen Kapitals nach der Krise lange Zeit auf relativ niedrigem Niveau gehalten." (KATZENSTEIN, S. 54/55) Nicht in der Preisunterbietung, sondern in der Erzielung des höchstmöglichen Preises auf Grundlage ihrer ökonomischen Macht sehen die Monopole die Möglichkeiten zur Erzielung des Monopolprofits. Nur dies sichert ihre Stellung gegenüber anderen Monopolen, denn nur so erhalten sie die Mittel, die zur Weiterführung der Produktion auf erweiterter Stufenleiter erforderlich sind.

Wie weitreichend die Strategien der Profitoptimierung zugunsten der Monopole über den Preismechanismus wirken, obwohl hier nicht zwischen monopolisierten und nichtmonopolisierten Bereichen unterschieden wird, geht aus folgender Übersicht über die Preisgewinne der Unternehmen hervor:

Profite der BRD-Unternehmen allein aufgrund der differenzierten inflationären Preissteigerungen:

1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
Preisgewinne der Unternehmen, Mrd. DM									
7,13	14,35	25,05	35,58	40,03	46,06	60,75	91,29	128,49	161,62
Jährliche Steigerung der Preisgewinne der Unternehmen, in v.H.									
-	103,3	67,6	47,9	12,5	15	31,9	50,3	40,7	25,8
Verluste der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter, Mrd. DM									
5,75	11,62	19,78	28,88	31,69	36,67	48,93	75,12	106,89	135,57

(SCHIRMEISTER, S. 21)

Ob die Strategie der Profitoptimierung über die Monopolpreissetzung Erfolg hat, stellt sich erst auf dem Markt heraus. Daher können gestiegene Kosten des fixen konstanten Kapitals wiederum in die Kostenstruktur des Monopols im Bereich der verarbeitenden Industrie eingehen. Ergibt sich daraus ein Steigen der Monopolpreise, um den Monopolprofit zu sichern, so führt das zum auslösenden Moment weiterer Preissteigerungen. Die Bewegung des Preisgefüges läßt sich kurz skizzieren: Wenn das Monopol auch in der Krise seinen monopolistischen Zusatzprofit aufrechterhalten will, muß es in bestimmtem Umfang den Entwertungsprozessen entgehen. Entwertet es sein Kapital durch Stillegung eines Teils der Kapazitäten, kann diese Entwertung nur ausgeglichen werden durch die Aufrechterhaltung hoher Preise während der Krise. Diese wirken über den monetären Sektor als Umverteilung gegenüber den Preisen nichtmonopolistischer Kapitale und den Preis für die Ware Arbeitskraft. „Der Erfolg in diesem Ringen um höchste Preise ist entscheidend von der Marktposition des jeweiligen kapitalistischen Unternehmens abhängig." (KALWEIT, S. 79) Da sich das Ausmaß der ökonomischen Macht des einzelnen Monopols erst in der Konkurrenz mit anderen Kapitalen ergibt und somit die Tragweite der Überwälzung von Entwertungsprozessen vom Konkurrenzkampf und von der Stärke der Arbeiterklasse abhängt, kann sich ergeben, daß Preissetzungen der Monopole zunächst von anderen Kapitalen nachvollzogen werden können, soweit diese bestimmte Produktionseinschränkungen verkraften können. Ein Mitziehen kleiner Kapitale oder schwächerer Monopole in der Preisbewegung bedeutet aber, daß die Monopole zur Erzielung des monopolistischen Zusatzprofits weiterer Preissteigerungen bedürfen. „Auf diese Weise entsteht im modernen Kapitalismus eine Art Preiskette oder bzw. eine Kettenreaktion der Preissteigerungen, deren Ziel es ist, größtmöglichen Profit zu erzielen. Dieser Preiswettlauf ruft den Druck zur Aufwärtsbewegung des allgemeinen Preisniveaus hervor." (KALWEIT, S. 79)

II. Monetäre Realisierung des Monopolpreises

Wenn der Monopolpreis nicht nur eine Erscheinung der Hochkonjunktur ist, sondern seine Realisierung durch die oben aufgeführten Bedingungen sich auch in der Krise des Kapitals ergibt, stellt sich die Frage, wie die monetären Voraussetzungen seiner Realisierung geschaffen werden. Dazu sind einige knappe Überlegungen über das Verhältnis von Monopolpreisrealisierung, Kredit und Geldmenge nötig. (ausführlich PAETAU) Dazu müßten die Zahlungsmittel erweitert werden, ohne daß das Verhältnis zwischen ausgegebenem Papiergeld und Metallgeldgarantie sich veränderte. Der Kredit als Vermittler der Tauschakte ohne das Inerscheinungtreten von realem Geld böte die Vermittlungsbasis für die Erzielung des Monopolpreises — zumal der Kredit durch die Verflechtung von Industrie- und Bankkapital den Monopolen vorrangig zugänglich ist. Dem steht aber entgegen, daß der Kreditüberbau in der Krise auf das Monetarsystem zurückfällt. (siehe PAETAU, S. 7, 9—12) Solange das Zeichengeld an das Gold gebunden war, unterlag der Kredit den engen Schranken der Metallgeldzirkulation. Durch die Loslösung des Zeichengeldes vom Gold werden diese Schranken überwunden. Die Masse der Zirkulationsmittel ist auch beim Ersatz des Metallgeldes durch Papiergeld fixiert, weil der Staat, wenn er den Wert erhalten will,"die Gesetze der Metallgeldzirkulation nachahmen und die Papierzettelmasse entsprechend den Bedürfnissen der Zirkulation steuern" muß. (SANIO, S. 91) In dieser Hinsicht ist die Geldmasse nach wie vor durch das Geldmengengesetz von Marx bestimmt, eine Übermission über das erforderliche Maß der Zirkulationsmittel, das bestimmt wird durch die Anforderungen der kapitalistischen Warenproduktion, führt zu einer Entwertung der Geldzeichen, die ihren Ausdruck im inflationären Prozeß findet. Es gilt festzuhalten, daß der Staat sich bei der Geldzeichenemission entsprechend den Gesetzen der Metallgeldzirkulation verhalten muß.

Dem Kreditgeld kommen dagegen andere Funktionen zu. Soweit es die Geschwindigkeit der Metamorphosen fördert und damit die Umlaufgeschwindigkeit erhöht, tritt es zum Geld als Zirkulationsmittel auf die Weise in Beziehung, daß durch den Kredit über die erhöhte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes die erforderliche Geldmenge verringert wird. Die Geldmenge ist bei gleichbleibender Umlaufgeschwindigkeit begrenzt durch den Umfang der staatlichen Geldemission, während die Menge des Kreditgeldes von der Entwicklung der Warenproduktion abhängt. Das Auf und Ab der Warenproduktion im Zyklus spiegelt sich wider in der Bewegung des kommerziellen Kredits. Bei Enge der Warenproduktion in der kapitalistischen Krise fällt daher der Kredit aufs Momentarsystem zurück.

Unter monopolistischen Bedingungen verstärkt sich die Wirkung des Kreditgeldes auf die Geldmenge. Mittel dazu ist die Erhöhung der Ökonomie der Zahlungsweise. Es werden Techniken entwickelt, die die Schnelligkeit der Verrechnungen besonders beim Giralgeld erhöhen. Über zunehmende Ausgleichung der Zahlungen über Depositen oder Giralkonten ist für diese Bereiche das Geld als Zirkulationsmittel gar nicht erforderlich. Dasselbe gilt, wenn die Monopole zu Kompensationsmöglichkeiten greifen, die zum Verrechnungsverkehr ihrer gegenseitigen Forderungen führen. „Das Verrechnungsgeschäft bringt noch einen Bodensatz von Zahlungsmitteln hervor

und ist damit eine Grundlage für die Ausweitung des Kreditgeschäftes." (KOLLOCH, S. 74) Bei Fixiertheit der ausgegebenen Geldzeichen bedeutet das über die Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit eine entsprechende Erhöhung der Geldmenge.

Solche Voraussetzungen bilden die technische Grundlage der Inflation. Das Monopolpreisniveau bedarf also nicht unbedingt der Erweiterung der im Umlauf befindlichen Geldmasse. Eine zunehmende Umlaufgeschwindigkeit durch den Kredit gleicht die Notwendigkeit der Papiergeldmission zur Zirkulation der Waren, deren Preisniveau unter monopolistischem Einfluß allgemein gestiegen ist, ohne daß ihr Wert größer geworden ist, in gewissem Umfang aus: „Der Monopolpreis, der nach jeder Überwälzungsperiode, in der die erhöhten Preise, die sich für die übrigen Warenverkäufer — einschließlich der Verkäufer der Ware Arbeitskraft — als Kosten darstellen, weitergegeben worden sind, erhöht werden muß, um den Monopolprofit zu sichern, wird somit zum wichtigsten Bestimmungsfaktor der Umlaufmenge inkonvertiblen Papiergeldes. Dabei bleibt das Geldvolumen sehr häufig hinter der Preisentwicklung zurück. Dem Kredit kommt unter diesen Bedingungen die äußerst wichtige — aber doch subsidiäre — Funktion zu, die Anpassung der Geldmenge an die Preissumme und Umlaufgeschwindigkeit zu bewerkstelligen." (SANIO, S. 119) Der Monopolpreis könnte damit über die durch den Kreditanstoß veranlaßte Erhöhung der Geldmenge realisierbar werden. Aber auch unter den Voraussetzungen der Ökonomie der Zahlungsweise und der Beschleunigung der Geschäfte durch Kreditierungsmaßnahmen, ist die Bewegung des Kredits von der Entwicklung der Warenproduktion abhängig. Das bedeutet, daß in der Krise bei Stockung der Warenproduktion auch der Kredit durch Konkurse und schleppendes Geschäfte in eine Vertrauenskrise gerät. Die Kreditierungsmaßnahmen geraten ins Stocken, der Kreditüberbau bricht zusammen. Da die Basis des Kreditsystems, der Kapitalverwertungsprozeß, gestört ist, fehlt die Grundlage, die den Kredit zum Vermittler der Zirkulationsakte machte. Da die über den Kredit vermittelte Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit in der Krise kontrahiert wird, führt die Stockung des Warenverkehrs zu einer Verminderung der Zahlungsmittel, die notwendig sind, Fälligkeiten und Wechsel einzulösen.

Unter den Bedingungen des Rückfalls auf das Monetarsystem wirkt die Begrenzung des Kredits auf die Geldmenge zurück, da die über den Kredit bewirkte Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes aufgehoben wird. Unter diesen Voraussetzungen wird also die Geldmenge verringert, was auch den Erfordernissen der kontrahierten Menge zu zirkulierender Waren entspricht. Dagegen stehen aber die Erfordernisse der Monopolpreiserzielung, die auch in der Krise bei Aufrechterhaltung hoher Preise eine entsprechende Menge Zahlungsmittel erforderlich macht. Durch die Loslösung des Zeichengeldes vom Gold sind zwar die währungstechnischen Voraussetzungen für die Ausweitung des Geldvolumens gegeben. Wenn aber der Staat die Gesetze der Metallgeldzirkulation nachahmt, kann die Enge des Zahlungsverkehrs nicht überwunden werden. Eine solche Prämisse würde aber bedeuten, daß die Einwirkungen des Monopols auf den Staat außer acht gelassen würden, denn durch die weitere Steigerung der Produktivkräfte nimmt der Vergesellschaftungsgrad kapitalistischer Produktion solche Formen an, die der Eingriffe

des Staates in den Reproduktionsprozeß des Kapitals zunehmend bedürfen (siehe PAETAU, S.15/16). Wenn der Staat unter solchen Bedingungen die Metallgeldzirkulation nachahmt, kann er dies aber nur in dem Rahmen, wie er den monopolistischen Erfordernissen des kapitalistischen Verwertungsprozesses nachkommen kann. Um den monetären Voraussetzungen des monopolistischen Preisniveaus zu entsprechen, muß der Staat in bestimmtem Ausmaß die Gesetze der Metallgeldzirkulation durchbrechen.

III. Staat und Inflation

Die Durchbrechung der Gesetze der Metallgeldzirkulation besteht in der Bereitstellung zusätzlicher monetärer Mittel, die das monetäre Potential zur Bewältigung des monopolistisch erhöhten Preisniveaus darstellen. Eine Möglichkeit zur Erweiterung des monetären Spielraums bietet die öffentliche Verschuldung. Zunächst ist der Inhalt monetärer staatlicher Eingriffe zu skizzieren, bevor wiederum auf die monetären Auswirkungen eingegangen wird. Auf Grundlage der zunehmenden Staatseingriffe in den Reproduktionsprozeß des Kapitals nimmt auch der monetäre Eingriff des Staates über den Staatshaushalt zu. Bei der nichtreproduktiven Verwendung der vom Staat in Form von Steuern akkumulierten Mittel werden diese der Vernichtung ihrer Werteigenschaft zugeführt. Mittel entwertender Eingriffe der beim Staat gesammelten Revenuen sind z.B. Subventionen unterschiedlichster Art und Rüstungsproduktion. Bei Subventionen o.ä. könnten die staatlichen Revenuen die für den technischen Fortschritt notwendige Entwertung von fungierendem Kapital ersetzen, so daß an die Stelle der Entwertung von Teilen des Monopolkapitals staatliche Mittel treten. Solange die Entwertungsprozesse über staatlicher Mittel sich im Rahmen einer Umverteilung innerhalb des Staatshaushaltes zugunsten der Monopole halten, muß der Staat sich auf die Mittel beschränken, die er durch Abzug von den Revenuen als Steuern erhält.

Die Steuereinnahmen des Staates werden erstens dadurch begrenzt, daß er bei Steuererhöhungen auf Gegenmaßnahmen der verschiedenen Gruppen stößt und darin eine gewissen Schranke der Umverteilung im Kräftevevhältnis der Klassen gesetzt ist. Außerdem sinken in der Verwertungskrise des Kapitals die Steuereinnahmen. Gerade in der Krise bedarf es im verstärktem Masse der Kapitalvernichtungsfunktion des Staates, denn jetzt sind die Subventionen notwendig, die dem Monopolkapital über staatliche Kapitalvernichtungsprozesse die Voraussetzungen für technologische Erneuerungen und damit die Neuanlage von Kapital schaffen. Da die Kapitalvernichtungsfunktion an die Grenzen des Staatshaushalts führt, können weder die für die Entwertung notwendigen Subventionen noch die Ausdehnung der Marktnachfrage über öffentliche Nachfrage im vollem Umfang vollzogen werden. Da die erforderlichen Mittel begrenzt sind, sieht sich der Staat zu ihrer Erfüllung genötigt, Kredite aufzunehmen. Die staatlichen Investitionsausgaben, die über Bankkredit finanziert werden, führen zwar zu einer Ausdehnung der Realisierungsmöglichkeiten, weiten aber andererseits die staatliche Verschuldung aus, die sich durch die Zinsbelastung weiter erhöht. Die produktions- und investitionsfördernde Kreditfinanzierung führt dazu, daß den Monopolen, die über ausreichende ökonomische Potenzen verfügen, um ihre Machtpositionen in der Krise zu verteidigen, der Umverteilungsprozeß gelingt. Der Staatskredit bietet den Raum dafür, daß das Preisniveau der Monopolprodukte in der Krise nicht sinkt. Da der zunehmende staatliche Eingriff in den Reproduktionsprozeß des Kapitals hauptsächlich über die monetäre Sphäre vermittelt ist, führt das zu einer wachsenden Defizität der Staatsfinanzen.

Dauerhaft greift der Staat über monetäre Stützungen der Nachfrage in den Reproduktionsprozeß des Kapitals ein: Indem der Staat öffentliche Mittel durch öffentliche Nachfrage nach nichtreproduktiven monopolistischen Gütern (Rüstung), Subventionen und ähnlichen Zuwendungen an Stelle überakkumulierten Kapitals entwertet, bietet er die Voraussetzungen dafür, daß Kapital, das nicht mehr den Erfordernissen der Produktivität entspricht, weiterhin fungieren kann (z.B. Anlagen, die nicht mehr den Erfordernissen der technischen Entwicklung entsprechen). Weiterhin können sich Monopole durch staatliche Zuwendungen Monopolprofite sichern, die sie über den Preis ihrer Produkte auf dem Markt nicht erzielen könnten (z.B. die Forschungsaufwendungen der Computerindustrie in der BRD). Durch solche Stützung der Nachfrage wird der monetäre Eingriff des Staates verstetigt. Sie sind besonders dringlich in der Entwertungskrise des Kapitals, aber da in der Krise keine Bereinigung dieser Strukturen erfolgt — sie vielmehr durch Staatseingriff verhindert wird —, bedarf es auch in der Aufschwungsphase in solchen Bereichen weiterer monetärer Stützungsmaßnahmen durch den Staat. Dadurch werden über das Mittel defizitärer Finanzpolitik weitere Preiserhöhungsmechanismen in Gang gesetzt, die als Grundlage die Umverteilung zugunsten des Monopolkapitals beinhalten. Einem solchem Umverteilungsprozeß erwachsen Grenzen, die den Klassenauseinandersetzungen geschuldet sind.

Folgende Daten verdeutlichen die Zunahme der staatlichen Ausgaben zugunsten des Monopolkapitals. Inwieweit das nur zu Lasten der öffentlichen Verschuldung möglich war, geht aus der zweiten Statistik hervor:

Ausgaben der öffentlichen Haushalte (BRD)

	Gesamt-ausgaben	darunter für: „Soziale Sicherung"	Rüstung	Verkehr u. Nachrichtenwesen
1950	28,1	7,6	4,7	1,3
1956	59,9	15,6	7,3	3,7
1961	95,3	22,2	13,2	6,9
1965	140,6	31,3	18,9	11,3
1970	196,3	40,4	19,8	17,6
1973	277,7	52,1	27,3	21,6

	Wohnungswesen Raumordnung	Wirtschaftsförderung	„öffentl. Sicherheit" und Rechtsschutz	Zinsen für Staatsverschuldung
1950	3,4	1,9	1,1	0,7
1956	5,8	4,3	2,5	2,3
1961	7,6	6,3	3,7	3,3
1965	10,1	10,6	5,3	7,0
1970	10,7	14,4	7,9	7,4
1973	15,7	14,0	11,8	11,3

Verschuldung der öffentlichen Haushalte der BRD
Stand am Ende des Jahes (Mrd. DM)

	Öffentliche Haushalte ingesamt	zentraler Haushalt	Länder	Städte und Gemeinden
1960	52,2	22,2	14,7	11,2
1965	83,0	33,0	17,4	25,8
1970	125,9	47,3	27,8	40,3
1973	163,3	61,4	39,5	55,5
1975	250,8	108,5	67,0	68,8

(siehe AUTORENKOLLEKTIV S. 51 und 53)

Nun zum Verhältnis von Staatsschulden und Geldvolumen: Bei der Finanzierung von Staatsschulden muß man davon ausgehen, daß der Staat „an seiner inneren Verschuldung nie bankrott gehen (wird). Er verschafft sich letztlich immer das notwendige Geld, und wenn dies noch so sehr zu Lasten der Währungsstabilität geht. Die Zentralbank muß schließlich immer die Finanzbedürfnisse des Staates erfüllen, wenn dieser seine Ausgaben oder Konjunkturprogramme nicht mehr anders als mit Hilfe inflationistischer Geldemission decken kann." (KOLLOCH, S. 75) Aber eine direkte Geldemission wird heute vom Staat nicht mehr betrieben. Es erfolgt vielmehr die Schuldenexpansion des Staates über staatliche Kreditaufnahme am Kreditmarkt. Der Staat tritt auf dem Wertpapiermarkt über das Bankensystem mit dem Angebot langfristiger Staatswertpapiere (z.B. Staatsanleihen) oder (und) kurz- und mittelfristiger Staatsschuldpapiere (z.B. Schatzwechsel und Schatzanweisungen) auf. Werden diese Schuldtitel durch die Zentralbank am Kreditmarkt angeboten, können sie Grundlage dazu sein, daß das Geldvolumen erhöht wird. Wenn der Staat in der Krise durch öffentliche Nachfrage und Subventionen die Konjunktur zu stützen versucht, bildet die Ausgabe von staatlich fiktivem Kapital die Grundlage der Geldmengenerhöhung. Über die Maßnahmen der Schuldverschreibungen nimmt der Staat auch die Privatbanken in Anspruch, die die Schuldverschreibungen wie z.B. Bundesschatzbriefe emittieren. Es kommt hinzu, daß alle diese staatlich ausgegebenen Schuldtitel staatliche Garantie besitzen, ebenso das Papiergeld. Sie können daher an dessen Stelle fungieren.

Wie wir gesehen haben, bläht nicht jeder Staatskredit das Geldvolumen auf, soweit er auf zu erwartende Einnahmen genommen und durch diese später getilgt wird. Etwas anderes bedeutet aber eine ständig steigende Staatsverschuldung, wo die staatlichen Ausgaben die Einnahmen übertreffen. Dann haben wir es mit einer steigenden Masse des umlaufenden Staatspapiergeldes zu tun. Diese Tendenz ergibt sich unabhängig davon, ob die Zinsen der Verschuldung direkt durch die Notenpresse finanziert werden, denn als Kreditnehmer trägt der Staat zur Geldemission bei. „Indem nämlich die Notenbank aus dem Kreditsystem herausfällt und anstelle von staatlicher Münze etc. die Funktion der Emission des Zirkulationsmittels übernimmt, fällt auch der Notenbankkredit allgemein aus dem Kreditsystem heraus." (SANIO, S. 98) Für den Charakter des Staatspapiergeldes mit Zwangskurs ist die Form (Metall, Papier oder Kunststoff usw.) beliebig, „die gesellschaftliche Zahlkraft des Zirkulationsmittels bleibt dieselbe. Wir können somit endgültig — und im klaren Gegensatz zur bürgerlichen Theorie des Geldvolumens — abgrenzen, was Geldmenge ist und was Kreditmenge: Papiergeld ist jede auf staatlicher Garantie beruhende Form von Zirkulations- und Zahlungsmittel. (SANIO, S. 98/99) Wenn der Staat die Gesetze der Metallgeldzirkulation nachahmt, so muß er sie andererseits wiederum in bestimmten Ausmaßen durchbrechen, die durch die Staatsverschuldung über den Staatskredit verursacht werden. Durch die Verletzung der Garantie der Maßfunktion des Geldes durch den Staat wirkt der Staatskredit unmittelbar erhöhend auf die Geldmenge; vorausgesetzt der Staatskredit beruht auf einer langfristigen Verschuldung des Staates.

Im Gegensatz zum Privatkredit, der lediglich die Bedürfnise der Kapitalakkumulation und des Geldumlaufs vermittelt, fungiert die Staatsschuld im inflationären Prozeß der Geldmengenerhöhung als aktive Potenz. Die Staatsverschuldung sorgt dafür, daß Kapital, das der Entwertung zu unterliegen droht, weiterhin fungieren kann (z.B. durch Subventionen, öffentliche Nachfrage); damit kann aber nicht die Profitmasse des Gesamtkapitals erhöht werden. „Im Verhältnis zum Gesamtkapital, in dem das Geld eingeschlossen ist, steht den vermehrten Umlaufsmitteln eine diesen nicht entsprechende Profitmasse gegenüber, da ein Teil des realisierten Profits nicht aus der Produktion, sondern aus dem Transfer schon vorhandenden Kapitals in die gegebene Profitmasse stammt." (MATTICK, S. 153) Da die Staatsverschuldung zu den vermehrten Umlaufmitteln wesentlich beiträgt, sind die monetären staatlichen Transaktionen Grundlage der Umverteilung zugunsten des Monopolkapitals. Die Defizitfinanzierung als Voraussetzung der Monopolpreisrealisierung schafft über die Ausdehnung des Geldvolumens die monetären Bedingungen, die die Preissetzungen auf dem Markt erlauben, was sich in allgemeiner Preissteigerungstendenz ausdrückt. Die Wirkung des Staatskredits auf die Geldmengenerhöhung verstärkt sich dadurch, daß durch das fiktive Kapital des Staates das Kreditvolumen der Banken erweitert wird. Die Nachfrage nach billigem Kredit, die nur die andere Seite der Überakkumulation von Kapital widerspiegelt, kann durch eine solche Emission von Staatskapital befriedigt werden.

Die Staatsverschuldung erhöht die Geldmenge unter Vermittlung des Staatskredits über die vom Staat garantierte Maßfunktion des Goldes. Somit kann der Staat die Funktion des Goldes als Maß des Papiergeldes nur der Tendenz nach erfüllen; jeder Versuch der Stabilisierung des Geldes, wie sie sich in der Politik der Geldstabilität ausdrückt, unterliegt durch das Drängen der Monopole nach höchstmöglichem Preis der ständigen Modifizierung.

Literaturverzeichnis

Altvater, Elmar/Hoffmann, Jürgen/Künzel,Rainer/Semmler, Willi: „Inflation und Krise der Kapitalverwertung", in: Prokla Nr. 17/18, Erlangen 1975.

Autorenkollektiv: „Die Wirtschaft kapitalistischer Länder in Zahlen", in: IPW-Forschungshefte Nr. 4, 1977, Berlin (DDR).

Bayreuther, Reinhardt: „Thesen zur Erklärung der Inflation (Stagflation)", SOPO Heft 44, Berlin(West) 1978.

Breuer, Wilhelm: „Zur Politischen Ökonomie des Monopols", Köln 1975.

Ellwardt, Michael/Paetau, Michael: „Zum Verhältnis der 'inneren Gesetzmäßigkeiten des Kapitals' und den 'äußeren Durchsetzungsgesetzen' bei der Bestimmung des Monopols", in: „Das Monopol — ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus", Referate und Diskussionsbeiträge des IMSF, Frankfurt 1976.

Huffschmid, Jörg: „Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen Ökonomie", in: „Theorie des Monopols" in: „Das Argument" AS 6, Berlin (West) 1975.

Kalweit, Werner: „Über die Ursachen der Preissteigerungen im modernen Kapitalismus", Berlin (DDR) 1958.

Katzenstein, Robert: „Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus", Berlin (West) 1974.

Katzenstein, Robert: „Zur Monopolproblematik", SOPO Heft 28, Berlin (West) 1974.

Kolloch, Klaus: „Inflationäre Geld- und Währungspolitik im Dienste der Monopole" in: „Inflation — Ursachen und Folgen im gegenwärtigen Kapitalismus", IPW-Forschungsheft 3/1976, Berlin (DDR) 1976.

Marx, Karl: „Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie", Berlin (DDR) 1953.

Marx, Karl: „Das Kapital" 3 Bde., in: Marx-Engels-Werke (MEW) Bd. 23 – 25, Berlin (DDR) 1969.

Mattick, Paul: „Die deflationäre Inflation", in: Handbuch 3, Teil I: „Inflation — Akkumulation — Krise", Köln 1976.

Paetau, Michael: „Das Marxsche Quantitätsgesetz und die neuere Inflationsdikussion. Zu einigen geldtheoretischen Problemen einer marxistischen Inflationserklärung", SOPO Heft 45, Berlin (West) 1978.

Sanio, Erhard: „Währungskrise und Währungsintegration — Zu einigen Problemen der politischen Ökonomie der internationalen Zahlungsbeziehungen auf der Grundlage der Geld- und Außenhandelstheorie von Marx", Dissertation, Marburg 1975.

Schirmeister, Caspar: „Inflation und allgemeine Krise des Kapitalismus", in: IPW-Forschungsheft 3/1976, Berlin (DDR).

Winfried Roth

Monopolisierung, Stagnation und Preistreiberei:

Die Stahlkonzerne der USA als Motoren der Inflation*

Zur Struktur der amerikanischen Stahlindustrie

Schon seit Anfang dieses Jahrhunderts ist die Stahlindustrie einer der hochkonzentriertesten Industriezweige der USA. Um die Jahrhundertwende (Entstehung der Konzerne United States Steel, Bethlehem, Armco und Republic) und in den zwanziger Jahren (Bildung von National, Youngstown und Wheeling) vollzogen sich in dieser Branche gewaltige Prozesse der Konzentration und Zentralisation des Kapitals[1].

Die Konzerne entwickelten sich dabei höchst ungleichmäßig. 1902, ein Jahr nach der Gründung, entfielen auf US Steel 73% der Rohstahlkapazität des Landes, 1960 nur nochüber 28%. Die andern Konzerne haben also aufgeholt. Von 1904 bis 1950 wuchs US Steel (die Rohstahlkapazität) um 142%, Bethlehem dagegen um 6942%. Auch das Wachstum dieser Konzerne war zum größten Teil das Ergebnis von Zentralisationsprozessen: das Zurückbleiben von US Steel erklärt sich aus der Strategie des Unternehmens, auf „externes Wachstum" zu verzichten, um nicht allzu offen mit den Antitrustgesetzen in Konflikt zu kommen. Mitte der dreißiger Jahre waren die meisten Zentralisationsprozesse abgeschlossen. Nimmt man 1938 als Basisjahr, zeigt sich eine gleichmäßigere Entwicklung der Konzerne: die Wachstumsraten bis 1950 sind für US Steel 17%, für Bethlehem 33% und für Armco 48% [2]. Scheinbar geht also der Konzentrationsgrad zurück — der Eindruck täuscht jedoch: erstens ist der Grad der Konzentration der Stahlproduktion nach wie vor äußerst hoch, zweitens sind die meisten Mittel- und Kleinbetriebe eng spezialisiert.

Im Folgenden eine Übersicht[3] über die größten Stahlunternehmen der USA 1950, 1968 und 1972 (zur Herstellung aller gängigen Produkte sind lediglich US Steel und Bethlehem in der Lage; die meisten der als „Restliche" aufgeführten Kleinunternehmen — alle mit einem Marktanteil von weniger als 1% — sind spezialisiert):

(*) Eine ausführlichere Arbeit des Verfassers zur Entwicklung der Stahlindustrie der USA erscheint voraussichtlich 1979 im „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte", (Akademie-Verlag Berlin/DDR).

Unternehmen	Anteil an der Rohstahlproduktion der USA (in %)			Rohstahlproduktion (in Mio. Tonnen)	
	1950	1968	1972	1968	1972
United States Steel	32,5	24,7	23,1	32,4	27,9
Bethlehem Steel	15,6	15,5	13,7	20,4	16,6
Republic Steel	8,9	7,4	7,8	9,7	9,4
National Steel	4,4	6,5	7,4	8,5	8,9
Armco Steel	4,1	5,9	6,3	7,7	7,6
Inland Steel	3,8	5,4	5,8	7,0	7,0
Jones & Laughlin Steel	5,1	5,9	5,5	7,7	6,7
Youngstown Sheet & Tube	4,2	4,3	·	5,6	·
Wheeling-Pittsburgh Steel	·	2,8	·	3,6	·
Kaiser Steel	·	2,2	·	2,9	·
Colorado Fuel & Iron	·	1,3	·	1,6	·
Sharon Steel	·	1,1	·	1,5	·
McLouth Steel	·	1,1	·	1,5	·
Restliche	·	15,9	·	20,8	·

In dem bei weitem wichtigsten Bereich der Eisen- und Stahlindustrie, der Roh- und Walzstahlproduktion, entfielen auf die vier größten Unternehmen 1947 52,6% des Umsatzes, auf die zwanzig größten 78,5%. 1956 waren es 52,9% bzw. 84,3%: die mittleren Unternehmen gewannen auf Kosten der kleinen, während der Anteil der vier Großen konstant blieb. Der Marktanteil der zwanzig größten Unternehmen lag 1972 unverändert bei 84%, der Anteil der vier Branchenführer war dagegen auf 45% gefallen[4].

An der Dominanz weniger Großunternehmen in der amerikanischen Stahlindustrie hat sich seit Kriegsende nichts geändert. Von allen Unternehmen, die 1950 einen Marktanteil von weniger als 3% hatten, schaffte keines den Sprung über diese Marke: während 1959 auf Unternehmen mit einer Rohstahlkapazität von weniger als einer halben Million Tonnen jährlich noch 6,4% der Produktion entfielen, waren es 1969 nur noch 3,4%[5]. Es kann lediglich zu Verschiebungen innerhalb der Gruppe der beherrschenden Unternehmen, wobei US Steel insgesamt über ein Viertel seines Marktanteils verlor, während mittlere Konzerne wie National, Armco und Inland z.T. beträchtlich an Terrain gewannen. Das „Gruppenmonopol" in der Stahlindustrie besteht nach wie vor.

Übrigens kam es in den sechziger Jahren erneut zu einer Zentralisatonswelle. Von den dreißig größten Stahlfirmen des Jahres 1960, auf die fast 95% der Rohstahlkapazität entfielen, verloren bis 1972 immerhin zwölf ihre Selbständigkeit, darunter drei der zehn größten Unternehmen. Diese und fünf weitere wurden von „Mischkonzernen" (Konglomeraten) übernommen; an innerzweiglichen Zentralisationsprozessen war von größerer Bedeutung nur die Verschmelzung von Pittsburgh

und Wheeling Steel 1968; der neue Konzern rückte unter die ersten Zehn vor. 1971 verdrängte National nach dem Erwerb von Granite City Steel Republic von Platz drei[6].

Es wird später die Preispolitik der Stahlkonzerne untersucht. Hier sei zunächst festgehalten, daß — während in den Jahren 1941—45 die Stahlindustrie als Hauptlieferant der Rüstungsindustrie stärker expandierte als die US-Industrie insgesamt — ihre Wachstumsraten nach dem Kriege unter dem Durchschnitt lagen (wobei freilich auch diese Kapazitäten kaum je voll ausgelastet waren). Der Produktionszuwachs in der gesamten verarbeitenden Industrie betrug z.B. zwischen 1963 und 1971 38%, in der Stahlindustrie jedoch nur 13%. Entfielen 1947 auf die Stahlindustrie noch 8,0% des Anlagevermögens der verarbeitenden Industrie, so waren es 1968 nur noch 5,5%.

Auch in der Produktivitätsentwicklung lag die Stahlindustrie unter dem Durchschnitt. So wuchs der output je Arbeiterstunde zwischen 1947 und 1970 in der ganzen verarbeitenden Industrie pro Jahr durchschnittlich um 2,9%, in der Stahlindustrie dagegen um nur 1,7%. Damit lag die Stahlindustrie unter den 27 größten Branchen an drittletzter Stelle[7].

Monopolmacht und technischer Fortschritt

In der US-Stahlindustrie läßt sich kein direkter Zusammenhang zwischen Produktivkraftentwicklung und Preisgestaltung mehr feststellen; hier zeigt sich besonders deutlich der Einfluß des hohen Monopolisierungsgrades.

Im Vergleich zu den andern kapitalistischen Industrieländern setzte sich in der amerikanischen Stahlindustrie der technische Fortschritt mit beträchtlichen Verzögerungen durch. Die wichtigsten Neuerungen in der Stahltechnologie nach 1945 wurden alle außerhalb der USA entwickelt, so das Oxygen- und das Stranggußverfahren. Das zum ersten Mal 1952 in Österreich angewandte Oxygenverfahren wurde von den drei großen US-Stahlkonzernen erst ab 1964 eingeführt. 1964 entfielen in Japan auf Oxygenstahl 44,2% der Produktion, in den USA 12,2%; 1971 waren es 80,0% bzw. 53,1%. Auf die technisch obsolete Siemens-Martin-Methode entfielen in Japan 1971 nur noch 2,4%, in den USA dagegen 29,5% der Produktion [8].

Die oben erwähnte Verschiebung in der Rangfolge der Stahlkonzerne zugunsten mittelgroßer Unternehmen und auch das Überleben kleinerer Firmen (über hundert sog. mini-mills) hängen vor allem mit deren Vorsprung bei der Einführung technischer Neuerungen (etwa Oxygenstahlverfahren, Strangguß, automatische Walzstraßen) zusammen. Dieser Vorsprung in der Produktivkraftentwicklung sicherte ihnen angesichts der monopolistischen Preissetzungspraktiken in der Branche (Ausschluß von Preiskonkurrenz) einen ausreichenden Profitspielraum.

Schon seit den dreißiger Jahren geben die großen Firmen relativ weniger für Forschung und Entwicklung aus als die mittleren und kleinen. 1968 entfielen 90% der Stranggußanlagen auf Unternehmen mit insgesamt 3% der Rohstahlkapazität [9]. Branchenmäßig gesehen also ein sehr langsamer technischer Fortschritt.

Auch bei der Produktion von Oxygen- und Elektrostahl sind die kleineren Unternehmen relativ stärker vertreten als die großen; so führte McLouth schon 1954, zwei Jahre nach der ersten industriellen Anwendung in Europa, die Oxygentechnik ein, US Steel, Bethlehem und Republic dagegen erst ab 1963. Die Anwendung der Elektrostahltechnologie, die für die Branche das Kapitalminimum beträchtlich senkte (und die auch bei reiner Schrottbeschickung möglich war), sicherte die Existenz vieler kleiner Stahlwerke. Diese mini-mills, deren Jahreskapazität oft unter 100 000 Tonnen liegt, waren meist auf die Produktion von Edelstahl (Legierungen) spezialisiert oder verfügten in peripheren Regionen über eine relativ sicheren Absatzmarkt. Nach einer Erhöhung der Schrottpreise um fast 100% zwischen 1968 und 1970 machten freilich viele dieser Unternehmen Bankrott.

Eine nicht unbeträchtliche Rolle spielte für die US-Stahlindustrie auch die Einengung ihres Absatzmarktes durch neue Produkte wie Aluminium (dessen Expansion fast vollständig zu Lasten von Stahlprodukten ging) und Kunststoffe und durch neue Anwendungsmöglichkeiten für traditionelle Materialien wie Zement und Glas. Viele dieser Produkte waren von Anfang an billiger und bei allen waren die langfristigen Preissteigerungen wesentlich geringer als bei Stahl. So wuchs mengenmäßig die Produktion in der Aluminiumindustrie zwischen 1947 und 1967 um das sechsfache, in der Kunststoffindustrie um das zwanzigfache, in der Stahlindustrie dagegen nur um ein Drittel [10].

Ein anderer Prozeß, der auch die Preispolitik der Stahlkonzerne hätte beeinflussen müssen, war die Errichtung von (nur für den Eigenbedarf produzierenden) Stahlwerken durch Großunternehmen der stahlverabeitenden Industrie, etwa Ford, Timkens, Babcock & Wilcox, General Tire & Rubber und International Harvester. Insgesamt entfallen etwa 4% der Rohstahlkapazität auf diese Werke (allein das Stahlwerk von Ford produzierte 1969 2,5 Millionen Tonnen Rohstahl) [11].

All diese Faktoren — zurückgehender Konzentrationsgrad, Entwicklung der Produktivkräfte durch kleinere Unternehmen, Produktenkonkurrenz [11a] — hätten im vormonopolistischen Kapitalismus unweigerlich zu verschärfter Preiskonkurrenz geführt. Unter monopolistischen Bedingungen dagegen werden sie inbezug auf die Preiskonkurrenz fast völlig neutralisiert.

Der Preissetzungsprozeß in der Stahlindustrie und seine inflatorischen Auswirkungen

In einer Stellungnahme der Antitrust-Abteilung des Justizministeriums 1966 hieß es, die Preisbildung in der amerikanischen Stahlindustrie habe „im wsentlichen keinen Wettbewerbscharakter“[12]. Schon seit Anfang des Jahrhunderts findet faktisch kein Preiswettbewerb mehr statt (in der amerikanischen Literatur wird häufig von „administered prices“ gesprochen). Grundlegende Voraussetzung war und ist der hohe Konzentrationsgrad in der Stahlindustrie. Ferner spielen eine Rolle die geringen Möglichkeiten der Unternehmen zur qualitativen Differenzierung des

einzelnen Produktes und das weitgehende Fehlen eines selbständigen Zwischenhandels (etwa 80% der Produktion werden von den Stahlfirmen direkt abgesetzt).

Fast alle nicht- und halbintegrierten Unternehmen sind in der einen oder anderen Form von Vorprodukten der integrierten großen Konzerne abhängig, was von diesen nicht selten als Druckmittel genutzt wurde.

In der Preispolitik der amerikanische Stahlindustrie zeigt sich kaum noch ein Reagieren auf Schwankungen der Nachfrage. Bei sinkender Nachfrage erhöhte man eher die Preise und drosselte Produktion und Beschäftigung als etwa diese stabil zu halten und die Preise zu senken. „Ganz gleich, welche Veränderungen bei den Kosten oder der Nachfrage es gab, die Stahlpreise haben sich seit 1947 immer in nur eine Richtung bewegt — nach oben“[13].

Die Staatseingriffe in die Preispolitik der Stahlkonzerne blieben marginal[14]. Am wichtigsten war die Aufhebung des „Basing Point System“ durch den Obersten Gerichtshof 1948. Dieses System, das seit etwa 1904 bestand, legte fest, daß unabhängig vom tatsächlichen Standort des Lieferanten zu einem Preis geliefert wurde, der die (u.U. fiktiven) Frachtkosten von dem dem Abnehmer jeweils nächstgelegenen Basing Point einschloß, wodurch Transportkostenvorteile für kleinere lokale Stahlproduzenten weitgehend ausgeschaltet wurden. Bis 1924 galt nur Pittsburgh, der Sitz von US Steel, als Basing Point; zuletzt gab es 24 solcher Punkte in den USA, die aber weitgehend mit den Standorten der Werke von US Steel identisch waren.

Das Basing Point System wurde durch das flexiblere System der „Preisführerschaft“ abgelöst. Die Preise werden zunächst von einem Konzern erhöht, dem dann in kurzem Abstand alle übrigen folgen; „(...) keinesfalls betrachtet man mögliche Absprachen mit Rivalen als mögliche Preispolitik. So sind die Mechanismen zur Vermeidung direkter Preiskonkurrenz zu einem Rollenverhalten geworden, an das sich alle unabhängig voneinander halten, aber als Teil eines Verhaltensmusters der ganzen Branche (...)“[15]. Ursprünglich spielte US Steel dank seiner dominierenden Position die Rolle des „price leader“, die aber inzwischen nach dem relativen Bedeutungsverlust dieses Konzerns zu einer Formalität geworden ist, in der sich die Unternehmen abwechseln. Über die Gründe der fehlenden Preiskonkurrenz heißt es in einer Untersuchung der UN-Wirtschaftskomission für Europa: „(...) Preisnachlässe von individuellen Firmen mit der Absicht, ihren Marktanteil zu vergrößern, würden ihnen wohl kaum Vorteile bringen, da die großen Produzenten — über lange Zeiträume und für große Erzeugnismengen — bei jedem Preis gleichziehen könnten“[16].

Allerding wurde das Vordringen der westeuropäischen und japanischen Stahlkonzerne auf dem US-Markt in den 60er Jahren allmählich zu einem zentralen Problem für die amerikanische Stahlindustrie. Statt jedoch Preissenkungen in Betracht zu ziehen, rief man nach der Staatsintervention.

Die von den Stahlkonzernen vorgeschlagenen protektionistischen Maßnahmen fanden im Parlament sofort zahlreiche Fürsprecher. Daraufhin erklärten sich 1968 Japan und die BRD zu einer Einschränkung ihrer Exporte bereit. Es kam zu einer Vereinbarung zwischen den Organisationen der westeuropäischen und japanischen

Stahlindustrie und dem US-Außenministerium, wonach für 1969 als Maximum ein Importvolumen von 14,0 Millionen Tonnen Stahl festgelegt wurde (d.h. ca. 25% weniger als 1968); für 1970 und 1971 waren es 14,7 bzw. 15,4 Millionen Tonnen. Die amerikanischen Stahlkonzerne nutzten die Importbeschränkungen erwartungsgemäß zu massiven Preiserhöhungen[17].

Insgesamt stiegen die Stahlpreise stets erheblich rascher als der Preisindex für alle Waren; so stiegen die Stahlpreise (nach der massiven Preiserhöhung anläßlich der Aufhebung der staatlichen Preiskontrollen nach Kriegsende) zwischen 1947 und 1958 auf etwa das Doppelte, die Preise aller Waren dagegen „nur“ um etwa ein Drittel. Unter dem Einfluß der Rezession von 1958 und der zunehmenden Konkurrenz durch Importstahl blieben die Stahlpreise in der ersten Hälfte der sechziger Jahre sogar annähernd stabil, stiegen dann aber nach den protektionistischen Maßnahmen gegen die Importkonkurrenz und im Konjunkturaufschwung Anfang der siebziger Jahre wieder stark an. Setzt man 1967 = 100, so stiegen die Großhandelspreise für Eisen und Stahl bis 1970 um 15% und bis 1976 sogar um 116%, während der Index der Großhandelspreise aller Waren um 10% bzw. 83% stieg [18].

Wie inflationsfördernd die Politik der „upward flexibility“ war, zeigte sich besonders in den Rezessionen von 1954 und 1958. Bereinigt man den Großhandelsindex der Jahre 1953—59 um Stahl und vorwiegend aus Stahl hergestellte Produkte, bleibt er nahezu stabil; die Stahlpreise steigen in diesen Zeitraum von 100 auf 135, der Gesamtindex dagegen nur auf 105 [19]. Von der Stahlindustrie wurden die Preise also, trotz einer Kapazitätsauslastung von z.T. weniger als 50% (die durchschnittliche Kapazitätsnichtauslastung in der Stahlindustrie lag zwischen 1955 und 1967 bei 23%) beträchtlich erhöht [20]. Wegen der Bedeutung von Stahl als Vorprodukt für andere Industriezweige lösten diese Preiserhöhungen inflatorische Tendenzen aus.

Am Beispiel der amerikanischen Stahlkonzerne wird der Zusammenhang zwischen Monopol und Inflation empirisch aufzeigbar. In ihrer Preissetzung sind die Stahlkonzerne relativ unabhängig von zyklischen Einflüssen, den durch die Technologieentwicklung gesetzten Bedingungen sowie auch von der Einführung stahlsubstituierender Produkte bzw. billigeren Importen — durch ihre Monopolstellung sind die Stahlkonzerne in der Lage, sich gegen externe Einflüsse (wie Technologieentwicklung, Importe, Kapitalwanderungen) abzuschotten sowie Einbrüche oder Verschiebungen innerhalb der Produktionsstruktur durch Substitutionsprozesse und Machtverschiebungen zu neutralisieren, d.h. eine relative Verschlechterung ihrer Stellung hinzunehmen, ohne dadurch ihre führende Position einzubüßen. Diese Mechanismen finden ihren deutlichsten Ausdruck in der zyklenunabhängigen und mit nahezu linearer Kontinuität nach oben zeigenden Preispolitik und der fehlenden Preiskonkurrenz. In der Krise wird nicht nur die Schere von Mengen- und Preisentwicklung nicht geschlossen, sondern eher noch weiter geöffnet. Der Einfluß der in den Produkten vergegenständlichten Arbeitsmenge auf die Preiskalkulation hat sich relativiert. Die Politik steigender Preise wird garantiert durch Mittel wie Nichtauslastung der Kapazitäten zur Schaffung eines künstlichen Nachfrageüberhangs, und

Instrumentalisierung des Staates im Interesse einer Abriegelung des inneren Marktes gegen ausländische Konkurrenten.

Bestimmende Faktoren der Preissetzung sind das Machtverhältnis innerhalb der Monopolgruppe der Stahlkonzerne, der wachsende Einfluß der Konglomerate in der Branche, der Einfluß der verschiedenen staatlichen Regulierungsmechanismen, die tendenziellell zurückgehende Bedeutung von Stahl als industrieller Grundstoff sowie der Weltmarktpreis.

Im Interesse hoher Monopolprofite nehmen die Stahlkonzerne auch ohne weiteres Stagnation der Produktion, Zurückbleiben in der Technologieentwicklung und die inflationäre Belastung der ganzen Gesellschaft in Kauf.

Angesichts des hohen Monopolisierungsgrades ihrer Branche und der immer noch zentralen Bedeutung von Stahl als Grundstoff sind die Stahlkonzerne also in der Lage, Inflationsschübe beträchtlichen Maßes zu induzieren, indem sie eine Preissetzungspolitik verfolgen, die in relativer Unabhängigkeit von der Produktionspreisbestimmung über die Wert-Preis-Relation sich vollzieht.

Anmerkungen

1 zur Geschichte der US-Stahlindustrie s. Robert Sobel: The Age of Giant Corporations, Westport 1972

2 Herbert Steiner: Größenordnung und horizontale Verflechtung in der Eisen- und Stahlindustrie der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs und Deutschlands, Kiel 1952, S. 25

3 nach Steiner: Größenordnung, a.a.O., S. 21, Walter Adams: The Steel Industry, S. 75 (in: The Structure of American Industry, ed. by Walter Adams, New York/London 1971) und Hermann Bömer: Internationale Kapitalkonzentration und regionale Krisenentwicklung am Beispiel der Montanindustrie und der Montanregionen der Europäischen Gemeinschaft, Dortmund 1977, S. 93; das Fehlen statistischer Daten — wie auch an andern Stellen dieser Arbeit — erklärt sich sowohl aus dem Fehlen entsprechender Erhebungen als auch aus (die Vergleichbarkeit der Daten beeinträchtigenden) geänderten Klassifizierungen und aus der schwierigen Zugänglichkeit mancher Quellen.

4 Ralph L. Nelson: Concentration in the Manufacturing Industries of the United States, New Haven/London 1963, S. 119ff., U.S. Bureau of the Census: Statistical Abstract of the United States 1975, Washington D.C. 1975, S. 73ff.; Concentration Ratios in Manufacturing Industry 1958: Report prepared by the Bureau of the Census for the Subcommittee on Antitrust and Monopoly of the Committee on the Judiciary, U.S. Senate (87th Congress, 2nd Session), Part I, Washington D.C. 1962, S. 30

5 Anthony Cockerill/Aubrey Silberston: The Steel Industry, Cambridge 1974, S. 58

6 Vor allem in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre verzeichneten in den USA die Konglomerate, die Betriebe aus den verschiedensten Branchen vereinigten, ein starkes Wachstum. Diese Konzerne hatten u.a. den Vorteil, daß sie nicht unter die Antitrustbestimmungen fielen. Zwischen 1965 und 1972 wurden von ihnen acht der dreißig größten Stahlunternehmen aufgekauft. So kam Jones & Laughlin (damals Nr. 4 unter den Stahlkonzernen) zu Ling-Temco-Vought, Youngstown (Nr. 8) zu Lykes und Colorado Fuel & Iron (Nr. 11) zu Crane.

7 U.N.: The Growth of World Industry (1972 Edition), Vol. I, New York 1974, S. 553; J.F. Weston/S.I. Ornstein (Ed.): The Impact of Large Firms on the U.S. Economy, Lexington/Toronto/London 1973, S. 7; William T. Hogan: The 1970s: Critical Years for Steel, Lexington/Toronto/London 1972, S. 79f.

8 Cockerill/Silberston: Steel Industry, a.a.O., S. 16; Kenneth Warren: World Steel: an economic Geography, Newton Abbot/New York 1975, S. 60; von der US-Stahlindustrie wurden 1967 0,7% vom Umsatz für Forschung und Entwicklung ausgegeben, ein wesentlich niedrigerer Satz als im Ausland.

9 Adams: Steel Industry, a.a.O., S. 106; John M. Blair: Economic Concentration, New York etc. 1972, S. 232ff.

10 Adams: Steel Industry, a.a.O., S. 98f.; Blair: Concentration, a.a.O., S. 519

11 Adams: Steel Industry, a.a.O., S. 85; Cockerill/ Silberston: Steel Industry, a.a.O., S. 57; Olin T. Mouzon: Resources and Industries of the United States, New York 1966, S. 358ff.

11 Die Möglichkeit der Produktenkonkurrenz wird auch eingeschränkt durch die Zugehörigkeit von Stahlunternehmen zu Konglomeraten (oder, wie im Fall von Kaiser Steel, zu einem Großkonzern der Aluminiumbranche).

12 zitiert nach Geoffrey Owen: Industry in the U.S.A., Harmondsworth 1966, S. 40

13 Administered Prices: Hearings before the Subcommittee on Antitrust and Monopoly of the Committee on the Judiciary U.S. Senate, 85th Congress, Part 1, Washington D.C. 9957, S. 129; diese Aussage gilt auch für die späteren Jahre.

14 In einem Bericht der Federal Trade Commission hieß es 1948: „industriezweig nach Industriezweig sind Preise, Produktion, Beschäftigung, faktisch alle Formen wirtschaftlicher Aktivität unter die Herrschaft der Großen Vier, der Großen Drei oder — in einigen Fällen —, des Führers' gekommen" (zitiert nach Sobel: Giant Corporations, a.a.O., S. 192f.); diese Feststellung gilt auch für die ganze Nachkriegsentwicklung der amerikanischen Stahlindustrie. Der Staat — der durchaus über ein gesetzliches Instrumentarium zur Einschränkung monopolistischer Macht besitzt — hat in ihre Strukturen allerdings nie wesentlich eingegriffen.

15 A.D.H. Kaplan/Joel b. Dirlam/Robert F. Lanzillotti: Pricing in Big Business, Washington D.C. 1958, S. 268

16 U.N., Economic Commission for Europe: World Trade in Stee and Steel Demand in Developing Countries, New York 1968, S. 30

17 Hogan: The 1970s, a.a.O., S. 52ff. (hier auch die Texte der Abmachungen); Morton Mintz/Jerry S. Cohen: Amerika GmbH, München 1972, S. 90, 147

18 U.S. Bureau of the Census: Statistical Abstract of the United States 1968, Washington D.C. 1968, S. 749 und ebenda, Ed. 1977, S. 474

19 Gardiner C. Means: The Corporate Revolution in America, o.O. 1962, S. 114ff., 122ff.; Mouzon: Resources, a.a.O., S. 364; Bernd-Peter Lange/Jürgen-Hinrich Mendner/Heinz Berzau: Konzentrationspolitik in den USA, Tübingen 1972, S. 605f.; Gardiner C. Means: Pricing Power and the Public Interest, New York 1962, S. 3ff., 61ff., 112ff.; M.A. Adelman: Administered Prices and Inflation, S. 20ff. (in: The Quarterly Journal of Economics, Vol. LXXV, 1961)

20 Adams; Steel Industry, a.a.O., S. 95ff., 103; Mintz/Cohen: Amerika, a.a.O., S. 26; Kaplan/Dirlam/Lanzillotti: Pricing, a.a.O., S. 20; Blair: Concentration, a.a.O., S. 588. Diese Taktik hatten die Stahlkonzerne zum ersten Mal in der Weltwirtschaftskrise von 1930 verfolgt; die Stahlproduktion fiel zwischen 1929 und 1933 um 83%, die Preise um 20% (Means: Revolution, a.a.O., S. 88).

Arnhelm Neusüss

Die Bürger und der Staat

In einer Diskussionsveranstaltung an dieser Hochschule[1] wurde eine These vorgestellt, die Studenten begeisterte, Dozenten verwirrte, die Öffentlichkeit verschreckte und den zuständigen Senator verärgerte. Sie lautete: „Der Staat schützt nicht uns vor der RAF, sondern sich selbst vor den Bürgern"[2]. Diese These darf als repräsentativer Ausdruck von Bewußtseinshaltungen gelten, die gegenwärtig an Hochschulen verbreitet sind (vgl. WAGNER, Wer verteidigt den Staat?, 1978). Deshalb möchte ich sie zum Anlaß einiger Betrachtungen zum Begriff des Bürgers und dem des Staates nehmen sowie zum Verhältnis beider in repräsentativ-demokratischen Systemen. Gleichzeitig will ich versuchen, den theoretischen und damit auch den politischen Sinn der fraglichen These zu ermitteln, der sich nämlich nicht von selbst versteht. Und so muß schließlich auch zum Problem werden, wie sowohl die studentische Zustimmung als auch die ansonsten allgemeine Ablehnung die Verständlichkeit des Diktums als gegeben unterstellen konnten.

1

„Der Staat schützt nicht uns vor der RAF, sondern sich selbst vor den Bürgern". Demnach wäre der Staat etwas, das dem Bürger jedenfalls feindlich gegenüber steht und das sich daher seinerseits vom Bürger bedroht sieht. Da diese strikte Entgegensetzung von Bürger und Staat die einzige eindeutige Aussage der These ist, darf man vermuten, daß sie sowohl die Zustimmung als auch die Ablehnung provoziert hat. Aber welcher Begriff vom Bürger liegt ihr zugrunde und welche Vorstellung vom Staat?

Ein Rückblick auf die Anfänge gesellschaftstheoretischen Denkens in der Neuzeit könnte für die Beantwortung dieser Frage hilfreich sein. Erkundigt man sich bei dem ersten bedeutenden Staats- und Gesellschaftstheoretiker der bürgerlichen Moderne, bei Thomas Hobbes, so verhält es sich dahin, daß die Bürger sich *mittels* des Staates vor sich selber, das heißt: vor einander schützen. Außerhalb des staatlichen bzw. — das ist bei Hobbes noch nicht unterschieden — des gesellschaftlichen Zusammenschlusses hat jeder Mensch das Recht auf alles, was er für geeignet hält, seine Bedürfnisse zu befriedigen. Dies ist sein selbstverständliches *Naturrecht*. Es kommt ihm zu im *Naturzustand,* wie Hobbes — darin ganz in der Konvention des frühbürgerlichen Denkansatzes — die *Konstruktion* eines außerstaatlichen bzw. außergesellschaftlichen Lebens bezeichnet. Die Ausübung dieses Naturrechts zwingt den Menschen aber, wie Hobbes' berühmte Formulierung lautet, zum Wolf des Menschen zu werden, und das bedeutet notwendig den Krieg „eines jeden gegen einen jeden" (HOBBES, S. 96). Am englischen „Bürger"-Krieg, an der Großen englischen Revolution, die in Cromwells Protektorat mündete, glaubte Hobbes allerdings auch die *Empirie* des Naturzustandes erfahren zu haben und studieren zu können. „Es herrscht", so sein Befund, „beständige Furcht und Gefahr eines gewaltsamen Todes — das menschliche Leben ist einsam, armselig, ekelhaft, tierisch und kurz" (HOBBES, ebda.).

Im Naturzustand ist der Mensch nicht — oder noch nicht — Bürger. Gottlob besitzt er aber, was ihn vom Tier unterscheidet: Verstandeskräfte, die es ihm, vernünftig angewandt, erlauben, um seines Überlebens und damit auch seines irdischen Glückes willen die ihm naturrechtlich individuell eigene Herrenmacht durch Vertragsschluß mit den anderen einem allen gemeinsamen Souverän zu übertragen: einem „sterblichen Gott", dem Staat, den Hobbes biblisch den „Leviathan" nennt. Er hat den Frieden nach innen zu sichern und das Fortgelten des Naturrechts im naturzuständlichen Verhältnis zu anderen Staaten auszufechten. Als überlebens-, friedens- und glückssichernde Instanz, die der Mensch sich zum eignen Wohle schafft, heißt diese Einrichtung: Gemeinwohl, Commonwealth.

Der Staat ist also das Werk des Bürgers, nicht sein Gegensatz, sein Wille, nicht sein Feind, so bedrohlich er auch wirken mag. Indem sich der Mensch, seiner Natur folgend, also *naturgesetzlich,* dazu entschließt, Bürger zu werden, wird er bei Hobbes freilich zugleich zum *Untertanen,* und das kann er dann nicht mehr widerrufen. Diese Auffassung war dem Frühstadium in der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft angemessen, das im Absolutismus, dessen politischer Philosoph Hobbes war, die entsprechende Staatsform ausbildete. So spiegelt sich in Hobbes' Lehre Frieden, nicht Freiheit, Sicherheit, nicht Individualität als das erste Bedürfnis des neuzeitlichen Bürgers, das im und durch den Staat zu realisieren war.

Obwohl er im gleichen Moment, der ihn zum Bürger macht, Untertan wird, ist dieser Bürger-Untertan des Thomas Hobbes doch in radikal-demokratischem Geiste konzipiert. Denn die politische Gewalt steht ihm nicht mehr als gottgewolltes Schicksal gegenüber, sondern als eigenes Werk, wie auch sein Leben als Untertan eigenem Wunsche entspringt. Es ist dies das revolutionäre Moment im Denken von Hobbes, das es allem monarchistischen Legitimismus verdächtig machte: daß alle politische Macht, alle Staatsgewalt vom Bürger kommen soll, daß also an die Stelle der Fürstensouveränität — die Macchiavelli, so modern seine Lehre von der Staatsräson ist, noch nicht in Frage stellte — herrschaftslegitimierend nunmehr das Prinzip der *Volkssouveränität* zu treten habe. Darin ist unwiderruflich die politische Gleichheit der Bürger festgehalten, mag sie sich auch in der Lehre von Hobbes noch als gleiche, aber eben selbstgewollte Ohnmacht aller zugunsten der Staatsmacht ausdrücken. Daß der Begriff des Bürgers in der weiteren geschichtlichen Entwicklung dann, liberal gewendet, gerade in den entschiedensten Gegensatz zu dem des Untertanen tritt — und damit in Gegensatz zu allen nichtrepublikanischen Staatsformen —, berührt dieses Grundsätzliche nicht.

2

Noch das heute geläufige Verständnis des Bürgers, wie es den Sprachgebrauch bestimmt, lebt von den bahnbrechenden Auffassungen des Thomas Hobbes. Zwar spricht man zusammengesetzt von Wirtschafts- und Besitzbürgern, von Groß- und Kleinbürgern, von Spießbürgern, Aktiv- und Passivbürgern. Vor allem aber spricht man vom Staatsbürger, und wo der Begriff des Bürgers ohne jeden Zusatz gebraucht wird, dort ist zumeist eben dieser gemeint. Das bestimmende Moment des Begriffs des Staatsbürgers ist aber bei Hobbes schon enthalten: das der politischen

Gleichheit vor Staat und Gesetz und das der Interessengleichheit der Bürger an der Existenz von Staat und Gesetz.

Wo nun, wie in der fraglichen These, nach der der Staat sich ja vor den Bürgern schützen soll, dieser Bürger als Widerpart des Staates auftritt, kann der Staatsbürger in der radikal-demokratischen Denktradition des Thomas Hobbes und also auch im heute bestimmenden Verständnis kaum gemeint sein.

In französischer Sprache formuliert, hätte die These größere Klarheit nicht vermeiden können. Die deutsche Sprache kennt ja bekanntlich für die beiden wesentlichen Bedeutungsdimensionen im Begriff Bürger nur dieses eine Wort; soll präzisiert werden, müssen Zusätze helfen. In den romanischen Ländern dagegen und auch in England haben sich unterm Einfluß lateinischer Kultur und Sprache schon im Mittelalter zwei Bezeichnungen für Bürger herausgebildet, die dann der Kennzeichnung der beiden Sachverhalte dienen konnten, die sich in der beginnenden Neuzeit ausformten, nämlich der Anspruch auf einen politische Rechtstitel und die Entstehung einer sozialen Klasse.

Der Rechtstitel ist schon im lateinischen civis ausgesprochen, ist bewahrt im englischen citizen und erhält im französischen citoyen seinen politisch brisantesten Ausdruck. Ihnen ist nicht nur die Etymologie gemeinsam, sondern auch eine Bedeutungssubstanz, die auf die klassische griechische Polis-Philosophie zurückgeht und den politischen Menschen meint, der gleichberechtigt die öffentlichen Angelegenheiten bestimmt. Dagegen ist im englischen burgess, im französischen bourgeois und eben im deutschen Bürger, für den es keine sprachliche Alternative gibt, zunächst nur der Bewohner von Städten benannt, etwa im Gegensatz zu den Bauern des Landes (vgl. GESCHICHTLICHE GRUNDBEGRIFFE, 1972, Art. „Bürger"; auch NOLTE, Was ist bürgerlich?, 1978[3]).

Rousseau, der sich stolz als Bürger von Genf auswies, einer zu seiner Zeit autonomen, republikanisch verfaßten Gemeinde, machte seine französischen Zeitgenossen ironisch darauf aufmerksam, daß ihre Selbstbezeichnung als citoyens nur auf ihrer Unkenntnis der wahren Tragweite dieses Titels beruhen konnte und nur deshalb von der absoluten Monarchie gestattet wurde. Die Franzosen verwechseln, so Rousseau, „Stadt (ville) und Polis (cité), Städter (bourgeois) und Bürger (citoyen). Sie wissen nicht, daß die Häuser die Stadt, die Bürger aber die Polis machen ... Ich habe noch nie gelesen", fährt Rousseau fort, „daß der Titel eines cives jemals dem Untertanen irgendeines Fürsten gegeben worden wäre ... Nur die Franzosen bedienen sich ganz zwanglos des Begriffs citoyen, weil sie davon auch nicht die leiseste wirkliche Vorstellung haben ..., sonst würden sie sich nämlich bei seiner anmaßenden Verwendung der Majestätsbeleidigung schuldig machen: dieses Wort drückt bei ihnen eine Tugend aus und nicht ein Recht" (ROUSSEAU, S. 18 Fußn.).

Darin hat Rousseau die Franzosen wohl unterschätzt. Ganz so untertanentugendhaft dürften sie auch zu seiner Zeit mit ihrem Selbstverständnis als citoyens nicht umgegangen sein. Immerhin war die Verwendung des Begriffs anmaßend genug, um kaum mehr als dreißig Jahre nach dieser Bemerkung aus der Beleidigung der Majestät deren Hinrichtung werden zu lassen. Es war nicht der Untertan, sondern die Herrschaft, die sich hier letztlich täuschte. Zweifellos aber kommt diese revolutionäre Bedeutung des

Begriffs und des Titels des citoyen erst in der Großen französischen Revolution zu sich selbst, die Rousseau ideologisch vorbereiten half[4].

Dieser Sinn des Bürger-Begriffs kann sich nur in der Staats- und Regierungsform der Republik erfüllen, im „Freistaat", wie ihn dann auch der erwachende Bürgerwille in Deutschland forderte. Unterm Einfluß der französischen Revolution wandelt sich in Deutschland der Begriff des Bürgers von der bislang bestimmenden Bedeutung des Untertanen, dem Ruhe die erste Pflicht zu sein hat, zum citoyen. Doch mußte diese neue Bedeutung in die deutsche Sprache mit dem Doppelwort des Staatsbürgers eingebürgert werden, um sie von der herkömmlichen Untertanen-Bedeutung politisch abzulösen: eine historisch notwendige, wenn auch sprachlogisch wenig befriedigende Lösung, die Klopstock mit der Bemerkung ironisierte, man könne, wie vom Staatsbürger, ebensowohl vom „Wasserfisch" sprechen (zit. in: GESCHICHTLICHE GRUNDBEGRIFFE, 1972, S. 692). Zum Staatsbürger verwandelt, wird jedenfalls der Bürgerbegriff zur revolutionären Parole gegen den Fürstenabsolutismus: im Staat, nämlich als Republik, soll der Gegensatz von Herr und Knecht, Herrscher und Untertan endlich überwunden werden. Und was kann dieser Staat anderes sein als die „geschlossene Summe seiner Bürger", wie der deutsche Jakobiner Johann Gottlieb Fichte bemerkte? Worin nämlich „keineswegs die Regierenden der Staat" wären, „sondern sie sind Mitbürger desselben, so wie alle übrigen; es gibt", so Fichte, „im Staate überhaupt keine Individuen außer Bürgern" (FICHTE, S. 145 ff.).

Was freilich bei Fichte noch republikanisch-revolutionäres Postulat war, galt dem deutschen Bürgertum der Restaurationsperiode, nach der gescheiterten Revolution von 1848, als bereits verwirklicht im konstitutionell verbrämten Feudalstaat des Nachmärz. Der aufrührerische Sinn des Staatsbürgerbegriffs war zurückzunehmen, ohne den Anspruch der Bourgeoisie aufzugeben, als soziale Klasse die Gesellschaft insgesamt zu repräsentieren. Ungeachtet ihrer politischen Ohnmacht sprach sie sich daher universellen gesellschaftsbestimmenden Charakter zu. Ein exemplarischer Sprecher dieses Bürgertums, Wilhelm Heinrich Riehl, hat diesen Rückzug bereits in seiner 1851 erschienenen Schrift über „Die bürgerliche Gesellschaft" als Sieg gefeiert.

„Das Bürgertum", so verficht er den Anspruch seiner Klasse, „ist unstreitig im Besitze der überwiegenden materiellen und moralischen Macht. Unsere ganze Zeit trägt einen bürgerlichen Charakter. Die politische Mündigsprechung des Bürgertums durch die erste französische Revolution hat die Pforten der Gegenwart erschlossen. Man nannte darum in jener Krise jedes Glied der Gesellschaft bedeutungsvoll 'Bürger'. Seitdem drückt das Bürgertum den Universalismus des modernen gesellschaftlichen Lebens am entschiedensten aus. Viele nehmen Bürgertum und moderne Gesellschaft für gleichbedeutend. Sie betrachten den Bürgerstand als die Regel, die anderen Stände nur noch als Ausnahmen, als Trümmer der alten Gesellschaft ..." (RIEHL, S. 153).

Der Rechtstitel des citoyen, der allen Individuen im Staat zukommen sollte, wird so in ein gesellschaftliches Privileg des „Bürgerstandes" zurückgebogen, der sich, längst Klasse geworden, die politische Macht zwar versagen muß, mit seiner wachsenden materiellen aber auch moralische Vorherrschaft meint zusprechen zu dürfen. Damit ist der Begriff des citoyen, des Staats-Bürgers, in dem des modernen bourgeois, des Wirtschafts-Bürgers, aufgelöst und sein republikanischer Anspruch gelöscht.

3

Erhalten blieb das Postulat des Staatsbürgers im programmatischen Bestand der deutschen Arbeiterbewegung. Sie wurde nach dem Rückzug der Bürgerklasse auf das Arrangement mit den Feudalen und die Zielsetzung des bloß formalen Rechtsstaates, in dem Riehl den citoyen schon verwirklicht sah, zur einzig relevanten Vertretung radikal-demokratischer Positionen.

„In die deutsche Sprache", so heißt es daher in Lassalles „Arbeiterprogramm" von 1862, „würde das Wort Bourgeoisie mit Bürgertum zu übersetzen sein. Diese Bedeutung hat es bei mir aber nicht; Bürger sind wir alle, der Arbeiter, der Kleinbürger, der Großbürger usw." (LASSALLE, S. 172). In diesem lassalleanischen Sinne kommt die Forderung nach dem Staatsbürger auch im Gothaer Programm der beiden vereinigten deutschen Arbeiterparteien von 1875 zum Ausdruck: nämlich in der Forderung des „freien Staates", die nichts anderes meint als die parlamentarische Republik, was freilich — aus taktischen Gründen — nicht offen ausgesprochen wurde.

Die radikal-demokratische Tradition staatstheoretischen Denkens, die von Hobbes über Rousseau zu den Klassikern des wissenschaftlichen Sozialismus führt, sieht, sobald sie ihre Positionen historisch-analytisch zu wenden vermag, im Staat eine *Etappe* der menschlichen Selbstbefreiung. Hobbes argumentierte noch unhistorisch anthropologisierend, wie es im Entstehungsstadium der bürgerlichen Gesellschaft nicht anders möglich sein konnte: der Staat befreit den Menschen von den selbstzerstörerischen Zwängen seiner eigenen Triebnatur, die Hobbes in den vordergründig religiös motivierten Bürgerkriegswirren seiner Zeit wirksam sah. Am anderen Ende dieser Denktradition, bei Marx, wird nun der Staat, wo er sich der religiösen Fesseln der Feudalität entledigt, sobald er also allererst Staat, „politischer" Staat wird, als ein revolutionärer historischer Sprung der menschlichen Selbstbefreiung von illegitim gewordener Herrschaft erkennbar, der allerdings nicht der letzte sein kann.

„Die politische Emanzipation", so Marx, „ist ... ein großer Fortschritt, sie ist zwar nicht die letzte Form der menschlichen Emanzipation überhaupt, aber sie ist die letzte Form der menschlichen Emanzipation *innerhalb* der bisherigen Weltordnung" (MEW 1, S. 356). An ihrem Ziel angelangt, dem „freien Staat", schafft diese politische Emanzipation ein widersprüchliches Gebilde: die Staatsform der parlamentarischen Republik, des Repräsentativsystems im Zeichen des gleichen Wahlrechts, das den Staatsbürger macht. In ihr ist Gleichheit politisch prinzipiell verwirklicht; gesellschaftlich aber herrscht Ungleichheit fort. Zwar ist der Mensch nun citoyen, Staatsbürger geworden, Glied des politischen Gemeinwesens, aber er ist zugleich mehr denn je gezwungen, sozial konkurrierendes, herrschendes oder abhängiges Individuum im gesellschaftlichen „System der Bedürfnisse" (HEGEL, S. 169 ff.) zu sein. Seine sozialen Interessen müssen sich jenseits des politischen Gemeinwesens gegen die der anderen durchsetzen. Soweit und solange diese politische Republik als die Heimat des citoyen zugleich einem sozial und ökonomisch vorherrschenden Sonderinteresse die Rahmenbedingungen seiner Verwirklichung schafft, nämlich dem der Bürgerklasse, der Bourgeoisie, ist sie bürgerlich in doppeltem Sinne. Sie ist bürgerlich als Staat und Staatsform der citoyens und bürgerlich als Staat und Staatsform der bourgeois.

Die Forderung nach diesem „freien Staat", wie sie im Gothaer Programm erhoben wird, ist eine bürgerlich-oppositionelle, keine proletarisch-revolutionäre Forderung. Wie Lassalles Worte bezeugen, besteht sie auf der Integration der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft, nicht auf deren Überwindung. Sie drängt, mit Marx gesprochen, auf die letzte Form der Emanzipation *innerhalb* der bestehenden Weltordnung, nicht aber über die bestehende Weltordnung hinaus.

Beide Perspektiven der Befreiung, die politische *und* die soziale, der freie Staat *und* die Überwindung der Klassengesellschaft, konnten im Zeichen des noch halbfeudalen wilhelminischen Obrigkeitsstaates als identisch erscheinen. Marx hat freilich in seiner Kritik des Gothaer Programms den bloß bürgerlich-oppositonellen Charakter der Forderung nach dem freien Staat scharf betont. Wie die liberalen Demokraten, so sehe auch die Sozialdemokratie „in der demokratischen Republik das Tausendjährige Reich", also nicht eine Etappe, sondern das Ziel menschlicher Emanzipation, und er merkt ironisch an, daß „diese Sorte 'Zukunftsstaat' ... *heutiger* Staat" sei, „ obgleich außerhalb 'des Rahmens' des Deutschen Reiches existierend", etwa in der Schweiz oder den Vereinigten Staaten, ohne daß bloß deshalb der Sozialismus dort schon näher gerückt wäre (MEW 19, S. 29).

Der liberalen Bourgeoisie steht es freilich zu, die parlamentarische Republik als Geschichtsziel zu postulieren: nämlich als die angemessene politische Vollendung der privaten Erwerbswirtschaft, über die das Bürgertum ohnehin nicht hinausdenken kann, will es sich nicht selbst als Klasse aufgeben. Solange diese Republik nicht die *soziale* Emanzipation betreibt, kann sie der Bourgeoisie eine zweckmäßige politische Veranstaltung bleiben. Dagegen gilt die demokratische Republik dem Sozialisten gerade, mit Marx, als jene „letzte Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft", in der „der Klassenkampf definitiv auszufechten ist" (MEW 19, S. 29). Daher muß der freie Staat, die demokratische Republik stets angestrebt und stets verteidigt werden, nicht zwar als Selbstzweck, aber als die politisch beste Voraussetzung des Kampfes um die soziale Befreiung.

Davon war, wie Marx bitter bemerkt, im Gothaer Programm das Bewußtsein verloren gegangen. Alle Hoffnung schien vielmehr auf den „freien Staat" als solchen gesetzt, der damit nicht mehr, wie für die Liberalen, als praktische Einrichtung zu gelten hatte, sondern eigene, substantielle Qualität annahm. „Statt die bestehende Gesellschaft ... als *Grundlage* des bestehenden *Staates* ... zu behandeln", werde, so vermerkt Marx, der Staat hier „vielmehr als selbständiges Wesen behandelt, das seine eignen '*geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen*' besitzt" (MEW 19, S. 28).

Als selbständiges Wesen, eigene Substanz und besondere Essenz ist der Staat nun aber vor allem aus der idealistisch begründeten, konservativen deutschen Staatslehre des 19. Jahrhundertss bekannt. Sie diente der Apologie des bestehenden Obrigkeitsstaates, als die sich auch Hegels Würdigung des Staates als der „Wirklichkeit der sittlichen Idee" (HEGEL, S. 207) ausnehmen konnte, obwohl Hegel auf die Aufhebung des bourgeois im citoyen abzielte und damit Einsichten von Marx vorbereitete; an Rousseau, auch Fichte kritisierte er vor allem den individualistischen Ansatz (vgl. HEGEL, S. 208 ff.). Eindeutig wird die Apologie aber, wo der Staat, wie etwa bei den romantisch-reaktionären Historiker Heinrich Leo, explizit

„keine Erfindung der Menschen, sondern eine Manifestation Gottes" sein soll (LEO, S. 40 Fußn.).

Mit derlei ist das sozial-demokratische Postulat des „freien Staates" inhaltlich gewiß nicht zu vergleichen, handelt es sich dabei ja gerade um den kritischen Widerspruch zu Ideologie und politischer Zielsetzung dieser konservativen Tradition im Staatsdenken. Dennoch ist bemerkenswert, wie hier das radikaldemokratisch motivierte Postulat des Staatsbürgers einem der Form nach ähnlichen *Essentialismus* in der Staatsauffassung nahe kommt, den es am konservativen Gegner bekämpft.

Denn radikal-demokratischem Denken sind, wie wir schon an Hobbes sehen konnten, essentialistische Momente im Staatsverständnis eigentlich fremd, weil es die Formen politischer Machtausbildung in menschlichen Gesellschaften, also auch die des modernen Staates, aus den Triebkräften der gesellschaftlichen Entwicklung zu begreifen sucht und also materialistisch ist. Deshalb kann ihm auch der politische Staat, die demokratische Republik, weder ein Negativum sein, das als solches zu bekämpfen wäre, noch eine eigene, an sich positive Substanz. Es weiß vielmehr, daß die historische Logik die Lösung zwischen den beiden Aspekten der bürgerlichen Republik, die im Widerspruch zwischen bourgeois und citoyen zusammengefaßt sind, nur in der einen Richtung zuläßt, die die Dynamik der Volkssouveränität weist: erst in der Verwirklichung auch der sozialen Gleichheit realisiert die Republik der citoyens sich ganz.

In ihr wird die vom wirklichen Leben der Menschen abgelöste, also abstrakte politische Gleichheit, die auf der Trennung des Staatsbürgers vom Privatmenschen beruht, zur konkreten gesellschaftlichen Gleichheit, die die Aussonderung des Staates als eigener Sphäre der Gesellschaft zurücknimmt. Die Vollendung der Republik der citoyens ist nur denkbar als die Überwindung der Republik der bourgeois, und darin ist eingeschlossen, daß auch der citoyen dann nicht mehr sein kann, was er in der bürgerlichen Gesellschaft allenfalls sein durfte: nämlich die idealisierte Figur des bürgerlichen Individuums, dessen reale Gestalt eben der bourgeois war.

4

Soweit ist es bekanntlich noch nicht. Doch der Freistaat ist, nach dem gescheiterten Versuch von Weimar, nunmehr in einem der beiden deutschen Staaten auf dem Territorium des ehemaligen Deutschen Reiches ernstlich etabliert, während der andere den Weg der Volksrepublik eingeschlagen hat. Die in der Bundesrepublik Deutschland eingeführte Staatsform der repräsentativ-demokratischen Republik ist aber die Realisierung jenes „freien Staates", den sich das Gothaer Programm einst wünschte, mögen sich seine Autoren auch mehr davon versprochen haben. Sie ist die Verwirklichung dessen, was dem verhinderten citoyen in Deutschland je vorschwebte, und so darf sich doch dessen Stolz darauf zu Recht in dem inzwischen stereotyp gewordenen Hinweis äußern, wir lebten im liberalsten Staate, den es je auf deutschem Boden gab. Wie sollte dieser sich vor den Bürgern schützen müssen, deren politisches Gemeinwesen er ist, da sie sich in ihm erstmals ganz als citoyens bewähren dürfen?

Also wird mit diesem Bürger, den der Staat so fürchten soll, wohl nicht der Staatsbürger, und mit diesem Staat, der sich so soll schützen müssen, wohl nicht

die parlamentarische Republik gemeint sein. Aber auch an die andere Bedeutung des Bürgerbegriffs, die des bourgeois, kann nicht gedacht sein. Sonst müßte die These ja, im Sinne des Marxismus, dahin lauten, daß der Staat die Bourgeoisie vor dem Volke schütze bzw. vor der Arbeiterklasse, statt „uns vor der RAF", und sie müßte dann auch den abwegigen Gedanken ausschließen, daß die RAF etwa das Volk vertrete, und schließlich jeden Anklang der Behauptung vermeiden, seine frei gewählte Regierung unterdrücke das Volk wie eine faschistische Diktatur.

Die fragliche These ist, wie sich zeigt, in keinem der bisher skizzierten gedanklichen Zusammenhänge unterzubringen, weder im radikal-demokratischen noch im sozialdemokratischen noch im konservativen Kontext, und sie hat auch nichts mit marxistischen Positionen der Staatsanalyse zu tun, auch nicht mit ihrer dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium angemessenen Gestalt der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Denn keine dieser Auffassungen kennt einen so radikalen Anti-Etatismus, eine so schroffe Entgegensetzung von Bürger und Staat, daß sich der eine immer nur als Negation des anderen definieren müßte. Fast scheint es, als stamme die These aus einer vergangenen Epoche, aus der obrigkeitsstaatlichen Verhinderung des citoyen, als noch der Bürgerstolz vor Fürstenthronen gefordert war. Sollte sie am Ende als Ausdruck *liberalen* Denkens verstehbar werden?

Den Liberalismus in all seinen Erscheinungsformen prägt ja, wenigstens in seiner europäischen Tradition, von Grund auf ein tiefes Mißtrauen gegen staatliche Macht, eine negative Einstellung zum Staat ganz generell, welche Form er auch annehmen mag. Freilich hegen die liberalen Bürger dieses Mißtrauen weniger in ihrer idealen Eigenschaft als citoyens, als vielmehr in ihrer realen Existenz als bourgeois. Sie fürchten Eingriffe des Staates in Handel und Gewerbe, in die Privatbezirke der Gesellschaft, in denen einzig die Marktgesetze frei sollen walten dürfen. Deshalb war just die liberale Bourgeoisie stets besonders intim interessiert an der Durchsetzung formal-rechtsstaatlicher Garantien ihrer Freiräume, an jenen gewissen unveräußerlichen Rechten, den bürgerlichen Freiheiten, die durch „Ausgrenzungen" staatlicher Eingriffsmöglichkeiten gewährleistet werden sollten und gerade ihnen am meisten zugute kamen.

Denn gewährleistet werden sollte ja nicht nur die Sicherheit vor marktfremden Willküreingriffen der Obrigkeit zugunsten privilegierter Schichten, sondern auch die Sicherheit vor den Ansprüchen der Volkssouveränität, die den ebenfalls marktfremden Drang hat, über die politische auch die soziale Gleichheit zu verwirklichen. *Diesen* Ansprüchen war nun aber gerade *mittels* des Staates wiederum am effektivsten zu begegnen. Und zumal in der zugleich vorteilhaften wie bedrohlichen Staatsform der repräsentativen Republik muß es, bürgerlich-liberal gesehen, besonders darauf ankommen, daß sich diese Ansprüche nicht etwa *über* den Staat durchsetzen.

Aus dieser zweifachen Frontstellung der liberalen Bourgeoisie resultiert von jeher ihre ambivalente Haltung zum Staat. Der Liberalismus hat also den Staat nie *nur* negativ sehen können. Er ist ihm zwar ein Übel, aber ein notwendiges. Das Übel muß auf sein möglichst geringstes Maß reduziert werde. Institutionelle Kontrollen aller Art sind geraten. Aber innerhalb solcher Beschränkungen ist der Staat unverzichtbar. Bei aller Furcht vor jenem „stählernen Gehäuse der Hörigkeit", das

Max Weber bürokratisch heraufkommen sah, werden daher die anti-etatistischen Züge des Liberalismus durch gedämpfte Bejahung des Staatsapparates kompensiert: das gebietet die Einsicht in seine Sicherheit bürgende Notwendigkeit.

Das ökonomische Interesse, das der liberalen Ideologie zugrunde liegt und auch ihr Verhältnis zum Staat bestimmt, wird freilich mit Hilfe anthropologischer Argumente verdeckt. Der Mensch, so will es das liberale „Menschenbild", sei ein viel zu gefährliches Wesen, als daß er nicht bis zu einem gewissen Grade durch eine Zwangsinstanz domestiziert werden müßte. Das war ja schon Hobbes' Meinung, dessen im Ansatz radikal-demokratische Lehre noch anthropologisch gefaßt war, womit sie auch in die Tradition des Liberalismus und auch des Konservatismus eingehen konnte, zu dessen ideologischem Hausschatz diese Argumentation vor allem gehört; bei Arnold Gehlen ist sie exemplarisch zu studieren. „So wie die Menschen sind", dahin hat sich jüngst Ralf Dahrendorf zusammenfassend für den Liberalismus geäußert, „bedarf Gesellschaft jeder Art gewisser Regeln, und diese müssen geschützt, sanktioniert werden; zumindest ein 'minimaler Staat' ist unumgänglich" (DAHRENDORF, S. 47).

So ist aber die liberale Position in ihrem pragmatisch begründeten Vorbehalt gegen den Staat schließlich doch nicht vereinbar mit dem moralisch unbedingten Anti-Etatismus, wie er aus der fraglichen These spricht. Vor allem ist der liberalen Staatsauffassung — darin bringen sich ihre radikal-demokratischen Ursprünge zur Geltung — jeder Essentialismus fremd. Aus der These tritt uns jedoch, als sei sie konservativ instrumentiert, der Staat als eigenes Wesen entgegen, nur daß es sich hier nicht um ein höheres, sondern um ein niederes Wesen, und weniger um eine Manifestation Gottes als um eine des Teufels handeln dürfte.

Vom Liberalismus trennt die These aber nicht nur ihr essentialistisches Staatsverständnis, sondern auch eine Auffassung vom Menschen — hier Bürger genannt —, wonach der Mensch des Staates ersichtlich *nicht* bedarf, vielmehr von ihm an seiner Selbstverwirklichung grundsätzlich nur gehindert werden kann. Wohl entspricht dies auch der liberalen Idee individueller Freiheitsentfaltung, die in prinzipiellem Widerspruch zu allem staatlichen Zwang steht, doch muß der Liberalismus sein individualistisches Credo nicht ganz wörtlich nehmen: davor bewahrt ihn eben seine bedenkenvolle Einschätzung der menschlichen Natur. Wo nun solch anthropologischer Pessimismus nicht geteilt wird, vielmehr Optimismus an seine Stelle tritt, dort ist dann auch der Staat als pragmatisch gebotene Veranstaltung nicht mehr vonnöten, und die liberale Idee der individuellen Freiheit kann radikal anti-etatistisch zu Ende gedacht werden.

Dies geschieht im *Anarchismus*. Mit ihm liebäugelt das liberale Denken als mit seiner eigenen Konsequenz, die es sich, weil sie einen besseren Menschen voraussetzt als den bourgeois, nicht zu ziehen erlaubt. Darum leitet Dahrendorf seine Quintessenz des Liberalismus mit der bedauernden Bemerkung ein: „Anarchie ist schön, aber unpraktisch" (DAHRENDORF, ebda.).

Aus eben dieser unpraktischen Schönheit der Anarchie gewinnt nun aber jene These ihren Sinn, aus ihr wird sie verständlich. Schönheit ist eine Kategorie der Ästhetik, und unpraktisch heißt zugleich unpolitisch. Der radikale Anti-Etatismus, der uns in der These begegnet, hat den Bereich des Politischen verlassen oder

gar nicht erst betreten, in dem, Carl Schmitt zufolge, die Unterscheidung von Freund und Feind zwar das Grenzkriterium darstellt (SCHMITT, S. 26 ff.), worin aber der Staat nicht als solcher Feind sein kann, vielmehr gerade das Medium ist, durch das die Feind-Bestimmung getroffen wird. Doch handelt es sich nicht nur um eine unpolitische, sondern zugleich um eine höchst moralische Ästhetik: das Begriffpaar schön und häßlich, das in der Ästhetik herrscht, wird überlagert vom Begriffspaar gut und böse, das die Moral ausmacht. Die fragliche These ist aus der ästhetischen Moral eines individualistischen Anarchismus zu verstehen.

Der Marxismus hat als den entscheidenden Konflikt, der die Geschichte durchherrscht, den Kampf zwischen gesellschaftlichen Klassen erkannt, und die jeweilige politische Organisation der Gesellschaft muß als dessen Ausdruck gelten. Dem Anarchoindividualisten stehen sich dagegen stets unversöhnlich gegenüber: das Individuum, das seine ihm von naturrechtswegen zustehende Freiheit verwirklichen will — es mag, mit Max Stirner, auch der „Einzige" heißen —, auf der einen, und der Staat, der gerade dies verhindern will, auf der anderen Seite. Demnach ist der außerstaatliche Zustand, der Naturzustand, nicht Schrecken, wie Hobbes meinte, und auch nicht geschichtlich unmöglich gewordenes Ur-Glück, wie Rousseau und auch Locke dachten, sondern die stets staatlich verhinderte Erfüllung. Nicht innerhalb, sondern einzig *außerhalb* des Staates können die Menschen wirklich Bürger werden. Also ist der Begriff des Staatsbürgers widersinnig und die Doppelbedeutung des Bürgers als citoyen und bourgeois Scholastik: den Bürger gibt es nur als Widerspruch zum Staat.

Was kann dieses Staats-Wesen, das nur als die Verhinderung der Erfüllung menschlicher Natur existiert, die im Begriff grenzenloser individueller Freiheit ihre Bestimmung findet, anderes sein als die Inkarnation des Bösen? In der manichäischen Weltsicht des Anarchismus ist der Staat nichts als Gewaltmaschine. Alle Staats- und Regierungsformen, in die diese sich kleiden mag, sind dem äußerlich, sind Maskerade; darin stimmen alle Richtungen des Anarchismus überein. „Der Staat", sagt Bakunin, „ist die Autorität, die Macht, das Prahlen und die Verdummung mit der Gewalt ... Seine Natur besteht ... darin, Eindruck zu machen, zu erzwingen, soviel Mühe er sich auch geben mag, seine Natur als Verletzer des Willens der Menschen, als beständige Verneinung ihrer Freiheit zu maskieren" (BAKUNIN, S. 144)[5]. Und um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, daß ein demokratisch verfaßter Staat der ästhetischen Moral des Anarchismus etwa entgehen könne, hält Bakunin eigens fest: Staat ist *immer* böse, nur Gewaltsystem und nichts anderes noch. Er ist, so Bakunin, eine „bête noir", eine schwarze Bestie (BAKUNIN, S. 79).

5

Der Anarchismus, wenigstens in seinen individualistischen Varianten in industrialisierten Gesellschaften, darf als Radikalisierung liberaler Denkmuster mittels einer optimistischen Anthropologie verstanden werden. Es ist kein Zufall, daß er seine Protagonisten und Anhänger vornehmlich stets unter bürgerlicher und kleinbürger-

licher Intelligenz fand. Er ist im Kern nicht minder bürgerlich als der Liberalismus selbst, der sich mit seiner pessimistischen Anthropologie um die anti-etatistischen Konsequenzen seines Individualismus drückt. Gerade durch diesen Vorbehalt hält sich der Liberalismus allerdings im Bereich politischer Handlungsfähigkeit; er betreibt, wie Carl Schmitt erbost bemerkte, Politik als Anti-Politik (SCHMITT, S. 68 ff.). Der Anarchismus dagegen, als die unpolitische Variante des liberalen Individualismus, kämpft gegen das Politische, also den Staat, selbst (vgl. LÖSCHE, S. 109 ff.).

Damit ist aber der Anarchismus auch der Arbeiterbewegung und ihrem in verschiedenen Theoriegestalten gespiegelten Bewußtsein im Prinzip fremd, obwohl er, freilich verunklärend, vielfältig in sie hineingewirkt hat. Denn selbst, wo innerhalb der Theoriebildung der Arbeiterbewegung Essentialismus in der Staatsauffassung aufkam, blieb ihr doch der freie Staat, die bürgerlicher Republik als die der citoyens ein positives Ziel menschlicher Selbstbefreiung und ein notwendiges Bedingungsfeld ihrer weiteren Verwirklichung, das, gerade auch bei den Klassikern des wissenschaftlichen Sozialismus, mit der Hoffnung verbunden war, die soziale Emanzipation gewaltlos durchsetzen zu können (vgl. GREBING, S. 66 ff.[6]). Gerade diese Hoffnung erscheint aber dem Anarchismus — und darüber hinaus auch anderen Spielformen des Linksradikalismus, mögen sie sich spontaneistisch, antiautoritär oder linkskommunistisch benennen — als ebenso illusionär wie die Realisierung des citoyen in der Republik als bloß fiktiv, sodaß diese Republik einzig als bekämpfenswert gelten kann. Der Kampf um Verfassungspositionen muß dieser Perspektive daher als ebenso absurd erscheinen wie die hartnäckige Bemühung um Mehrheiten unter den Staatsbürgern.

Die *Ablehnung* der fraglichen These, soweit sie dem Tatbestand folgt, daß wir im freien Staat, der repräsentativen Demokratie leben, beruht demnach auf dem Mißverständnis, die These bewege sich noch im Kontext eines Politikverständnisses, das — so viele Alternativen es in sich bergen mag — jedenfalls den Staat als *widersprüchliches* Moment gesellschaftlicher Auseinandersetzungen begreift und damit eine fundamental anti-etatistische Haltung ausschließt. Was aber mag an dieser These die begeisterte *Zustimmung* von Studenten bewirken?

Der Staat solle nicht „uns" vor der RAF, sondern sich selbst vor den Bürgern schützen. *Wir:* das sind vor allem Studenten. Ist darin nicht eine Differenzierung unter den Bürgern angelegt? Dahin nämlich, daß es sich bei diesem „Wir" zwar um Bürger im ausgemachten Sinne, und wohl sogar in ganz hervorragender Weise um solche handelt, aber nicht bei allen Bürgern um „uns"? Und müßte solche Botschaft nicht geeignet erscheinen, momentweise über die Misere studentischen Daseins hinwegzutrösten? Jedenfalls muß es der immer noch gesellschaftlich privilegierten, am beruflichen Ende aber doch vom Schicksal aller anderen abhängig Beschäftigten — so sie überhaupt beschäftigt werden sollten — kaum noch wesentlich unterschiedenen Situation von Auszubildenden an Hochschulen (vgl. LEFEVRE, S. 573f.) entgegenkommen, wenn sie sich in einem Zuge als Gleiche unter Gleichen wie als Vorhut der Gleichen begreifen dürfen, als den geklärtesten Ausdruck und das geschärfteste Bewußtsein des Bürgerwillens, dessen täglich erfahrbare Empirie

dagegen niederschmetternd auf sie wirken muß. So mag ihnen die These erlauben, eine Exklusivität des Wir, die nur die Kehrseite ihrer Isolation ist, so zu erfahren, als sei sie zugunsten jener Vielen, die nicht dazu gehören können.

Die Zwänge der gesellschaftlichen Entwicklung lassen es immer weniger zu, die Fiktion solcher Exklusivität im Bewußtsein aufrecht zu erhalten. Zusätzlich zu der bedrohlichen sozialen Lage, die ihn erwartet, muß dem kleinbürgerlichen Studenten daher dieser Fiktionsschwund als Bedrohung erscheinen. Dem wirkt eine anarchistisch-linksradikale Geschichts- und Gesellschaftsdeutung sozialpsychisch entlastend entgegen. Als bedrohlich müssen dann nicht gesellschaftliche Entwicklungen ausgemacht werden, die auf freilich komplizierte und mühselige, nämlich politische Weise beeinflußbar und korrigierbar wären, vielmehr wird das Übel in der legendären schwarzen Bestie namens Staat faßbar. Aus dieser Projektion (vgl. FETSCHER, S. 102) kann sich nun die schlichte Haltung frontaler Abwehr begründen, in die alle verschwörungstheoretischen Neigungen des bürgerlichen und kleinbürgerlichen Bewußtseins münden. Der Staat provoziert zwangsläufig die „Empörung", weil, wie schon Bakunin emfand, „in der Natur des Staates etwas zur Rebellion Aufreizendes liegt" (BAKUNIN, S. 144).

Rebellion, Revolte, Empörung — defensiv gewendet als „Widerstand" —: das sind die Parolen jener apolitischen Verhaltensdisposition, die die individualanarchistische Weltsicht zu legitimieren scheint. Sie verändert nichts, schließlich nicht einmal das Bewußtsein ihrer Träger, weil sie die Dialektik der gesellschaftlichen Entwicklung in starre Fronten einfriert. Marx und Engels haben die apolitische Substanz dieser Haltung schon an Stirners Anarchismus ausgemacht. Die Empörung, so fassen sie zusammen, ist „die Einheit von Sentimentalität und Rennomage ... In ihrer Richtung nach außen, gegen andre, ist sie Rennomage; in ihrer Richtung nach innen, als Knurren-in-sich, ist sie Sentimentalität. Sie ist der spezifische Ausdruck des ohnmächtigen Widerwillens des Philisters" (MEW 3, S. 281).

Anmerkungen

1 Die Veranstaltung, organisiert und durchgeführt von den Berliner Herausgebern des „Buback-Nachrufes" des Göttinger „Mescalero", fand am 25.10.1977 an der Pädagogischen Hochschule Berlin statt. Sie ist dokumentiert in der von den Veranstaltern herausgegebenen Schrift „Staat und Gewalt", erschienen bei: Das poltitische Buch, Lietzenburger Str. 99, 1000 Berlin 15. — Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Vortrages, den ich zu Beginn des Sommer-Semesters 1978 an der gleichen Hochschule gehalten habe; er wurde am 29.7. auch im 1. Programm des SFB gesendet.

2 Hellmut Lessing, in: Staat und Gewalt, S. 11. Die These, eigens als solche gekennzeichnet, darf außerhalb ihres Kontextes erörtert werden, da dieser nicht darauf angelegt ist, sie in ihrer theoretischen Problematik zu diskutieren; eine solche Problematik wird gar nicht gesehen, vielmehr werden Hinweise auf die empirische Ausweitung polizeilicher Apparate und administrativer Befugnisse in der Gegenwart der BRD naiv als Beweise für die Richtigkeit der These genommen.

3 Jenseits der begriffsgeschichtlichen Hinweise ist Noltes Aufsatz allerdings ein exemplarisches Beispiel für bürgerlich-akademisches Bemühen, klassenanalytische begriffliche Unterscheidungen des Marxismus zu verwischen und geistesgeschichtlich aufzulösen.

4 Daß solcher Geburtshelferdienst für die bürgerliche Gesellschaft freilich nicht Rousseaus Absicht war, daß er vielmehr weit über diese hinauswollte — und nicht etwa hinter sie zurück —, sei angesichts all der Würdigungen betont, die die 200ste Jährung seines Todes provoziert hat.

5 Im Kontext der fraglichen These heißt es: „Der Staat selbst (ist) ein System, das sich den Bürgern gegenüber als Gewaltverhältnis entwickelt, ein System, das in seinen Institutionen ... Gewaltverhältnisse organisiert". Das ist gewiß richtig, besagt aber eben noch nichts hinsichtlich der *Legitimität* staatlicher Gewalt, und gerade dieses Problem ist das Zentrum einer realitätsgerechten Analyse der Staatsform bürgerlicher Republik. Lessing tut dieses Problem mit dem Wörtchen „sogenannt" ab, das für derlei immer taugt: es handele sich um ein „System der sogenannten legitimen Gewaltanwendung" (S. 10).

6 Grebings ansonsten verläßliche Hinweise verlieren leider an wissenschaftlichem Wert, wo sie Lenin bezichtigt, „die Ideen von Marx und den Marxismus auf den Kopf zu stellen, und Stalin dies vollendete" (S. 73).

Literaturverzeichnis

Bakunin, M., Gott und der Staat und andere Schriften, hrsgg. von S. Hillmann, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 1969

Dahrendorf, R., Liberalismus, in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 15, Mannheim/Wien/Zürich 1975, S. 47 — 51

Fetscher, I., Geistige Wurzeln des Terrorismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/ 1978, S. 98 — 105

Fichte, J.G., Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters, Sämtliche Werke Bd. 8, 1846

Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsgg. v. Brunner, O., Conze, W., Koselleck, R., Bd. 1, Stuttgart, Klett, 1972, Art. Bürger, Staatsbürger, Bürgertum (Riedel, M.), S. 672 — 725

Grebing, H., Arbeiterbewegung und Gewalt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/ 1978, S. 65 — 77

Hegel, G.W.F., Grundlinien der Philosophie des Rechts, hrsgg. von Hoffmeister, J., Berlin (DDR), Akademie-Verlag, 1956, 4. Aufl.

Hobbes, Th., Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates, hrsgg. und eingel. von I. Fetscher, Frankfurt/Main, Berlin(West), Wien, Ullstein, 1976

Lassalle, F., Das Arbeiterprogramm, Ges. Reden und Schriften, Bd. 2, 1919

Lefèvre, W., Zum Spontaneismus in der Studentenbewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/1978, S. 568 — 579

Leo, H., Zu einer Naturlehre des Staates, hrsgg. von K. Mautz, Frankfurt/Main 1948

Lösche, P., Terrorismus und Anarchismus — Internationale und historische Aspekte —, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/ 1978, S. 106 — 116

Marx,K./Engels, F., Die deutsche Ideologie, MEW Bd. 3

Marx,K., Randglossen zum Prôgramm der deutschen Arbeiterpartei (Kritik des Gothaer Programms), MEW Bd. 19

Marx, K., Zur Judenfrage, MEW Bd. 1

Nolte, E., Was ist bürgerlich? Versuch zur Klärung eines vieldeutigen Begriffs, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. 6. 1978, Nr. 131

Riehl, W.H., Die bürgerliche Gesellschaft, hrsgg. und eingel. von P. Steinbach, Frankfurt/Main, Berlin(West), Wien, Ullstein, 1976

Rousseau, J.-J., Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts, Stuttgart, Reclam, 1977

Schmitt, C., Der Begriff des Politischen, Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin(West), Duncker & Humblot, 1963

Wagner, J., Wer verteidigt den Staat? Erfahrungsbericht eines Strafrechtlers der Berliner Freien Univevsität, in: Die Zeit, 7. 7. 1978, Nr. 28

Friedrich Tomberg

Pyrrhussiege sind Niederlagen!

Die studentischen Streikaktionen — und wie sie durch demokratische Wissenschaftler einzuschätzen wären

Wenn es seit einigen Jahren in der Bundesrepublik und Westberlin wieder eine gewissen antikapitalistische Öffentlichkeit gibt, so hat die Studentenbewegung der sechziger Jahre an ihrem Zustandekommen einen wesentlichen Anteil. Auch nachdem die große emotionelle Welle verebbt war, paßten sich die Studenten in großer Zahl nicht, wie vielfach erwartet worden war, den gegebenen Verhältnissen an. Vielmehr gelang den progressiven studentischen Organisationen jetzt sogar vermehrt der Brückenschlag zu gesellschaftlichen Kräften außerhalb der Hochschulen. Früher oder später — soviel läßt sich wohl voraussagen — wird es, ähnlich wie heute schon in anderen westeuropäischen Staaten, auch in der Bundesrepublik eine breite fortschrittliche Bewegung geben, in die die Hochschulen, an denen die Protestaktionen nicht aufhören dürften, einbezogen sein werden.

Aber auch die Gegenkräfte sind gewachsen und wachsen weiter. Es läßt sich nicht übersehen, daß die Studentenbewegung zu ihrer Stärkung ungewollt beigetragen hat, indem sie — nicht zuletzt durch die Manipulation der Massenmedien in der Gesellschaft — weithin nur als Bürgerschreck wahrgenommen wurde und dadurch konservative Abwehrreaktionen hervorrief. Sie ist jedoch weder für das eine — das Aufkommen linker Reformbestrebungen —, noch für das andere — die sogenannte Tendenzwende —, die Ursache. Vielmehr drückt sich in der zunehmenden politischen Polarisierung die Verschärfung der objektiven Widersprüche der Gesellschaft aus. Daß diese Widersprüche zunächst in einer Studentenbewegung zu öffentlich besonders bemerkbarem Ausdruck gelangten, rührt von den Eigentümlichkeiten der Geschichte der BRD her.

Ohne sich in politische Konflikte umzusetzen, die mehr oder weniger die gesamte Bevölkerung umfassen, können sich die ökonomischen Antagonismen der kapitalistischen Gesellschaft gar nicht lösen. Hätten die Studenten sich politisch konform verhalten, so wäre dadurch die Zunahme rechter Tendenzen dennoch nicht zu verhindern gewesen. Nicht ebenso sicher läßt sich voraussagen, wer aus der unvermeidbaren Ausweitung und Zuspitzung der politischen Konflikte siegreich hervorgeht. Die Erfahrung des Faschismus lehrt, daß es den reaktionären Kräften möglich ist, auch noch eine breite sozialistische Massenbewegung in ihre Gewalt zu bekommen. Die bescheidenen Erfolge, die die radikaldemokratischen und sozialistischen Kräfte in der Bundesrepublik schon errungen haben und die noch viel größeren Erfolge, die ihnen auf lange Sicht bevorstehen, werden daher nur dann zählen, wenn auf dem Weg von Erfolg zu Erfolg zugleich auch der großen Zahl der Schwankenden der Zugang zum eigenen Lager geebnet wird. Spätestens dann, wenn die Reaktion sich als so geschwächt erfährt, daß sie keinen anderen Ausweg mehr sieht, wird sie versuchen, alles auf die Karte der offenen Gewalt

zu setzen. Spätestens dann auch müssen die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung auf der Seite der demokratischen Gegenmacht zu finden sein, wenn nicht alle bisherigen Erfolge sich als bloße Pyrrhussiege herausstellen sollen. Pyrrhussiege aber sind Niederlagen in der Form von Siegen, sie sind siegreiche Etappen auf dem Weg zur endgültigen Niederlage.

Diese Gesichtspunkte sind auch für die Einschätzung der studentischen Protestaktionen unerläßlich. Weder berechtigte Forderungen noch partielle Erfolge reichen an sich schon aus, deren Existenz historisch zu rechtfertigen. Letzlich entscheidend ist vielmehr die Frage, wie sie politische Polarisation in der Gesellschaft beeinflussen. Den Studenten bleibt nach einer weitverbreiteten Meinung nur die Alternative: Streik oder resignative Anpassung. Wenn nun aber durch politisches Wohlverhalten die Verschärfung der gesellschaftlichen Konflikte und in ihrem Gefolge der Versuch zu verstärkter Repression mit seinen unmittelbar spürbaren Auswirkungen auf den einzelnen nicht zu verhindern ist — bleibt da anderes übrig, als wenigstens noch alle nur möglichen Mittel der Abwehr zu mobilisieren? Was für ein anderes Mittel ist den Studenten aber gegeben außer Protestaktionen mit ihrer ultima ratio, einem zum Streik deklarierten Vorlesungsboykott?

Vermag die gegenwärtige Studentengeneration unter den gegebenen Umständen in der Tat keinen anderen Ausweg zu finden, so ist dies für demokratische Wissenschaftler, die seit Jahren in ihrem Beruf tätig sind, kein Grund, ihnen rückhaltlos zuzustimmen. Von ihnen wäre vielmehr als das Mindeste zu erwarten, daß sie aus den Erfahrungen der Studentenbewegung der sechziger Jahre, an der sie selbst mehr oder weniger beteiligt waren, ihre Schlüsse ziehen und sie den jüngeren Studierenden nicht vorenthalten.

Die Studentenbewegung war auf ihrem Höhepunkt durch das Erlebnis eines Erfolges bestimmt, der sie selbst wohl am meisten überraschte. Es gelang, in einem ersten Ansturm die Grundfesten der traditionellen Ordinarienuniversität zu erschüttern. Sehr bald wurde erkannt, daß die Hochschulmisere ihren letzten Grund in der kapitalistischen Struktur der Gesellschaft hat. Gegen diese richtete sich daher der Kampf. Den Hochschulen kam dabei die Funktion der Ausbildung für die Praxis durch eine den aktuellen gesellschaftlichen Anforderungen angemessene Wissenschaft zu. Dieser war nur durch wirksame Mitbestimmung von Studenten und jungen Wissenschaftlern in Abwehr der konservativen Professorengarde Raum zu ihrer Entfaltung zu verschaffen. Der Versuch der Gesellschaftsänderung prallte jedoch an der geschlossenen Front der Bevölkerungsmehrheit ab. Demgegenüber schien es an den Hochschulen nur eine Frage der Zeit, bis die hierarchischen Strukturen durch die Selbstbestimmung aller Beteiligten ersetzt worden waren. In Elternhaus, Schule und sozialer Umwelt hatten die Studenten schon ein gehöriges Maß an Repression erfahren, in ihrem späteren Berufsleben würden sie sich, da ein Umschlag noch während ihrer Studienzeit oder bald danach offensichtlich nicht zu erreichen war, in anderer Weise denselben Zwängen wieder zu fügen haben — nur im Hochschulkampf erfuhren sie sich als Subjekte befreiender Tat und zwanglosen Lebensgenusses. Was Wunder, daß viele von ihnen all ihre Hoffnung auf die Erhaltung dieses Zustandes setzten und die Realität darüber aus den Augen verloren.

Was erst bloß als Mittel gedacht war, wurde unversehens zum Selbstzweck: Die Forderung nach Mitbestimmung legitimierte sich nicht mehr durch die Notwendigkeit einer Erneuerung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung, sondern die Wissenschaft reduzierte sich unversehens auf ein nun einmal gegebenes Medium demokratischer Bestrebungen. Den entschiedensten Protagonisten der studentischen Kampfes erschien die Hochschule als Raum möglicher Befreiung in einer ansonsten noch unfreien Gesellschaft, als eine Art Gesellschaft in der Gesellschaft, in der die Revolution schon auf der Tagesordnung stehen durfte. Die revolutionäre Klasse in diesem Raum konnte dem Augenschein nach nur die Studentenschaft sein, sie schritt denn auch zur Tat, praktizierte, etwa in der Form von Institutsbesetzungen, schon die Selbstbestimmung, verfügte mit quasi-polizeilichen Mitteln, soweit nicht durch die Polizei daran gehindert, über den Lehrbetrieb und nahm, unter Inanspruchnahme eines unbeschränkten politischen Mandats wie eine Regierung oder vielmehr Gegen-Regierung zu Fragen der Weltpolitik Stellung. Die revolutionäre Entwicklung schien damit schon die Phase der Doppelherrschaft erreicht zu haben. Nun allerdings kam alles auf die Arbeiterklasse an, die, notfalls unter studentischer Anleitung, für den Rest der Gesellschaft noch die Revolution zu Ende zu führen hatte.

Die munter wuchernden Phantasien traf ein Schock der Verblüffung, als die wirkliche Machthabenden in der Gesellschaft, vertreten durch den Staat, auf den Plan traten. Und erst diese Konfrontation mit den realen Mächten bescherte der Studentenbewegung ihren wirklichen Erfolg. Als revolutionäre Massenbewegung, als die sie sich selbst gefeiert hatte, machte sie Bankrott. In der Konkursmasse fand sich jedoch als Ergebnis all der Abenteuer, die zwar niemanden von äußerlichen, manchen aber von inneren Zwängen zu befreien vermochten, bei nicht wenigen ein gereiftes Bewußtsein, das zu politischer Wirksamkeit weit über den Rahmen der Hochschule hinaus befähigte.

In gewisser Weise war der Staat — und nicht etwa die Universität — immer schon der eigentliche Gegenspieler der Studentenbewegung. Die jungen Menschen, die eines Tages zur Rebellion übergingen, hatten von Haus aus den Staat so hingenommen, wie er sich ihnen darbot, als freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat. Als dieser ihnen die Freiheiten, die er ihnen garantierte, dennoch verwehrte, schlug ihr naives Vertrauen auf seine Liberalität in Haß gegen weine Despotie um. Sie lernten ihn mit Hilfe der marxistischen Theorie als den Exekutor der ökonomischen Mächte, als den „Staat der Monopole" begreifen. Umso größer ihr Triumph, als dieser Staat, nach anfänglicher Gegenwehr, vor der militanten Offensive der Studenten zurückwich und ihnen im Hochschulbereich mehr und mehr das Feld überließ. Übersehen wurde, daß kein Staat der Welt sich einen solchen Aufstand in Permanenz bieten lassen kann, wenn er nicht seine Autorität in der Gesellschaft verlieren und damit sein politisches Machtmonopol in Frage stellen lassen soll. Hält er sich trotzdem zurück, so muß schon ein besonderes Interesse im Spiele sein.

Dieses war im Falle der Studentenbewegung denn auch gegeben. Den aufsässigen Studenten gelang im Verfolg ihrer revolutionistischen Bestrebungen, worum die Staatsorgane sich zu ihren eigenen Zwecken vergeblich bemüht hatten: Die Destruktion der traditionellen Ordinarienuniversität. Sie war notwendig, weil der Strukturwandel

der Gesellschaft auch nach einer Umstrukturierung der Universität Humboldtschen Typs verlangte. Zur ebenso erwünschten Reform, d.h. zum Neuaufbau nach erfolgter Zerstörung im Sinne des Staates, zeigten sich aber Professoren und Studenten gleichermaßen unfähig oder unwillig. Dem Staat blieb nichts anderes übrig, als sozusagen in eigener Person auf den Plan zu treten, um sein Interesse durchzusetzen. Jedoch konnte er die Geister, die er zwar nicht gerufen, aber doch in Grenzen hatte gewähren lassen, nicht von heute auf morgen wieder vertreiben. Um den Solidarisierungseffekt umgehen zu können, tat er gut daran, sich möglichst auf Beschwichtigungspolitik zu verlegen, er hatte sich jedoch für den Fall des Mißlingens auch Instrumente der Disziplinierung zu verschaffen. Ein erstes Resultat seiner Bemühungen ist das Hochschulrahmengesetzt. In dieses wie in alle verwandten Maßnahmen gehen drei hauptsächliche Interessen ein:

1. Das Interesse des Staates rein in seiner Funktion als Staat; als solcher muß er für offizielle Regularität und Ordnung sorgen.
2. Das Interesse des Staates als eines modernen, hochentwickelten Industriestaates; als solcher muß er eine Studienreform in Gang zu setzen suchen, die die Wissenschaft für die Erfordernisse des Fortschritts der Produktivkräfte nutzbar macht.
3. Das Interesse des Staates als der politischen Form eines im letzten Stadium seiner Entwicklung angelangten Kapitalismus; als solcher muß er z.B. die wissenschaftliche Ausbildung so anlegen, daß sie der Kapitalmacht förderliche Arbeitskräfte hervorbringt.

In einer Gesellschaft, in der das Kapitalinteresse — und das heißt heute primär: Das Interesse des Monopolkapitals — das letztlich maßgebende ist, wirkt dieses natürlich auch auf alle staatlichen Maßnahmen ein und setzt ihnen Ziel und Grenze, bis hin zur Disziplinierung der Studenten. Insofern ist es berechtigt, den Staat voll und ganz als Staat der Monopole anzusehen. Mit dem monopolkapitalistischen Interesse sind jedoch die Erfordernisse einer hochindustrialisierten Gesellschat zunehmend weniger in Übereinstimmung zu bringen. Mit der Vergesellschaftung der Produktion hat das Kapital sich selbst zu einer dem gesellschaftlichen Fortschritt nicht mehr angemessenen Aneignungsform entwickelt. Die Kosten an menschlicher Substanz, die die kapitalistische Wirtschaft hervorruft, sind nun gänzlich unzumutbar geworden. Das Kapital kann sich überhaupt nur durch eine ununterbrochene Folge von Kompromissen an die Kräfte des gesellschaftlichen Fortschritts in seiner Herrschaft erhalten. Mit diesen Kompromissen wächst aber die Macht seines Antipoden, der Arbeiterklasse. Eine Macht, die auch dann besteht und sich auswirkt, wenn sie bewußt politisch noch nicht aktiviert wird.

Dem Staat fällt die Aufgabe zu, den Kompromiß des Monopolkapitals mit den Kräften des gesellschaftlichen Fortschritts immer wieder neu zu realisieren. Da der Wirkungsbereich des Staates bis tief in die Gesellschaft hinein sich ausgedehnt hat, zugleich aber die Arbeiterklasse in der sozialen Schichtung sich gewissermaßen bis fast nach oben erweitert hat, so daß der überwiegende Teil der Bevölkerung

ihr mehr oder weniger zugezählt werden darf, kann der Einsatz für wahrhafte Demokratie nicht bloß außerhalb der Staatssphäre stattfinden, er muß vielmehr eine Vielzahl von direkten oder indirekten Staatsbediensteten miteinbeziehen. Möglich wird dies deshalb, weil der Staat der Monopole nach der andern Seite hin voll und ganz auch „demokratischer Rechtsstaat" ist.

War die Demokratie im Stadium des Kapitalismus der freien Konkurrenz noch die angemessene politische Form der Kapitalherrschaft, so drängt das moderne Monopolkapital auf Beseitigung oder Aushöhlung der Demokratie, um den gesamten Gesellschaftsprozeß unter sein Interesse zwingen zu können. Demokratie erhält sich jetzt nur noch im Resultat des Wirkens der Gegenmacht. Zwar setzt das Monopolkapital auch in der Form der Demokratie seine Herrschaft durch, jedoch nur in rechtsstaatlicher Bändigung seines an sich hemmungslosen Expansionstriebes. Nur wenn das Kapital die Demokratie als seinen Widerpart, ohne den es nun einmal nicht geht, in Kauf nimmt, kann es sich dieser Demokratie noch als eines Herrschaftsinstrumentes bedienen. Dem Staat der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft kommt also, unbeschadet seiner in der ökonomischen Struktur gegründeten Gesamtverfassung vermöge des Widerspruchs seiner Funktionen in dieser Hinsicht ein Doppelcharakter zu. Dieser bestimmt auch die einzelnen Staatsbediensteten in ihrem Handeln. Sie können die Demokratie nur praktizieren, wie umgekehrt das Kapitalinteresse unter den gegebenen Bedingungen nur in der Form der Demokratie realisierbar ist. Es macht aber einen entscheidenden Unterschied, ob versucht wird, an der Demokratie die Seite der kapitalistischen Herrschaftsform oder die kapitalfeindliche Gegenmacht zu stärken. Im antikapitalistischen Interesse liegt es, statt gegen den Staat überhaupt frontal anzurennen, wohl aber innerhalb und außerhalb des Staates der Demokratie mehr und mehr Gewicht zu verschaffen und so die Möglichkeit herbeizuführen, daß der Staat als Staat der Monopole aufgehoben werden und sich in neuer sozialer Qualität als demokratischer Rechtsstaat verwirklichen kann.

Die politische Auseinandersetzung kann also nicht, wie es sich den Studenten bei ihrer Rebellion zunächst unmittelbar aufdrängte, zwischen dem Staat hier und den demokratischen Kräften außerhalb stattfinden, — wobei die Hochschulen in ihrer gewähnten Autonomie auch als ein solches Außen aufgefaßt sind —, sondern die Front verläuft mitten durch den Staat und seine zugehörigen Sphären hindurch, einschließlich der Hochschulen als besonderer staatlicher Institutionen

Die Erkenntnis dieser Konstellation führt zu weitgehenden Konsequenzen für den Hochschulkampf. Wo sie nicht aus der unmittelbaren Erfahrung gewonnen werden kann, muß sie durch Theorie vermittelt werden. Die Studenten zeichnet aus, daß ihre Situation an den Hochschulen sie spontan sogar in die Irre führt. Sie, die für das Betreiben von Theorie prädestiniert sind, bedürfen ihrer auch am meisten. Es ist jedoch schon in den Anfängen der Studentenbewegung ein Affekt gegen Theorie aufgetreten, der sich oft bis zur Feindseligkeit steigerte. In ihm drückt sich wohl die dunkle Ahnung aus, daß jede in Empirie gegründete rationale Theorie die vorherrschende studentische Praxis hätte ad absurdum führen müssen. Die Generation der Studentenbewegung gehört jener Periode des Übergangs an, in der breite einst bürgerliche Bevölkerungsschichten objektiv sich der Arbeiterklasse ange-

nähert haben, in ihrem Bewußtsein jedoch noch bürgerlich geblieben sind. Die Studentenbewegung ist eine antibürgerliche Bewegung aus bürgerlicher Motivation und insofern doch wieder eine bürgerliche Bewegung, wenngleich mit bedeutsamen sozialistischen Auszweigungen.

Als im klassischen Sinne bürgerlich motiviert kann eine gesellschaftliche Bewegung dann angesehen werden, wenn ihr Bewußtsein bestimmt ist durch den Primat der individuellen Freiheit gegenüber der Gesellschaft, deren Bindungen generell als Einschränkung von Freiheit empfunden werden. Eine solche Freiheit vemag unter allen denkbaren Gesellschaften überhaupt nur die bürgerliche Gesellschaft zu versprechen, was nicht heißen soll, daß sie ihr Versprechen auch halten könnte. Jedenfalls kann man aus bürgerlicher Motivation den Kapitalismus gar nicht ernsthaft in Frage stellen, weil dieser die notwendige ökonomische Grundlage einer einseitig individualistisch verstandenen Freiheit darstellt. Man kann ihn aber auch nicht akzeptieren, da er in der gegenwärtigen Form des Monopolkapitalismus zugleich selbst der Realisierung einer solchen Freiheit entgegen steht. Es drängt sich daraus die absurde Wunschvorstellung einer menschlichen Gesellschaft auf, die lediglich da Idealbild einer bürgerlichen Gesellschaft ohne kapitalistische Basis darstellt. Aus ihr ergibt sich dann nur noch die Alternative: Entweder diese Absurdität als Utopie gegen alle von daher niemals bestimmbare Praxis festzuhalten oder aber von der Utopie Abschied zu nehmen und sich mit der bürgerlichen Gesellschaft, so wie sie nun einmal nicht anders sein kann, auszusöhnen und den erhofften revolutionären Sprung in die ganz andere Gesellschaft gegen die immanente Reform des gegebenen Kapitalismus auszutauschen.

Tatenloser quasi-revolutionärer Utopismus oder reformistische Praxis — aus diesem in der bürgerlich-individualistischen Motivation gegründeten Dilemma glaubte die Studentenbewegung einen Ausweg gefunden zu haben, indem sie die Möglichkeit einer Praxis jenseits der Praxis entdeckte: Das Hochschulgelände, auf dem die Revolution mit allem Ernst gespielt werden konnte. Wenn der rebellierende Student, der sich in der Bewegung rückhaltlos hat mittreiben lassen, dieses Terrain schließlich doch verlassen muß, wenn er genötigt ist, doch gesellschaftlich verbindlich zu handeln, nämlich in seinem Berufsfeld, dann steht er hilflos da: Überall stößt er auf unverstande und daher als unnötig empfundene gesellschaftliche Anforderungen, die ihm ein ungehemmtes Dasein verwehren. Da die Zwänge, denen er begegnet, vor der an der Hochschule eingeübten, ihm einzig möglichen Gebärde der Abweisung nicht weichen wollen, bleibt ihm nur, sich einzufügen — oder aber gänzlich auszuflippen. Diese Zukunft hat er sehr wohl vor Augen, sobald er nur hinschaut. Er wendet sich daher lieber ab, sich einbildend, die Realität sich damit vom Leibe halten zu können. Er denkt möglichst nicht an das, was morgen sein wird, — in der vagen Hoffnung, daß von heute auf morgen doch noch die Revolution ausbrechen und die zwanglos menschliche Gesellschaft frei von allem Leistungsdruck hervorzaubern wird.

Der Lebensgang des studentischen Durchschnittsrebellen ist damit festgelegt: Zuerst im Freigehege das aufregende Spiel des Aufruhrs, dann, für den Rest des Lebens, lautlose Anpassung in irgendeiner Ritze des Gesellschaftssytems. So verfließen die Massen, die sich so leicht zu Vollversammlungen mobilisieren ließen, schließlich wieder hierhin und dorthin. Dennoch verfallen auch politisch bewußte Kräfte immer wieder der Verlockung, die „Massenmobilisierung" als solche schon zum Gradmesser des Erfolges ihrer Arbeit zu erheben und um dessentwillen mit ihrer besseren Einsicht, für die sie in ruhigen Stunden werben, in der spontanen Euphorie hintanzuhalten, um als mäkelnde Minderheit nicht abgehängt zu werden oder weil sie von der brodelnden Unbewußtheit sogar selbst erfaßt worden sind. Erfolg kann zwar mit einem solchen Massenerlebnis verbunden sein, indem es manchen zu weiteren Konsequenzen hintreibt, bei nicht wenigen aber dürfte die Irrationalität ihrer Weltanschauung, so wie sie sich in der Massenspontaneität erst recht auflädt, auch in ihrer späteren angepaßten Lebensweise eine innere Unzufriedenheit nähren, die sie, wenn die Zeit gekommen ist, nur zu leicht zum Spielball gegnerisch-demagogischer Mächte werden läßt. Wieder stellt sich die Frage nach den Pyrrhussiegen.

Doch ist nicht all das inzwischen Vergangenheit? Hat sich doch seit der Zeit der Revolutionsträumereien Entscheidendes geändert! Längst schon sind die Studenten vom Versuch gewaltsamer Inbesitznahme der Hochschulinstitutionen zurückgetreten. Der Staat brauchte nur als die Gewalt, die er ist, sich zur Geltung zu bringen, um die Hoffnungslosigkeit derartiger Attacken zu Tage zu fördern. Der großen Zahl der protestwilligen Studenten, die gleichwohl nicht Ruhe gegeben haben, blieb jetzt nur noch die Geste der Verweigerung, der sogenannte Streik. Insofern ist der Steik bei vielen nicht etwa die Alternative zur Resignation — er ist deren Ausdruck. Zugleich ist er der Versuch, die resignativen Tendenzen zu überspielen, der jedoch bei allen jenen, die trotz der wahrgenommenen harten Realität von ihren utopisch-revolutionären Wunschenphantasien nicht lassen können, in umso größerer Resignation enden muß. Dennoch war der Streik mit den zugehörigen Aktivitäten auch für die rational agierenden Gruppierungen in den vergangenen Jahren eine ernst zu nehmende Möglichkeit, sich zu artikulieren. Durch übermäßigen Gebrauch hat er sich aber zusehends abgenutzt. Als Kampfmittel, wenn er dies je war, hat er seinen Schrecken längst verloren. Mancherorts ist er schon zum gewohnten R i t u a l geworden. Als eine Institution zum Ausagieren angestauter aggressiver Energien wird er von der Obrigkeit gar nicht einmal so ungern gesehen. Man wundert sich, daß er noch nicht im Vorlesungsverzeichnis Platz gefunden hat.

Schlimmer noch: Der Bevölkerung gegenüber erscheint die semesterlange Kette der Behinderung von Lehrveranstaltungen durch Vorlesungsboykott wie ein groß angelegter Versuch, den demokratischen Rechtsstaat, der trotz aller in ihren Ursachen unbegriffenen Mängel nach wie vor allgemeines Vertrauen besitzt, aus den Angeln zu heben. Die diffizilen Erwägungen, die hinter den Streikaktivitäten stecken mögen, sind dem sprichwörtlichen Mann von der Straße nicht zugänglich, werden ihm von den Medien auch nicht nahegebracht. Er sieht allererst die Ordnung bedroht, schaut sich daher unversehens nach jener Instanz um, die hier mit fester Hand Abhilfe zu schaffen weiß. So kommen auch aus diesem Grund gesellschaftliche Kräfte schließlich wieder zu Ehren, die den Bürgersinn zur Restauration vergangener Ordnungen zu nutzen suchen. Die Streikniederlagen, je mehr sie vor der Öffentlichkeit gleichwohl

als Demonstrationen von Macht erscheinen, wirken sich umso mehr in der Gesellschaft selbst als wahre Pyrrhussiege aus.

Inzwischen greift jedoch Streikverdrossenheit mehr und mehr um sich. In ihr, so ließe sich sagen, geht die Studentenbewegung der sechziger Jahre erst endgültig zu Ende. Sie hinterläßt auf der einen Seite die buntschillernde Anarcho-Szene, auf der anderen Seite hat sie mit ihrem Niedergang bei einer beachtlichen Zahl von Studenten eine Ernüchterung bewirkt, die zum entschiedenen Bruch mit den einstigen, auf momentane Wunschtraumerfüllung gerichteten Zielsetzungen geführt hat. Die Realität wird weit mehr in ihrer Komplexität wahrgenommen; die Hochschule in ihrer Relativität zur Gesellschaft gesehen. Das ist ein bedeutsamer Schritt nach vorn, und zwar auf einem Wege, der die Studentenschaft schließlich dazu bringen könnte, ein förderlicher Faktor in der künftig sich ausweitenden sozialen Bewegung zu werden.

Immer noch wachsen aber die späteren Studenten in annährend denselben sozialen Zusammenhängen auf, immer noch bringen sie daher zunächst mindestens ein gutes Stück von jener Motivation in die Hochschulen mit, durch die die Studentenbewegung seinerzeit bestimmt war. Das Erbe des antiautoritären Aufbruchs kann daher niemals als abgetan gelten, es muß immer wieder neu verarbeitet werden. Und es reicht nicht aus, daß das Bewußtsein zu besseren Einsichten gelangt ist, wenn das elementare Empfinden durch die ursprüngliche Einstellung zur Welt bestimmt bleibt.

Das eigentliche Weltbild der Studentenbwegung, wonach den Individuen für ihre Selbstbestimmung allenfalls ein kleiner Freiraum gegenüber einer repressiven Umwelt gewährt ist, den es daher mindestens zu erhalten gilt, bleibt auch in den realistischen Bestrebungen progressiver Studentenverbände weithin noch untergründig erhalten. Dafür spricht jedenfalls eine vorherrschende Reaktion auf die neuerliche Intervention des Staates, von der sich auch theoretisch geschultere Gruppierungen nicht freihalten konnten. Gewollt oder ungewollt dominiert wieder die Vorstellung von zwei gewissermaßen nebeneinander her existierenden Lagern: Hier das Lager der demokratischen Kräfte, dort der Staat der Monopole, der nun auch die Wissenschaft in seine Hand zu bekommen sucht. In Wirklichkeit hat er sie schon, und hat sie immer gehabt — jedenfalls soweit sie in seinen Institutionen mit gesellschaftlicher Relevanz betrieben wird.

Die klassenbewußten Arbeiter haben seit je gewußt, daß sie zur Bestimmung über die Produktion im eigenen Interesse nicht gelangen können, wenn sie nicht Tag für Tag mit ihrer Hände Arbeit im Interesse des Kapitals tätig sind — sie könnten anders gar nicht existieren. Die Ansprüche vieler unserer demokratischen Studenten und Wissenschaftler scheinen bescheidener zu sein: Ihnen geht es nur darum, den Staat, an den alle zur Erhaltung ihrer Existenz gebunden sind, in seinen Übergriffen auf die eigenen Freiräume abzuwehren. Nur deshalb kann es ihnen entgehen, daß es diese Freiräume gar nicht gibt, es sei denn als Spielwiesen. Der Staat mag noch so sehr Gegner sein, die Konfrontation mit ihm kann dennoch nur in ihm stattfinden. Deshalb müssen die Versuche der Studenten, aus der Sackgasse des Streiks durch seine inhaltliche Füllung etwa in Form einer „demokratischen Hochschule" oder gar

lich wieder hierhin und dorthin. Dennoch verfallen auch politisch bewußte Kräfte immer wieder der Verlockung, die „Massenmobilisierung" als solche schon zum Gradmesser des Erfolges ihrer Arbeit zu erheben und um dessentwillen mit ihrer besseren Einsicht, für die sie in ruhigen Stunden werben, in der spontanen Euphorie hintanzuhalten, um als mäkelnde Minderheit nicht abgehängt zu werden oder weil sie von der brodelnden Unbewußtheit sogar selbst erfaßt worden sind. Erfolg kann zwar mit einem solchen Massenerlebnis verbunden sein, indem es manchen zu weiteren Konsequenzen hintreibt, bei nicht wenigen aber dürfte die Irrationalität ihrer Weltanschauung, so wie sie sich in der Massenspontaneität erst recht auflädt, auch in ihrer späteren angepaßten Lebensweise eine innere Unzufriedenheit nähren, die sie, wenn die Zeit gekommen ist, nur zu leicht zum Spielball gegnerisch-demagogischer Mächte werden läßt. Wieder stellt sich die Frage nach den Pyrrhussiegen.

Doch ist nicht all das inzwischen Vergangenheit? Hat sich doch seit der Zeit der Revolutionsträumereien Entscheidendes geändert! Längst schon sind die Studenten vom Versuch gewaltsamer Inbesitznahme der Hochschulinstitutionen zurückgetreten. Der Staat brauchte nur als die Gewalt, die er ist, sich zur Geltung zu bringen, um die Hoffnungslosigkeit derartiger Attacken zu Tage zu fördern. Der großen Zahl der protestwilligen Studenten, die gleichwohl nicht Ruhe gegeben haben, blieb jetzt nur noch die Geste der Verweigerung, der sogenannte Streik. Insofern ist der Steik bei vielen nicht etwa die Alternative zur Resignation — er ist deren Ausdruck. Zugleich ist er der Versuch, die resignativen Tendenzen zu überspielen, der jedoch bei allen jenen, die trotz der wahrgenommenen harten Realität von ihren utopisch-revolutionären Wunschenphantasien nicht lassen können, in umso größerer Resignation enden muß. Dennoch war der Streik mit den zugehörigen Aktivitäten auch für die rational agierenden Gruppierungen in den vergangenen Jahren eine ernst zu nehmende Möglichkeit, sich zu artikulieren. Durch übermäßigen Gebrauch hat er sich aber zusehends abgenutzt. Als Kampfmittel, wenn er dies je war, hat er seinen Schrecken längst verloren. Mancherorts ist er schon zum gewohnten R i t u a l geworden. Als eine Institution zum Ausagieren angestauter aggressiver Energien wird er von der Obrigkeit gar nicht einmal so ungern gesehen. Man wundert sich, daß er noch nicht im Vorlesungsverzeichnis Platz gefunden hat.

Schlimmer noch: Der Bevölkerung gegenüber erscheint die semesterlange Kette der Behinderung von Lehrveranstaltungen durch Vorlesungsboykott wie ein groß angelegter Versuch, den demokratischen Rechtsstaat, der trotz aller in ihren Ursachen unbegriffenen Mängel nach wie vor allgemeines Vertrauen besitzt, aus den Angeln zu heben. Die diffizilen Erwägungen, die hinter den Streikaktivitäten stecken mögen, sind dem sprichwörtlichen Mann von der Straße nicht zugänglich, werden ihm von den Medien auch nicht nahegebracht. Er sieht allererst die Ordnung bedroht, schaut sich daher unversehens nach jener Instanz um, die hier mit fester Hand Abhilfe zu schaffen weiß. So kommen auch aus diesem Grund gesellschaftliche Kräfte schließlich wieder zu Ehren, die den Bürgersinn zur Restauration vergangener Ordnungen zu nutzen suchen. Die Streikniederlagen, je mehr sie vor der Öffentlichkeit gleichwohl

als Demonstrationen von Macht erscheinen, wirken sich umso mehr in der Gesellschaft selbst als wahre Pyrrhussiege aus.

Inzwischen greift jedoch Streikverdrossenheit mehr und mehr um sich. In ihr, so ließe sich sagen, geht die Studentenbewegung der sechziger Jahre erst endgültig zu Ende. Sie hinterläßt auf der einen Seite die buntschillernde Anarcho-Szene, auf der anderen Seite hat sie mit ihrem Niedergang bei einer beachtlichen Zahl von Studenten eine Ernüchterung bewirkt, die zum entschiedenen Bruch mit den einstigen, auf momentane Wunschtraumerfüllung gerichteten Zielsetzungen geführt hat. Die Realität wird weit mehr in ihrer Komplexität wahrgenommen, die Hochschule in ihrer Relativität zur Gesellschaft gesehen. Das ist ein bedeutsamer Schritt nach vorn, und zwar auf einem Wege, der die Studentenschaft schließlich dazu bringen könnte, ein förderlicher Faktor in der künftig sich ausweitenden sozialen Bewegung zu werden.

Immer noch wachsen aber die späteren Studenten in annährend denselben sozialen Zusammenhängen auf, immer noch bringen sie daher zunächst mindestens ein gutes Stück von jener Motivation in die Hochschulen mit, durch die die Studentenbewegung seinerzeit bestimmt war. Das Erbe des antiautoritären Aufbruchs kann daher niemals als abgetan gelten, es muß immer wieder neu verarbeitet werden. Und es reicht nicht aus, daß das Bewußtsein zu besseren Einsichten gelangt ist, wenn das elementare Empfinden durch die ursprüngliche Einstellung zur Welt bestimmt bleibt.

Das eigentliche Weltbild der Studentenbwegung, wonach den Individuen für ihre Selbstbestimmung allenfalls ein kleiner Freiraum gegenüber einer repressiven Umwelt gewährt ist, den es daher mindestens zu erhalten gilt, bleibt auch in den realistischen Bestrebungen progressiver Studentenverbände weithin noch untergründig erhalten. Dafür spricht jedenfalls eine vorherrschende Reaktion auf die neuerliche Intervention des Staates, von der sich auch theoretisch geschultere Gruppierungen nicht freihalten konnten. Gewollt oder ungewollt dominiert wieder die Vorstellung von zwei gewissermaßen nebeneinander her existierenden Lagern: Hier das Lager der demokratischen Kräfte, dort der Staat der Monopole, der nun auch die Wissenschaft in seine Hand zu bekommen sucht. In Wirklichkeit hat er sie schon, und hat sie immer gehabt — jedenfalls soweit sie in seinen Institutionen mit gesellschaftlicher Relevanz betrieben wird.

Die klassenbewußten Arbeiter haben seit je gewußt, daß sie zur Bestimmung über die Produktion im eigenen Interesse nicht gelangen können, wenn sie nicht Tag für Tag mit ihrer Hände Arbeit im Interesse des Kapitals tätig sind — sie könnten anders gar nicht existieren. Die Ansprüche vieler unserer demokratischen Studenten und Wissenschaftler scheinen bescheidener zu sein: Ihnen geht es nur darum, den Staat, an den alle zur Erhaltung ihrer Existenz gebunden sind, in seinen Übergriffen auf die eigenen Freiräume abzuwehren. Nur deshalb kann es ihnen entgehen, daß es diese Freiräume gar nicht gibt, es sei denn als Spielwiesen. Der Staat mag noch so sehr Gegner sein, die Konfrontation mit ihm kann dennoch nur in ihm stattfinden. Deshalb müssen die Versuche der Studenten, aus der Sackgasse des Streiks durch seine inhaltliche Füllung etwa in Form einer „demokratischen Hochschule" oder gar

„Gegenhochschule" herauszukommen, solange vergeblich sein, wie damit nur versucht wird, sich einen neuen Freiraum innerhalb des angeblich inzwischen vom Feind besetzten Freiraums zu verschaffen.

Der Staat ist allgegenwärtig, und wen ihm denn nicht zu entfliehen ist, so kann man sich seiner nur erwehren, indem man zusammen mit allen anderen seiner Herr zu werden sucht, was nicht in bloßer Abweisung der Staatsaktivitäten, sondern nur durch zielbewußte Teilhabe an ihnen möglich ist. Die Hochschulen müssen ernsthaft und ausdrücklich als die Institutionen hingenommen werden, als die sie von staatswegen eingerichtet worden sind: In allen Ländern dienen sie immer auch wesentlich zur wissenschaftlichen Ausbildung von Studenten für ihren späteren Beruf. Eine Funktion, die der Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit ohne weiteres vermittelt werden kann und ihrer uneingeschränkten Billigung sicher ist. Es kann diese Sicht wie völlige Kapitualation erscheinen, wie Verrat an der gesamten sozialen Bewegung. Denn ist der Staat nicht der Staat der Monopole, so daß ein wissenschaftliches Studium nach seinem Willen letztlich immer dem kapitalistischen Profitstreben zugute kommt? In der Tat: In einer kapitalistischen Gesellschaft, in der folglich auch die beruflichen Tätigkeiten direkt oder indirekt vom Kapital abhängen, ist staatliche Berufsausbildung entsprechend auch nur als Qualifizierung für die Interessen des Kapitals möglich. Diese Qualifizierung, wenn konsequent betrieben, ist zugleich jedoch eine Qualifizierung zum Kampf gegen das Kapital, da sie nur bewirkt werden kann, wenn sie genügend an den Erfordernissen der gesellschaftlichen Produktion ausgerichtet ist. Diesen aber steht die Form ihrer privaten Aneignung durch das Kapital in der Tendenz unaussöhnbar entgegen. So wie das Kapital in der Produktionssphäre sein Interesse nur verfolgen kann, indem es den ihm widersprechenden Produktionserfordernissen hinreichend und mit dem Fortschritt der Produktion mehr und mehr nachgibt, so kann es in der Ausbildungssphäre für die Produktion die erwünschte Qualifikation nur bekommen, wenn es einer Ausbildung gemäß den Interessen der Produzenten selbst in gewissen Grade Raum läßt.

Der Staat, sei er auch nur der Staat der Monopole, wäre daher schlecht beraten, wenn er versuchen wollte, künftige Studentengenerationen zu Marionetten des Kapitals abzurichten, da das Kapital mit Marionetten gar nichts anzufangen wüßte. Er wird im Gegenteil in seiner Eigenschaft als demokratischer Rechtsstaat, der er als Staat der Monopole auch sein muß, auch noch die Befähigung zu demokratischer Betätigung irgendwie in sein Studienprogramm aufnehmen müssen. Wo hier im Interesse des Kompromisses zwischen den gesellschaftlichen Kräften, die der monopolistische Staat zu besorgen hat, die Grenzen gesetzt sind, das hängt nicht primär von den Hochschulkämpfen, sondern allererst von der aktivierten Macht der arbeitenden Bevölkerung ab. Wächst ihr Einfluß in der Gesellschaft, so entsteht damit auch die Möglichkeit, die Beschränkungen der wissenschaftlichen Ausbildung weiter zurückzudrängen. Wird diese Möglichkeit wahrgenommen, so trägt dies wiederum zur Verstärkung der errungenen Positionen in der Gesellschaft bei. Daß neuerdings die Gewerkschaften diesem Zusammenhang größere Aufmerksamkeit widmen und von sich aus den Kontakt mit den Hochschulen suchen, nachdem studentische Gruppierungen

sich schon seit längerem gewerkschaftlich zu orientieren suchten, demonstriert einen nicht unerheblichen Fortschritt der sozialen Bewegung, an dem auch die Studentenbewegung ihren gehörigen Anteil hat.

Je mehr in der Gesellschaft selbst sich Individuen finden, die sich im Rahmen der Verfassung und in Wahrnehmung der gegenwärtigen bewußten Bedürfnisse der Bevölkerung für die Demokratie einsetzen und ihre demokratische Praxis, mit Rückhalt an ihren Organisationen, zugleich in eine sozialistische Perspektive zu stellen wissen, umso mehr werden auch Studenten angesichts dieser von ihnen sozusagen empirisch erfahrbaren Wirklichkeit in der Lage sein, ihren Abscheu vor der Realität des künftigen Berufslebens zu überwinden. Sie werden begreifen können, daß ihre Empfindung eines simplen Gegensatzes von Freiheit und Repression selbst eine Auswirkung der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse ist. Ihre Hoffnung wird sich nicht mehr auf den großen Ausbruch richten müssen, der der eingeengten Individualität endlich alle Hemmungen nimmt, sondern sie werden aus der Selbstbeschränkung einer nur zäh und widerspruchsvoll sich vorarbeitenden Realisierung gesellschaftlicher Freiheit sich die Befriedigung eines erfüllten Lebens erwarten dürfen — wie sehr auch die menschenfeindlichen Aktionen des Kapitals sich momentan dagegen auswirken mögen.

Im Gefolge der Studentenbewegung ist wissenschaftliche Arbeit wieder möglich geworden, der es, trotz erheblicher Behinderungen seitens des Staates und der Hochschulen, gelingen konnte, das ökonomische Fundament der bestehenden Gesellschaft in seiner Fragwürdigkeit allen, die dafür aufgeschlossen sind, bewußt zu machen und die Auswirkungen des Anachronismus der kapitalistischen Produktion in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen aufzudecken. Demokratische Wissenschaftler haben sich zur Abwehr der im Namen der Freiheit der Wissenschaft versuchten Liquidierung dieser endlich errungenen relativen Freiheit der Wissenschaft zusammengetan und sich bemüht, die Öffentlichkeit auf die drohenden Gefahren für die Demokratie aufmerksam zu machen. Inzwischen ist es schon fast nicht mehr nötig, auf das wachsende antidemokratische Potential in der Gesellschaft hinzuweisen, es dokumentiert sich von Tag zu Tag selbst durch augenfällige Ereignisse

In dieser Situation führt die bloße Enttarnung des Klassenfeindes, den man, wenn man will, allüberall am Werke sehen kann, nicht zur erhofften massenhaften Gegenwehr, sonder eher zu apathischer Schicksalsergebenheit. Eine Wissenschaft, die nur solcherart sich kritisch gegenüber der Realität verhält, vermag den Studenten den Weg aus ihrem akademischen Utopia in die konflikterfüllte gesellschaftliche Praxis nicht zu ebnen, treibt sie vielmehr noch mehr in eine Isolation zurück, in der die einstigen Wunschphantasien sich zunehmend in Angsträume auflösen. Die um die vollständige Entdeckung der Realität bemühte Theorie, die seit Jahren bemerkenswert erfolgreich war, wo es darum ging, das Gegebene in seiner positiven Scheinhaftigkeit zu entlarven, verschleiert sich so selbst wieder den Blick auf die Momente wirklicher Positivität. Wo eine Gesellschaft für nichts gilt, wenn sie sich nicht als wahrhaft sozialistisch darbietet, muß natürlich übersehen werden, daß der langjährige Friede in Europa, um den sich auch ansonsten eher kapitalfreundliche Kräfte notgedrungen verdient gemacht haben, oft ganz wider Willen der Beteiligten

den Boden für eine schließlich voll sich entfaltende sozialistische Demokratie mehr bereitet als etwa revolutionistische Drohgebärden seitens staatlich angestellter Hochschuldozenten. Und wo die gegenwärtige bürgerliche Demokratie, an radikaldemokratischer Elle gemessen, wegen ihrer Dienlichkeit für die Herrschenden für verächtlich befunden wird, da fällt der Gesinnungswandel großer Teile der Bevölkerung von obrigkeitstaatlicher oder gar faschistischer Befangenheit hin zu einer in der deutschen Geschichte früher unbekannten demokratischen Prinzipienhaftigkeit auch nicht weiter ins Gewicht.

Eine Wissenschaft, die sich nicht allein am Kapitalismus als ihrem Intimfeind festbeißt, sondern in der Lage ist, den Gang der Geschichte im ganzen zu überschauen, wird auch in den Niederlagen noch die Momente des Fortschritts ausmachen können, die festzuhalten sind, sie wird über der Minimierung der Demokratie nicht die immer noch währende Bereitschaft der großen Bevölkerungsmehrheit vergessen, die bestehende Demokratie, so unzureichend sie auch sein mag, sich nicht nehmen zu lassen und sie auch gegen jene Systemzerstörer zu verteidigen, als die sie nun gerade die rebellierenden Studenten anzusehen gelehrt worden ist. Diese Studenten ihrerseits haben lange Zeit als fast die einzigen gespürt, daß die Erschütterungen des demokratischen Rechtsstaats nicht von einzelnen Personen oder Organisationen herrühren, sondern aus den Umwälzungen in seinem eigenen ökonomischen Fundament.

Gelingt es, mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung des geschichtlich Erfahrenen der Vielzahl der orientierungslosen Studenten nahezubringen, daß die errungenen demokratischen Positionen immer noch stark genug sind, um eine nach historischer Notwendigkeit fortschreitende gesellschaftliche Praxis möglich zu machen, so wird auf der anderen Seite das sensibilisierte studentische Krisenbewußtsein auch in die Selbstzufriedenheit der Bürger eindringen und ihren Blick für die wirklichen Feinde ihres mühsam errungenen Besitzes an Gütern und Rechten schärfen können. Erfüllt die Wissenschaft die hier ihr zufallende Funktion, so kann sie, gerade indem sie im vollsten Maße Wissenschaft ist, damit auch schon politisch wirken. Wo hingegen demokratische Wissenschaftler fortgeschritteneren Alters die ihnen sich in ihrer wissenschaftlichen Arbeit aufdrängenden Einsichten meinen verleugnen zu müssen, um jenseits der skrupulösen Theorie endlich wieder einmal unbeschwert Praxis zu betreiben, sobald der gewohnte Streikruf der Studenten ertönt, da hinken sie, auch wenn sie beflügelten Schrittes an vorderster Front mitzumarschieren meinen, in Wirklichkeit nur hinter der Aufgabe theoretisch-praktischer Aufklärung her, die sich ihnen aus eben diesen Streikaktivitäten und ihren Ursachen heraus stellt.

Alessandro Mazzone

Der schwarze Kern der Roten Brigaden

An einem naßkalten Dezembermorgen des Jahres 1969 explodierte in der Schalterhalle einer Bank an der Piazza Fontane, ein paar Schritte vom Mailänder Dom, eine Zeitbombe. Es starben 15 Menschen. Der Eindruck war enorm: Zum ersten Male seit der Befreiung vom Faschismus war der Terror in seiner brutalsten Form wieder da. Binnen weniger Tage faßte die Polizei den mutmaßlichen Täter, einen Ballettänzer namens P. Valpreda. Gesinnung: Anarchist. Sein Komplize, ein ehrbarer und von seinen Arbeitskollegen geschätzer Mailänder Eisenbahner, G. Pinelli, war ebenfalls als anarchistischer Träumer polizeibekannt. Er sprang aus dem Fenster eines Verhörzimmers im 4. Stock des Polizeipräsidiums und starb sofort — so hieß es damals.

Es dauerte Jahre, bis nach hartnäckigem Recherchieren, Justiz- und politischen Skandalen, Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Kämpfen aller Art — und auch anderen blutigen Anschlägen —, ein dickes Netz von Lüge, Protektion und wahrer Komplizenschaft nach und nach zerrissen wurde. Erst nachdem ein mutiger Untersuchungsrichter allerlei Druck und eine Lynchkampagne gegen sich selbst und seine Behörde überstanden hatte, durfte überhaupt erst der Verdacht gegen die neonazistische Zelle, die heute wegen Massenmords an der Piazza Fontane auf der Anklagebank sitzt, ausgesprochen werden. Als die Neonazis nach und nach politisch isoliert und endlich strafrechtlich belangt wurden, zeigte sich, daß hohe und höchste Beamte der Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Richterschaft, der Geheimdienste, verschiedene Ministerien, die Armee, nicht bereit waren, die Erfinder und Regisseure der angeblichen „Anarchistentat" mit der gebotenen Energie zu verfolgen, vielmehr bereit waren, im trüben politischen Wasser, das da reichlich floß, selber zu fischen. In jenem Herbst 1969 wurde die *Strategie der Spannung* geboren, die heute noch, in geänderten Formen, andauert. Und sie wurde geboren als wohlüberlegte Verbindung von faschistischem Terror „außerhalb", mit Zielsetzungen „innerhalb" des Staatsapparats, die nicht offen zu vertreten waren.

Herbst 1969 — das war der „heiße Herbst", jener monatelange beispiellose gewerkschaftliche und politische Kampf von Millionen, durch den nicht allein die italienischen Industrielöhne zum ersten Male auf ein mit anderen Industrieländern vergleichbares Niveau angehoben wurden, sondern darüber hinaus dank der sich anbahnenden Einheit der Gewerkschaften und der ganzen Arbeiterklasse *die gesellschaftspolitischen Gesamtfragen, die sich aus der spezifischen italienischen Form der Nachkriegsexpansionsperiode* des Kapitalismus ergeben hatten,*von den Werktätigen auf die Tagesordnung gesetzt wurden:* „Riforma della casa" — d.h. die Frage der Ballungszentren und des Mietwuchers, überhaupt der Lebensbedingungen in den Städten; „Riforma della salute", d.h. die Frage des Gesundheitswesen; „Riforma della scuola", die Frage einer modernen, demokratischen Bildung und Ausbildung für das Millionenheer der Schüler und Studenten im 7. Weltindustrieland, in einem Land, wo die allgemeine Schulpflicht, seit 100 Jahren auf dem Papier, faktisch eben erst durchgesetzt worden war; und schließlich am Ende der Periode der Landflucht und der neueren Massenauswanderung: „der Mezzogiorno an erster Stelle", d.h., die Forschung, daß der italienische Süden, die alte Binnenland-Halbkolonie des Kapitals, zum Zentrum einer neuen, menschenwürdigen Entwicklung gemacht werde.

In den folgenden Jahren erwiesen sich alle diese Forderungen immer mehr als notwendig: nicht allein für die Wohlfahrt einer gesellschaftlichen Gruppe (und sei es der zahlreichsten ...), sondern für *die Entwicklung,* ja *selbst das Bestehen eines zivilisierten Lebens in unserem Lande.* Die einsetzende neue Phase der allgemeinen Krise des Kapitals seit 1973 verschärfte die Widersprüche und verringerte den Spielraum für Scheinlösungen. Während die Bewegung der Massen, die politische Debatte sich vertieften und verbreiteten, bis durch die Wahlen von 1975 und 1976 die Frage auch auf parlamentarischer Ebene gestellt wurde (denn es war nicht mehr möglich, die Republik *gegen* oder *ohne* die Arbeiterklasse und ihre Organisationen zu *regieren),* versteiften sich verständlicherweise die Widerstände gegen eine immer dringlicher werdene Erneuerung, deren Umrisse, Breite und Tiefe aber auch immer klarer und „schrecklicher" wurden, so daß sich die Lage in der Wirtschaft, in den Institutionen, kurz im ganzen gesellschaftlichen und staatlichen Leben gefährlich zuspitzte. Politisch gesagt: Heute geht es nicht allein darum, eine Erneuerung durchzusetzen, sondern darum, die Republik durch Erneuerung zu verteidigen, damit sie der Erneuerung dient; und heute muß die Republik *auch* verteidigt werden gegen einen Terrorismus, der nicht mehr, wie 1969, seinen alten Arbeiterhaß und „neuen" elitären neonazistischen Wahn dank lässiger und untreuer Staatsdiener „ultrarevolutionär" übertünchen kann, sondern erklärtermaßen als „proletarisch" auftritt und durch Benutzung „marxistischen" und „leninistischen" Vokabulars in einer schwieriger gewordenen politischen Gesamtlage versuchen kann, sich als politisches Subjekt darzustellen und durchzusetzen. Letzteres ist, wie man weiß, den „roten" Brigaden verwehrt worden. Während der Krise nach der Entführung und Ermordung Aldo Moros wurden alle Versuche der Terroristen, *politische* Anerkennung zu finden, zurückgewiesen. Kein Verantwortlicher hat etwa gesagt, die demokratischen Parteien und die Staatsorgane müßten angesichts der Terroristen standhalten, weil diese „eine Revolution" im Sinne führten, sondern einfach deshalb, weil sie als Banditen und Mörder anzusehen und zu behandeln wären. Doch bleibt zu fragen, welche Entwicklungen es in den letzten Jahren möglich machten, daß der Terrorismus in Italien nunmehr mit neuer Qualität neue *objektive* politische Wirkungen haben, mindestens aber versuchen kann, diese zu erzielen.

Daß der Terror dem Kampf der Arbeiterklasse fremd und schädlich ist, wissen wir seit 100 Jahren, und das weiß auch jeder, der nicht interessehalber diese einfache Wahrheit vertuschen möchte. Gerade darum nützt es wenig, abgebrühten Lügnern auf der einen, irregeleiteten Wirrköpfen auf der anderen Seite zu wiederholen , was sie ja nicht hören wollen. Um die Frage konkret zu stellen, muß man meines Erachtens wenigstens skizzenhaft auf drei Fragenkomplexe eingehen: 1) den Klassencharakter der italienischen Republik; 2) die widersprüchliche Entwicklung staatlicher und halbstaatlicher Organe im italienischen monopolkapitalistischen „Wohlfahrtstaat"; 3) die Funktion der anarchoiden und pseudodemokratischen Demoralisierung in dieser Phase der politischen Klassenauseinandersetzung. Diese Fragen möchte ich gesprächsweise, ohne Anspruch auf „wissenschaftliche" Vollständigkeit im folgenden erörtern.

I.

Ein Teil der herrschenden Klasse hat die „demokratische Republik", mit der werktätigen „Arbeit als Grundlage", deren „Aufgabe" es ist, die realen Ungleichheiten, die „der politischen und sozialen Gleichheit der Bürger" im Wege stehen, „zu beseitigen" (§ 1 und 3 der Verfassung von 1948), immer nur als nützlich-unsinnige Schmuckphrase anerkannt, hinter der alles beim Alten bleiben sollte. Zwar war tatsächlich diese Republik aus der antifaschistischen Umwälzung aufgrund eines Kompromisses von Klassen entstanden und ursprünglich sogar maßgeblich von den Volksmassen getragen: Doch in den Jahren des Kalten Krieges (die für uns in erster Linie Jahre der kapitalistischen Restauration und des Zurückkrollens der demokratischen Errungenschaften von 1945 — 1947) konnte der Innenminister und spätere Ministerpräsident Mario Scelba öffentlich erklären, die Verfassung der Republik sei „eine Mausefalle". (Es gibt eben „gute", d.h. gutbürgerliche „Verfassungsfeinde" ...). Die Leute, die z.B. 1970 mit den Putschgelüsten des neofaschistischen Fürsten Borghese liebäugelten, saßen in höchsten und höchst empfindlichen Stellen des Staatsapparates (wie der ebenfalls putschfreudige Oberkommandierende der Carabinieri, De Lorenzo, der später abgesetzte Geheimdienstchef Miceli usw.). Einige dieser Leute verlieren erst in den 70er Jahren, nach wechselvollen politischen und prozeduralen Kämpfen ihre Spitzenpositionen. Erst 1977 — unter einer Regierung, die zum ersten Mal seit 1947 indirekt von den Kommunisten mitunterstützt war — konnten u.a. die höchst vertrauenswürdigen, CIA-durchsetzten, mit vielen offenen und verborgenen Unternehmungen gegen den Bestand der Republik belasteten, zivilen und militärischen Geheimdienste erneuert werden. Die bisher spektakulärste Aktion der sogenannten „Roten Brigaden", die Entführung und Ermordung Aldo Moros, traf übrigens die Republik im Zustand der Reorganisation der Geheimdienste, von dieser Seite also „unabgesichert". Aber erstens wurde die Republik in jenen Tagen aktiv „gesichert" durch die Massendemonstrationen Hunderttausender, die dem Appell der Gewerkschaften und der Parteien, allen voran die Kommunisten, folgten und so praktisch zeigten, daß die „rotfarbene" Tarnung der Terroristen nicht zu trügen vermag; und, zweitens, ist es fraglich, auf welche Seite sich unsere unzuverlässigen „Staatsschützer" von gestern in der Stunde der Konfrontation mit den „roten" Brigaden geschlagen hätten. (Diese *mußte,* nebenbei bemerkt, dem römischen Korrespondenten eines Hamburger Nachrichtenmagazins entgehen, der seiner schlampig recherchierten, von Tatsachenverdrehungen und leicht nachprüfbaren Detailfälschungen strotzenden Titelgeschichte „Herrschen die Roten Brigaden?" jüngst „geschichtliche" Tiefe zu verleihen glaubte, indem er ein — zurechtgestutztes — Mussolini-Zitat als Motto wählte.)

Wo die Lippenbekenntnisse zur Demokratie nicht mehr genügen, da es ernst zu werden droht mit der Einheit von Demokraten und Sozialisten zur Verteidigung und Erneuerung der Republik, ist es verständlich, daß die Erben der diversen De Lorenzo, Miceli und Co. in der Verwaltung, Justiz usw., sowie ihre längst noch nicht chasssierten Freunde und Gefolgsleute verholen, aber umso erbitterter Widerstand leisten gegen eben diese Verteidigung und Erneuerung. Niemand weiß bis heute, wer die führenden Köpfe und Drahtzieher der „roten" Brigaden sind. Möglich ist, daß wir erst nach Jahren — wie seinerzeit im Falle Piazza Fontana — erfahren werden, wie es ihnen z.B. möglich war, die Leiche des ermordeten Aldo Moro mitten im Zentrum des polizeidurchkämmten Rom abzustellen.

II.

„Corpi separati" („abgetrennte Körperschaften") ist im politischen Sprachgebrauch der letzten Jahre die Bezeichnung für jene Organe, welchen durch die jahrzehntelange Diskriminierung der sozialistischen und kommunistischen Linken *politisch* ermöglicht wurde, sich abseits von Massenorganisationen, Parteien und gewählten Körperschaften zu entwickeln. (Diese sind „klassische" Staatsorgane wie Armee, Justiz, Polizei; aber auch tausende Körperschaften des modernen „Wohlfahrtsstaates", vom Dachverband der Landwirtschaftsgenossenschaften bis zu Krankenkassenhauptverwaltungen usw., und nicht zuletzt wirtschaftliche Organisationen: Denn eine Besonderheit des italienischen Staatsmonopolistischen Kapitalismus besteht darin, daß fast die Hälfte der Industrieproduktion direkt oder indirekt vom „öffentlichen" Finanzkapital abhängt. Ohne Kontrolle, sei es der Massen, sei es auch des Parlaments, hat sich diese „materielle" Staatlichkeit *und* „Bürgerliche Gesellschaft"[1] teils konserviert, teils neu formiert — „abseits" eben von der Legitimität des politischen Lebens, das sich in Massenorganisationen, Parteien, Kommunen und Parlamenten abspielt.

Dieses System ist nun in den letzten 10 Jahren in eine immer tiefere Krise geraten. Der Druck der Massen, die Entwicklung demokratischer Lebensformen (Gewerkschaftseinheit und gesellschaftspolitische Gesamtforderungen der Werktätigen, neue Basisorganisationen wie die Fabrikräte, partieller Zusammenbruch des Antikommunismus in der Mehrheit der Bevölkerung, begleitet durch den Wunsch, *gemeinsam* an einer Erneuerung zu arbeiten usw.) sind sozusagen nur *eine* Seite dieser Krise. Die andere Seite: Das Regierungssystem der DC beruhte auf einer breiten Streuung von „Befriedigung", die pressure-groups jeder Art gewährt wurden — von der kleinkarierten Korruption durch Aufblähung der Beamtenplanstellen in Zentren der Arbeitslosigkeit bis hinauf zu den tausenden Milliarden Lire verlorener Staatszuschüsse für private wie „öffentliche" Unternehmen, abseits von jeglicher langfristiger Industriepolitik, ganz zu schweigen von einer kohärenten Gesellschaftspolitik, einer Programmierung der Forschung, der Technologie, des Bildungs- und Ausbildungswesens usw. Dieses System stößt nur an eine Grenze, die zugleich die Konkurrenzfähigkeit der italienischen Industrie auf dem Weltmarkt, ja das Fortbestehen des Landes als moderne Nation in Frage stellt.

In dieser Situation aber schlagen sich die Verkrustung der parasitären Interessen, die — wie wir sagen — „korporative" Zersplitterung der Gesellschaft, aber auch mächtige internationale Interessen an der Schwächung des italienischen Konkurrenten in einer Zeit der verschärften interimperialistischen Widersprüche, in einer objektiven *Allianz des Nihilismus* nieder. „Nichts soll mehr gehen" in dieser Republik — das ist die unausgesprochene Parole dieser Allianz — schon erst recht nicht, seit die Kommunisten zur Regierungsmehrheit gehören, seit die „Gefahr" greifbar nahe wird, daß die Volksmassen — nicht mehr durch entpolitisierende „Beschäftigung" an der Irrsinnsgrenze des Antikommunismus „abgelenkt" — ihre Interessen im Staate kräftiger

zum Tragen bringen. Zugleich aber (und gerade darum unterstreicht die IKP immer wieder den umfassenden Charakter der nicht nur ökonomischen, sondern auch sozialen und moralischen Krise des Landes) öffnet sich hier ein weites Feld für allerlei Manöver der Demoralisierung. Parasitäre Verkrustung — das bedeutet auch Paralyse wesentlicher Funktionen, vom Schul- zum Fernmeldewesen, vom Gesundheitswesen zur Finanzverwaltung usw.; „korporative" Zersplitterung — das bedeutet auch, daß mächtige ökonomische wie ideologische Hebel angesetzt werden, damit jede Gruppe sich in der *Verteidigung* ihrer unmittelbaren Interessen abkapselt und damit die reale Perspektivlosigkeit *des Systems* (das z.B. einer *Mehrheit* der Jugendlichen heute weder sinnvolle Ausbildung noch sinnvolle Arbeitsplätze anzubieten vermag) als *eigene* Perspektivlosigkeit erlebt wird, als Verzweiflung, welche den Parolen impolitische Resignation oder der sinnlosen Revolte offensteht. Korporative Verteidigung statt klassenbewußter Angriffsstrategie, erlebte Unmittelbarkeit statt zielbewußter Mühe des kollektiven Aneignens der Mittel zur Erneuerung — das ist der Boden, auf dem die sogenannten „Autonomi" („die Selbständigen", d.h. nicht politisch und gewerkschaftliche Gebundenen) gedeihen können, unter studentischen Jugendlichen, neulich sogar auch bei einer Minderheit der Arbeiterklasse. Zu Nutz und Frommen der wesentlichen Privilegien, aber auch allerlei reaktionärer Macht- und Pfründeherren in den „corpi separati" soll geradezu die „guerra dei poveri" (der „Krieg unter den Armen") geschürt werden: beschäftigte gegen unbeschäftigte Werktätige, „reiner" Norden gegen „rückständigen" Süden — es ist dies für jeden Italiener, der seine eigene Geschichte kennt, ein ebenso altes wie widerwärtiges Lied.

Die reaktionäre Lösung wird auch schon verkündet: „Sanierung" durch radikale Beschneidung der Produktionsbasis auf einige international konkurrenzfähige Konzerne, einige Tausende mehr oder weniger von diesen abhängige Zuliefer- und Konsumgüterbetriebe und der Rest — ab in den halbkolonialen Status des alten Südens oder der „modernen" großstädtischen Gesellschaftsruinen. Der Weg hierzu ist aber nur durch Brechung der Einheit der Werktätigen zu ebnen, durch Brechung des Bewußtseins der Arbeiterklasse, daß sie — so, wie sie vor 39 Jahren die hegemoniale Kraft in der antifaschistischen Umwälzung und bei der Errichtung der demokratischen Republik war —, heute die einzig mögliche hegemoniale Kraft sein kann bei der Vertiefung der Demokratie und bei der Erneuerung der Republik. Ein solches Bewußtsein aber ist niemals einfach „da" — es baut auf geschichtliche Erfahrungen und wird tagtäglich durch neue politische Erfahrung bekräftigt oder geschwächt. Zu seiner Schwächung eignet sich ja vorzüglich die Verbreitung des Chaos, auch der — reale oder manipulierte — „Nachweis", daß geduldige politische Arbeit wirkungslos, dagegen das romatisch-blutige Abenteuer eines konspirativen Angriffs gegen „die" Mächtigen höchst wirksam (und sei es auch massenmedienwirksam ...) sei. Geradeso steht es auch immer wieder zu lesen in den Verlautbarungen der „roten" Brigaden.

Die irrationale Phantasie spielt eine sehr handfeste politische Rolle — als ideologischer Irrationalismus. (Hier aber kann ich kurz sein. Ihr Deutschen kennt ja aus Eurer Geschichte die politische Logik des Irrationalismus nur allzu gut.) Faktisch haben die Terroristen, die Aldo Moro exakt an dem Morgen entführten, wo die neue Mehrheit mit den Kommunisten sich anschickte, ihr Vertrauensvotum im Parlament auszusprechen

und darauf 8 Wochen lang das Land in Atem hielten, *einen* politischen Erfolg zu verzeichnen. Es wurden aus dem Massenbewußtsein die *wirklichen,* brennenden Fragen verdrängt, die zentrale *politische* Frage: Wird die neue Regierung überhaupt *regieren,* und was ist zu tun, damit das auch geht, und zwar in die gute Richtung — verschwand mitten in der Krise aus der Tagesordnung. Eine Weile lang sagten wieder die Kommunisten ziemlich allein, daß jeder verlorene Tag zunächst für die demokratischen Kräfte verloren, für diejenigen aber gewonnen wird, die in einer kritischen und chaotischen Lage umso besser hoffen können, ihre Privilegien zu retten. Auch hier: Mit Namen und Adressen wissen wir nicht, wer die „roten" Brigaden anführt. In der Politik gilt aber doch noch immer das alte „cui prodest", „wem nützt's?", und dieser Pudel zeigte in der Gefährdung der mühsam, nur teilweise erreichten politischen Einheit der Massen und der Parteien *ohne Antikommunismus, seinen reaktionären Kern.*

III.

Damit wird m.E. ein drittes Element berührt, das zur Ortung der objektiven Funktion des heutigen Terrorismus in Italien beitragen kann. Es handelt sich um die politisch-ideologische Gegenoffensive des Konservatismus, die sich in den letzten Jahren quer durch Schichtungen und Gruppierungen der italienischen Gesellschaft entfaltet. *Der antikommunistische „Damm" im Massenbewußtsein ist ja nur dann wieder zu errichten, wenn sich der Schrei nach geordneten, sinnvollen, freiheitlichen Zuständen gegen jene richtet, die eben solche Zustände errichten können und wollen.* Auf diesem Gebiet ist es natürlich unsinnig, Hirngespinsten über eine ideologische „Verschwörung" nachzujagen: Es handelt sich um objektive Tendenzen, die sich in sehr verschiedenartigen Bewußtseinslagen umsetzen und gerade darum *per saldo* einen politischen Sinn ergeben — in diesem Falle, wenn ich mich nicht täusche, nach rechts. Wenn sich z.B. die „roten" Brigaden „leninistischen" Sprachguts ausgiebig bedienen, so sollen nicht nur alte Gespenster in politisch unterentwickelten Kleinbürgerköpfen wieder aktiviert werden (siehe die schändliche Kampagne, der sich leider auch einige führende Männer der DC angedient haben; „Die Kommunisten seien zwar gegen die Terroristen, doch seien sie ihre geistigen Väter zumindest *gewesen*"). Hier soll vielmehr die geschichtliche Erfahrung der italienischen Demokrtie, ihres antifaschistischen Höhepunktes, ihrer schwierigen, widerspruchsvollen Entwicklung bis zur heutigen Krise überhaupt verwischt werden. (Und in jenem „gewesen" steckt die Giftspitze: Was hier suggeriert wird, heißt im Klartext: „Es gibt nur Revolutionäre gleich „Leninisten" gleich Terroristen, oder aber, wenn ihr Euch schon davon distanziert, so bekennt Euch doch zur ewig-abstrakten „Freiheit und Demokratie", werdet „richtige" Demokraten wie wir selbst, erkennt und sagt, daß Demokratie eben das ist, was der kleine Michel darunter versteht, froh, daß er keinen Schlag bekommt, wenn er sein Maul auftut, und ansonsten wissend, daß die „Ohren", die „Experten", die „Fachleute" dazu da sind, Politik zu machen und für sein Wohl zu sorgen.)

Kurzum: Der geschichtlichen und politischen Wahrheit, daß wir genausoviel freiheitliche und demokratische Ordnung haben, wie die italienischen Werktätigen in einem dreiviertel Jahrhundert andauernden Kampf durchgesetzt haben und genausoviel *Unfreiheiten,*

autoritäre Rückständigkeit, Ignoranz und Chaos haben, wie im Interesse einer Klasse aufrechterhalten wird, welche spätestens im Faschismus zeigte, was Freiheit der Bürger und Unabhängigkeit der Nation ihr wert sind — *dieser* geschichtlichen und politischen Wahrheit soll die abstrakte, verdummende Antithese entgegengehalten werden — „Freiheit oder Sozialismus", „Ordnung oder die «Roten»" usw. usf. Zu solchem Zweck sind aber die „roten" Brigaden und ähnliche Handlanger (ungeachtet der subjektiven Überzeugung Einzelner) ein wahrlich ausgezeichnetes und probates Mittel, wie Figurar zeigt und vielleicht nicht nur in Italien.

Anmerkungen

1 Vgl. schon bei Gesamtstaat = Staat + Bürgerliche Gesellschaft (società civile, civil society).
2 Eine interessante Zusammenstellung von Fakten zur Terrorszene in Italien bei L. Barbini, *Italiens Terrorismus wurzelt im Faschismus,* „Die Wahrheit", Berlin(West), 17 Juli 1978.

Jens Brockmeier

Das methodologische Interesse des historischen Materialismus an der Renaissance

Der Erkenntnisanspruch des frühbürgerlichen Materialismus und seine ästhetische Ausprägung in der Renaissance

I.

Eine der politisch folgenreichsten Leistungen des historischen Materialismus besteht in der Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen der Geschichtsmächtigkeit der Arbeiterklasse und der bewußten Aneignung der eigenen und der vorangegangenen Geschichte. Mit diesem bewußten, aneignenden Zugriff auf die Geschichte ist zwar ein wesentliches Kennzeichen einer entwickelten dialektisch-materialistischen Theorie angedeutet, keineswegs jedoch auch schon der historisch erste Ausdruck systematischer materialistischer Welterkenntnis benannt. Sowohl in der Antike wie in der Neuzeit haben sich die frühesten materialistisch reflektierten Formen von Weltvergegenwärtigung vielmehr im Bezug auf die materielle, objektive **Natur** und ihre menschliche Aneignung herausgebildet. In Naturphilosophie „und -spekulation" sind die Anfänge materialistischer Theoriebildung aufzufinden.

Im Folgenden soll u.a. die Auffassung belegt werden, daß die historisch-materialistische Aneignung von **Geschichte,** wie sie z.B. von marxistischen Theoretikern wie *Antonio Gramsci* und *Walter Benjamin* vertreten wird, gleichwohl in einem engen, praktischen und politischen Zusammenhang zu jenem Bemühen der neuzeitlich-frühbürgerlichen Materialisten steht, sich die **Natur** und ihre Gesetzmäßigkeiten rational anzueignen. Jene ersten materialistischen Versuche, die Natur als ein in sich selbst begründetes Ganzes, somit auch aus sich selbst heraus rational begreifen zu können, haben ihren materiellen Ursprung — wie hier allerdings nur thesenhaft umrissen werden soll — im Rahmen der sozialen und ideologischen Auseinandersetzungen, die den historischen Formationsumbruch von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft in Mitteleuropa begleitet, reflektiert und mitbetrieben haben.

Wenn man die Einschätzung teilt, daß sich im 15. bis 17. Jahrhundert mit der allmählichen Entstehung neuer ökonomischer Produktionsverhältnisse eine geschichtliche Umwälzung von außerordentlichem Ausmaß abzeichnete, die alle gesellschaftlichen Bereiche, alle kulturellen und geistigen Dimensionen jener Zeit mit umfaßte, so liegt es nahe, die selektierende Sehweise der 'klassischen' historischen Einzeldisziplinen, wie Philosophie-, Kunst-, Wissenschaftsgeschichte usw., nur bedingt gelten lassen kann. Vielmehr scheint es sinnvoll, zunächst einmal unabhängig von den Gegenstandsgrenzen der bestimmten Fachgebiete die Herausbildung eines materialistischen Verständnisses in seinen allgemeinen Grundzügen zu betrachten und im Nachvollzug dieser Grundzüge die spezifischen Ausprägungen in den ästhetischen und theoretisch-wissenschaftlichen Reflexionen zu rekonstruieren. Es soll in den folgenden Überlegungen dabei auch zum

Ausdruck kommen, daß der Bezug auf eine historische Einzeldisziplin wie der Wissenschaftsgeschichte — und in der *Renaissance* kann neben der Technikgeschichte gerade die Kunstgeschichte als wissenschaftsgeschichtliche Quelle dienen — für eine materialistische Rekonstruktion geschichtlicher Prozesse auch deshalb geboten ist, um der Gefahr zu begegnen, ihren Gegenstand auf eine bloße historische Sozialkunde zu reduzieren. Diese Gefahr ist genau dann gegeben, wenn neben der sozialgeschichtlichen Dimension die wissenschaftsgeschichtliche Fragestellung vernachlässigt wird und die Untersuchung damit ausblendet, welche speziellen **materiellen Erkenntnisbedingungen und -möglichkeiten** einer bestimmten historischen Epoche objektiv zu Grunde lagen. Eine Folge dieser Verengung des historisch-materialistischen Zugriffs auf die Geschichte besteht dann selbst für einen solchen, nicht-idealistischen Ansatz darin, daß sie metaphysische Gegenüberstellung von sogenannten 'externen' und 'internen' Momenten der Wissenschaftsentwicklung (vgl. LEFEVRE, 1977, S. 64) nicht überwunden werden kann. Wenn allerdings nun in dem hier Ausgeführten die Untersuchung der 'gesellschaftlichen Dimension' vernachlässigt wird, so nicht zuletzt deshalb, weil eine auch nur annähernd umfassende historische Rekonstruktion des Formationsumbruchs Mittelalter-Neuzeit hier nicht beabsichtigt sein kann. Es soll vielmehr nur auf einen im Rahmen einer solchen Untersuchung relevanten Aspekt hingewiesen werden. Die Beschäftigung mit dem historischen 'Fall' Renaissance und mit dem frühbürgerlichen Materialismus scheint an diesen Aspekt einleuchtend erinnern zu können und so das Interesse für eine bestimmte Art der materialistischen Aneignung von Geistes- und Wissenschaftsgeschichte zu unterstreichen.

Die Probleme, die sich aus der bewußten und systematischen Aneignung von Geschichte ergeben, sind dabei keineswegs neu. Sie scheinen an einer Grundschwierigkeit konzentriert zu Tage zu treten. „Denn, um das innere, materielle Bewegungsgesetz des historischen Prozesses in eben seiner gesetzmäßigen Form zu begreifen — ..." und dieses Erkenntnisinteresse ist es, was den historischen Materialisten auszeichnet — ist vorab ein Aufbrechen des geschichtlichen Kontinuums gerade dort zu leisten, wo sich Diskontinuitäten in seinen treibenden Bewegungen zeigen. Auf diese Diskontinuitäten, die Krise, den Bruch und seine genetische Erklärung kommt es dem kritischen Geschichtsverständnis an.

Die Methode, die vor allem in der ideologietheoretischen Rezeption von Geschichte zu solchen Einsichten zu führen vermag, hat *Walter Benjamin* auf den Begriff des **'Aufsprengens'** bringen wollen. In seinen geschichtphilosophischen Thesen reflektiert er die Notwendigkeit und Schwierigkeit dieses Verfahrens. Wenn er hier (BENJAMIN, Begriff, 1974, S. 691 f.) die Auffassung formuliert, daß der historische Materialismus eine entwicklungsgeschichtliche Kontinuität des historischen Prozesses nur zu begründen vermag, wenn es ihm gelingt, die organische Einheit des historischen Totums gerade dort aufzubrechen, wo der Analyse des einzelnen Elementes die Analyse seines Zusammenhangs mit dem Allgemeinen geradezu eine Bedingung ist, so tut er das mit einem praktisch äußerst relevanten Grund. Die lebenswichtige Bewandtnis, die es mit diesem Grunde hat, wird deutlich, wenn man den gleichen Gedanken in dem Kontext berücksichtigt, in dem ihn zur ungefähr gleichen Zeit *Antonio Gramsci* ausführt.

Das, was *Benjamin,* den besonderen Umständen seiner und der deutschen Geschichte geschuldet, vor allem als methodische Zusammenfassung seiner Arbeiten zur Literaturgeschichte und -kritik gilt (BENJAMIN, Briefwechsel 1974, S. 1223/6), beschäftigt *Gramsci* als zentrale Frage der politischen Strategie einer sozialen Bewegung, deren Bestreben die praktische Beherrschung der Geschichte entsprechend der Einsicht in ihre Notwendigkeiten ist. Sein Interesse zielt auf die Erarbeitung einer Theorie gleichermaßen für die politische Praxis wie für die Philosophie der Arbeiterbewegung, in der er den Träger dieser vernunftgeleiteten Praxis sieht. Die Arbeiterbewegung, so glaubt Gramsci aus der Entwicklung in Italien und Deutschland in den 20er und 30er Jahren schließen zu können, wird in ihrer Existenz jeweils dann äußerst bedroht, wenn sie in der Einschätzung der Bedingungen ihrer Politik die Analyse ihrer geschichtlichen Voraussetzungen vernachlässigt. Bei der Beantwortung der Frage, wie das historische Subjekt der Epoche seine zumindest in Mitteleuropa verlorene Geschichtsmächtigkeit zurückerlangen und sich langfristig der komplexen 'Festungsanlage' des bürgerlichen Staates bemächtigen kann, bemüht sich Gramsci somit auch um ein gründlicheres Verständnis der eigentümlichen Natur des geschichtlichen Prozesses. Besonderes Gewicht legt er dabei vor allem darauf, geschichtliche Entwicklungen als **Entwicklungen einer organischen Einheit** zu begreifen. Diese Einheit ist zwar mannigfaltig gebrochen, widersprüchlich und in vielschichtige Einzelbereiche und 'historische Blöcke' gegliedert, aber sie ist elementar erst einmal **eine, ganzheitliche, materielle Totalität,** in der das Geflecht von Basis und Überbau zu erfassen ist. (GRAMSCI 1975, Vol. II, S. 1051) Zieht man aus dieser Einschätzung die erkenntnistheoretische Konsequenz, die letztlich auch für die politische, 'hegemoniale' Strategie, die Gramsci entwickelt, gültig ist, so führt diese zu einem Begriff von Erkenntnis, der unmittelbar aus der praktischen Handlung herzuleiten ist, oder, wie Gramsci schreibt, zu einer Theorie der Politik als einer Philosophie der Praxis. In der Perspektive einer solchen 'praktischen Erkenntnistheorie' — ein Begriff, der uns noch beschäftigen wird — liegt die politische Relevanz der Philosophie für den sozialen Emanzipationskampf. Sich zu einem aktiv agierenden Teil des Ganzen der gesellschaftlichen Widersprüche zu entwickeln und die Bewegung des Ganzen durch die bewußte Bewegung des Moments zu dominieren trachten, darin sieht Gramsci schließlich die Aufgabe jener praktischen Politik, auf die die Philosophie der Praxis zu orientieren hat.

Einem solchen Insistieren auf den politisch relevanten Vermittlungssphären von Basis und Überbau, wie wir es bei Gramsci finden, ist es ein wesentliches Anliegen, gerade den Zusammenhang zu beleuchten, der sich zwischen der praktischen Geschichte, der politischen Aktion einer Klasse und dem Begriff der Geschichte auftut, den diese Klasse aufweist. Warum die historische Analyse dort ansetzen muß, um das historische Kontinuum aufzusprengen, wo jene Theorie-Praxis Kontextur konkret wird, leuchtet ein, wenn man z.B. die politischen Erfahrungen berücksichtigt, die Gramsci und Benjamin mit dem zur Macht gelangten Faschismus unmittelbar machen mußten: Wurde doch die schematisierende theoretische Konstruktion der zwei disparaten Ebenen von materiellen Gegebenheiten und ihren ideellen Reflexen nicht zuletzt von der bürgerlichen Klasse in ihrer politischen Aktion selbst als trügerische entlarvt. Denn

wenngleich dem geschichtlichen Selbstverständnis der bürgerlichen Klasse das theoretische Bild ihre eigenen Ahistorizität aus durchaus materiellen Beweggründen wichtig ist, so verrät doch gerade die Realität und Wirksamkeit ihrer praktischen Politik, daß sie ein — beinahe instinktiv zu nennendes — Gespür für eine Klassenkampfführung besitzt, die sich zur Aufrechterhaltung ihrer Hegemonie auf ein sehr geschicktes Ausnützen eben der historischen Dialektik stützt, welche bewußt und ideologisch in dem bürgerlichen Verständnis von Geschichte geleugnet ist.

Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch eine unverhüllt terroristische Diktatur war der aktuelle Zusammenhang, dem sich Gramsci wie Benjamin gegenübergestellt sahen. Beide lassen keinen Zweifel an dem eminent politischen und letztlich lebenswichtigen Interesse, durch das sie sich in ihrem Bemühen um die Verfeinerung des analytischen Instrumentariums des historischen Materialismus angehalten sahen. Fragen wir nun vor diesem Hintergrund noch einmal genauer nach, welches methodische Verfahren mit dem Benjaminschen Bild des historisch-materialistischen 'Aufsprengens' gemeint ist und wie es jenem Verständnis des geschichtlichen Prozesses als einer **ganzheitlichen, materiellen Totalität,** entspricht, das uns bei Gramsci begegnete.

Durch die methodische 'Sprengung' des geschichtlichen Kontinuums soll ein bestimmtes historisches Moment freigelegt werden. Dieses nennt Benjamin den Punkt, zu dem sich der geschichtliche Prozeß als **„Monade"** kristallisiert (Begriff, S. 703). Sicherlich nicht ungewollt bezieht er sich damit auf eine Begrifflichkeit aus der Tradition der materialistischen Naturerklärungsversuche, in der die frühbürgerliche Philosophie die Entwicklung der klassischen Physik von *Galilei* bis *Newton* reflektierte. Vor allem *Leibnitz* bemühte sich darum, trotz aller letztlich weltanschaulichen Widersprüchlichkeit seines Philosophierens, dieses Programm, das die Natur als einen wesentlich in sich begründeten Zusammenhang zu begreifen suchte, durch eine monadologische Konstruktion zu realisieren — ähnlich der, die Benjamin für den Geschichtsprozeß forderte. Jede Monade, so führte Leibnitz aus, ist als ein Kristallisationszentrum unendlich vieler Strukturen zu verstehen, als der „vorübergehende Zustand, der eine Vielfalt in der Einheit oder in der einfachen Substanz einschließt und darstellt" (Leibnitz 1965, S. 445). Daß mit dieser Blickweise, die die Natur als einen großen Organismus wechselseitiger Bedingtheiten zu erfassen sucht, ein methodischer Ansatz angedeutet ist, der mutatis mutandis auch dem *historischen* Materialisten eigen ist, betont gleichfalls *Gramsci,* der u.a. daher auch auf Leibnitz verweist (GRAMSCI 1975, Vol II, S. 1060). Statt „Monade" verwendet er allerdings den — vielleicht wohl auch angemesseneren — Begriff **„Kulminationspunkt"** zur Bezeichnung der philosophischen Schlüsselstellen einer historischen Totalität.[1] So wie bei den frühbürgerlichen Naturtheoretikern die materielle Wirklichkeit als ein allseitiger Wirkzusammenhang begriffen wird (HOLZ 1958, S. 15), so wie im Experiment in der analytischen 'Sprengung' des organischen Naturzusammenhangs Einsichten in allgemeine und gesetzmäßige Regelmäßigkeiten gewonnen werden, so hat sich auch der historische Materialist seinen Gegenstand zu vergegenwärtigen. Er macht sich dabei systematisch und methodisch das zu eigen, was die frühbürgerliche Naturphilosophie des 17. Jahrhunderts in der Umsetzung ihres Programms der materialistischen Naturinterpretation in beeindruckender Klarheit zum

Ausdruck bringt: Tragweite und Verifikationsniveau der theoretischen Natureinsicht sind — auch noch in ihrer Rückwirkung — von der Befähigung des Menschen abhängig, praktisch in die Natur einzugreifen und sie sich durch die produktive Aneignung im Arbeitsprozeß zu vergegenständlichen. In seiner allgemeinsten Form läßt sich dieses innere Bedingungsverhältnis zwischen der Produktion von Erkenntnissen (zur Erkenntnis als Wissens*produktion* vgl. RUBEN 1976, S. 24f) und dem Prozeß der materiellen Produktion selbst dann eben auch dadurch verdeutlichen, daß es als das Verhältnis Mensch-Natur, und so als eine Beziehung des Menschen zu sich selbst verstanden wird. Die Natur ist der „unorganische Leib des Menschen", (wobei schon von der Natur des menschlichen Körpers abgesehen ist), wie es *Marx* formuliert. Denn, „daß das physische und geistige Leben des Menschen mit der Natur zusammenhängt, hat keinen andern Sinn, als daß die Natur mit sich selbst zusammenhängt ..." (MARX, S. 516).

II.

Wendet sich nun der historische Materialist, angehalten durch die Entwicklung der geschichtlichen Ereignisse und in seinen Verfahren bereichert durch die methodische Praxis gelungener Naturaneignung und -beherrschung, dem Studium jener historischen **Monaden** zu, in denen sich unmittelbar Theorie-Praxis Identitäten kristallisieren[2], so bietet sich diesem Studium ein historischer Gegenstand an, der seinen methodischen Interessen wie wenig andere entgegenkommt: der historische Ursprung der politischen und ideellen Emanzipation der Bourgeoisie. Hier tritt ihm nämlich, zudem auch noch als eine begrifflich und ästhetisch ausformulierte Aussage der Epoche selbst,genau das entgegen, was er eben als sein eigenes methodisches Anliegen weiß. Welche methodologisch so interessante Aussage dieser Epoche ist hiermit nun gemeint?

Das, was hier als frühbürgerliche Erkenntnistheorie, wie sie,sich in der Anfangsphase der Aufklärung herausbildet und in der *Renaissance* vielleicht zum ersten Male dingfest machen läßt, bezeichnet wird, ist zunächst einmal als eine unmittelbare Umsetzung und Artikulation von Konkreter **materieller Erkenntnispraxis,** also der gegenständlichen Praxis,konkreter Erkenntnisgewinnung, zu verstehen. Gerade der Formulierung des Erkenntnisanspruchs des frühen Bürgertums lag das nicht zu Grunde, was den Schein realer Praxisunabhängigkeit von geistiger Erkenntnis aufkommen lassen kann: die gesellschaftliche Trennung des intellektuellen vom praktischen Moment der Arbeit. Die Theoretiker, mit denen man es hier zu tun hat, waren in ihrer subjektiven Wirklichkeitsaneignung weder durch ein scholastisches Stubengelehrtendasein eingeschränkt, noch war ihnen der Blick auf die Natur durch jene gesellschaftliche Teilung der Arbeit beeinträchtigt, die mit einem ökonomischen System durchgesetzter privater Warenproduktion gegeben ist. Sie waren in ihrem bewußten gesellschaftlichen Sein — und hier ist wohl der historische Grund ihrer Auffassungen zu suchen — **Erkenntnistheoretiker als Erkenntnispraktiker.**[3] Zudem waren viele ihrer Vertreter als Protagonisten der avanciertesten materiellen Praxis gleichermaßen Protagonisten der politisch-ideologischen Auseinandersetzungen ihrer Zeit. Sie waren wahrhaft universale Riesen, wie es in der bekannten Formulierung von *Friedrich Engels*

heißt, in einer Zeit, „die Riesen brauchte und Riesen zeugte, Riesen an Denkkraft, Leidenschaft und Charakter, an Vielseitigkeit und Gelehrsamkeit" (ENGELS, S. 312). Die ideologisch verallgemeinerbare theoretische Konstruktion eines Erkenntnisbegriffs, in dem Ideelles und Materielles nur als metaphysisch vermittelt erscheinen, war ihnen letztlich deshalb zuwider, weil sich in diesem Begriff ein Interesse reflektierte, das ihrem, sich in ihren individuellen Tätigkeiten manifestierenden Klasseninteresse diametral entgegenstand. Lag doch ihnen die Aufhebung jener Trennung von materieller und theoretischer Produktion sehr am Herzen, weil es gerade diese Trennung war, die in der Naturphilosophie und Kosmologie des *Feudalismus* zu einem universalen Weltbild generalisiert war. Diese Trennung erlaubte es u.a. der Feudaltheorie den Mangel empirischer Verifizierbarkeit ihrer naturphilosophischen Aussagen — aus denen sie letzlich ihre moraltheologischen und sozialpolitischen Forderungen ableitete — durch den Verweis auf den heilsgeschichtlichen und naturtheoretischen Grund alles Seins in der kosmologischen Transzendenz zu ersetzten.

Der Materialismus eines *Giordano Bruno* oder *Francis Bacon* hingegen will die Gültigkeit einer jeden Aussage, also auch seiner eigenen proklamativen Bekundungen und Spekulationen, an ihre praktische Überprüfbarkeit knüpfen. „Man soll also den menschlichen Geist nicht mit Schwingen beflügeln, sondern mit bleiernem Gewichte ihn zurückhalten von allem Sprunge", schreibt Bacon (1620, I. 104. Aphor.). Für ihn muß sich jede philosophische Aussage auf dem Boden empirischer Natur-Tatsachen bewähren. Jede Wahrheit ist an ihre Nachprüfbarkeit gebunden. Als einzige „echte Bürgen und Gewährsmänner für die Wahrheit einer Philosophie" (ebd. 63. Aphor.) gelten die Praxen, in denen sich ihre Aussagen zu bewähren haben. Somit war der Anspruch auf eine universale rationale Erkenntnismächtigkeit nur ein Ausdruck seiner langsamen, aber euphorisch beginnenden Einlösung — so, wie sie mit der Physik eines *Galilei* sich herauszubilden versprach. Andererseits bedingte dieser antifeudal gepfeilte Anspruch erst die systematische Konzentration auf eine qualitativ ganz neue Art der Naturaneignung und -erkenntnis, als wie sie bisher möglich schien.[4].

Es galt, die Natur dem Menschen habhaft zu machen und das bedeutete, ihm Bedingungen und Ursachen der Naturphänomene aufzudecken, ihn in den Stand zu setzten, durch das Ergründen von allgemeinen Wirkzusammenhängen und deren objektiven Gesetzmäßigkeiten dieselben für sich auszunützen und sich seinen Zwecken dienlich zu machen. Es galt so, das komplexe Ganze der Natureinheit in einem praktischen Eingriff **aufzusprengen.**

Einen solchen praktischen Eingriff in die Natur, in dem ihre inneren Zusammenhänge sich konkretisieren können, stellte das Experiment dar. Im Experiment wurde der erscheinende Naturzusammenhang aufgelöst und in seine konstitutiven Elemente zerlegt. Der analytische Eingriff isolierte einzelne Funktionsmomente, die dann, unter Ausnutzung der ihnen eigenen Wirkungsweise, in eine neue, synthetische Funktionsordnung gebracht werden konnten. Die Konsequenz einer von der praktischen Aktion des Menschen [5] abhängigen Naturerkenntnis formuliert *Thomas Hobbes*. Nur insofern und insoweit ist ein Gegenstand erkannt, schreibt Hobbes, als er **erzeugt** werden kann. Ihn zu erzeugen, heißt ihn nachzubilden. Um ihn aber nachzubilden, ist die Kenntnis seiner Natur und der sie objektiv, unabhängig,vom

Menschen, erzeugenden Bedingungen notwendig. So ist für Hobbes Erkenntnis allein „die rationale Erkenntnis der Wirkungen oder Erscheinungen aus ihren bekannten Ursachen oder erzeugenden Gründen und umgekehrt der möglichen erzeugenden Gründe aus den bekannten Wirkungen" (1655, cap. I, 2). Das Erkenntnisresultat ist also eine **genetische Strukturformel,** Erkenntnis der Wirklichkeit kommt ihrer logisch-genetischen **Rekonstruktion** gleich. Mit der Betrachtung der einzelnen Funktions-elemente des Naturzusammenhangs, die durch das *„dissecare"*, das Zerschneiden der Natur, wie unsere 'Spreng'-Metapher bei *Galilei* lautet, gewonnen werden, sind die Voraussetzungen einer gedanklichen Re-Konstruktion gegeben, in der die Natur nun nicht mehr nur als Einheit eines organisch-belebten universalen Wirkungszusammen-hangs veranschaulicht wird, wie es für die *Renaissance des 15. und 16. Jahrhunderts* der Fall gewesen sein mag, sondern in der die Natur an ihrer inneren Notwendigkeit begriffen werden soll.

Um was für eine Kausalitätsbegriff handelt es sich nun bei diesem Verständnis von **innerer Notwendigkeit,** das wir hier kurz angerissen haben? Im 17. Jahrhundert konnte es für die praktisch-experimentelle Naturforschung und ihre theoretische Reflexion, so wie sie sich uns hier z.T. im Erkenntnisbegriff darstellte, keine Frage geben: Als einzig exakte Wissenschaft, die sich durch ein kohärentes System innerer Notwendigkeit auszeichnete, konnte die *Mathematik* gelten. Mit ihr war schon in der Antike ein idealer Begriffszusammenhang logischer Stringenz und systemimmanenter Begründung ausgebildet, an dem sich die methodische Verbindlichkeit der entstehenden Naturwissenschaften prototypisch orientierte. „Unter rationeller Erkenntnis verstehe ich Berechnung", faßte *Hobbes* kurz und bündig seine Erkenntnisformel zusammen (1655, cap. I, 3). Für ihn machen Geometrie und Naturphilosophie die Wissenschaft des materiellen Grundzusammenhangs, „die wahre (d.h. exakte) Philosophie" (ebd., I, 1) aus. Der Beginn jedes wissenschaftlichen Erkenntnis besteht nun darin, die geometrischen Elementarformen der „wahren Philosophie" in der materiellen Welt selbst ausfindig zu machen. Nur dann ist das Buch der Natur zu entziffern, schreibt Galilei 1641 an Liceti, wenn man seine Sprache, die antike deduktive Geometrie, beherrscht (ed. naz., op. VII. S. 355). Und *Kepler,* der mit seinen drei Grundregeln zur Planetenbewegung den physikalischen Nachweis der naturgesetzlichen Homogenität des kosmischen Totums erbringt, versteht unter einem Naturgesetz[6] nur das, was sich mit den *Elementen* des *Euklid* formulieren läßt. Denn Gott, der ursprüngliche Schöpfer der keplerschen „Harmonices mundi" ist selbst an die Regeln der Mathematik gebunden. Seine ganze Schöpferweisheit ist in den Grundregeln der Geometrie nachzulesen.

III.

Betrachtet man also die 'genetische Strukturformel' als die wir den Erkenntnisbegriff der Philosophen des frühen 17. Jahrhunderts identifiziert hatten, vor dem Hintergrund der konkreten Praxis der Naturforschung jener Zeit, so springt der inhaltliche Zusammenhang geradezu ins Auge. Man könnte mithin zu der Auffassung gelangen, die **naturverändernde Praxis der Forscher und Theoretiker des frühen Bürgertums sei**

eine konstitutive Bedingung jenes materialistischen Erkenntnisbegriffs. Weil in der Tat der materialistische Anspruch, die Welt aus sich selbst erklären zu können, nur dort einzulösen ist, wo er sich wissenschaftlich verifizieren und emprisch nachprüfen läßt, vermag diese These zusätzlich überzeugende zu wirken. Wo wissenschaftliche Naturaneignung praktiziert wird, so könnte vielleicht ganz allgemein festgehalten werden, ist auch die Möglichkeit der philosophischen Formulierung eines materialistischen Erkenntnisanspruchs gegeben. Dort gilt es für den historischen Materialismus dann eher zu erklären, warum trotz der Entstehung der klassischen Naturwissenschaft die Universalisierung ihrer Methode und Resultate zu einem System materialistischer Weltanschauung vorerst ausblieb.[7]

Allein aber schon ein flüchtiger Blick über die historischen Anfänge der Entstehung der modernen Naturwissenschaften hinaus in die philosophischen Auseinandersetzungen des 15. und 16. Jahrhunderts belehrt eines Besseren. Betrachtet man nämlich die Oppositionsbewegungen gegen das *aristotelisch-thomistische Weltbild* des Feudalismus, so wie sie sich in der Diskussion um das *copernicanische Weltbild* in ihrer am weitesten entwickelten Form niederschlugen, so wird es nicht schwerfallen, sie als Teil und Kulminationspunkt einer umfassenden Geistes- und Kulturströmung des 14. bis 16. Jahrhunderts einzuordnen. Diese Strömung, die in vielfältiger Weise das zumindest ideelle und kulturelle Gesicht jener Epochen prägte, ist vor allem in ihren ästhetischen Manifestationen, als *Kunst der Renaissance,* Gegenstand intensiver wissenschaftlicher Beschäftigung gewesen. Von *Jakob Burckhardt* und *W. Dilthey, E. Cassirer, E. Panofsky* angefangen bis hin zu neueren Arbeiten, die aus mehr methodischen Interesse an Wissenschafts- und Philosophiegeschichte jenen Formationsumbruch untersuchen (so z.B. *H. Blumenberg, P. Feyerabend, Th. S. Kuhn* und die Autoren der nach ihm benannten Debatte) ist dabei oft implizit oder explizit ein Charakteristikum jener Strömung erwähnt worden: Es soll hier betrachtet werden, als das sich in vielfältigen Formen dokumentierende theoretische und praktische Bestreben, die erscheinende Wirklichkeit als einen einheitlichen und in sich geschlossenen Organismus zu begreifen und zu einer begrifflich/ästhetischen Synthese rekonstruiert darzustellen. Ein Bemühen also, das — vorerst nur in diesem, seinem allgemeinsten Grundzug gefaßt — in dem Erkenntnisbegriff der genetischen Strukturformel der Naturwissenschaftler des 17. Jahrhunderts seinen konzentriertesten Ausdruck findet. Dort schien es uns aber doch gerade als theoretisches Korrelat der naturwissenschaftlichen Forschungspraxis begründbar. Um also die Spezifik dieses Erkenntnisbegriffes zu begreifen, und zu überprüfen, ob er in der Tat Ausdruck des naturwissenschaftlichen Zugriffs auf die Welt ist, muß also die Spezifik jenes, doch anscheinend so inhaltsverwandten Erkenntnisbegriffs der Renaissance des 15. und 16. Jahrhunderts genauer beleuchtet und in dem angesprochenen materiellen Entstehungskontext präzisiert werden. Zu diesen Zweck seien zwei signifikante Aspekte dieser begrifflich/ästhestischen Synthese, in der die RenaissanceKünstler und -Theoretiker die Wirklichkeit darzustellen trachteten, kurz umrissen.

So gilt es zum einen den tendenziellen **Totalitätsanspruch** zu vermerken, der jener Art der Aneignung und Widerspiegelung der Wirklichkeit, wie sie in der 'Klassik' der Hochrenaissance gipfelt, als eine, zumindest bis zur Mitte des cinquecento durchgängige

Anlage eigen ist. In der universellen Entdeckung der Welt und des Menschen sieht *Jakob Burckhardt* den hervorragenden Wesenszug der Renaissancekultur. Diese Entdeckung beginnt mit der bewußten Wahrnehmung der Welt durch den Menschen, in der das Individum zu einer praktischen Ausweitung des ihm theoretisch und praktisch, gesellschaftliche und geographisch, ja selbst kosmologisch zugänglich Erscheinenden strebt. Wenngleich auch der so erreichte reale Machtzuwachs des Menschen über seine Umwelt sich im Bereich der Natur als ungleich begründeter erweist als in den gesellschaftlichen Umständen seiner Existenz, unter denen er, wie es einzugrenzen gilt, nur als eine **ästhetische Illusion** gelten kann (TOMBERG, 1973 b, S. 72), so manifestiert sich in diesem Totalitätsstreben doch auch eine bestimmte Art epochaler Selbstvergegenständlichung der eigenen menschlichen Potenzen. (WEIMANN, S. 33) Diese potentielle Schönheit eines sich in Einheit mit seinen materiellen Lebensbedingungen befindlichen menschlichen Idealentwurfs ist es wahrscheinlich, die auch heutigen Betrachtern noch jene ursprüngliche sinnlich-emotive Betroffenheit vermitteln kann. Burckhardt führt *Dante* an, der schon früh auch diesen Wunsch- und Traumgehalt jenes universalen ästhetischen Zugriffs auf den Begriff bringt: „Meine Heimat ist die Welt überhaupt" (BURCKHARDT, S. 78). Mit diesem universalen Zugriff war nun zugleich das fundamentale Formproblem der Renaissance gegeben, ein Problem, das sich — stark verkürzt — in der Frage zuspitzte: Wie kann eine tendenziell unendliche Totalität in einer bildkünstlerischen Umsetzung erfaßt werden, wenn die Mittel dieser Umsetzung doch immer endliche sind? Und vorweg noch: Wie kann eben diese ganze, volle Welt überhaupt aufgenommen und begriffen werden, nach welchen Kriterien kann sie dem Menschen zugänglich gemacht werden?

Das Problem war vollkommen,neu. Es stellte sich historisch zum ersten Mal in der oberitalienischen Frührenaissance. Das Werk von *Cimabue* und *Giotto* dokumentiert diese bislang unbekannte Schwierigkeit und bietet gleichzeitig die ersten Ergebnisse der bildkünstlerischen Auseinandersetzung mit ihr. Von nun an ist die Malerei nicht nur eine primär handwerkliche Fertigkeit, sie wird vor allem zu einer Kunst des Wissens um bestimmte Methoden der Erkenntnis und der schöpferischen Verarbeitung, sie setzt eine Theorie ihrer selbst voraus.[8] Die Geschichte der künstlerischen Stilentwicklung von *Giotto* bis *Piero della Francesca, Raffael, Leonardo* und *Dürer* enthüllt die Geschichte der ästhetischen, theoretischen und praktischen Lösungsetappen dieses Problems.

Die Kongruenz von wissenschaftlich-theoretischen, technisch-praktischen und ästhetischen Betätigungen der Renaissance-„Riesen" ist oft hervorgehoben und untersucht worden. In dem Zusammenhang dieser Überlegungen soll es nun nicht darum gehen, die vielseitige Interessiertheit und Versiertheit der Künstler-Ingenieure zu erörtern, von der seit *Vasaris* 'Vitae' und *Benvenuto Cellinis* Autobiographie eindrucksvolle Dokumente vorliegen. Es erscheint aber sinnvoll zu betonen, daß in der Regel jenen verschiedenen individuellen Betätigungsfeldern *eine* inhaltliche Problematik zu Grunde lag. Es ging diesen 'praktischen Erkenntnistheoretikern' in ihrer vielfältigen Interessiertheit meist eben nicht um ein Vielerlei an Problemen, sondern um ein zentrales Grundanliegen, mit dem sie sich allerdings in verschiedenen Erscheinungsformen und auf unterschiedlichen Betätigungsfeldern auseinandersetzten.[9] Diese Problemeinheit in den verschiedenen Betätigungsfeldern, die vielleicht bei *Leonardo* und

Dürer am deutlichsten zu studieren ist, löst sich historisch erst in der Mitte des cinquecento mit der Auflösung *dieser Art* der Theorie-Praxis Verknüpfung auf.[10]

Die Neuartigkeit dieser Frage nach dem Charakter der begrifflich-ästhetischen Form der Totalität, der **'Totalitätsform'**, wie sie hier genannt sein soll, wird deutlich, wenn wir uns in Erinnerung rufen, welche begrifflich-ästhetischen Umsetzungsprobleme das Mittelalter beschäftigten. Als theoretisch-weltanschaulicher Rahmen kann dazu sicherlich jenes *dualistische Weltbild* berücksichtigt werden, das sich auf der Grundlage vorwiegend feudalistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisses im mitteleuropäischen Hochmittelalter als ein umfassendes gedankliches System herausgebildet hatte. In diesem philosophischen Dualismus war inhaltlich das konzentriert, wogegen die antiaristotelische Bewegung und ein großer Teil der Renaissance-Kultur primär opponierten. Als eine umfassende Weltanschauung theoretisch verallgemeinert, stellt es sich in seinem naturphilosophischen Gehalt wesentlich als die dualistische Konzeption einer universalen Einheitssicht von irdischem Diesseis und transzendentem Jenseits dar. In der der materiellen Welt über- und vorgelagerten Sphäre der göttlichen Idealität sind die verursachenden und bewegenden Antriebe des geistigen und realen Geschehens begründet. Sowohl in der genetischen und theologischen Erklärung als auch in der Bestimmung seines immanenten Zusammenhangs und seiner ideellen Ausdrucksformen sieht sich das irdische Sein verwiesen auf einen Begründungskontext, der ihm als ein substanziell äußerer nur in einer durch die Religion und in ihrer Wissenschaft, der Theologie, offenbarten Vermittlung zugänglich ist.

Es scheint, daß auch die gleichen Faktoren berücksichtigt werden müssen, die bei der Herausbildung der feudalen Weltanschauung zu jener transzendenten Begründung der materiellen Immanenz führten, wenn es darum geht, bestimmte Wesensmerkmale der mittelalterlichen Kunst zu verstehen. Zumindest müßte eine gründliche Rekonstruktion diese Faktoren bei der Erklärung der bildkünstlerischen Tatsache mit in Erwägung ziehen, daß es der mittelalterlichen Malerei sowohl des universalen Totalitätsblicks auf die materielle Wirklichkeit ermangelte wie auch des Versuchs einer einheitlichen Zusammenfassung ästhetisch wahrnehmbarer Realität in einer rationalen Systematik. Denn nicht die bildkünstlerische Konstruktion eines einheitlichen Gefüges mit der Wirkungsabsicht einer rationalen Zusammenschau von Disparatem, sondern gerade die Konzentration auf das selbständige Detail, das naturalistische Einzelelement, kennzeichnet jene Eigenart, die *Huizinga* als die wesentlichste der spätmittelalterlichen Darstellungskultur herausgearbeitet hat (1941, S. 406). Der organische Kontext, den die Renaissance aus der Wirklichkeit heraus-, oder in sie hineinprojezieren will, kommt hier nicht in den Blick. Vielmehr erscheint der Zusammenhang des Dargestellten über einen ihm **äußeren** Bezug. Er wird vermittelt über eine Symbolordnung, deren komplizierte Verknüpfung von bestimmten Bedeutungsträgern die eigentliche künstlerische Produktion und Rezeption ausmacht. Die Welt erscheint als ein großer „symbolischer" Zusammenhang (ebd., S. 287) vieler, durch ihre natürliche Struktur nicht miteinander verbundener Einzelteile, der man den Widerspiegelungscharakter einer ästhetischen Parallelisierung (vgl. PANOFSKY, 1924, S. 22) zuerkennen könnte.

Gerade aber auf die Darstellung der hier ausgeblendeten Verbindungen, auf den **Zusammenhang der Dinge**, kam es den 'großen Männern' der Renaissance an. So

setzt denn auch ihre Kritik der mittelalterlichen, der 'frommen' Malerei vor allem an diesem Punkt an. *Michelangelo* führt in einem Gespräch mit Francesco de Hollanda aus: „Die flämische Malerei", in der Michelangelo auch zu seiner Zeit noch viel von der mittelalterlichen Kunst zu erkennen glaubte,

> „gefällt allen Frommen besser als die italienische. Diese entlockt ihnen nie Tränen, jene macht sie reichlich weinen, und das ist keineswegs Folge der Kraft und des Verdienstes jener Kunst, sondern daran ist nur die große Empfindsamkeit der Frommen schuld. Die flämische Malerei ist recht nach dem Geschmack der Frauen, vor allem der älteren und der ganz jungen, wie auch der Mönche, der Nonnen und aller vornehmen Leute, die nicht empfänglich sind für die wahre Harmonie. Man malt in Flandern hauptsächlich, um das Äußere der Dinge täuschend widerzugeben, und meist Gegenstände, die einen in Begeisterung versetzen oder untadelig sind, wie Heilige und Propheten ... So wohltuend das auch das Auge berührt, so steckt doch tatsächlich weder Kunst noch Vernuft darin; keine Symmetrie, keine Proportionen, keine Auswahl, keine Größe; mit einem Wort: diese Malerei ist ohne Kraft und Herrlichkeit ..." (zit. nach HUIZINGA, 1941, S. 389/70).

Keine Frage, „Kraft" und „Herrlichkeit" versprach sich Michelangelo nur von einer Malerei, die Symmetrie und Proportionen einer Gliederung nach der „Vernunft" entwickelt. Die Integration der wahrgenommenen Einzelheiten in einer komplexen, aber in **einheitlicher Perspektivität** zentral geordneten Zusammenschau war die Alternative, die Michelangelo anstrebte, denn, wie *Vasari* notiert, „es kam ihm bei allem vorzüglich auf die Grundlagen und künstlerischen Zusammenhänge an" (1568, zit. nach 1974, S. 554). Diese **einheitliche ästhetische Systemordnung,** oder genauer gesprochen, die **Neuordnung in der künstlerischen Synthese** soll hier — neben dem schon angeführten gegenständlichen Totalitätsanspruch — als der zweite, uns interessierende, signifikante Aspekt der Renaissance vermerkt werden.[11] Aus dem notwendigen Bedingungsverhältnis, in dem diese beiden Ansprüche stehen, begründet sich das Problem der 'Totalitätsform'.

Der Königsweg der Renaissace zur Lösung dieses Problems wurde schon benannt: die in der zentralperspektivischen Raumgestaltung konstruierte Synthese. Nach der Meinung des Kunsttheoretikers *Leo Battista Alberti* ist überhaupt nur so zu erklären, was als Schönheit gelten kann (vgl. PANOFSKY 1924, S. 28). Um zu einem synthetischen Erfassen der Wirklichkeit zu gelangen, war jedoch, wie Michelangelo urteilte, das Verfahren der naturalistischen Addition, wie es dem Mittelalter allein geläufig war, völlig unbrauchbar. Die technischen Fertigkeiten wurden denn in der Renaissance auch ganz woanders als im und aus dem Mittelalter gewonnen. Die neue Ästhetik entwickelte im Bezug auf das klassische antike Formenrepetoire und in der unmittelbaren analytisch-empirischen Durchdringung der Wirklichkeit ein Naturbild, das die Natur weniger abbildete, als vielmehr selbst „genaturt", wie *Dürer* den neuen kreativen Gehalt der Kunst sprachlich zu fassen suchte (zit. nach PANOFSKY 1943, S. 280).

Die perspektivische Konstruktion, so wie sie in der Renaissance entwickelt wurde, war jedoch gleichermaßen in der Antike wie im Mittelalter unbekannt. Als geometrische Lehre war zwar die Theorie *Euklids* auch dem Mittelalter überliefert und fand dort

sowohl in den Untersuchungen zur Optik, wie in der scholastischen *Prospectiva*- Lehre theoretische Beachtung. Die Bedeutung von Haupt- und Nebenfluchtpunkten bei der geographischen Rekonstruktion von Dreidimensionalität auf einer zweidimensionalen Ebnene erschloß sich jedoch zuerst die praktische Malerei seit der Mitte des trecento. Erst nachdem *Brunelleschi* „und *Masaccio* Anfang des quattrocento Systematisch die Raumlehre des Euklid auf die Architektur und die Malerei" angewandt hatte, begann die Ausarbeitung der wissenschaftlichen „Kunst in heimlicher Perspektiva", wie Dürer sie nannte (zit. nach ebd., S. 248). Brunelleschi stellte sich den Raum zwischen wahrgenommenem Objektbereich und Augen als eine geometrische Pyramide vor und finden an, alle Erscheinungen als bestimmte Querschnitte dieser Sehpyramide *(piramide visiva)* zu vermessen und zu rekonstruieren. Die in dieser konzentrischen Parallelprojektion entstandene *prospectiva artificialis* — gegenüber der alten *prospectiva naturalis* — stellte in dem folgenden Jahrhundert den Brennpunkt der theoretischen und praktischen Auseinandersetzungen mit dem Problem der Totalitätsform dar.[12]

Im Zusammenhang der Platonisierung des christlichen Aristotelismus im 15. Jahrhundert gewinnt schon bei *Nicolaus von Cues* die verstärkte Rezeption Euklids und der antiken Mathematik für die philosophisch-theoretische Argumentation an Bedeutung.[13] Bei *Leonardo da Vinci,* einem naturphilosophischen Schüler des Cusaners, aber scheint sich diese Tendenz manifest ins Praktische zu wenden. Mathematische Spekulationen, wie sie für Cues kennzeichenend waren, beginnen sich bei Leonardo mit konkreten Problemen seiner Praxis zu berühren. „Diejenigen, die sich für die Praxis ohne Wissen begeistern," schreibt er, „sind wie Seeleute, die ohne Steuerruder oder Kompass ein Schiff besteigen ... Stets muß die Praxis auf,guter Theorie beruhen ..." (1953, S. 709). Der Rückfluß, das Praktischwerden — und sei es auch nur ein selten tatsächlich ausgeführtes — der Hinwendung zu einem mathematischen Konstruktionsideal, charakterisiert die Arbeiten Leonardos und hat,oft dazu geführt, sein Kausalitätsverständnis als die Vorwegnahme der resolutiven Methode *Galileis* zu interpretieren. Denn mit ihm „versucht ein wahrhaft 'praktischer Erkenntnistheoretiker' Ernst zu machen mit dem Gebrauchswertversprechen der Mathematik, das die " reinen Akademie-Platoniker aus *Florenz* zwar proklamierten, jedoch nie einlösen konnten. Ihm gilt die Mathematik nicht nur als abstraktes System einer in sich geschlossenen Notwendigkeit, sondern er will sie als Mittel der Naturerkenntnis nutzen. Nur mathematisch, so will es ihm und nach ihm fast dem gesamten cinquecento scheinen, ist dem Problem der Totalitätsform adäquat beizukommen. Die Malerei ist ihm die praktische Mathematik, die Mathematik theoretische Malerei und in der Ergründung der Regeln dieses Abhängigkeitsverhältnisses sieht er die wahre Aufgabe von Philosophie. So ist, „wer die Malerei verachtet, ... auch der Philosophie und der Natur Feind" (Leonardo da Vinci, zit. Nach CASSIRER 1922, S. 327). Der Künstler muß es also verstehen, sich mit mathematischer Notwendigkeit die Natur der Dinge im eigenen Geiste zu entwerfen und vorzuzeichnen (*„disegnare dalla mente"*). Nur so bleibt er nicht einfach in der Äußerlichkeit seines Objekts befangen, sonder vermag sein inneres, allgemeines Gesetz zu erfassen.[14]

Wie sehr es Leonardo vermochte, in seinen technischen Entwürfen, Projekten und Experimenten allgemeine Naturgesetze zu erkennen und sie in praktischer Umsetzung

anzuwenden, ist sehr umstritten und vermag hier nicht entschieden zu werden. In seinen wenigen ausgearbeiteten Bildkunstwerken dokumentieren sich jedoch einige der ausgereiftesten Lösungen des Problems der Totalitätsform, zu denen die Renaissance gelangte.[15]

IV.

Das frühe Bemühen bei Leonardo um die praktische Anwendbarkeit eines als konstruktive Hilfswissenschaft verstandenen mathematischen Zeichensystems darf jedoch nicht von der Bedeutung ablenken, die die Mathematik für die Renaissance und auch für Leonardo wesentlich gehabt hat. Denn die neoplatonistische Hinwendung zu mathematischen Konstruktionsprinzipien, die das 15. Jahrhundert auszeichnete, war eben keinesfalls eine Hinwendung zur physikalisch-experimentellen Hilfswissenschaft Mathematik. Eine solche Funktion wird der Mathematik erst gegen Ende es 16. Jahrhunderts von der *Paduaner Schule* zugemessen (vgl. GILBERT 1964), wo ein *Zabarella* im mathematisch-syllogistischen Verfahren die Einheit von induktiver und deduktiver Methode aufdeckte, die der Paduaner *Galilei* dann schließlich, auf eine Art, die wir schon betrachteten, physikalisch-praktisch werden ließ.

Die Orientierung auf die Mathematik im 15. Jahrhundert und die Lösung des Problems der Totalitätsform, so wie sie in der Renaissance versucht wurde, steht aber dennoch für das gleiche Bemühen, das sich auch in der Entstehung der modernen Naturwissenschaft ausdrückt. Beide Arten dieses aneignenden Zugriffs auf die Natur lassen ihre enge Verbindung mit jenem frühbürgerlichen Erkenntnisanspruch durchscheinen, der darauf abzielte, die objektiv gegebene Realität als eine innere Einheit zu begreifen. Konstitutiv für dieser **Einheit immanenter Bedingtheit** ist ihre äußere Unbedingtheit, ihr **absoluter** Charakter. Das Interesse der bürgerlichen Theoretiker eine solche, absolute Einheit naturphilosophisch zu begründen, hatten wir schon einmal angesprochen. Wollten die ökonomisch immer mehr zu Macht und Einfluß strebenden Bürger aus diesem Grunde auch ihren sozialen Belange und politischen Bedingungen als selbständige und in Freiheit agierende historische Subjekte regeln und bestimmen — und das hatten sie in ihrem antifeudalem Emanzipationskampf auf ihre Fahnen geschrieben — so waren damit bestimmte naturphilosophische Konsequenzen für ihr eigenes Weltbild verbunden. Die Wirklichkeit als eine absolute Einheit zu begründen bedeutete vor allem die Natur, als die Grundlage alles, auch des sozialen Seins, als einen selbstdeterminativen Zusammenhang zu begründen. Der Grund der Natur mußte also als ein ihr immanenter aufzuzeigen sein. Gründet die Natur aber in sich selbst — und eben nicht wie die feudalen Theoretiker behaupteten, in dem energetischen Potential einer transzendenten Instanz —, so muß sich ihre Einheit als absolut durch ihre **naturgesetzliche Homogenität** ausweisen lassen. Diese galt es mithin aufzuzeigen. Sie stellte das wesentlichste Anliegen dar, dem der aufgezeigte Erkenntnisbegriff verpflichtet war.

Wie wir sahen, gilt also die 'genetische Rekonstruktionsformel', als die wir den Erkenntnisbegriff Hobbes deuteten, in ihrem strukturellem Mechanismus wie in ihrer intentionalen Bedingtheit auch für die Renaissance. So können ihre ästhetischen

Manifestationen auch gesehen werden als ein Versuch, das Problem der Totalitätsform auf einer ersten Stufe der Realisierung des frühbürgerlichen Erkenntnisprogramms in den Griff zu bekommen. Auf der Grundlage der wissenschafts- und technikgeschichtlichen Voraussetzungen der Renaissance stellt der mathematisch-quantifizierende Zugriff auf die Natur und deren zentralperspektivische Rekonstruktion mit Hilfe Euklids die avancierteste Möglichkeit dar, die erscheinende Wirklichkeit als Zusammenhang immanenter Bedingtheit aufzufassen. Mit den sich dabei entwickelnden praktisch-experimentellen Formen der Naturaneignung und der Herausbildung jener 'riesenhaften' Künstler-Ingenieure waren dann zugleich wesentliche Voraussetzungen gegeben, um auf einer zweiten Stufe die Realisierung dieses Programms anzugehen. Hier, auf der Stufe der Genese der klassischen Physik, wird nun endgültig ein Weg gewiesen, auf dem mit der Lösung des Problems der Totalitätsform Ernst gemacht wird.

Wenn wir uns noch einmal diese neu entstehende Erkenntnispraxis in Erinnerung rufen, so kann vor ihrem Hintergrund jetzt auch die methodische Differenz in der Gemeinsamkeit des Erkenntnisanspruchs von Renaissance und Naturwissenschaften des 17. Jahrhunderts deutlich werden. Um diese Differenz, neben dem schon benannten gemeinsamen Inhalt des Erkenntnisanspruchs, festzuhalten betrachten wir nun den Rekonstruktionsbegriff der Renaissance noch einmal etwas schärfer in dem konkreten Problemkontext seiner historischen Entstehung. Er hatte sich vor allem im Zusammenhang mit den geometrischen Verfahrensweisen der perspektivischen Raumdarstellung herausgebildet. Dieses Bemühen um eine verstärkte Aneignung der Methodik der antiken Mathematik im 14. und besonders im 15. Jahrhunderts wird historisch und inhaltlich zusammen mit der Aneignung des schon angesprochenen Neuplatonismus[16] durch die frühbürgerlichen Denker fruchtbar gemacht. Mit ihm und seiner Wertschätzung der Mathematik schien der antiaristotelischen Bewegung der theoretische Königsweg gewiesen, um natürliche Strukturzusammenhänge mit systemimmanenter Notwendigkeit zu rekonstruieren. Allein, mit dieser mathematisch formulierbaren Notwendigkeit hatte es eine bestimmte Bewandtnis. An ihr wird die innere Widersprüchlichkeit faßbar, die die Umsetzung des materialistischen Erkenntnisprogramms in der Renaissance auszeichnete. Mit dieser Widersprüchlichkeit hat sich besonders *Albrecht Dürer* befaßt und sie auch in seinen kunsttheoretischen Schriften angesprochen.

Wie Michelangelo geht es auch Dürer um den rationalen Gehalt der ästhetischen Kategorie 'Schönheit' und um den Erkenntniswert der Kunst als einer spezifischen Form der Aneignung und Widerspiegelung der Welt durch den Menschen. Schönheit ist für ihn eine Vermittlungsinstanz *sui generis* von Einsichten, die, bei „großem Werk" durchaus von handlungsrelevanter Bedeutung sein können, denn „darzu dienen die Künst, dann sie geben zu erkennen Gutes und Böses" (DÜRER 1513, ed.zit.S.171). 1512, in dem Jahr, in dem *Raffaels* Sixtinische Madonna entsteht, schreibt Dürer über die Schönheit, sie sei deshalb so schwer in ihrer „wahren Vernunft" zu begreifen, weil sie sich in ihrer schönen Idealität eben nicht real manifestiere:

> „Die Schönheit, was das ist, das weiß ich nit wiewohl sie vielen Dingen anhängt. Wöll wir sie in unser Werk bringen, so kummt uns das gar schwer an ... Man untersucht oft zwei oder dreihundert Menschen, daß man kaum eins oder zwei schöner Ding an ihn find, die zu brauchen sind" (1512, ed. zit. S. 174)

Daher, so schlußfolgert Dürer über die Schönheit, ist ihre sinnliche Wahrnehmung, sofern sie nur den Sinnen vertraut, sich gefühlsmäßig darstellt und nur dem Gemüt verbunden ist, ein nutzloses Unterfangen: „Aber unser blöd Gemüt kann zu solcher Vollkummenheit aller Künst, Wahrheit und Weisheit nit kummen" (1513, S.163). So bleibt dem Menschen nur noch eines, will er sich der Schönheit, da sie doch weder real konkretisierbar, noch daher sinnlich unmittelbar eingängig ist, bemächtigen: er muß sie sich in systematischem und vor allem vernünftigem Gebrauch seines Verstandes selbst begründen.

> So „sind wir nit gar ausgeschlossen van aller Weisheit. Wöll wir durch Lernung unserer Vernunft schärfen und uns dorin üben, so mügen wir wohl etliche Wahrheit durch rechten Weg suchen, lernen erlangen, erkennen und dorzu kummen" (ebd.).

Wohin führt dann dieser Weg der vernünftigen, und d.h. mathematisch-vernünftigen Begründung von Schönheit? Er führt zu einem bestimmten begrifflichen Ideal, zu einer **ideellen Konstruktion vollendeter Harmonie,** nach der der Künstler, wie Dürer in seinen Regelbüchern ausführlich darlegt, dann die wirkliche Proportion in ihrer ästhetischen Vollkommenheit synthetisiert. Daher rührt sein Insistieren auf der Notwendigkeit der Kunst des „Messens", des „Reißens", der Proportionen, der Perspektive, kurz all dem, was dem Künstler zur idealen Form verhilft. Hier setzt das besondere Interesse an, das ein Mann wie Dürer, der sich, weil ihn praktische Probleme seiner Arbeit dazu nötigen, um theoretische Klärung bemüht, an der platonischen Konzeption des Erkenntisprozesses entwickelt. „Denn ein guter Maler", so betont er,

> „ist inwendig voller Figur, und obs müglich wär, daß er ewig lebte, so hätte er aus den *inneren Ideen,* dovan Plato schreibt, allweg etwas Neues durch die Werk auszugießen" (ebd; Hervorhbg. J.B.),

da für ihn das System der mathematisch formulierbaren Vernunft doch als Ausdruck der ewigen und unveränderlichen Notwendigkeiten aus der Sphäre der platonischen Idealität erscheint.

Um etwas als notwendig und vernünftig zu begründen, muß es sich in den Notwendigkeitsrelationen der Mathematik als begründbar erweisen! Dies charakterisierte den Königsweg der Hochrenaissance. Der Begriff der Notwendigkeit, der damit impliziert war, blieb jedoch letzlich äußerlich vorgegeben. Denn dieser allein mathematisch präzisierbare Begriff der Notwendigkeit, den Nicolaus von Cues in einem pantheistischen Kontext weltanschaulich verallgemeinerte und den das cinquecento ästhetisch so vollkommen artikulierte, dieser Begriff war vor allem ein **abstraktes Ideal.** Da dieses Abstraktum mit der Welt der sinnlichen Dinge als genetisch unverbunden erscheint, ist es somit geradezu prädestiniert, um als ein idealistischer Träger transzendenter Instanzen der Weltzeugung reklamiert zu werden.[17] Aus solcher, der Welt der materiellen Dinge vorgelagerten, reinen Idealität abstrakter Begrifflichkeit und geistiger Wesenheiten läßt sich dann alles Materielle mit mathematisch-idealer Notwendigkeit deduzieren.

Wenn auch, wie wir sahen, der genetische Erkenntnisbegriff *Hobbes* in seinem strukturellen Mechanismus und in seiner intentionalen Bedingheit für die Renaisance Gültigkeit besitzt, so gibt es mithin doch Grund für eine relevante Präzisierung. Denn hier, in der Renaissance, heißt gedankliche Rekonstruktion des Materiellen allemal seine **Rekonstruktion aus Ideellem.** Der „Systemraum" (Panofsky) der Zentralperspektive des cinquecento ergibt sich aus der rationalen Systematik einer rein begrifflichen Idealität. In ihm wird nicht der natürliche Zusammenhang gemäß seiner materiellen Gesetzmäßigkeiten abgebildet, wie es *Galilei* und *Kepler* später anstreben werden, sondern gemäß der idealen Harmonie geometrischer Formen. Im Systemraum wird Wirklichkeit als rationale Einheit dargestellt, aber nicht weil er die Zusammenhänge der erkannten Natur abbildet, sondern er selber, zumindest in den herausragenden Darstellungen der Renaissance, „bildet Natur", sie *Johann Joachim Winckelmann* treffend pointiert (1755, S. 23).

Das gleiche Bemühen der antiaristotelischen Bewegung um ein materialistisches Weltverständnis, das — neben anderen Faktoren, die wir hier unberücksichtigt lassen können — im 17. Jahrhundert zu einer konkreten Praxis der systematischen Naturergründung führte, drückt sich hier, in der Renaissance, u.a. in einem System neoplatonistischer Deduktion des materiellen Seins aus dem idealen Begriff aus.[18]

V.

Wir können nun unsere anfangs geäußerte Vermutung über den materialistischen Erkenntnisbegriff der frühbürgerlichen Theorie und seiner methodischen Grundaussage überprüfen, die wir in „die Formel des **'Aufsprengens'** gefaßt hatten. Wir wir sahen, findet sich dieser Ansatz theoretisch und praktisch formuliert auch in der Geschichte der bürgerlichen Hegemoniebegründung. Er findet sich historisch dort, wo es in der antifeudalen Emanzipation der frühbürgerlichen Klasse um die systematische Herausbildung eines Natur- und Weltverständnis geht, deren Aussagen sich durch ihre praktische Verifizierbarkeit legitimieren sollen. Er entsteht also als theoretische Reflexion und handlungsanleitender Bestandteil jener Theorie-Praxis Kontextur, die den Prozeß objektiver Naturerkenntnis charakterisiert. In ihrer produktiven Praxis, in den konkreten Eingriff in den Naturzusammenhang, wird den frühbürgerlichen Theoretikern dieser Theorie-Praxis Kontext bewußt. Und da ihnen sehr an einer verallgemeinerbaren Theorie der Naturekenntnis und -beherrschung gelegen ist (vgl. BACON 1620, I, 80. Aphor), bleibt in der Erkenntnisformel selbst die praktische Dialektik aufgehoben. Erkennen, so *Hobbes* heißt erzeugen. Jeder Erkenntnisakt konstituiert einen Akt der Weltveränderung, verlangt ein praktisch-theoretisches **'Aufsprengen'** des organischen Naturkontinuums.

Korrigieren wir mithin den Gedanken, der sich angesichts der Kongruenz dieses Erkenntnisbegriffs mit der naturwissenschaftlichen Praxis des 17. Jahrhunderts zuerst aufdrängte. Nicht der naturwissenschaftliche Eingriff in die Welt ist die konstitutive Basis für diesen Erkenntnisbegriff, sondern umgekehrt: Der materialistische Anspruch auf Erkenntnis der Welt als eines selbstdeterminativen Ganzen führt in seiner konsequenten Realisierung zu einer Verwissenschaftlichung seines aneignenden

Zugriffs auf die Natur. Für die Erfahrung, daß sich der Anspruch auf materialistische Welterkenntnis nur in seiner **wissenschaftlichen** Einlösung begründen läßt, steht der historische Übergang von der frühbürgerlichen Kulturblüte der Hoch- und Spätrenaissance[19] zu jenen „Ozean" nützlicher und praktisch verwertbarer Erkenntnisse versprach.[20] Diese Erfahrung ist es — auf die wohl auch unter einem anderen Aspekt *Gramsci* und *Benjamin* hinzuweisen schienen —, die auch der *historische* Materialist sich bei der Aneignung seines Gegenstandes zu eigen macht.

Anmerkungen

1 Gramsci: „... man muß schließlich sein Augenmerk auf die Verbindungen zwischen diesen verschiedenen kulturellen Komplexen und den Philosophien der Philosophe lege. Die Philosophie einer Epoche besteht nicht aus der Philosophie des einen oder anderen Philosophen, die einen oder anderen Gruppen von Intellektuellen, dieses oder jenes großen Teils der Volksmassen: sie ist eine Kombination all dieser Elemente, die in einer bestimmten Richtung kulminiert, und ihr *Kulminationspunkt* wird zur Norm kollektiven Handelns, also zu konkreter und vollständiger (integraler) 'Geschichte'." (dt. zit. nach ed. Riechers 1967, S. 147).

2 Gramsci weist an verschiedenen Stellen auf die Notwendigkeit eines Studiums der Formen hin, in denen sich in der Geschichte der Ideen der Begriff der Einheit von Theorie und Praxis darstellt. So z.B. GRAMSCI 1975, S. 1160 (§ 199).

3 Auch diese These kann hier nur skizziert werden, vgl. dazu u.a. GILLE 1968, GARIN 1972, MANDROU 1973, ZILSEL 1976, S. 57 f.

4 Der hier thesenhaft angedeutete Zusammenhang zwischen dem *politischen* und *ideologischen* Emanzipationskampf des Frühbürgertums und der Entstehung der klassischen *Naturwissenschaften* ist Gegenstand einer umfassenden Begründung bei LEFEVRE 1978.

5 vgl. als eine neuere Studie zum Verhältnis von ideellen und praktischen Momenten im Experiment: WOLFRAM 1977.

6 Der Begriff des Naturgesetzes wird von *Kepler* überhaupt erstmalig in terminologischer Bestimmtheit gebraucht, vgl. dazu: CASSIRER 1922, S. 374 f.

7 Zur Untersuchung dieser Fragen sind in den letzten Jahren auch einige neue materialistische Arbeiten entstanden. So u.a. TOMBERG 1973a, RUBEN 1974, ROHBECK 1978, LEFEVRE 1978.

8 „The Renaissance, ... established and unanimously accepted what seems to be the most trival, and actually is the most problematic dogma of aesthetic theory: the dogma that a work of art is the direct and faithful representation of a natural object. This assumption entailed an entirely new problem. It was no longer sufficient to supply the artist with technical or iconographical recipes, as the medieaval treatises had done, but it was necessary to teach him methods which made him capable of venturing on his own accord upon the struggle with reality. What had been a code of practical instructions became a scientific 'theory of art'." (PANOFSKY 1940, S. 90)

9 Diesen Aspekt unterstreicht material- und belegreich MÜLLER 1972, u.a. am Beispiel der 'Geißelung Christi' von Piero della Francesca (Museo Nazionale delle Marche, Urbino, nach 1469), „bei der Beobachtung und Darstellung einer in der Natur entdeckten Erscheinung in einem wissenschaftliche-experimentellen und ästhetisch-künstlerischen Aneignungszusammenhang stehen" (S. 49). Einzelmomente dieses „Aneignungszusammenhangs" werden behandelt in ULLMANN 1973, dort spez. von I. EMMRICH, Zur Relation von wissenschaftlicher und künstlerischer Erkenntnis im Werk Albrecht Dürers; sowie von R. ZEITLER, Dürers „Befestigungslehre". Grundlegend sind hierzu nach wie vor die Studien von PANOFSKY 1943, spez. cap. VIII, — Vgl. unter diesem Gesichtspunkt auch die Betrachtungen zur Problemeinheit bei *Leonardo* in PANOFSKY 1940, S. 110 und 1954, S. 27; sowie GILLE 1968, cap. VI — VIII und GARIN 1972, spez. S. 87—101, Universalitá di Leonardo; als Versuch einer materialistischen Einordnung dieses Aspekts LEY 1971, S. 465 f.

10 Zur Auflösung dieser spezifischen Theorie-Praxis Einheit als Voraussetzung zur Entstehung der modernen Naturwissenschaften LEFEVRE 1978; die stilgeschichtliche Entsprechung dieses Übergangs untersucht PANOFSKY 1924

11 Auch bei HAUSER 1953 findet sich dieser Aspekt erwähnt, allerdings weder unter Bezug auf seine historisch relevanten sozialen Umstände, noch im Zusammenhang des Problems der Naturerkenntnis und -aneignung: „Das Wesentliche an dieser Kunstauffassung ist das Prinzip der Einheitlichkeit und die Kraft der Gesamtwirkung — oder wenigstens die Tendenz zur Einheitlichkeit und das Streben, bei aller Fülle und Farbe, einen einheitlichen Eindruck zu erwecken. Neben den künstlerischen Schöpfungen des späten Mittelalters wirkt ein Kunstwerk der Renaissance immer wie aus einem Guß, es geht ein ungebrochener Zug durch das Ganze, und die Darstellung erscheint, auch wenn sie noch so reichhaltig ist, im Grunde als etwas Einfaches und Homogenes." (S. 288).

12 Neben den Arbeiten *Albertis* und der Schrift *Piero della Francescas* „De prospectiva pingenda" (1470-90) sind neben den umfangreichen Schriften *Leonardos* vor allem die Arbeiten *Dürers* als herausragendes Dokument dieser Auseinandersetzung anzuführen. 1525 erschien die „Unterweisung der Messung mit dem Zirkel und Richtscheyt" und 1528 kamen die „Vier Bücher von Menschlicher Proportion" heraus, über die *Panofsky* bemerkt, daß hier „the scientific antropometrical type of tretment was brought to perfection" (1940, S. 111).

13 Da dieser Zusammenhang hier nicht weiter ausgeführt werden kann, sei verwiesen auf DE GANDILLAC 1953, S. 79 und BLUMENBERG 1976, 64f.

14 vgl. zum Begriff der *Notwendigkeit* bei *Leonardo* CASSIRER 1922, S. 327.

15 Eine sorgfältige Rekonstruktion der natur- und erkenntnistheoretischen Grundbegriffe, die sich aus dem Werk Leonardos erschließen lassen, scheint daher auch besondes sinnvoll, wenngleich nicht gerade einfach, über die kusntgeschichtliche Detailanalyse möglich. — Einen Versuch dazu hat SCHUMACHER 1974 vorgelegt, indem er seine Interpretationen der 5 „Hauptwerke" Leonardos, denen er „durch Jahrzehnte ausgedehnte Aufmerksamkeit gewidmet" (49) hat, veröffentlicht. In seinen Untersuchungen bemüht sich Schumacher u.a. um eine kategoriale Bestimmung des erkenntnistheoretischen Gehalts des ästhetisch „Vor-Bewußten" (355) bei Leonardo, in dessen — mit Bloch gesprochen — utopischer Antizipatzionspotenz er das Pendent zu Leonardos Erkenntnisprinzip aufzudecken sucht.

16 Zum Problem der neoplatonischen Rezeption im Spätmittelalter und der Renaissance vgl. u.a. die Arbeiten von GARIN 1952, spez. S. 94f. sowie 1973 und die Beiträge von Baeumker,und Hirschberger in BEIERWALTES 1969.

17 vgl. exemplarisch für die Philosophie der Hochrenaissance *Marsilio Ficino* und seine Konzeption des neoplatonischen 'Urlichts'.

18 So entsteht im 15. Jh. als selbständige Disziplin die Kunsttheorie als System begrifflich-idealer Regularitäten, die es in der Kunstproduktion umzusetzen galt. „Dieses ihr wichtigstes Ziel aber vermochte die Kunsttheorie nur unter der (ganz allgemein anerkannten) Voraussetzung zu erreichen, daß oberhalb des Objekts ein System allgemeiner und unbedingt gültiger Gesetze bestehe, von denen jene Regeln abzuleiten seien, und die zu erkennen eben die spezifisch 'kunsttheoretische' Aufgabe darstelle." (PANOFSKY, 1922, S. 26).

19 Der einzige *Maler* der italienischen Spätrenaissance, in dessen Werk sich das Resultat dieser Erfahrung bildkünstlerisch umsetzt, ist Michelangelo Merisi, genannt *Caravaggio*. vgl. dazu BROCKMEIER 1976.

20 „And it is in our time, as you know, that the ocean has opened her bosom, new worlds has come to light, the limits of the old world have been thoroughly explored and studied in their distinct and special characters." (BACON ed. 1964, S. 110)

Literaturverzeichnis

Bacon, F.: Novum Organum. 1620, dt. ed. Leipzig 1830 (Darmstadt 1974).
ders.: The Refutation of Philosophies. in: B. Farrington: The Philosophy of Francis Bacon.
Beierwaltes, W.: Platonismus in der Philosophie des Mittelalters. Darmstadt 1969
Benjamin, W.: Über den Begriff der Geschichte. in: Gesammelte Schriften I, 2. Frankfurt/M 1974.
ders.: Briefwechsel. in: ebd. I, 3.
Blumenberg, H.: Der Cusaner — die Welt als Selbstbeschränkung Gottes. in: Aspekte der Epochenschwelle: Cusaner und Nolaner Frankfurt/M 1976.

Brockmeier, J.: Caravaggio — der historische Stellenwert seines Realismus. in: Tendenzen 17. Jg. 105, München 1976.
Burchardt, J.: Die Kultur der Renaissance in Italien. ed. Phaidon, Wien
Cassirer, E.: Das Erkenntnisproblem Bd. 1. Berlin 1922 (Darmstadt 1974)
Dürer, A.: Entwürfe zu den „Vier Büchern von menschlicher Proportion". 1512. in: ders.: Schriften und Briefe. Leipzig 1971.
ders.: Entwürfe zum „Lehrbuch der Malerei". 1513. in: ebd.
Engels, F.: Dialektik der Natur. in: MEW Bd. 20.
Galilei, G.: Opere. Bd. VII. ed. naz. Torino.
de Gandillac, M.: Nicolaus von Cues. Studien zu seiner Philosophie und Weltanschauung. Düsseldorf 1953.
Garin, E.: Filosofia e vita civile nel Rinascimento. Bari 1952 (1973).
ders.: Scienza e vita civile nel Rinascimento italiano, Bari 1972.
ders.: Medioevo e Rinascimento. Bari 1973.
Gilbert, N.W.: Galilei and the School of Padua. in: Journal of History of Philosophy. 1964 Nr. 1.
Gramsci, A.: Philosopie der Praxis. ed. C. Riechers. Frankfurt/M 1967.
ders.: Quaderni del Carcere. ed. crit. Torino 1975.
Gille, B.: Ingenieure der Renaissance. Wien-Düsseldorf 1968.
Hauser, A.: Sozialgeschichte der Kunst und Literatur. München 1953 (1973)
Hobbes, T.: De corpore (Vom Körper). 1655.
Huizinga, J.: Herbst des Mittelalters. 1941. Stuttgart 1975.
Holz, H.H.: Leibniz. Stuttgart 1958.
Lefèvre, W.: Zur Kuhn-Debatte. in: SOPO 40, 1977.
ders: Naturtheorie und Produktionsweise — Probleme einer materialistischen Wissenschaftsgeschichtsschreibung. Darmstadt und Neuwied 1978.
Leibnitz, G.W.: Die Prinzipien der Philosophie oder die Monadologie. in: Kleine Schriften. ed. Holz, Frankfurt/M 1965.
Leonardo da Vinci: Tagebücher und Aufzeichnungen. ed. Lücke, Leipzig 1953.
Ley, H.: Geschichte der Aufklärung und des Atheismus, Bd. 2/2, Berlin(DDR) 1971
Mandron, R.: Des humanistes aux hommes de science. Paris 1953.
Marx, Karl.: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, MEW Erg. Bd. 1.
Rohbeck, J.: Egoismus und Sympathie. Die Balance der gesellschaftlichen Widersprüche im bürgerlichen Individuum (Eine Studie über die Probleme der Gesellschaftstheorie David Humes als Grundlage seiner erkenntnistheoretischen Skepsis). Berlin(West) 1978.
Ruben, P.: Wissenschaft als allgemeine Arbeit. in: SOPO 36, Berlin(West) 1976.
ders.: Der Entwicklungsgedanke im klassischen bürgerlichen Materialismus. in: Veränderung und Entwicklung. Studien zur vormarxistischen Dialektik. ed. G. Stiehler, Berlin (DDR) 1974.
Panofsky, E.: Idea. 1924. Berlin(West) 1960
ders: The Codex Huygens and Leonardo da Vinci's Art Theory (Studies of the Warburg Institute). London 1940.
ders: The Life and Art of Albrecht Dürer. Princeton 1943. zit. ed. 4th ed. 1955.
ders: Galileo as a Critic of Arts. Den Haag 1954.
Schumacher, J.: Leonardo da Vinci — der Maler-Philosoph. Frankfurt/M 1974.
Tomberg, F.: Bürgerliche Wissenschaft. Frankfurt/M 1973 a.
ders.: Über den gesellschaftlichen Gehalt ästhetischer Kategorien. in: ders.: Politische Ästhetik. Darmstadt und Neuwied 1973 b.
Ullmann, E.: (ed.): Albrecht Dürer — Kunst im Aufbruch. Leipzig 1973.
Zilsel, E.: Die sozialen Ursprünge der neuzeitlichen Wissenschaft. Frankfurt/M 1976.
Vasari, G.: Lebensläufe der berühmtesten Maler, Bildhauer und Architekten. 1568. Zürich 1974.
Weimann, R.: Renaissanceliteratur und frühbürgerliche Revolution, Berlin(
Winckelmann, J.J.: Gedanken über die Nachahnung der griechischen Werke in der Malerey und Bildhauerkunst. 1755. in: ders.: Kunst-Abhandlungen Heilbronn 1825.
Wolfram, P.: Zur Spezifizierung der Beziehung von Experiment und Praxis. in: DZfPh 5, Berlin(DDR) 1977

Alessandro Mazzone

Der Kapitalfetischismus: Über Grundfragen einer materialistischen Ideologietheorie (III)*

I.

In den Abschnitten II. bis IV. dieser Untersuchung wird versucht, die doppelte Bewegung der realen Durchsetzung der KPW und der begrifflichen Konkretionen derselben im Hauptwerk von Karl Marx im Hinblick auf die Ausarbeitung einer Formalstruktur bürgerlicher Subjektualität zu resümieren. Die Marxsche Analyse der trinitarischen Formen war die Grundlage. (s. insbes. DK 3, 835 ff.)

II.

Die Bestimmung einer Formalstruktur bürgerlicher Subjektualität war deswegen methodisch das Erste, weil Anspruch und Aufgabe der materialistischen Ideologietheorie die Ausarbeitung der Bewegungsgesetzmäßigkeiten des Ideologischen in dessen realem Entstehen, gesellschaftlicher Wirksamkeit, hegemonialer Funktion und Widerspruch ist. Aufgabe der Theorie kann *nicht* sein, das sogenannte „falsche Bewußtsein" zu entlarven, sondern vielmehr das Subjektuale in seiner realhistorischen Bestimmtheit und Widersprüchlichkeit als pars realis des naturhistorischen Prozesses, und zwar in dessen Formbestimmtheit, hypothetisch nachzuzeichnen. Theoretischer und parteiischer Zweck der Ideologietheorie koinzidieren in dieser Ausarbeitung der Bewegungsgesetzmäßigkeiten des Ideologischen im Kapitalismus.

III.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Unterscheidung von Subjektualität und Subjektizität. Subjektizität ist formal das, was auf der Seite der historisch entwickelten Naturkraft „Menschen" der theoretischen Konkretion der Produktionsweise vorausgeht. Inhaltlich und methodisch sind diese aber nicht „Individuen" ohne gesellschaftliche Bestimmtheit. Diese Vorstellung ist vielmehr gesetz als Schein der EWP in der KPW („Identifizierung gesellschaftlichen Produktionsprozesses mit dem einfachen Arbeitsprozeß, wie ihn auch ein abnorm isolierter Mensch ohne alle gesellschaftliche Beihilfe verrichten müßte" — DK 3, 890). Die Subjektizität bezeichnet also die Pluralität und Endlichkeit der Individuen als durchziehendes natürliches Moment der hier noch nicht gesetzten Bewußtheits- und Handelungsformen menschlicher Individuen (als nur gesetzte Naturgattung). Die reale Bestimmung jener Formen erfolgt erst in der realen Geschichte, d.h. in einer ÖGF.

*) Der erste Teil des Textes s. SOPO 42, Heft 4, 1977, der zweite Teil s. SOPO 43, Heft 1, 1978. Abkürzungen: K. Marx: „Das Kapital", Buch 1, 2, 3, in MEW Berlin 1971 Bd. 23, 24, 25 entspr. DK 1/2/3 und Seitenzahl. Ausserdem im Text: KPW gleich Kapitalistische Produktionsweise; EWP gleich einfache Warenproduktion; WZ gleich Warenzirkulation; Ögf gleich ökonomische Gesellschaftsformation.

IV.

Subjektualität heißt ihrerseits nicht „Subjekte" (oder existentuniversale Individuen) als angeblicher Ort der Vermittlung von Sein und Bewußtsein. Diese Vermittlung ist vielmehr von vornherein als pars realis des naturhistorischen Prozesses, also der konkreten ÖGF aufzufassen. *Subjektualität* ist real existierende Subjektseite einer *bestimmten* Gestalt des geschichtlichen Seins, das allerdings immer gesellschaftlich ist, und zwar sowohl *societas hominum* als auch *societas rerum* (wenn auch nicht in dem widersinnigen Schein der ungesellschaftlichen und ungeschichtlichen Historie der fetischistischen Begrifflichkeit, „Menschen" und dementsprechend „Dinge" jenseits jeder Gesellschaft, jenseits also ihres Gewordenseins und Weiterwerdens zu dem, was sie sind: von vornherein, also nicht in den Gesetzmäßigkeiten dieses Werdens erfaßbar; vgl. SOPO 43, S. 88f.). Geschieden sind also im noch abstrakten Begriff des historisch-gesellschaftlichen Seins *ordo rerum* und *ordo idearum* deswegen nicht, weil *diese* Unterscheidung auf solcher Ebene der Abstraktion nichts anderes ist als falsche Diairesis, „grob-empirisches Zugreifen" auf die unvermittelte, „wahrnehmbare" Gegenständlichkeit „ohne theoretischen Sinn" und — für uns heute — unreflektierte Projektion des Kapitalfetischismus. (Ganz abgesehen davon, daß die somit durchgeführte radikale Trennung von Theorie und Praxis sich nur *ex post,* etwa durch Praxeologie oder Handlungstheorie, behelfsmäßig kitten läßt.)

Unterschieden sind im Subjektualen *ordo rerum* und *ordo idearum* sehr wohl, aber zunächst nur faktisch, und diese Fakten können und müssen festgestellt, analysiert und zur theoretischen Konkretion gebracht werden entsprechend den materiell feststellbaren Kraftlinien ihres Sichabsonderns und Ineinandergehens. Solche Kraftlinien sind nun keineswegs rein bewußtseinsmäßiger Natur: Der beständige Prozeß der Skepsis, der Kohärentisierung des je individuellen ideologischen Vermögens geht allerdings „im Kopfe" vor sich. Aber: was sich da bewegt, widerspricht und *auch* durch Skepsis zur Kohärenz gebracht werden mag, sind historisch bestimmte Konfigurationen des gesellschaftlichen Seins, deren materielle Diskretheit und deren eigengesetzliche Bewegungsweise primär diesem Sein angehören. Solches Sein vermittelt sich natürlich immer in „wirklichen lebendigen Individuen": keineswegs aber in nur widerspiegelnden Bewußtheiten, die das Natur- Geschichts- und auch das eigene Sein *außer sich* sähen. Sie sind im Gegenteil, eben als lebendige Individuen, Akteure auf einer Weltbühne, deren *Teile* sie selbst sind. Sie sind *nicht* die Urquelle der Vermittlung des gesellschaftlichen Seins (wie es die klassische Philosophie des Selbstbewußtseins haben wollte), und auch nicht deren ausschließlicher Ort; denn jenes Sein besteht nicht nur aus menschlichen Individuen (ebensowenig wie die Arbeit die *ausschließliche* Quelle des Reichtums ist). Ort der Vermittlung sind die individuellen Köpfe nur insofern, als diese Vermittlung sich inder biologischen Geschichte *auch* ein Widerspieglungsverhältnis schuf: Aber dies ist eben vorgeschichtlich und auch nicht spezifisch menschlich. Solche Widerspiegelung erfolgt ja auch in nichtmenschlichen Gattungen. Vor der Analyse der gewordenen, historischen Gesellschaftsformationen muß solche Widerspiegelung aber *gesetzt* werden — denn jene wären ohne sie niemals entstanden: Dies eben meint der Begriff der

Subjektizität als abstrakte reine Möglichkeit der Widerspiegelung (wie des bewußten Handelns, der zweckgerichteten Tätigkeit usw.). Spezifisch aber wie auch real existierend ist erst die *Subjektualität:* In ihr bewegen und formen sich die Inhalte nicht als bloß widergespiegelte oder „gewußte", sondern als theoretisch-praktische Weltanschauungen im Sinne von im Leben gewonnenen und praktizierten Sicht- und Verhaltensweisen überhaupt.

Solche Sicht- und Verhaltensweisen sind natürlich historisch-gesellschaftlich, und zwar nicht nur in ihren jeweils tradierten Bestandteilen, sondern in ihrem *modus operandi* überhaupt. („Wie die Individuen ihr Leben äußern, so *sind* sie"!). Erst hier kann die Frage nach Kohärenz und Nichtkohärenz der Weltanschauungen, sowie deren Kohärenz und Nichtkohärenz der Weltanschauungen, sowie deren Kongruenz und Nichtkongruenz mit der praktischen und gesellschaftlichen Seinsweise der Individuen sinnvoll gestellt werden, derart nämlich, daß daraus Instrumente der Analyse, prüfbare Hypothesen usw. entspringen. Aber diese Frage zu stellen bedeutet eben, aus der schlechten Abstraktionsebene des Existenz-Universalen heraus und in die der Formierung, Bewegungsformen und Gesetzmäßigkeiten jener Inhalte hinein zu gelangen, welche zwar in der Skepsis der indivuellen Köpfe eine zweite Reflexion immer wieder erfahren, die aber *materielle* Topoi sind, da sie Weisen, Figuren, Modi der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion des Lebens sind; auch des individuellen Lebens nunmehr in dem spezifischen Sinne, daß diese allgemeine Eigenschaft von Leben, die darin besteht, in Individuen historisch-gesellschaftliche Existenz zu erlangen. Es gilt aber, daß die sog. „Bedingungen" der Produktion und Selbstäußerung solcher Inividuen integraler Bestandteil deren *Seins* überhaupt sind (und von diesem nicht getrennt werden können, außer im Mythos der chritlich-bürgerlichen Person oder, allgemeiner, im fetischistischen télescopage von vorgestellten „Menschen" und „Dingen" bzw. „Menschsein" und „Natursein" usw.). In die beständige Produktion und Reproduktion gesellschaftlicher *Individuen* „gehen" also die materiellen *Topoi* nur insofern immer wieder „ein", als sie von den Individuen weiterverarbeitet werden können und zwar unter anderem auch als individuelle Bewußtwerdung, Systematisierung, Formulierung von Problemen usw. („zweite Reflexion"). Aber als Bestimmtheiten der Reproduktion sind die Topoi ebenso materiell wie auch schon reflektiert; denn was sich da reproduziert, ist gesellschaftliches Sein und zwar nicht als „Materie" plus vorgestellter universalexistierendes Bewußtsein, das sich die natürliche und historische Welt etwa „anschaute", sondern ein Sein, dessen *eines* wesentliches Verhältnis das der Widerspiegelung, der Arbeit, der zweckgerichteten Tätigkeit usw. ist, so aber, daß dies Verhältnis nur in den materiellen und formalen Strukturen einer bestimmten ÖGF (bzw. deren historischen Blöcken) Konkretisierbar wird.

V.

Die folgende Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse im Hinblick auf Anwendung derselben für weitere Untersuchungen ist gegliedert in:

1. Kapitalfetischismus und Subsumtion der EWP unter die KPW
2. Kapitalfetischismus und Schein der Konkurrenz
3. Kapitalfetischismus und Verhältnis von Produktionsweise und ÖGF (Hegemonie)
4. Methodisches

1. Kapitalfetischismus und Subsumtion der EWP unter die KPW

1.1 Die „Person" als reflektierte Warenform ist zugleich die in die Welt der EWP aufgehobene Subjektizität. (Individuen werden zu Personen, vgl. Marx, Grundrisse 151 ff. u. s. 1.5.1).

1.2 Weil Kapitalform Warenform als aufgehobene in sich hat, ist die „Person" abstrakt-hegemonische Ideologiepoiesis; „wir" sind in der KPW alle Warenbesitzer — mal als Geldbesitzer, mal als Arbeitskraftbesitzer und -verkäufer. Darin ist die historische Substantialität des „nur-tradeunionistischen" Standpunktes enthalten. Dieses „Wir" unterstellt logisch Gesellschaft als *universitas* von Individuen (s. 1.4). Diese im Denken vermittelte universitas erscheint im zweiten Reflex als Begründung: bürgerliche Theorie der gesellschaftlichen Interaktion.

1.3 Als Vermittlungsprinzip bereits geformter geschichtlicher Verhältnisse ist die „Person" zweiter Reflex, somit Prinzip der Reflexion — der bewußten Verarbeitung der Objekte als Gegenstände. Strukturell sind die Ideologien der „Person" Konstitution der objektiven Welt als Funktionen der „Person", bis hin zu Rollen- und Funktionssoziologie (s. 2.7 u. 2.9).

1.4 Die Aufhebung der Warenform in die Kapitalform ist Beibehaltung der Gesetze der Warenproduktion im Kapitalverhältnis und Degradierung derselben zum Schein (erstes Hauptmoment des Kapitalfetischismus siehe SOPO 43, S. 92). Die bestimmte Negation des qualitativen und quantitativen Wertverhältnisses der EWP in KPW ist als Schein des Tausches Erlöschen der Klassen. Lohn als Revenue ist abgeleitet vom Schein des Tausches über Kostpreis und Profit (vgl. „Drei begriffliche und reale Ebenen" in SOPO 43, S. 93 — 95).

1.5 Die Entwicklung des Wertgesetzes der EWP zum Wertgesetz der KPW ist subjektual beständige Setzung und Aufhebung der Universalität als universitas. In der KPW ist jedoch die Weiterentwicklung des Wertes Produktion von Erscheinungsformen derselben, welche das „Verschwinden im Hintergrund" der Wertbestimmung (sowohl real als in der Vorstellung) notwendig enthalten. (Zweites Hauptmoment des Kapitalfetischismus)

1.5.1 Charaktermaske der Ware oder Charaktermaske des Kapitals zu sein ist in vielfacher Hinsicht verschieden. Der Kapitalist ist nur in der Erscheinungsform der Zirkulation, als Träger von *Geld* im Tausch G-A, worin die Kapitalfunktion erloschen ist, Warenkäufer (wie denn auch Warenbesitzer und -verkäufer). Darum schon ist die Übertragung der Marxsche Formel zum Austauschprozeß („die Gesetze der Warenatur betätigen sich im Naturinstinkt der Warenbesitzer", DK1, 101) auf dies Verhältnis nur insofern gerechtfertigt, wie die Form des Tausches G-A den Inhalt zum „reinen Schein" degradiert. In diesem durchaus realen Schein ist allerdings nicht nur der Interessengegensatz der Kapitalisten und Arbeiter als Individuenmengen erloschen, sonder vielmehr das *Klassenverhältnis* in seiner Formbestimmtheit und folglich in seiner Geschichtlichkeit. Die Warenform setzt die Freiheit und Gleichheit *ihrer*

Charaktermasken, produziert strukturell *ihre* (individuellen) Träger als Personen, als Subjekte von Menschenrechten und als „Menschen" überhaupt in historisch enthistorisierten, aber für bürgerliche Gesellschaften „gültigen, also objektiven Gedankenformen" (ebenda, 90).

Aber zweitens: Wenn Marx (Grundrisse, 151 ff.) die natürwüchsigen oder individuellen Unterschiede entwickelt, die beim Tauschakt der Warenproduzenten in die Gleichheit usw. „beider Individuen" aufgehoben und zugleich als Grundlage enthalten sind, so sind diese Unterschiede eben *individuelle* und *naturwüchsige* unter der Voraussetzung des Nicht-Warencharakters der warenproduzierenden Arbeit. *Ebendies* ist im Kapitalverhältnis enthalten als Schein zugleich und als Notwendigkeit: Klassenverhältnisse und Wertverhältnisse haben den Tausch als Erscheinungsform und als Schein. (Die zwei Hauptmomente sind darum, wie wir sahen, hier angelegt.) Die hier fungierende „Person" „Kapitalist" ist aber weder nach Körper- und Geisteskräften noch nach Bedürfnissen in sich unterschieden — es ist primär überhaupt kein „Individuum", das zur „Person" wird, sondern Charaktermaske des Kapitals *als Kapitalverhältnis,* bürgerliche Person oder historisch vom „prozessierenden Wert" weiterentwickelte Individuation *der Klasse.* Träger des Kapitalverhältnisses ist nicht die universitas der *Geldbesitzer* (wie es scheinbar sein muß), sondern — *die Klasse.* Als Charaktermaske des Kapitals ist nun dieser Träger sehr wohl in sich unterschieden, aber nicht nach Kraft, Tüchtigkeit usw. wie der Warenproduzent, sondern zunächst nach den Kategorien des Kapitalverhältnisses überhaupt. Erst nach Maßgabe dieser Kategorien sind die naturwüchsigen und sonstigen Unterschiede in dem gesellschaftlichen Verhältnis der kapitalistischen Produktion und Zirkulation relevant; sie sind unter sie subsumiert, d.h., sie unterliegen ihrer spezifischen Dialektik und haben überhaupt nur auf diese Weise *bestimmte Existenz.*

Drittens: Die Klasse wird ständig reproduziert durch den „kapitalistischen Produktionsprozeß, im Zusammenhang betrachtet" (DKI, 604). Ebenso wie die Kapitalisten Kapitalistenkinder zeugen, nicht etwa, weil sie „Menschen" sind oder auch „Personen", sondern weil die Akkumulation in diesem spezifischen Verhältnis eben einen Träger hat, der zwar auch Profite bezieht, doch aber als Mehrwert, d.h. als historisch-reales Wertverhältnis, hat die Klasse eine Kontinuität und eine Geschichte. Kontinuität und Geschichte sind die der kapitalistischen ÖGF, der Gesamtproduktion der gesellschaftlichen Naturkräfte *in „en Formbestimmungen der KPW.* Also schafft der kapitalistische Unternehmer „mit sich den Techniker der Industrie, den Wissenschaftler der politischen Ökonomie, den Opganisator einer neuen Kultur, einesneuen Rechts usw." (Gramsci, Quaderni 1513) *nicht anders als im Klassenkampf,* weil Klassenkampf eben Entwicklung der Produktivkräfte in einer klassenverfaßten Gesellschaft ist. Die ökonomischen, politischen, organisatorischen, kulturellen, ideologischen „Bedürfnisse" der Bourgeoisie sind real, weil Bedürfnisse der Gesamtreproduktion der Produktivkräfte, hegemoniefähig und fortschrittlich in dem Maße, wie diese Gesamtreproduktion historisch durch die KPW gefördert, nur „beherrs„hend" und reaktionär, ebensoviel wie der Grundwiderspruch zum Hauptwiderspruch und zur Setzung der neuen möglichen Hegemonie fortschreitet: *widepsprüchlich und historisch, aber immer,* nach Struktur und Dynamik der KPW, ihrer Entfaltung und Schranke.

Viertens: Erst nachdem verstanden wird, daß gerade das télescopage der Naturkraft Mensch (Individualität) mit der historischen und transitorischen bürgerlichen Person eine objektive Struktur der KPW ist, öffnet sich das eigentliche Feld, wo die Phänomenologie des Kapitalfetischismus untersucht werden kann. *Es ist überhaupt nicht nötig,* gesellqchaftliche Verhältnisse als „Beziehung„n" von Individualitäten aufzufassen, sondern umgekehrt: Dies isp der zweite Reflex des Kapitalfetischismus. In Wirklichkeit ist die Nicht-oinzidenzvon biologischer und historischer (kultureller) Individualität in der eigentlichen Geschichtlichkeit (*Menschen*geschichte) als Prinzip enthalten. Die *Massen gesellschaftlicher Potenzen,* diein der KPW und folglich in der kapitalistischen ÖGF in den Kategorien des Kapitalverhältnisses geschichtliche Existenz haben, „verteilen" sich in Gruppenund Individuen quer durch diese nach materiellen Gesetzhäßigkeiten, und haben gerade darum auch selber materielle Diskretheit, sind also erkennbar.

2. Kapitalfetischismus und Schein der Konkurrenz

2.1 In der KPW setzt sich die qualitative Wertbespimmung (gesellschaftliche Produktion gesellschaftliche Bedürfnisse/ Produktivkraftentwicklung) als Kapitalakkumulation lation durch. Diese setzt „spezifisch iapitalistische gesellschaftliche Charaktere der Produktionsbedingungen" (DK3, 858) voraus, also die Konzentration der Produktion als Konzentration des Kapitals wie auch Reproduktion der Produktionsverisse als „Geheimnis des beständigen Erscheinens der Produkte der Zersetzung des Warenwerts als Voraussetzung der Wertbildung" (DK3, 879. vgl. DK1, 604).

2.2 Der doppelte Widerspruch, daß a) die „wirkliche Kost" einer Warenklasse nur in den (von verschiedenen Kapitalen) ausgelegten Geldkapitalmengen c + v dargestellt wird, nicht aber in den Wertgrößen c + v als Indices toter und lebendiger mobilgemachter Arbeit und daß b) der Zupammenhang zwischen dem „Gesamtquantum ... für die Produktion solcher Warenklasse angewandter gesellschaftlicher Arbeit" und dem „Umfang, worin die Gesellschaft Befriedigung der dadurch gestillten Bedürfnisse findet", ein „nur zufälliger Zusammenhang" ist (196 ff.), schafft die Erscheinungsformen, in welchen der Wert *als Marktwert* die Produktion reguliert (Produktionskosten/Marktpreise). Die Schaffung neuer Erscheinungsformen ist die Lösungsform des Widerspruchs (DK 1, 118, vgl. DK 3, 674, „Dieselbigkeit der Marktpreise als kapitalistischer Ausdruck des gesellschaftlichen Charakters des Werts") Diese Formen treten als dynamische und als strukturelle in Erscheinung.

2.3 Dynamische Erscheinungsformen sind die abgeleiteten Gestalten der organischen Zusammensetzung des Gesamtkapitals in seiner inneren Refraktion als Kapitalen, also die Phänomenologie des Falls der Profitrate und der Überakkumulationskrisen. 2.4 Strukturelle Erscheinungsformen sind die des Scheins der Konkurrenz, namentlich des Scheins, als ob Akkumulation in Rückverwandlung des „Profit als solchen" im Kapital bestünde (DK 3, 856 und 858).

2.5 Dieser Schein ist doppelbödig. In ihm wird sowohl die quantitative Seite des Werts aufgehoben (Wertbestandteile als Verschwinden des konstanten Kapitals) als auch die qualitative, d.h. die Bewegung der KPW von der Setzung der gesellschaftlichen Arbeit

als Lohnarbeit zu der Vergesellschaftung der Arbeit und Subsumtion der Wissenschaft. („Große Freiheit" vgl. 3.2) NB. Lohnarbeit nicht wertbestimmend, DK 3, 889, vgl. 887).

2.6 Folglich ist die Phänomenologie der trinitarischen Formel als „Religion des Alltagslebens" nun doppelt bestimmt: teils als ideologiepolitische Weiterentwickung des Scheins des Tausches (télescopage der kapitalistischen Subjektualität auf die warenproduzierende und auf die ahistorischen „Menschen"; Universalität als universitas verschiedener Individuenmengen von Revenue-Besitzern.); teils über die notwendige Regulierung der realen epochalen Bewegung der KPW durch einen Dritten (Staat). Die Staats- und Wirtschaftstheorien sowie die entsprechenden bürgerlichen Soziologien sind keine bewußtseinsmäßige Idola, sondern zweiter Reflex realer Subjektualität. Die Dialektik dieser Subjektualität ist die des gesamten kapitalistischen Reproduktionsprozesses als vermittelt in der Einheit von Staat und bürgerlicher Gesellschaft. (Gesamtstaat im Sinne Gramscis)

2.7 Im zweiten Reflex kommt also zu der Setzung der „Person" als Begründungs- und Vermittlungsprinzip die Setzung der notwendigen Harmonie der Revenue-Bezieher hinzu. Diese gehen auf Kapital, Erde Arbeit zurück, d.h. auf die irrationale Summierung „einer bestimmten historischen Gestalt eines Produktionselementes mit zwei Elementen des realen Arbeitsprozesses" (DK 3, ,824). Das Rationale dieser Saummierung ist allein die abstrakte Universalität der die entsprechenden Revenuen beziehenden Individuenmengen, also die abstrakte Vorstellung von „Gesellschaft" als eine „Totalität" von Individuen. Dies setzt die falsche Diairesis von „Menschen" und „Dingen". Hierin ist die Auffassung der Natur als abstraktes Objekt enthalten. Diese subjektualen Formen sind sowohl real wie plausibel, weil das Kapitalverhältnis sich als ein „Ding" verdichtet und weil die Warenzirkulation in der KPW aufgehoben ist. Der inner Widerspruch dieser Realität und Plausibilität löst sich in Bewußtseins- und Praxisformen der von Individuen und Gruppen praktizierten und erfahrenen Spannung des reahistorisch Möglichen.

2.8 Die epochale Bewegung der KPW setzt die mögliche Verwirklichungsweise der Individuen und Gruppen als „große Freiheit" und zugleich die beständige reale und begriffliche Blockierung derselben. Die KPW hebt die Gesetze der Warenzirkulation auf, also auch deren reflektierte Gestalt als personalwirkende individuelle Warenproduzenten, folglich auch die soziale Wirksamkeit der in diesen zentrierten Ideen- und Praxisformen. Die Spannung der realmöglichen „Großen Freiheit" ist in der aufsteigenden Phase des Kapitalismus Entfaltung der „Person". In der Spätphase wird sie erfahren als Negation der „Kleinen Freiheit", Beschneidung der Person, Unrecht usw. Diese Spannung ist an sich der noch abstrakte Begriff der Grenze der bürgerlichen Hegemonie als Form, d.h. Begriff der reflektierten Kapitalform in ihrem Widerspruch als „Schranke" der kapitalistischen Produktion (DK 3, 260 ff.).

2.9 Die abstrakte Rationalität der Funktionen und Rollen erscheint im zweiten Reflex als Systemsoziologie. Sie ist im ersten Reflex bürgerliches Bewußtsein überhaupt, wird die „eigentliche, spezifische KPW" einmal vorausgesetzt. Erfahrbarkeit der Gesamtgesellschaft als funktionaler Zusammenhang von „Menschen und Dingen" und entsprechende Lehre der Harmonie der Individuenmengen (sog. „Klassen") sind darin enthalten.

2.10 Die systematische Ambiguität der Vorstellung „Mensch" ist nun auch gedoppelt. An sich ist diese Vorstellung Télescopage der Historizität auf das Existent-Universale. Da das Existent-Universale jeder inhaltlichen Bestimmung bar ist, kann es alle von der faktischen gesellschaftlichen Entwicklung gesetzten Bestimmungen in sich aufnehmen: (Unterschiebung der Empirie und falsche Diairesis).

2.10.1 Die in die „Person" aufgehobene Subjektizität erscheint als auf Existenz der freien Lohnarbeiter zurückteleskopierte Weltgeschichte (DK 1, 184, vgl. SOPO 43, S. 91). Zugleich ist sie Verdichtung in Individualpersonen der Spannung von Setzung und Blockierung der „historischen Mission des Kapitals" als des Realmöglichen. Damit ist die *Möglichkeit* von Klassenbewußtsein gesetzt. Jedoch erwirbt die erscheinende Individuenmenge (sogenannte soziologische Arbeiterklasse) erst im historischen Prozeß des Widerspruchs der bürgerlichen Hegemonie Klassenbewußtsein.

2.10.2 Der Schein des Tausches und der Schein der Konkurrenz als Formbestimmungen der KPW entwickeln sich in den Institutionen und in der praktischen Organisation und Steuerung der Klassengesellschaft, welche für das Kapital jedoch beständig zurückfällt in Individuen mengen, und zwar sowohl real als auch ind er Vorstellung. In der Struktur und Dynamik dieser Formbestimmungen ist Kapitalfetischismus Form möglicher Subjektualität für die gesellschaftlich reproduzierten Individuen — als deren widersprüchliche kapitalistische *Zivilisierung*. (Die Möglichkeit des teilweisen Verlustes von Klassenbewußtsein der arbeiterklasse ist hierin gesetzt, denn der „bloß tradeunionistische" Standpunkt ist in der Welt des Tausches und der Konkurrenz nicht bloße „Täuschung". Vielmehr sind diese Formbestimmmungen „organischer Schein", reale Erscheinungsformen, und deren Vermittlung in Individuen ist für diese — Substanz.)

3. Kapitalfetischismus im Verhältnis von Produktionsweise und ökonomischer Gesellschaftsformation (Hegemonie)

3.1 Die Hegemonie der Bourgeoisie ist vermittelt in den historischen Blöcken worin die ÖGF ihre reale Existenz hat. Historische Blöcke sind bestimmte Klassenkonstellationen (Bündnis- und Herrschaftsverhältnis *von Klassen)*, worin die gesamte Reproduktion der Gesellschaft als objektive und subjektuale Verwirklichung des Realmöglichen gesetzt ist (Einheit von Basis und Überbau als realer dialektischer Prozeß). Die Dynamik der KPW und deren spezifischer Hauptwiderspruch in den (bürgerlichen) historischen Blöcken schließt die Integration von Resten früherer Gesellschaftsformationen in die kapitalistische sowie die Subsumtion der EWP in die KPW ein (Ökonomische Gesellschaftsformation als historisch gewordenen Realtotalität, Setzung der Einheit des Menschengeschlechts als Imperialismus/ Sozialismus). Die Spannung des Realmöglichen als fortschreitende Durchsetzung der KPW und als Setzung des Sozialismus vermittels der Verwandlung des Grundwiderspruchs der Produktionsweise in Hauptwiderspruch der Klassen ist Gesamttopik der materiellen und subjektualen Verwirklichung der kapitalistisch seienden Individuen, Gruppen, Naturkräfte. Die Dynamik dieser Verwirklichung ist die Entwicklung der Klassen.

3.2 Die Klassen sind nicht Individuenmengen von Revenuebeziehern, sondern historische Seinsweise der Produktivkräfte oder konkrete Allgemeinheit der Arbeit als

geschichtlich bestimmte Vermittlung der Naturkräfte. (DK 3, 892 f., vgl. 276 f., vgl. DK 1, 195). die innere Vermittlung dieser konkreten Allgemeinheit ist die beständige Reproduktion der Produktionsverhältnisse („Die KPW, wie jede andere, reproduziert nicht nur beständig das materielle Produkt, sondern ... die ökonomischen Formbestimmtheiten seiner Bildung." DK 3, 879). Die äußere Vermittlung ist die kapitalistische Setzung der „Großen Freiheit", die Entwicklung der Möglichkeit des Spiels der Arbeit mit den anderen Naturkräften als freie Selbststeuerung. Die äußere Vermittlung erlischt in der inneren durch den Schein der Konkurrenz, weil „das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint." (DK 3, 260, „Schranke", vgl. aber 268, 274 „verselbständigte gesellschaftliche Macht" als reales Moment.) Die Einheit der äußeren und inneren Vermittlung kann daher erst als Klassenkampf „in allen Lebensformen aller Klassen" (Lenin, „Was tun"), d.h. als unstetes Gleichgewicht von Hegemonien erscheinen.

3.3 Die bürgerliche Hegemonie ist abstrakt bestimmt als mögliche Verwirklichung der durch die „Organisation der Arbeit selbst als gesellschaftliche Kooperation, Teilung der Arbeit und Verbindung mit der Naturwissenschaft" (DK 3, 277) gesetzten Seinsweise der gesellschaftlichen Reproduktion. Letztere hat die Gesamtheit der Produktions- und Konsumtionsbedürfnisse als eines ihrer abstrakten Extreme. Das andere ist die Akkumulation des Gesamtkapitals als Schein der Akkumulation des *Profits* und Zufälligkeit des Zusammenhangs (siehe oben 2.2). Strukturell ist die bürgerliche Hegemonie beschränkt, teils durch die Zufälligkeit der Vermittlung dieser Extreme aufgrund der „bestimmten kapitalistischen gesellschaftlichen Charaktere der Produktionsbedingungen", teils durch den „kapitalsitischen Ausdruck der zunehmenden Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit"(Fall der Profitrate). Gesellschaftliche Produktivkräfte sind in ihrer Reproduktion selber durch den Widerspruch von realmöglicher Verwirklichung und Zufälligkeit des Einsatzes bestimmt. Die Revenuen als erscheinende Grundlage der Reproduktion der Produktivkräfte (Arbeiter/Lohn; Kapital/Profit) sind real-irrationaler („begriffloser") Ausdruck dieses Widerspruchs und als solche Schranke der Objektivierung und bewußte Überwindung des Widerspruchs selbst durch den gesamtgesellschaftlichen Intellekt.

3.3.1 Der Schein der Konkurrenz wird hier zur subjektualen Blockierung der Herausbildung des gesellschaftlichen Intellekts als Gesellschaftliches. Diese Blockierung ist zugleich Setzung des gesellschaftlichen Intellekts als irrationale Vermittlung von Rationalität und objektiver Zielsetzung. Die Rationalität als sogenannte Zweckrationalität ist Modell der „wertfreien" Macht, d.h. der Wirkung der „entfremdeten gesellschaftlichen Macht".

3.4 Die innere Vermittlung der Subjektualität (Kapitalfetischismus als Formal*struktur*) ist Dialektik der KPW als Form der kapitalistischen Zivilisierung (s. 2.10.2). Als vermittelt in der realen Pluralität und Endlichkeit der Individuen ist diese Form Kulturform (Überlieferung, Ausbildung, interindividuelle Kommunikation usw.). Der Schein des Télescopage der historisch gesetzten und negierten Gestalt dieser Pluralität als „Person" auf die metahistorischen „Menschen" ist Produkt der KPW. (Vgl. SOPO 43, S. 84, „die" Arbeit). In diesem Schein sind die Klassen erloschen (siehe 1.4, 3.2). Die doppelte Vermittlung der Produktivkräfte als Existenz der spezifischen Produktionsbedingungen und -potenzen („Produktivkräfte des Kapitals") und als Verwirklichung menschlicher Individualitäten ist also selber reduziert auf das Télescopage von „Menschen und Dingen".

3.5 Die Verwirklichung ist aber allgemein Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der historischen Mission des Kapitals. Hegemoniefähig ist solche Kultur, die der Verwirklichung förderlich ist, freilich in deren eigentümlichen Widerspruch (s. 3.1 und 3.2, Klassenkampf). Dieser Widerspruch setzt die Dynamik der Klassen als Gesamtentwickung derselben: Diese Dynamik ist als Möglichkeit die Möglichkeit des realen historischen Prozesses als „notwendiges Ineinanderübergehen von Basis und Überbau" (Gramsci, Quaderni, S. 1051). Der Widerspruch dieser Möglichkeit ist der der Erfüllung und Nicht-Erfüllung des historisch Realmöglichen in seinen durch die Gestalten des Kapitalfetischismus geformten subjektualen Brechungen. Diese Erfüllung ist aber real erst als *Geschichte der ökonomischen Gesellschaftsformation.*

3.6 Die KPW hat strenggenommen eine *Dynamik;* Geschichte hat allein die ÖGF. (In der Ausarbeitung der Kategorie der ÖGF ist die direkte Fortsetzung des Marxschen Hauptwerkes durch den jungen Lenin zu sehen: vgl. E. Sereni, „Critica Marxista", 1970 ff.). Die Rektion der Gesamtreproduktion des gesellschaftlichen Lebens als Einheit von Basis und Überbau durch die Dynamik und Struktur der KPW ist Möglichkeit bürgerlicher Hegemonie in den bürgerlichen historischen Blöcken. Historische Blöcke sind dynamische Strukturen der Verwirklichung des Realmöglichen, worin die eigentümliche Expansivität der KPW die anderen Elemente der ÖGF integriert (s. 3.1). Diese Elemente sind also hier gesetzt als Bedingungen und Kraftlinien der realen Entwicklung. In allen Elementen ist die Übertragung der überlieferten Kultur beständige Zersetzung und Rekomposition der Kongruenzen vorausgegangener Teil- und Gesamtlebensformen. Indem diese Lebensformen durch die KPW als naturwüchsig gesetzt werden, sind die *disjecta membra,* deren eigene Gesetzmäßigkeit unter die Dynamik und Struktur der KPW subsumiert wird. Diese Subsumtion ist objektive *Topik* der Zivilisierung; als für die Individuen daseiende sind die *disjecta membra* kritisierte Lebens- und Denkformen, *Ikonik.*

3.7 Die Potenzen der gesellschaftlichen Arbeit *erscheinen* und *sind* Potenzen des Kapitals. Sie erscheinen als solche den Individuen und Gruppen. Sind sind es in der inneren Vermittlung der KPW auf die „große Freiheit" hin, d.h. im Widerspruch, der im Schein der Konkurrenz erloschen erscheint und den Schein der Natürlichkeit und Ewigkeit der bürgerlichen Produktionsverhältnisse produziert. Letzterer Schein ist notwendige und widersprüchliche Form der Bewußtheit. Als Formalstruktur jenes Widerspruchs ist der Kapitalfetischismus Gesamtheit der Kategorien, worin Setzung und Negation der realmögliche Entwicklung der gesellschaftlichen Naturkräfte (also auch: der Arbeit) sich bewegen. Als zweiter Reflex oder Bewußtheitskategorie ist er Fetischismus, weil hierin das Nicht-Sein, daher die Undenkbarkeit der Historizität der bürgerlichen Welt enthalten ist. Positiv ist die Gesamtheit der Erscheinungsformen des „vorgestellten Abkömmlings des Mehrwerts", die Bewegung des Profits als Charaktermaske des Kapitalverhältnisses, Struktur der möglichen kapitalistischen Subjektualität. Real wird diese mögliche Subjektualität nie auf einmal, sondern im

Widerspruch der Steuerung der gesellschaftlichen Reproduktion als „bürgerliche Gesellschaft plus Staat", und im zweiten Reflex als Theorien dieser bewußten bürgerlichen Praxis.

3.7.1 Eine Gesamttheorie des naturhistorischen Prozesses als kapitalistische ÖGF setzt die begriffliche Zerstörung der strukturellen Substantialität des Scheins der Ahistorizität der bürgerlichen Welt voraus, daher auch des zweiten Reflexes derselben als kulturelle Bewußtheit der Ewigkeit und Natürlichkeit bürgerlicher Produktionsverhältnisse. Darum ist eine bürgerliche Gesamttheorie des Prozesses kaum möglich. Innerhalb jener Substanz ist entweder die „Entwicklung" oder das „System" der Gesellschaft denkbar, nicht aber die dialektische Einheit beider. Diese dialektische Einheit ist die „Setzung der individuellen Arbeit als gesellschaftliche und vice versa", also die theoretische Zerstörung des Profits und der davon abgeleiteten Kategorien, also die Kritik der von der EWP gesetzten „Person" und der Aufhebung in der KPW, also die Zerstörung der Vermittlung von materieller Historizität und Freiheit im „Existent-Universalen4, also di Anerkennung nicht sowohl der sog. Wechselwirkung von Basis und Überbau, sondern vielmehr des realen historischen Prozesses als dialektische Einheit beider, worin materielle und ideelle Wert historisch gesetzt sind, also schließlich die Anerkennung der Klassen und des Klassenkampfes sowie der Aufhebung des Klassenkampfes in der Durchsetzung der Hegemonie des Proletariats. Daraus ergibt sich für die materialistische Theorie die Unmöglichkeit der Entwicklung einer apriorischen Typologie der bürgerlichen Subjektualität. Anstelle dieses Apriori tritt die dialektische Entwicklung, die Erschließung eines historischen Forschungsfeldes gemäß der Regel, daß eine dialektische Kategorie nur in ihrer Entwicklung und Anwendung näher bestimmt wird.

3.7.2 Die bürgerliche Subjektualität ist in der bürgerlichen Selbstreflexion und Steuerung des gesellschaftlichen Prozesses Substanz, die sich ind er Vielfalt der Inividuen, Grupppen und außermenschlichen Kräfte (Naturkräfte und gegenständliche materielle Kultur) vermittelt. Diese „Menschen und Dinge" sind als historisch bestimmte Naturkräfte, als Arbeit oder Produktivkräfte, *formbestimmt* (und erscheinen daher als „strukturiert"). Darum ist die sog. Entlarvung des bürgerlichen „Scheins" selber insofern eine bürgerliche Vorstellung, als darin enthalten ist, daß ein übergeschichtliches, „wahres" Bewußtsein *als Bewußtsein* das „falsche" entlarve. Bürgerliche Subjektualität ist nicht „Bedingtheit" der Erkenntnis einer ansichseienden Welt — die Konstitution der Möglichkeit von Erfahrung ist selber Theorie des Existenz-Universalen —, sondern Konstitution der geschichtlichen Welt in ihrer klassenbestimmten Form, die allerdings den Widerspruch in allen Gestalten enthält (s. 2.6, 2.8, 3.1, 4.5).

3.7.3 In der Arbeit als Wissenschaft ist dieser Widerspruch Subsumtion der Wissenschaft unter das Kapital und darum auch unter den Schein der Konkurrenz. Das Télescopage der Historizität auf die abstrakten „Menschen" erscheint hier als Allgemeinheit der abstrakten Subjekte als Forscher, mit der Natur als abstraktem Objekt als Gegenstand der Forscher. Die Universalität der Wissenschaft wird auf die sog. „scientific community" als Besonderung des Existent-Universalen zurückgeführt, und die Wissenschaft selber erscheint als Spezifizierung des Wissens und nicht der Arbeit. Folgerichtig ist diese Spezifizierung im zweiten Reflex epistematische Differenz,

formaler Charakter des „wissenschaftlichen" Bewußtseins gegenüber dem „Gewöhnlichen". Im Kapitalismus ist dieser Standpunkt wiederum keine bloße Illusion: Seine Ausführung ist im Gegenteil zweiter Reflex der unter das Kapital subsumierten allgemeinen Arbeit, *Theorie* der als Separata wirkenden und institutionlisierten sog. Einzelwissenschaften, bürgerlichen Enzyklopädie der Wissenschaften (s. SOPO 43, S. 85).

3.8 Subjektualität ist noch subaltern („korporativ"), hegemonial („staatsstiftend") oder einer anderen fortschrittlichen Hegemonie unterliegend. Diese Bestimmungen ergeben sich nach den Bruchlinien des Widerspruchs in der Verwirklichung der gesellschaftlichen Potenzen, deren Vermittlung in Individualitäten nun über die gesamte dialektik der Klassen in der ÖGF und deren historischen Blocks bestimmt ist. Die Möglichkeit der Verwirklichung ist — abstrakt fixiert im vertikalen Schnitt durch eine geschichtlichen Augenblick — die Möglichkeite eines bestimmten historischen Blocks, der Subsumierung des als naturwüchsig Gesetzten in dasselbe, der Entwicklung der hegemonischen und subalternen Klassen in jenem historischen Block usw.

3.9 Diese Möglichkeit ist immer für die Individuen als Möglichkeit der Entscheidung und der Wahl gesetzt, weil die realen Individualitäten, als subjektischen, Naturelemente der bestimmten historischen Subjektualität sind, und weil der bestimmte Widerspruch des Realmöglichen sich entfaltet in sämtlichen Gstalten der Subjektualität. Dieser Widerspruch als Dominanz der KPW im historischen Block setzt für die Individuen die Dialektik der Zersetzung und Rekomposition der kulturellen Kongruenzen als beständige Notwendigkeit der praktischen Entscheidung zwischen Elementen der naturwüchsigen und der aktuellen Lebensweise. (Vgl. Gramsci, Quaderni, S. 1376)

4. Methodisches

4.1 Die theoretische Konkretion der KPW ist nicht Konkretion der ÖFG. Die Konkretion ist für uns, d.h., sie ist, in ihrer formalen Vollständigkeit, *Wissen*. Als Wissen ist die Formalstruktur Kapitalfetischismus, eine analytische Kategorie. Sie ist eben in dem Sinne abstrakt, wie die Theorie der KPW noch abstrakt ist. Diese ist Darstellung des „Kerns", der „Anatomie" der Gesellschaftsformation, noch lange nicht die Widerspiegelung dieser selbst. „Die *Gesamtheit* der Produktionsverhältnisses spiegelt sich in der Gesamtheit des Überbaus wider" (Gramsci, a.a.O.).

4.2 Aus den analytischen Kategorien entspringen für uns Arbeitshypothesen für die Untersuchung der Subjektualität der Klassen in *einer* realen kapitalistischen Gesellschaft und weiterhin für die Untersuchung der ideologischen Strukturen ihrer historischen Blöcke, der Art der Verarbeitung historischer Traditionen in diesen Blöcken der ihnen eigentümlichen Formen der Aktualisierung usw. Für uns ist dieser Prozeß Untersuchung und Klassenkampf, weil er real, empirisch und ideell unendlich ist. Real ist er unendlich, weil die bewußte Austragung der geschichtlichen Konflikte „auf dem Boden der Ideologien" (Marx) eben icht akademische Diskussion „über" die Konflikte ist, sondern die „Art und Weise, in der die Menschen sich der geschichtlichen Konflikte überhaut bewußt werden." Empirisch ist der Prozeß unendlich, weil die Arbeitshypothesen nicht etwa „rein" aus der Formalstruktur „abgeleitet" werden,

sondern im Gegenteil: Bei jeder Stufe der Konkretion wirkt die gesamte bis dahin ausgearbeitete theoretische Struktur analytisch, d.h. als Matrix von Untersuchungshypothesen, als *abstractio simplex* zum Zweck der weiteren, „näheren" Konkretionstufe. Ideell ist der Prozeß unendlich, weil die materialistische Ideologietheorie zweite Reflexion des Widerspruchs der ÖGF als Widerspruch der Subjektualitätsformen ist. Aber die Durchsetzung dieser zweiten Reflexion als kritische neue Kultur kann nichts anderes sein als Durchsetzung der Ideologie der Arbeiterklasse in dieser selbst, in den anderen potentiell oder aktuell verbündeten Klassen und Gruppen und also auch in den zahllosen, sterblichen und sich reproduzierenden Individuen, für welche als subjektische die Vermittlung der widersprüchlichen, kämpfenden Subjektualitätsformen, wie des klassengesellschaftlichen Lebens überhaupt, theoretische und praktische Auseinandersetzung ist.

4.3 Die Gestalten, die hier, der Entwicklung der Formbestimmungen „Ware" und „Kapital" folgend, als Strukturen bürgerlicher Subjektualität skizziert wurden, sind als Strukturen Matrizen möglicher Formen der Bewußtheit und der Praxis von Individuen und Gruppen in der KPW. Sie sind folglich *für uns* analytische Instrumente der Untersuchung der hegemoniefähigen Ideologien in den historischen Blöcken der kapitalistischen ÖGF. Aber die Bewegungsgesetzmäßigkeit der historischen Blöcken (und folglich auch der materiellen Topik, worin die Expansivität oder realmögliche Kongruenz der hegemoniefähigen, historisch wahren Ideologien bzw. Philosophien mit der gesellschaftlichen Reproduktion ausgedruckt wird) sind *nicht* in der transzendentalen Dialektik der Bewußtheits- und Handelnsformen „begründet". Vielmehr ist der Schein, als ob es sich hier grundsätzlich um ein Form-Inhalts- und also um ein Begründungsverhältnis handelte, selber Moment des Kapitalfetischismus, der Rückführung der gesellschaftlichen Potenzen im naturhistorischen Prozeß auf ahistorische „Menschen" („die" Arbeit), „Dinge" *(M. le Capital),* und „Bedingungen" beider *(Mme. la Terre).*

4.4 Die reale Bewegung ist die der ÖGF und der klassenhegemonialen historischen Blöcke, in welchen jene ihre Existenz hat: Dies bedeutet aber, daß die Durchsetzung der mögliche Formen bürgerlichen Seins und Bewußtseins vom Widerspruch regiert wird, daß auch die subjektualen Formen nur darum realmöglich sind, weil Formen des realen Widerspruchs selbst. Dieser *ist* ja nur in den Formen: Die Sequenz der Formbestimmungen in der Darstellung der KPW, vom Doppelcharakter der Ware bis zur Phänomenologie der Profitrate erschöpft die wirkliche Bewegung der ÖGF deswegen nicht, weil die „wirkliche Bewegung der Konkurrenz" ja auch wirkliche Entwicklung der Produktivkräfte, der realen societas hominum und rerum ist, Durchsetzung der „historischen Funktion des Kapitals". Diese Durchsetzung geschieht in den Formbestimmungen des Kapitals überhaupt, und nur in ihnen ist sie real: Das aber bedeutet, daß der reale Widerspruch sowohl „vertikal" (in der „Logik" der KPW als „geistiges Konkretum") als auch „horizontal" (im Sein der KPw als Gesamttopik, als dynamische Gesetzmäßigkeit der ÖGF) *sämtliche Formbestimmungen durchdringt, sie also setzt und aufhebt.* Die ÖGF ist wirklich historisch, weil die KPW formbestimmt ist, also transitorisch.

4.5 Die „Welt der Warenzirkulation", die „Welt der trinitarischen Formel", alle Gestalten der bürgerlichen Subjektualität sind real als Formen der *Klassenexistenz der Gesellschaft* im kapitalistischen Zeitalter. Sie sind also der dialektischen Untersuchung erschlossen als Kraft- und Bruchlinien der Auseinandersetzung bürgerlicher und proletarischer Hegemonie — der Verwirklichung also und des Widerspruchs des Realmöglichen als Durchsetzung der Hegemonie der Bourgeoisie in deren historischen und strukturellen Schranken. Im zweiten Reflex ist diese Auseinadersetzung Kampf „der" Ideologien („bürgerliche und proletarische Ideologie ... eine dritte hat die Menschheit nicht geschaffen4", Lenin). In seiner formalen Bestimmung als Argumentativität ist dieser Kampf regiert von der hegemonialen Bewegung in der Refraktion derselben (auch) in Ideologen, Intellektuellen. Die Ideologische Illusion ist hier, daß der Kampf der Klassen sich bei den Intellektuellen als Kampf der Vernunft „umsetze". Im Gegenteil: Er *ist* Kampf der Vernunft, weil „jedes Faktum rational gewesen ist" (Gramsci) — als Verwirklichung oder Blockierung des historisch Realmöglichen. Die Verflachung des Klassenkampfes auf „Kampf" der Wahrheit gegen den Irrtum, des „wahren" gegen das „falsche" *Bewußtsein* ist freilich Idealismus, nocht mehr aber Ausdruck der Unreife, d.h. der Subalternität der proletarischen Ideologen, des (noch) Vorherrschens bürgerlicher Vorstellungen in unserem eigenen Hause.

Erika Hültenschmidt/Gert Schubring

Bemerkungen zu reduktionistischen Wissenschaftsauffassungen

Gegenwärtig läßt sich in der Bundesrepublik eine breite Rezeption von Peter Rubens Auffassung von der Wissenschaft als allgemeiner Arbeiter feststellen. Gerade unter sich als marxistisch verstehenden Wissenschaftlern wird diese als eine nützliche Konzeption ausgesehen. So ist sie in Rillings — für die Bundesrepublik bislang einmaligen — wissenschafts-soziologischer Analyse der Wissenschaftsentwicklung die konzeptionelle Grundlage. In der gleichen Funktion tritt sie in vielen Beiträgen von „Theorie und Labor" (Plath u.a., 1978) auf. Der Grund für diese starke Rezeption scheint uns in der spezifischen Entwicklung der Wissenschaftsdiskussion seit der Studentenbewegung zu liegen. Einer der zentralen Kritikpunkte der Studentenbewegung war ja die Kritik an der „Wissenschaft im Elfenbeinturm", die von ihrem ganzen Selbstverständnis her eine Reflexion ihrer Beziehungen zur Gesellschaft ablehnte. Im Gegensatz dazu stellte die Studentenbewegung diese Beziehung und insbesondere den Mißbrauch der Wissenschaft in den Mittelpunkt. Man suchte nach Mitteln, um die Determination der Wissenschaft durch die Produktions*verhältnisse* zu erklären. Die Attraktivität von Rubens Auffassung ergibt sich nun von daher, daß sie die Beziehung von Wissenschaft und Gesellschaft (und vor allem die von Wissenschaft und Kapitalismus) begrifflich zu fassen scheint. Unserer Meinung nach leistet sie das allerdings nicht, sondern führt in ihren Konsequenzen eher zu wissenschaftspolitisch wie -theoretisch schädlich Folgen.

Zunächst soll kurz *der Ansatz Rubens* skizziert werden. Ruben stellt an sich den Anspruch, eine marxistische Antwort auf die „Frage nach der Natur der Wissenschaft" (SOPO 36,8) zu geben. Ohne weitere Entwicklung formuliert er sofort eine Definition der Wissenschaft — als fertige Antwort auf eine Frage, die die Wissenschaft selbst immerhin schon seit fast 2.500 Jahren beschäftigt, und zu deren Erhellung Marx nicht mehr als fragmentarische Beiträge geleistet hat. Insoweit — und zusammen mit der Tatsache, daß keine Darstellugn der Nützlichkeit, Reichweite oder Anwendbarkeit dieser Definition folgt — gewinnt die Definition einen eher ontologischen Charakter.

Unter der Überschrift „Der Marxsche Begriff der Wissenschaft" finden wir folgende Definition, die hier in ihrer ganzen Ausführlichkeit wiedergegeben sei:

„Im Zusammenhang mit der Analyse der Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals bemerkt Marx im Dritten Band seines 'Kapital', daß man zwischen *allgemeiner Arbeit* und *gemeinschaftlicher Arbeit* zu unterscheiden haben. Und es heißt dann: 'Allgemeine Arbeit ist alle wissenschaftliche Arbeit, alle Entdeckung, alle Erfindung. Sie ist bedingt teils durch Kooperation mit lebenden, teils durch Benutzung der Arbeiten Früherer.' Indem wir hier das Wörtchen 'ist' im Sinne von 'ist dasselbe wie' verstehen, können wir sagen, daß damit von Marx eine Definition des Begriffs der Wissenschaft gegeben worden ist, die wir kurz durch den Ausdruck 'Wissenschaft = df allgemeine Arbeit' wiedergeben." (a.a.O., 11)

Sind damit aber bereits alle Fragen beantwortet? Ruben ist sich selbst „bewußt, daß die hier gelieferte Interpretation des Marxschen Textes — eine *Interpretation* ist, d.h. philologisch sicher nicht unumstritten sein wird." (a.a.O, 12)

Es folgt daher zunächst eine philologische Rechtfertigung über eine Exegese anderer Marx-Zitate. Ruben bringt dies zu einem ihn befriedigenden Ende, indem er feststellt: „Die Definition der Wissenschaft als allgemeine Arbeit ist formal ... korrekt" (a.a.O., 16).

Nach einer Auseinandersetzung mit idealistischen Verdrehungen des Arbeitsbegriffs konstatiert Ruben, daß er mit seiner Interpretation unter Marxisten nicht allein steht (23). Tatsächlich sieht Ruben, daß er alleine mit seiner Definition von Wissenschaft als konkret allgemeiner Arbeit dem Erkenntnisstand nichts wesentlich Neues hinzufügt, gilt doch für Marxisten die Arbeit schlechthin als Ausgangspunkt und Bezugspunkt alles dessen, was mit der Natur des *Menschen* zu tun hat. Rubens eigener Beitrag besteht vielmehr in erster Linie in dem Versuch, die Vereinbarkeit dieser Definition „mit der klassischen materialistischen Widerspiegelungstheorie" aufzuzeigen, indem er die wissenschaftliche *Erkenntnistätigkeit als Arbeit* analysiert, um sie schließlich „den Rang einer akzeptierten Definition einnehmen" zu lassen (23).

Es fällt bereits hier auf, daß Ruben seine Argumentation fast nur in Absetzung von inzwischen veralteten positivistischen Auffassung von Wissenschaft als System von Sätzen (vgl. etwa STEGMÜLLER 1974) und von subjektiv-idealistischen Auffassungen zur rein „geistigen Arbeit" aufbaut. Nicht erwähnt wird, daß sich in den letzten Jahren aufgrund der wachsenden gesellschaftlichen Rolle der Wissenschaft in der Wissenschaftswissenschaft neue wissenschaftssoziologische, psychologische und — logische Tendenzen herausgebildet haben, mit denen eine Auseinandersetzung sicher fruchtbarer wäre als ein Wiederholung bekannter Argumente gegen den Positivismus.

Nachdem Ruben durch seine Anwendung des Arbeitsbegriffs auf die Widerspiegelungstheorie nun auch diese Vereinbarkeit zu seiner Zufriedenheit dargetan hat, folgt lediglich noch ein Abschnitt über den Wertbegriff bei Marx, der in keinen erkennbaren Zusammenhang steht zur Definition der Wissenschaft (höchstens zu seiner Widerspiegelungsauffassung ganz allgemein). Insofern wird in dem ganzen langen Artikel über die Anwendbarkeit dieser Definition (und ihre eventuellen Vorzüge gegenüber konkurrierenden Definitionen) faktisch nichts ausgesagt.

Zur Analyse der Kategoriensysteme

Wir wollen die Konsequenzen dieses Ansatzes hier etwas verfolgen. Dabei wollen wir nicht in die philologische Kritik einsteigen durch Aufhäufen etwa anderer Marx-Zitate. Darin mögen andere kompeteter sein. Verwiesen sei hier nur auf Standkühlers Hinweise, man dürfe den von Ruben als zentral herangezogenen Satz nicht als „abstrakte Definition" fassen (SOPO 39, 21).[1]

Sandkühler zieht aus dem angeführten Passus auch grundsätzlich andere Konsequenzen als Ruben und Rilling: er belegt für ihn gerade den „*Doppelcharakter*" der Wissenschaft: einerseits „den Reproduktionsprozeß des Kapitals zu effektivieren", andererseits „poteniell auch auf kritische Distanz zu den Erscheinungen der unmittelbaren Empirie zu gehen" (ebenda).

Ruben und Rilling folgern jedoch aus dem Marx-Zitat die dominierend sozialökonomische Bestimmtheit der Wissenschaft. *Für Rilling insbesondere* ist es Beleg für die Richtigkeit des Konstrukts „bürgerliche Wissenschaft". Es soll im folgenden dargelegt werden, daß solche Wissenschaftsauffassungen wesentliche Seiten der Wissenschaft reduzieren.

Bedeutungsvoll an Rubens Ansatz ist, daß die Arbeit des Wissenschaftlers als Teil der gesamtgesellschaftlichen Arbeit erscheint und daher mit sozialhistorischen Kategorien analysierbar ist. Offenbar liegt hier die Attraktivität des Ansatzes, um Auffassungen von der gänzlichen Gesellschaftsferne wissenschaftlicher Arbeit zu überwinden. Andererseits ist diese konzeptionelle Basis dem Problem dennoch nicht angemessen. In diesem Verständnis von wissenschaftlicher Arbeit als einer zu bestimmenden Tätigkeit fehlt die *Spezifik* wissenschaftlicher Tätigkeit.

Ruben macht gar keinen Versuch, das Spezifische wissenschaftlicher Tätigkeit kategorial zu erfassen, sondern identifiziert den genetischen Ausgangspunkt der Wissenschaft mit ihrer Funktion im entwickelten System der gesellschaftlichen Arbeitstätigkeit. Entsprechend ist für ihn Wissenschaft derart „als eine Konsequenz der Arbeit" zu verstehen (URANIA 15), daß Aussagen über die Arbeitstätigkeit in der materiellen Produktion ohne weiteres auf wissenschaftliche Tätigkeit übertragbar zu seine scheinen.[2]

Insbesondere gilt das für die — von Ruben selbst als zentral betrachtete- Aussage über die Werkzeuge als Arbeitsmittel: Wie die Werkzeuge Produkte und Instrumente der physischen Arbeit sind, so sind die Produkte und Werkzeuge wissenschaftlicher Arbeit *materielle* „Modelle", „Standards", „Etalons" (s. dazu weiter unten). Begriffe (theoretisches Wissen) dagegen als Elemente wissenschaftlicher Tätigkeit gibt es offenbar nicht. Der Wissenschaftler wendet diese Modelle durch „Messen" an. Dieses „Messen" erscheint nun letztlich als ein polit-ökonomische Kategorie: Es wird gleichgesetzt mit „Wertbildung":

„Niemand wird nämlich bestreiten, daß analytische Tatsachenfeststellungen durch *Messungen* zustande kommen. Und niemand kann begründet bestreiten, daß Messungen nicht anderes als *Wertzuschreibungen* sind!" (URANIA, 16).

Was man zunächst mehr für ein Wortspiel halten kann, erweist sich schließlich als zentrales Instrument Rubens, unter Ausnutzung sprachlicher Metaphorik die Kategorien von Mathematik, Erkenntnistheorie und Politischer Ökonomie unmittelbar ineinander zu übertragen. Die Beziehung seiner Interpretation von „Messen" zur Erkenntnistheorie ergibt sich aus seiner Polemik gegen den „unsinnigen spätbürgerlichen Dualismus, der sogenannte 'Werturteile' von 'Tatsachenfeststellungen' trennt" (ebenda), und aus seiner Versicherung, „daß jede (z.B. physikalische) analytische Tatsachenfeststellung auch ein Werturteil ist" (ebenda).

Die Beziehung zur Politischen Ökonomie ergibt sich aus seiner Folgerung: „die in der Produktion entwickelte Wertbildung (ist) die praktische Basis der Abstraktion" (a.a.O., 17). Und noch deutlicher spricht er von „der Abstraktion (i.e. der Wertbildung)" (SOPO 36,34).

Mit Hilfe eines sprachlichen Tricks, des Gleichklangs, wird dem (formal-) logischen (allenfalls noch mathematischen) Begriff des Wahrheitswerts die gleiche Bedeutung

zugeschoben wie dem polit-ökonomischen Begriff des Werts, und dieser wird schließlich — da grundlegend für die Analyse der Arbeit in der Produktion — auch gleich zum Grundbegriff der Analyse wissenschaftlichr Arbeit: So wird in dem Abschnitt über den Wertbegriff in Marx' Kapital gesagt, daß „sich die allgemeine Arbeit in der Feststellung von Gleichungen (bzw. Ungleichungen) vergegenständlicht", im Zuerkennen der „Prädikate der Gleichwertigkeit und der Ungleichwertigkeit" (a.a.O., 32). Und über den Vergleich zweier identischer Objekte wird so gesprochen: „Die Abstraktion liefert dann die Feststellung, daß die beiden Gegenstände denselben Wert darstellen" (a.a.O., 33). Die Begrifflichkeit von Erkenntnistheorie und politischer Ökonomie stehen zueinander in direkter Korrelation. Dies zeigt sich auch terminologisch, z.B. spricht Ruben vom „Übersetzen" eines „die Ökonomie betreffenden Textes in die erkenntnistheoretische Version" (a.a.O., 24).

Es ist überraschend, sich die Begründungsbasis bei Ruben für solch konsequenzenreiche Aussagen anzusehen. Von einer Auseinandersetzung mit neueren sowejetischen Arbeiten zur Wissenschaftstheorie ist nichts zu bemerken.[3] Ruben stützt sich vielmehr auf eine kurze Passage des französischen sensualistischen Materialisten Condillac, der noch dem Programm des 17. und 18. Jahrhunderts von der Einheit von Mathematik und Philosophie verhaftet ist.[4] Er zitiert Condillac u.a. folgendermaßen:

„Wenn wir den Wert (valeur) einer Sache nicht kennen, messen wir sie, um uns ein Urteil über die Beziehung zu bilden, in welcher sie zu einer Sache steht, deren Wert bekannt ist. Messen nun heißt bewerten (evaluer)" (URANIA, 16).

Und in seinem Artikel über allgemeine Arbeit stützt Ruben sich auf den Konstruktivisten P. Lorenzen, um das Aufstellen von Gleichungen, um Berechnung zum „methodologischen Fundamentalereignis" für „rationelle Erkenntnis" zu deklarieren (SOPO 36, 31).

Zunächst mag es vielleicht auch nur als eine sprachliche Verschrobenheit erscheinen, als eine nur-terminologische Frage, wenn- wie im folgenden Beispiel — mathematische und polit-ökonomische Begriffe vermischt werden:

„Und das Beweisen besteht hier (um 580 v.u.Z. bei Thales -d.V.) in nichts anderem als im (noch anschaulichen) *Nachweis der Gleichheit* (geometrischer) *Werte verschiedenartiger Figuren,* d.h. in der Demonstration der Austauschbarkeit dieser Figuren bezüglich ihres Flächeninhalts" (URANIA, 24).

Sie erweist sich aber bei Ruben als Beleg — aufgrund der „These von der bestimmenden Rolle der ökonomischen Form" (Rilling, 26) -für eine behauptete kausale Entstehung aller Wissenschaften: Die Politischen Ökonomie erscheint als die Mutter aller Wissenschaften (und hier speziell der Mathematik):

„Es ist nun leicht verständlich, daß eine einmal realisierte Abstraktion von so fundamentaler Bedeutung wie diejenige, die sich materiell in der Existenz des Geldes darstellt, für die Gewinnung weiterer Abstraktionen in andere Bereichen von enorm stimulierender Bedeutung sein muß. Mit Bezug auf die Mathematik heißt dies: Ein Gemeinwesen, in dem zur materiellen Realisierung der ökonomischen Tauschwertabstraktionen übergegangen wird (und das ist ein Phänomen der Produktionsverhältnisse, nicht der Produktionskräfte!), schafft eben dadurch die Bedingungen, daß unter seinen Angehörigen intellektuell leistungsfähige Individuen auftreten, die den bei den

gegebenen Gesellschaftsverhältnissen massenhaft eingeübten Prozeß der Abstraktion bezüglich der Tauschwertgleichheit unter den Waren nun auch auf andere Phänomene ausdehnen, z.B. auf den Vergleich geometrischer Figuren nach ihrem Flächeninhalt" (ebenda).[5]

In dieser Reduktion der Kategorien zur Analyse wissenschaftlicher Tätigkeit auf sozialökonomische und dem Verzicht auf die Entwicklung einer angemessenen Begriffsauffassung ist es letztlich begründet, daß solche Untersuchungen stets im Besonderen verbleiben und nicht zum allgemeineren Verständnis vorstoßen können, und schließlich zur Verabsolutierung des Besonderen führen.

Zur Kritik formal-logischer Begriffsauffassungen

Da nun auch bei reduktionistischen Auffassungen stets implizit Auffassungen über den Gegenstand der wissenschaftlichen Tätigkeit und die Beziehung des Gegenstandes zur sozialhistorisch bestimmten Tätigkeit der Forscher wirksam sind und Steuerungsfuktionen haben, soll im folgenden der implizierten Gegenstandsauffassung nachgegangen werden.

Ruben äußert sich sehr entschieden dazu, wo er die begriffliche Basis der „modernen Abstraktionslehre" sieht: in den „Grundlagen des klassischen mathematischen Denkens" (SOPO 42, 52). Ein „Abstraktum" versteht er im Sinne der formalen Logik als Resultat der Klassenbildung nach Merkmalen: „Zerlegung einer Grundmenge" (ebenda). Ruben beschreibt, wie er sich Abstraktion bzw. materialistische Widerspiegelung vorstellt: In einem ersten Schritt wird verschiedenen Sachverhalten ein umgangssprachlicher Begriff zugeordnet.

„2. Schritt: Die wissenschaftlich erforderliche Eindeutigkeit in der Begriffsbestimmung erfolgt nun einfach durch die Auswahl genau eines Sachverhalts aus dem Bereich der in der umgangssprachlichen Begriffsbildung aufgewiesenen. Dieser in der Auswahl ausgezeichnete Sachverhalt wird als das Muster, als Normal, Original, Standard, Maßeinheit oder Grundwert bestimmt ... Dabei ist angenommen, daß der ausgewählte Sachverhalt das von ihm dargestellte Verfahren in hinreichender Dauer nicht ändert." (Urania, 41).

„3. Schritt: Mittels des Standards so für die Art A werden nun beliebige Gegenstände x,y, ... daraufhin geprüft, ob sie ebenfalls die Eigenschaft A besitzen" (a.a.O., 44).

Die zentrale Rolle des Vergleichs zur wissenschaftlichen Begriffsbildung hebt Ruben stets hervor:

„Ein Abbild in der Wissenschaft ist zunächst ein *materieller Gegenstand*, ein handgreifliches Ding unter der *Bestimmung, als Vergleichsmittel* für artgleiche Dinge zu *dienen.* " (SOPO 36,21).[6] Und: „Erkenntnisleistung auf der Grundlage des (analytischen) Vergleichs" (a.a.O., 28).

Indem er auch hier diese Vergleichsmittel „als Standards und Etalons" faßt, kommen wir zu einer markanten Erläuterung seiner Position:

„Mit dem erkenntnistheoretischen Konzept, die Standards und Etalons der Wissenschaft als die materiellen Urbilder und Werkzeuge der allgemeinen Arbeit zu betrachten, haben wir für die wissenschaftliche Tätigkeit eine genaue Entsprechung zum

Marxschen Begriff der einfachen Momente des Arbeitsprozesses: Neben der subjektiven Arbeitsbedingung (Arbeitskraft), also der Tätigkeit des Abbildens, haben wir als wissenschaftliches Arbeitsmittel (Werkzeug) den Standard und als wissenschaftlichen Arbeitsgegenstand die auswählbaren Sachverhalte der Natur. Damit unterscheidet sich der wissenschaftliche Arbeitsprozeß in dieser Beziehung durch nichts von jedem anderen Arbeitsprozeß. Der artspezifische Unterschied kommt erst ins Blickfeld, wenn wir den Gebrauch der Mittel und Gegenstände in derallgemeinen Arbeit betrachten: Hier nämlich fungiert das Mittel (der Standard einer Art bzw. Gattung) nicht als Instrument, dem Gegenstand eine Gebrauchsart physisch aufzuzwingen, wodurch das Mittel selbst verschlissen wird, sondern als Bild, dem der Gegenstand gleicht oder nicht. Wird auf Gleichheit entschieden, so ist der Gegenstand als Kopie des Urbilds konfirmiert und wird als Element der Klasse des Standards selig. Wird dagegen auf Ungleichheit entschieden, so bleibt die Konfimation aus und der Gegenstand ein Barbar außerhalb der zivilisierten Klasse des Standards." (a.a.O. 28).

Neben den Fragen der Materialität und dem Charakter von Arbeit, auf die wir noch zu sprechen kommen, ist an dieser Passage bemerkenswert:

1. Sie bestätigt die bereits analysierte Reduktion erkenntnistheoretischer auf politökonomische Kategorien. Daneben ist die Begrifflichkeit wiederum auf Besonderes eingeschränkt: auf die Naturwissenschaften („die auswählbaren Sachverhalte der Natur"), ohne daß die allgemeine Anwendbarkeit mit der er operiert, begründet wird. Mit welchem „handgreiflichen Ding" könnte er auch etwa einen Kapitalisten „als Kopie eines Urbilds" konfirmieren?

2. Das behauptete Schema der Abstraktion ist nicht in der Lage, die Entstehung neuen wissenschaftlichen Wissens zu erfassen: der Vergleich mit dem bereits existenten Maßstab kann kein neues Wissen begründen. Es ermöglicht bestenfalls die Erweiterung des alten Wissens. Die Identität, von Ruben als „fundamentale Verstandeskategorie" herausgestellt (a.a.O., 17), liefert insoweit tatsächlich nur das „Messen" am Bestehenden als entsprechende Tätigkeit.[9] Anders gesagt, man verbleibt mit dieser Abstraktionsauffassung im Bereich des empirischen Wissens. Oder, wie es Whithead einmal ausgedrückt hat, „im Bereich des schöpferischen Denkens (ist) der gesunde Menschenverstand ein schlechter Lehrmeister. Sein einziger Maßstab für die kritische Beurteilung ist der, ob die neuen Ideen den alten ähnlich sind oder nicht" (WHITEHEAD 1958, S. 90).

Formale Logik und Empirismus

3. Schließlich, und das hängt mit dem vorigen Punkt zusammen, ist eine Abstraktionsauffassung, die Begriffsbildung nur versteht als Klassenbildung nach empirisch gemeinsamen, als wesentlich verstandenen Merkmalen nichts weniger als eine dialektische, sondern eine formal-logische — wie ja auch Rubens Berufung auf die klassische Mathematik und die Mengenlehre zeigt. Wie in vielfachen Analysen z.B. sowjetischer Wissenschaftler gezeigt worden ist, entsprechen formal-logische Begriffsauffassungen gerade empiristischen Wissensauffassungen.

Elkonin und Davydov haben immer wieder auf diesen Zusammenhang hingewiesen: „Nach der traditionellen Psychologie und Didaktik bestehen Denkprozesse

(Begriffsbildung und Operieren mit Begriffen) darin, daß der Mensch von der sinnlich gegebenen, konkreten Vielfalt zum Abstrakten und Allgemeinen übergeht und umgekehrt die Kenntnis des Allgemeinen benutzt, um einen gegebenen Gegenstand einer bestimmten Kategorie zuzuordnen."

Es handele sich dabei um das *„formal-induktive* Verfahren bei der Bildung *empirischer* Begriffe. ... Diese Begriffe fixieren die äußeren, voneinander unabhängigen, unmittelbar wahrnehmbaren und mehr oder weniger konstanten Eigenschaften der Gegenstände" (DAVYDOV 1972 a, 243).

Die Abstraktionsvorstellungen in der traditionellen formalen Logik lassen sich so charakterisieren:

„Nach dieser Konzeption existieren die einzelnen konkreten Gegenstände außerhalb des Menschen und seines Denkens. Sie sind in ihrer ganzen Konkretheit und Individualtität den Sinnesorganen des Menschen gegeben. Jeder Gegenstand existiert in Zeit und Raum, besitzt Körperhaftigkeit, Form und weitere Eigenschaften. In der unendlichen Menge seiner individuellen Ausdrucksformen kann jeder gegebene Gegenstand anderen Gegenständen in irgend etwas *ähnlich* sein. ... Anhand einer derartigen ähnlichen Eigenschaft können einzelne Gegenstände *nach einem Vergleich* tatsächlicht zu einer Klasse vereinigt werden" (DAVYDOV 1977, 27f.).

Implizit enthält diese formal-logische Konzeption die Annahme, daß die Erkenntnisleistung über einen elementaren psychologischen Vorgang erfolgt, nämlich der Feststellung der Ähnlichkeit oder Verschiedenheit durch Beobachtung oder anschaulich-handelndes Vergleichen (39).

Der Kern dieser Vorstellungen sowohl in der traditionellen Psychologie wie in der formalen Logik über den Vorgang der Abstraktion, der Verallgemeinerung besteht also darin, „daß das 'Allgemeine' selbst das 'Gleiche', das 'Ähnliche' in einer Gruppe von Gegenständen interpretiert wird." (DAVYOV, 1972, 49)[8]

„Selbstverständlich existiert hier keine reale Einheit ähnlicher Objekte, auch nicht die ihrer ähnlichen und ihrer unterschiedlichen Eigenschaften. Derartige Vereinigungen sind nur nach rein *äußeren,* relativ selbständigen und isolierten Eigenschaften der Gegenstände möglich. Das ist, wie man gewöhnlich sagt, lediglich eine *abstrakte Identität der Gegenstände.* Dabei ist 'Ähnliches', 'Gleiches' und 'Unterschiedliches' einfach getrennt, und zwar formal getrennt, weil bei Veränderungen der Grundlage des Vergleichs (und das läßt sich willkürlich machen) die Identität zum Unterschied und der Unterschied zur Identität werden" (DAVYDOV 1977, 63).

Es ist deutlich, daß solche Auffassungen — in denen man unschwer auch die Rubenschen wiederfindet — keine Basis zur Analyse der spezifisch *wissenschaftlichen* Tätigkeit bieten, ist doch Wissenschaft gerade daraus entstanden, daß die Erfahrung als Handlungsorientierung für die verschiedenen Bereiche menschlicher Praxis nicht mehr ausreichte: Das empirische Schema der Begriffsbildung „besitzt in der Tat kein Kriterium für die Vereinigung von Gegenständen zu einer Gruppe von real zusammenhängenden Gegenständen, die nicht ein zufälliges Konglomerat äußerlich ähnlicher Erscheinungen und Dinge wäre". Da keine wechselseitige Verbindung

innerhalb des Ganzheitlichen hergestellt werden kann, kann man auch nicht „das *Wesentliche* eines Gegenstandes, den inneren Zusammenhang seiner Eigenschaften zum Ausdruck bringen" (a.a.O., 70 f.).

Anmerkungen

1 Wir halten es allerdings für sinnvoll, darauf hinzuweisen, daß Belegstellen bei Marx, auf die auch Ruben hinweist, nicht auf Wissenschaft in allen ihren Erscheinungsformen, sondern auf Wissenschaft in ihrer — technologischen — Anwendung in der Produktion zu zielen scheint: da Marx die „unmittelbare Arbeit" und die „allgemeine wissenschaftliche Arbeit, technologische Anwendung der Naturwissenschaften" (Grundrisse, S. 587) einander entgegensetzt.

2 vgl. den Abschnitt ab S. 17, SOPO 36. Analog folgt bei Rilling auf einen Abschnitt mit einer ausführlichen Analyse der gesellschaftlichen Arbeit bei Marx als Konsequenz ein Abschnitt über den wissenschaftlichen Arbeitsprozeß.

3 Eine Zusammenstellung wesentlicher sowjetischer Arbeiten findet sich z.B. in: V.S. CERNIAK.

4 „Les mathématiques mêmes n'en sont qu'une branche (de la metaphysique)" (CONDILLAC, 1947, 619). Auf die mit der mangelnden Distanzierung hiervon zusammenhängenden MAthematisierungsvorstellungen einzugehen, ist hier leider nicht möglich. Angedeutet sei nur, daß die Verwissenschaftlichung der Gesellschaftswissenschaften nicht einseitig als Frage ihrer Mathematisierbarkeit behandelbar ist (vgl. die Probleme mit Chomskys, in der rationalistischen Tradition wurzelnden, linguistischen Programm).

5 Angesichts eines solch platten Ökonomismus und Reduktionismus mag man es nicht für rein zufällig halten, daß Ruben zu ganz ähnlichen Schlußfolgerungen kommt wie der von ihm befehdete A. Sohn-Rethel: „Demnach stünde das Auftauchen von rein mathematischem Denken in seiner ihm eigentümlichen Logik geschichtlich in dem bestimmten Entwicklungsstadium zu erwarten, in dem der Warenaustausch zur tragenden Form der Vergesellschaftung wird, zu einem Zeitpunkt, der durch die Einführung und Ausbreitung gemünzten Geldes kenntlich ist" (SOHN-RETHEL 1972, 75). Vgl. auch den Bericht über den Vortrag Rubens „Überlegungen zur sozialökonomischen Bedingtheit der Mathematik" in: ROCHHAUSEN/THOM 1977, 602 f.).

6 Auf die behauptete Materialität kommen wir später sprechen.

7 In der Tat hat Condillac Beweisführung als höchste Form des Denkens verstanden als Aufdecken der *Identität* der neuen Behauptung mit dem bereits als evident Erkannten (wobei die Differenz lediglich in verschiedenen äußeren Formen liegt), vgl. CONDILLAC, a.a.O., 621

8 So beschreibt Ruben popularisierend Abstraktion als „einfaches 'Weglassen' von 'unwesentlichen' Eigenschaften" (URANIA, 18), nämlich der Eigenschaften, die nicht dem Standard entsprechen.

9 Daraus folgt als implizite Gegenstandsbestimmung der Psychologie: sie hat es nicht mit materiellen, sondern mit „geistigen" Dingen zu tun!

10 Eine detaillierte einzelwissenschaftliche Analyse des Problems des „Psychophysischen" findet sich bei Luria, 1970.

11 Erstaunlicherweise folgert Rillings aus der kognitiven Dimension die alleinige Zuständigkeit der Erkenntnistheorie, nicht aber auch eine Beziehung zur Psychologie (215). So übrigens auch Sandkühler: „...Philosphie, die für den kognitiven Aspekt zuständig wäre" (SOPO 39, 40).

12 Einen ersten Überblick über Literatur wie Probleme geben: LEONTJEW 1977, JUDIN 1976. Die auch systematische Bedeutung des erzieherischen Ansatzpunktes liegt darin, daß dort in der Ontogenese das Subjekt nicht der unangeeigneten Natur gegenübersteht, sondern daß es um die Aneignung des sozialhistorisch bestimmten Wissens geht.

13 Insoweit ist aber auch eine Untersuchung formationsspezifischer Besonderheiten durch die Kategorie Tätigkeit nicht ausgeschlossen.

Literaturverzeichnis

Bibler, V.S., Der Begriff als Elementarform der Bewegung der Wissenschaft. in: Arsenjew, A.S., V.S. Bibler und B.M. Kedrov: Analyse des sich entwickelnden Begriffs. Moskau 1967 (russ.)

Bunge, Mario, Scientific Research. Vol. I,II. Berlin/Heidelberg 1967

Cerniak, V.S., Über das Wesen der wissenschaftlichen Theorie. in: Voprosy filosofii, 6/1977 (russ.)

Davydov, V.V., Üer das Verhältnis zwischen den konkreten und abstrakten Kenntnissen im Unterricht. in: J. Lompscher (Hrsg.): Probleme der Ausbildung geistiger Handlungen. Berlin (DDR) 1972 (1972a).

Davydov, V.V., Über das Verhältnis zwischen den konkreten und abstrakten Kenntnissen im Unterricht. in: Übersetzung: Berlin (DDR) 1977.

Jaroschewski, M.G., Die Struktur der wissenschaftlichen Tätiogkeit. in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 11/1975. (1975a).

Jaroschewski, M.G., Psychologie im 20. Jahrhundert. Berlin (DDR) 1975 (1975b)

Kuhn, Thomas, Die Entstehung des Neuen. Frankfurt/Main 1977.

Condillac, E., Cours d' études, in: Oeuvres Philosophiques, Bd. 1, Paris, 1947

Lakatos, Imre, Proofs and Refutations. Cambridge 1976.

Leontjew, A.N., Tätigkeit, Bewußtsein und Persönlichkeit Stuttgart 1977.

Luria, A.R., Die höheren kortikalen Funktionen des Menschen und ihre Störungen bei örtlichen Hirnschädigungen. Berlin 1970.

Mikulinskii, S.R., Scheinkontroversen und reale Probleme der Theorie der Wissenschaftsentwicklung. in: Voprosy Filosofii, 11/1977. (russ.)

Judin, E.G., Die Tätigkeit als erklärendes Prinzip und als Gegenstand der wissenschaftlichen Untersuchung, in: Voprosy filosofii, 5/1976

Narski, I.S., Dialektischer Widerspruch und Erkenntnislogik. Berlin (DDR) 1973.

Neumann, Thomas, Wissenschaft und Verantwortung. in: Blätter für deutsche und internationale Politik. 10 und 12/1974.

Plath, Peter und Sandkühler, Hans-Jörg, Theorie und Labor. Dialektik als Programm der Naturwissenschaft. Köln 1978.

Rilling, Rainer, Die Krise der bürgerlichen Wissenschaft und die Verantwortung des Wissenschaftlers. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/1975 (1975b)

Rilling, Rainer, Theorie und Soziologie der Wissenschaft. Frankfurt/Main 1975.

Rochhausen, R. und Thom, A. Gesellschaftliche Bedingungen der Theorieentwicklung in den Einzelwissenschaften. Bericht von einer Tagung. in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 5/1977.

Ruben, Peter, Wissenschaft als allgemeine Arbeit. in: SOPO 36, 1976 (hier zitiert als: SOPO 36).

Ruben, Peter, Die wissenschaftstheoretische Bedeutung der Hegelschen Logik. in: SOPO 41, 1977 (hier zitiert als : SOPO 41)

Ruben, Peter, Über Methodologie und Weltanschauung der Kapitallogik. in: SOPO 42, 1977 (hier zitiert als: SOPO 42)

Ruben, Peter, Marxistisch-leninistische Philosophie und Mathematik. in: Schriftenreihe für den Referenten, Heft 7/1975: Wissenschaftlich-methodisches Material. Herausgeber: Präsidium der URANIA. (hier zitiert als: Urania).

Ruben, Peter, Aktuelle theoretische Probleme der materialistischen Naturdialektik. in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 8/1973 (hier zitiert als: Ruben 1973).

Sandkühler, Hans-Jörg, Über die 'logische Basis des Kommunismus' oder — wie produktiv ist die Wissenschaft im Kapitalismus. in: SOPO 39, 1977 (hier zitiert als: SOPO 39).

Sève, L., Über die materialistische Dialektik, Frankfurt/M., 1976

Sohn-Rethel, Alfred, Geistige und körperliche Arbeit. Frankfurt/Main 1972.

Stegmüller, Wolfgang, Theoriendynamik und logisches Verständis. in: Werner Diederich(Hrsg.): Theorien der Wissenschaftsgeschichte. Frankfurt/Main 1974

Whitehead, A.N., Einführung in die Mathematik. Bern 1958.

Wygotsky, L.S., The development of higher psychological functions. in: Soviet Psychology, Spring 1977, XV, H.3.

Summaries

K. Maase, Kulturbedürfnisse und demokratische Kulturarbeit

Ausgehend von einer schlaglichtartigen Beleuchtung der empirisch vorfindlichen Kulturteilhabe der arbeitenden Bevölkerung in der BRD, wird die Widersprüchlichkeit kultureller Entwicklung im Kapitalismus analysiert — kulturelle Beherrschung der Arbeiterklasse und produktive Schöpferkraft in der gesellschaftlichen Arbeit als Grundlage für jede kulturelle Entwicklung. Die Bewegungen dieses Widerspruchs werden verfolgt bis in die individuellen Äußerungsformen kultureller Bedürfnisse der Arbeitenden, in die programmatischen Formulierungen und die politischen Durchsetzungsversuche der Organisationen der Arbeiterbewegung hinein. Aktuelle Probleme, vor allem wie die Entfaltung kultureller Aktivitäten mit dem Eingreifen in soziale Auseinandersetzungen vermittelt werden könne, werden diskutiert, um sie einer Lösung näherzubringen.

H. Müller, Weder „Freizeittrösterin" noch „verlängerter Arm des Kulturbetriebes"

Nach jüngsten Aussagen des DGB-Bundesvorstandes bietet gewerkschaftliche Kulturarbeit mittlerweile eine inhaltliche und organisatorische Alternative zum traditionellen Kulturangebot, kann allgemeine gewerkschaftliche Ziele emotional verdeutlichen und besinnt sich zunehmend auf das emanzipatorische Kulturerbe der Arbeiterbewegung zurück. Der Beitrag versucht in einer Bestandsaufnahme aktueller Diskussionen um Erfahrungen, Probleme und Perspektiven gewerkschaftlicher Kulturarbeit — die seit zwei Jahren zunehmend auch theoretisch geführt werden — die neue Qualität kulturellen Selbstverständnisses im DGB einzuschätzen. Während Debattanten wie Hans Preiss (in diesem Heft) vom notwendigen „Bündnis mit allen fortschrittlichen Künstlern" auszugehen, warnen Gegenstimmen vor dem Weg ins „kulturpolitische Abseits".

H. Preiss/E. Schöfer, Im Stadium des Experimentierens

Das Gespräch vermittelt einen lebendigen Eindruck vom aktuellen Entwicklungsstand gewerkschaftlicher Reflexion auf die Aufgaben der Kulturpolitik. Wie über die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung hinaus „die ganze fortschrittliche Kultur" angeeignet werden kann, wird diskutiert, ebenso wie die schwierigen Probleme des Bündnisses „mit allen fortschrittlichen Künstlern" zu lösen seien. Preiss schlägt unter anderem vor, daß der Künstler verstärkt Gelegenheit bekommen sollte, „einige Zeit im Betrieb als Künstler mit den Kollegen zu arbeiten und zu diskutieren."

R. Bayreuther, Zur Differenz der Monopolbegriffe am Beispiel von Elmar Altvater und Robert Katzenstein

In diesem Beitrag geht es vor allem darum die verschiedenen Ansätze und Begriffsbildungen des Monopols am Beispiel von Altvater und Katzenstein zu

erläutern. Es wird gezeigt, daß auf verschiedenen Ebenen argumentiert wird und begründet, welcher Zugang den Monopolbegriff nur erschließen kann. Dabei ist es unvermeidlich verschiedene Mißverständnisse aus dem Weg zu räumen.

M. Paetau, Das Marxsche Quantitätsgesetz und die neuere Inflationsdiskussion

Wenn Inflation nicht nur eine zufällige Erscheinung ist, sondern logisch-genetisches Entwicklungsprodukt der Entfaltung kapitalistischer Widersprüche, so ist zu beantworten, wie die Modifikation der monetären Verlaufsform des kapitalistischen Krisenzyklus sich mit den grundlegenden Entwicklungsgesetzen dieser Produktionsweise verbindet. Im Mittelpunkt steht dabei das Marxsche Geldumlaufgesetz, das wegen seines hohen Abstraktionsgrades ersteinmal einiger Vermittlungsschritte bedarf, um als allgemeines Bewegungsgesetz der *heutigen* konkret-empirischen Geldbewegung **identifiziert werden zu können. Der Autor macht auf das Durcheinander, das sowohl** in der bürgerlichen als auch in der marxistischen Literatur in bezug auf den Inflationsbegriff herrscht, aufmerksam und versucht hier eine Klärung auf der Basis der **Marxschen Bestimmung der Wert-Preis-Transformation. Eine klare Abgrenzung des** Geldbegriffs vom Kreditbegriff erscheint ihm wesentlich für die Klärung der Frage, wie auch in Krisenzeiten das Kreditsystem stabilisiert und damit die Durchsetzung der Inflation ermöglicht wird.

M. Ellwardt: Monopolpreis und permanente Inflation

Der Monopolpreis setzt sich über die Vorteilspositionen der Monopole im Reproduktionsprozeß des Kapitals. Der mit ihm zusammenhängende Umverteilungsprozeß des Profits bedeutet für die Bewegung von Wert und Preis eine weitere Inkongruenz, deren Lösungsmoment vermittelt über den Entwertungsprozeß des Kapitals im Zyklus ist. D.h. der Monopolpreis bedarf zu seiner Realisierung der **monetären Aufschiebung der Entwertungsprozesse. Dies kann nur gelingen in der Vermeidung des Zusammenbruchs des Kreditzyklus. Bedingung dafür ist die Loslösung der Papiergeldzirkulation von der Metallgeldzirkulation, der Staat übernimmt die** Regulierung der Geldmenge. Da der Staat durch den notwendigen Staatseingriff in den Reproduktionsprozeß über monetäre Stimulationen zwangsläufig die Geldmenge über das erforderliche Maß ausweiten muß, gelingt ihm die Nachahmung der **Metallgeldzirkulation nur im begrenzten Rahmen, so daß der Monopolpreiserzielung der monetäre Raum gegeben ist, allerdings auf Kosten der Geldendstabilität.**

W. Roth, Monopolisierung, Stagnation und Preistreiberei

Die Stahlindustrie der USA ist eine hochmonopolisierte Branche, in der jegliche Preiskonkurrenz fehlt; die Produktivkräfte stagnieren, der Staat garantiert die **Abschottung des inneren Marktes gegen die Weltmarktkonkurrenz. Der Aufsatz stellt** diese Mechanismen dar und weist auf die Verantwortung der Stahlkonzerne für die inflationäre Entwicklung in den USA hin.

A. Neusüss, Die Bürger und der Staat

Der Beitrag nimmt eine jüngst formulierte These, die aktuelle Bewußtseinshaltungen oppositioneller akademischer Intelligenz beispielhaft artikuliert, zum Anlaß grundsätzlicher Überlegungen über das Verhältnis von Individuum und repräsentativ-demokratischem Staat in der bürgerlichen Gesellschaft. Dabei wird der Weg einer **Rückbesinnung auf die ideologischen Ursprünge und Schicksale des bürgerlich-**demokratischen Selbst- und Staatsverständnisses eingeschlagen, der mit einem Rekurs auf Hobbes einsetzt (1), die Herausbildung des emphatischen Begriffs des citoyen bzw. Staatsbürgers und seine Zurücknahme in den des bourgeois beleuchtet (2), um dann auf das Verhältnis der Arbeiterbewegung zum „Freistaat" in Deutschland einzugehen (3). **Die Erörterung der liberalen Ideologie und ihrer anthropologischen Annahmen ergibt** dann, daß jene These aus der individualanarchistischen Wendung liberaler Denkmuster verstanden werden muß, wonach selbst der republikanische Staat nur als institutioneller Widerspruch zum Bürger-Menschen begreifbar ist (4). Abschließende Bemerkungen versuchen (5), den Erfolg dieser Auffassung unter zeitgenössischer akademischer Intelligenz aus deren gegenwärtiger Lage verständlich zu machen und ihren klassenspezifischen und sozialpsychologischen Charakter anzudeuten.

F. Tomberg, Pyrrhussiege sind Niederlagen

Die Studentenbewegung hat den fortschrittlichen Kräften großen Auftrieb gegeben, diese werden über kurz oder lang gewiß noch beachtlich anwachsen. Wenn aber nicht gleichzeitig verhindert wird, daß auch die reaktionären Kräfte sich sammeln und die **Mehrheit der Bevölkerung auf ihre Seite ziehen, dann waren im Endeffekt alle Erfolge** Pyrrhussiege. Solange viele Studenten immer noch auf die Hochschulen als die primäre Ära ihres Kampfes um politische Selbstbestimmung fixiert sind, statt sie vorrangig als Ausbildungsstätten für ihr späteres Berufsleben ernstzunehmen, vermögen sie die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen ihrer hochschulinternen Auseinandersetzungen auch nicht angemessen einzuschätzen. Demokratischen Wissenschaftlern fällt es zu, durch wissenschaftliche Theorie die Befähigung der Studenten zu realistischer gesellschaftlicher Praxis zu fördern; wo sie lediglich den studentischen Streikaktionen distanzlos sich anschließen, arbeiten sie dieser ihnen zufallenden politischen Aufgabe in Wirklichkeit sogar entgegen.

A. Mazzone, Der schwarze Kern der roten Brigaden

Der zeitgeschichtliche Essay über die gesellschaftlichen Ursachen und Wirkungen des Terrorismus in Italien skizziert dessen Entwicklung vom Anschlag Valpredas (1969) bis zur Ermordung Moros (1978). Die historischen Überlegungen des Verfassers gehen aus von politischen Analysen 1. des Klassencharakters der italienischen Republik, 2. der widersprüchlichen Verfassung staatlicher und halbstaatlicher Organe im italienischen monopolkapitalistischen „Wohlfahrtsstaat", 3. der Funktion der anarchoiden und pseudodemokratischen Demoralisierung bei politischen Klassenauseinandersetzungen. Die Politik der KPI, die Bemühung der demokratischen und sozialistischen

Organisationen Italiens um die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen und ökonomischen Ordnung des Landes erscheinen auf dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse in der unromantischen Perspektive realer Kräfteverhältnisse.

A. Mazzone, Kapitalfetischismus (III)

Bei den vorliegenden Thesen zu Grundfragen einer materialistischen Ideologietheorie handelt es sich um den abschließenden dritten Teil eines Beitrags, dessen erster Teil in SOPO 42, dessen zweiter Teil in SOPO 43 erschienen ist. Der Autor versteht seine Thesen ausdrücklich als Anregung zur Diskussion und Kritik. Zur weiteren Bearbeitung materialistischer Ideologietheorie wird im nächsten Heft ein Beitrag von Dieter Krause (Berlin/West) erscheinen

J. Brockmeier, Das methodologische Interesse des historischen Materialismus an der Renaissance

Der Zusammenhang zwischen Wissenschafts- Philosophie- und Kunstgeschichte bietet in einer materialistischen Rekonstruktion die Möglichkeit zu besonderen Einsichten in den Verlauf des Geschichtsprozesses. Daß ein solcher Zusammenhang besteht und wovon er letztendlich abhängig ist, läßt sich exemplarisch dort verdeutlichen, wo jene 'Fachdisziplinen' noch ungetrennt vorliegen: in der Frühphase der bürgerlichen Emanzipation, in der Renaissance. Diese Zeitspanne ist für den historischen Materialisten deshalb von besonderem Interesse, weil ihm hier als eine Grundaussage über die Einheit von Theorie und Praxis in der *Natur*erkenntnis eine methodische Figur begegnet, die er sich in seiner bewußten Aneignung von *Geschichte* selbst zu eigen macht.

Errata SOPO Heft 44/1978

Wir bitten den Leser, in SOPO 44 folgende Satzfehler zu berichtigen.

Bei R. Geffken, Gewerkschaften und Arbeitsrecht, muß es richtig heißen:

S. 49, letzte Zeile der Vorbemerkung, S. 153ff., statt 143ff.

S. 53, 7. Zeile von unten: richtig das Unternehmertum, statt da Unternehmertum

S. 53, 8. Zeile von unten: Statt Verstaatung muß es Verstaatlichung heißen

S. 54, 19. Zeile von oben muß richtig heißen: wird...: Unrecht. Denn es ist gerade das „Recht" von Recht, daß es konkret Konkretes

S. 62, 12. Zeile von unten: Statt Ziff. 2b. muß es richtig heißen Ziff. 2b.cc.

S. 65, 21 Zeile von unten: fehlt eine Fußnoten ziffer. Richtig muß es heißen: 11 USPD — Abgeordneter Geyer

S. 66, 15. Zeile un 14. Zeile von unten: muß richtig heißen: bis zur Gegenwart, Hamburg 1964, Nr. 15 der Schriftenreihe der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten.

S. 51, Mittelzeile der Zwischenüberschrift, muß richtig heißen: a. Der formelle Prozeß des Tauschaktes

Bei W. Schwarz, Viel Lärm um Nichts, muß es richtig heißen:

S. 8, 5. Zeile und 6. Zeile und 7. Zeile muß richtig heißen: Die organische Zusammensetzung $\frac{c}{v}$ in I ist $\frac{60}{10}$ und die individuelle Profitrate rund 14%. In II haben wir mit $\frac{20}{10}$ eine niedrigere organische Zusammensetzung und daher — wegen des höheren Anteils lebendiger Arbeit — eine höhere Profitrate, nämlich 33%.

S. 15. und 16. Zeile von oben: müssen richtig heißen: Die Profitrate ist nun in beiden Abteilungen gleich groß ($\frac{14}{70} = \frac{6}{30}$ =20%) und ist genauso hoch wie das Verhältnis des Gesamtmehrwerts zum gesellschaftlichen Gesamtkapital ($\frac{20}{100}$).

In der Rezension über „Lenins philosophische Strategie" (D. Lecourt) von Clemens Kammler, SOPO 44 S. 153 muß es anstelle von Zeile 3-12 heißen:

„Zwei mögliche Einwände gegen Lecourts Buch:

1. Die Lenin-Interpretation ist eklektizistisch. Es lassen sich bei Lenin genügend Stellen finden, die eine ontologische Variante der Lenin-Interpretation bestätigen.
Lecourt vertritt die Auffassung, daß die meisten dieser Passagen in Lenins philosophischen Texten einen strategischen Stellenwert haben. Demnach stützt sich Lenin vorübergehend auf gegnerische Positionen, um sie schließlich „von innen her aufzulösen." (Lec. 37). Aber selbst wenn damit nicht alle philologischen Einwände entkräftet werden können: der Lenin Forschung bleibt die Aufgabe gestellt, Lecourts Ansatz produktiv zu machen."

Auf S. 153, Zeile 14 muß es anstelle von „politisch-ideologischer Natur" heißen: „politischer Natur".

Autorenverzeichnis

Bayreuther, Reinhard,
Jg. '48, am FB 15 (Politische Wissenschaft) der FU Berlin(West)

Brockmeier, Jens,
Jg. '51, Doktorand der Philosophie an der FU Berlin(West)

Ellwardt, Michael,
Jg. '49, Diplom-Soziologe, Doktorand am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Uni-Marburg

Hültenschmidt, Erika,
Jg. '45, Promotion in Linguistik/Romanistik, wissenschaftliche Assistentin an der der GHS Wuppertal

Maase, Kaspar,
Jg. '46, Dr. phil., Lektor und Publizist in München

Mazzone, Alessandro,
Jg. '32, Dr. phil., Dozent für Geschichte der neueren und neuesten Philosophie an der Universität Messina, Mitglied der phil. Sektion des Gramsci Instituts in Rom

Müller, Henning,
Jg. '43, Dr. phil., freier Journalist in Berlin(West), Arbeitsgebiet Kulturpolitik

Neusüss, Arnhelm,
Jg. '37, Prof. Dr., an der Pädagogischen Hochschule Berlin(West)

Paetau, Michael,
Jg. '47, Diplom-Soziologe, Marburg

Preiss, Hans,
Jg. '27, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der IG Metall

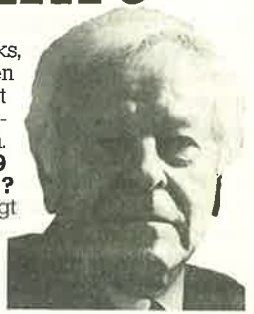
Roth, Winfried,
Jg. '52, Diplom-Volkswirt, Publizist, Berlin(West)

Schöfer, Erasmus,
Jg. '33, Dr. phil., freier Schriftsteller in Köln

Schubring, Gert,
Jg. '44, Dr. math., Bielefeld

Tomberg, Friedrich,
Jg. '32, Prof. für Philosophie an der PH Berlin(West)

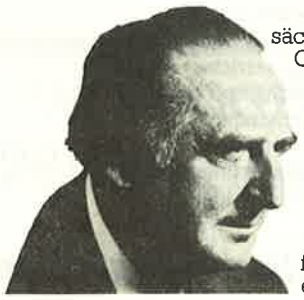
Recherchen für die Zukunft



Wilhelm Fucks,
der in den 60er Jahren
»Formeln zur Macht« aufstellte, prophezeit
in seinem neuen Buch eine Machtwanderung nach Osten und Fernosten.
Haben die Westmächte das Heft 1999 noch in der Hand?
Ein beunruhigendes Sachbuch – vorgelegt von einem nachdenklichen Wissenschaftler.

Wilhelm Fucks
Mächte von Morgen
Kraftfelder, Tendenzen, Konsequenzen
277 Seiten mit 9 Schautafeln und zahlreichen Tabellen
DM 32,–

Eduard Pestel, Rolf Bauerschmidt, Michael Gottwald, Peter Möller, Wolfgang Oest, Wolfgang Ströbele
Das Deutschland-Modell
Herausforderungen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert
236 Seiten mit 36 Schaubildern und Tabellen
Paperback, DM 24,–



Professor Eduard Pestel ist niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kunst, Gründungsmitglied des Exekutivkomitees des Club of Rome, seit 1971 Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft und Autor von »Menschheit am Wendepunkt« (zusammen mit Mihailo Mesarović). Die Mitautoren sind Mitarbeiter des Instituts für Angewandte Systemforschung und Prognose e.V. (ISP) in Hannover.

Deutsche Verlags-Anstalt
dva

Kritische Stichwörter

Der Buchtyp trägt aktuellem Informationsbedürfnis Rechnung und verbindet die Vorteile von Nachschlagewerk und Handbuch: übersichtliche lexikographische Anordnung und ausführliche Querverweise auf im Kontext relevante Stichwörter ermöglichen eine systematische Orientierung mit minimalem Zeitaufwand. Bibliographische Hinweise auf weiterführende Literatur sind nach Problembereichen geordnet und gestatten dem an intensiver Auseinandersetzung mit speziellen Fragen interessierten Leser schnelle und gründliche Einarbeitung.

Kritisch sind diese Stichwörter in zweifachem Sinn: einerseits erlauben sie eine erste systematische Analyse und Bestandsaufnahme noch umstrittener Wissenschaften und Theorien und arbeiten neueste Forschungsergebnisse auf; andererseits bringen sie »etablierte Lehrmeinungen« unter Bezugnahme auf neue Daten und Ergebnisse kritisch auf den Prüfstand.

Umfang: zwischen 220 und 360 Seiten
Preise: zwischen DM 16,80 und DM 19,80

Soeben erschienen:

Karl W. Bauer/Heinz Hengst, Hrsg.
Kritische Stichwörter zur Kinderkultur
366 S. kart. DM 19,80

Inhalt
Vorwort, Einleitung, Abenteuerliteratur, Bibliothek, Bilderbuch, Comics, Elternratgeber, Familie, Familienrecht, Familiale Sozialisation, Fernsehen, Film, Funk, Gesellschaftsspiele, Gesellschaftsverständnis, Heimerziehung, Kinderarbeit, Kinderfest, Kinderfreundschaften, Kindergarten, Kinderhort, Kinderkleidung, Kinderkriminalität, Kinderläden/Schülerläden, Kinderliteratur, Kinderöffentlichkeit, Kinderschutz, Kindersprüche, Kindertheater, Kinderwohnen, Kinderzeichnung, Kindesmißhandlung, Kreativität, Mädchenliteratur, Märchen, Musik, Phantasie, Sachbuch, Schallplatte/Kassette, Schule, Sexualität, Spielaktionen, Spielplatz, Spielzeug, Sport, Vorschulerziehung, Werbung, Wettbewerbe, Zeitung/Zeitschrift, Zensur.

Dieses Handbuch kann und will eine geschlossene Theorie der Kinderkultur weder entwickeln noch ersetzen. Es versucht allerdings in Originalbeiträgen von Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen zentrale Gegenstandsbereiche, die eine solche Theorie systematisch zu erklären hätte, zu versammeln, um damit die scheinbar gesicherten Abgrenzungen überkommener Wissenschaftsdisziplinen, die für die Praxis immer schon problematisch waren, überwinden zu helfen. Der Band wendet sich besonders an Studenten und Lehrer aller Fächer, Erzieher, Sozialpädagogen, Literatur- und Medienwissenschaftler, Erziehungs- und Sozialwissenschaftler.

Weitere Bände zu folgenden Themen sind in Vorbereitung:
Gesamtschule
Medienwissenschaft
Sozialpsychiatrie
Musikunterricht
Gesprächspsychotherapie
Psychotherapie
Medienpolitik
Mathematikunterricht
Sozialpsychologie

Wilhelm Fink Verlag

Ab sofort vollständig lieferbar:

MARX-LEXIKON ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE

Deutsche Ausgabe Vaduz 1978. 9 in 5 Bdn.
2020 S. Lwd. sFr. 300.–
Bd. 1-3 in zweiter verbesserter Auflage. Bd. 1: Konkurrenz. Bd. 2: Methode. Bd. 3: Materialistische Geschichtsauffassung. Bd. 4/5: Krise.
TOPOS VERLAG
Äulestrasse 74, Postfach 668, FL-9490 Vaduz/Liechtenstein

NEUES FORUM juli/august 1978

j. dvorak entdeckt otto groß – sexpol vor reich · f. jung/o. groß: immer im rausch (texte) · b. kreisky: liebe söhne! · h. mahler: sesam öffne dich · k.-h. roth: rote massen · r. leitner: semperitstreik · h. pataki: witiko am heldenplatz · dutschke vor, noch ein tor! (r. dutschke & d. cohn-bendit diskutieren 3 stunden im österreichischen fernsehen – voller wortlaut!)

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Ich bestelle ☐ obiges Heft um öS 44 DM/sfr 6,50 ☐ ein Gratisprobeheft ☐ 1 Jahresabo um öS 320 DM/sfr 48 (☐ Student öS 240 DM/sfr 36 / Nachweis!) / Diese Anzeige fand ich in:
NAME ADRESSE

JÜRGENS BUCHLADEN
1 Berlin 33. Königin-Luise-Straße 40 • U-Bahn Dahlem-Dorf
Telefon (030) · 831 38 25 · NEU

PÄDAGOGIK · GESCHICHTE
PSYCHOLOGIE · PHILOSOPHIE
POLITIK & GESELLSCHAFT

SK

das sozialistische Nachrichtenmagazin

Informationen und Berichte
aus der sozialdemokratischen Bewegung

Kommentar: Peter von Oertzen, Herr Gessler
und die westeuropäische Linke

Gastkommentar: S. Masak (Prag)
Die Beziehungen BRD – CSSR ausbauen

Diskussion: Prof. W. Abendroth
macht kritische Anmerkungen
zum DKP-Programm-Entwurf

Position: Christoph Butterwegge
über Rekonstruktion oder Resignation
der sozialistischen Linken

SK an Argument: Kommt herunter
vom Podest, Genossen

Probeexemplar bestellen:

SK-Vertrieb W. Runge-Verlag

Postfach 60 61 67
2000 Hamburg 60

berliner EXTRA dienst

Die Neue

3. W M

Herausgeber:
Verlag + Druck Informdienst GmbH

TAGESZEITUNG

Herausgeber:
progress-dritte-welt-verlag pdw

EINE LINKE TAGESZEITUNG – SCHWER VORSTELLBAR!

Das haben wir – die Leute vom EXTRA-Dienst – auch jahrelang gedacht. Und wir haben jahrelang herumprobiert. Nun wagen wir das Unvorstellbare: Denn wir haben inzwischen nicht nur einen gleichgesinnten Partner gefunden – das Dritte-Welt-Magazin –, sondern auch eine Form, wie's gehen kann, ohne daß Millionen von einer ausufernden Papierflut verschlungen werden.

Diesen neuen Zeitungsstil – inhaltlich wie formal – kann man auf wenig Platz schwer vorstellen. Sie müssen die Zeitung in die Hand bekommen! Und das bald!

**AM FREITAG, DEN 22. SEPTEMBER,
BRINGT IHNEN DIE POST KOSTENLOS
DIE NEUE LINKE TAGESZEITUNG INS HAUS!**

In diesem Jahr nur einmal, an diesem einen Tag. Mit der Voraus-Nummer wollen wir uns der Kritik und der Solidarität unserer künftigen Leser stellen. Bei uns soll niemand die Katze im Sack kaufen, sondern das Blatt auf dem Tisch abonnieren.

Was für eine Informationspolitik wir machen wollen?

- Volle Anwendung und konkrete Verwirklichung des demokratischen Verfassungsauftrags
- Gewerkschaftsorientiert, da wir die deutsche Gewerkschaftsbewegung für die wichtigste gesellschaftliche Kraft zur Verteidigung der Grundrechte und zur offensiven Durchsetzung demokratischer Verfassungsinhalte wie sozialer Menschenrechte halten
- Internationale Solidarität gegen die Herrschaft des internationalen Kapitals wie auch Unterstützung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt als Ausdruck des Kampfes ihrer Völker für Selbstbestimmung und volle Souveränität.

Doch bleiben solche Positionsansätze in einem kurzen Werbetext Klischees, die zu wenig über Ihre neue Zeitung sagen, über täglich 1,4 Quadratmeter Nachrichten und noch 'mal Nachrichten, Analysen und Kommentare,
Legen Sie daher diese Anzeige nicht erst in eine Schublade, füllen Sie gleich den Coupon unten aus – eine Postkarte tut's auch – und lesen Sie Die Neue.
So wird Ihre Tagezeitung heißen, ab Februar 1979, sechsmal die Woche. Sonntags nie.
Auf Wiederlesen am 22. September!

COUPON: (ausfüllen, ausschneiden und zusenden!)
An den EXTRA-Dienst, Pfalzburgerstr. 20. 1000 Berlin 31

Bitte senden Sie mir kostenlos die Voraus-Nummer der NEUEN am Freitag, den 22. September, zu.

Name .....

Straße/Nr. .....

Wohnort (PLZ .....) .....

sdos

ZEITSCHRIFT FÜR FRANKREICHFORSCHUNG UND FRANZÖSISCHSTUDIUM

lendemains 11

EDITORIAL 2

SCHWERPUNKT LOUIS-SEBASTIEN MERCIER (Ed. Hermann Hofer)

Hermann Hofer: Louis-Sébastien Mercier und kein Ende 3

Karlheinrich Biermann: Mercier: Der Literat, das Volk und die öffentliche Meinung. Das Selbstverständnis des Schrifststellers in der Spätaufklärung und die Propagierung neuer Gattungen 11

Heide Hinz/Michael Hinz: Von der "ville-oeuvre" zur "ville santé/travail". Zu Merciers tableau de Paris 25

Claudia Albert: Geld und Moral: Zur Bedeutung des Geldes und seines Einflusses auf die Beziehung der Individuen in Merciers La Brouette du Vinaigrier 35

François Labbé: L'An 2440: une lecture maçonnique 41

Joseph Jurt: Die Sklaven- und Kolonialfrage in L.-S. Merciers L'An 2440 bis zur Französischen Revolution 53

Hans-Ulrich Gumbrecht: Über das Versiegen "süßer Tränen" in der Französischen Revolution - ein Aspekt aus der Funktionsgeschichte des "genre sérieux" 67

Ulrich Ricken: Merciers Néologie - ein Werk der Revolution? 87

WERNER KRAUSS: SUPPLEMENT IV ZUM DICTIONNAIRE PHILOSOPHIQUE

Almanach 96

FORUM

Roland Desné: Jean Meslier gesehen durch Arthur Fitger. Ein bisher verkannter Beweis für die Rezeption des französischen Materialismus des 18. Jahrhunderts in Deutschland gegen Ende des 19. Jahrhunderts. 101

Fjodor Narkirier: Georges Bernanos - Sänger von Verzweiflung und Hoffnung 107

MITTEILUNGEN ..... 116 u. 155

FRANCE ACTUELLE

Albert Statz: Neue Antworten auf alte Fragen? Zur politischen Lage in Frankreich nach den Wahlen 117

Ingo Kolboom: Frankreichs Unternehmer zwischen Konfrontation und "sozialer Öffnung": Die Strategie des CNPF seit 1972 125

Jacques Varin: Frankreichs Afrika-Politik 137

BESPRECHUNGEN 143

KRS/DRV - NACHRICHTEN 156

Autorenverzeichnis Heft 11 160

LENDEMAINS erscheint jetzt im PAHL-RUGENSTEIN VERLAG

Einzelheft: DM 7,70 (im Abonnement DM 6,70; für Schüler und Studenten DM 5,70). Zu beziehen bei: PAHL-RUGENSTEIN VERLAG, Gottesweg 54, 5 Köln 51

Der **sozialkompaß 78** ist das Handbuch für die Studentin und den Studenten in der BRD. Der **sozialkompaß 78** informiert auf 256 Seiten umfassend über die sozialen Rechte der Student(inn)en.

sozial kompaß 78

Im einzelnen erfährt man auf 8o Seiten alles übers **BAföG 78** und auf 8 Seiten von weiteren **Studienfinanzierungsmöglichkeiten**. Auf 16 Seiten gibt es Rechtshinweise zum studentischen **Wohnen** und zum **Wohngeld**. Die **Prüfungs-, Studienprobleme** und die **Studienplatzvergabe** nehmen 2o Seiten ein. Sämtliche **Sozialgesetze** wie Kindergeld, Rentenversicherung, Sozialhilfe, Arbeitslosenunterstützung, etc. sind auf ihre Anwendbarkeit für Studenten untersucht und auf 16 Seiten dargestellt.

Die speziellen Kapitel für **Ausländer** (17 Seiten) und **Studentinnen**(15 Seiten) machen den **sozialkompaß 78 zu einer runden Sache.** Der Adressenteil mit den 4o Seiten Umfang gibt einen umfassenden Überlick über die Hochschulorte in der BRD und die am Ort befindlichen Ämter bei denen man die oben dargestellten Sozialleistungen beantragen muß.

Durch den Preis von nur **5.8o DM** meinen wir ein sozial tragbares Buch anbieten zu können.

Der **sozialkompaß 78** ist im Buchhandel oder direkt beim Verlag:

VAS–Verlag für Ausbildung und Studium
Postfach 15 o7 34, 1ooo Berlin 15
gegen Vorkasse (5.8o DM in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck) erhältlich.

Bücher über Brecht

W. Hecht/ H.J. Bunge/ K. Rülicke-Weiler
Bertolt Brecht
Sein Leben und Werk
3. Auflage, 333 Seiten, Brosch., DM 9,–

Käthe Rülicke-Weiler
Die Dramaturgie Brechts
2. Auflage, Stückeregister Personenregister
46 Abbildungen, 288 Seiten
Brosch., DM 16,–

Ernst Schumacher
Die dramatischen Versuche Bertolt Brechts 1918–1933
mit einem Anhang und einem Nachwort des Autors
620 Seiten, Pp., DM 23,–

Wer war Brecht
Wandlungen und Entwicklung der Ansichten über Brecht im Spiegel von „Sinn und Form"
Herausgegeben und eingeleitet von Werner Mittenzwei
752 Seiten, gebunden, DM 28,–

Werner Hecht
Brechts Weg zum epischen Theater
2. Auflage,
Personenregister, 171 Seiten
Brosch., DM 7,–

Werner Mittenzwei
Bertolt Brecht
Von der „Maßnahme" zu „Leben des Galilei"
2. Auflage, 424 Seiten,
Brosch., DM 14,–

Ernst Schumacher
Brecht – Theater und Gesellschaft im 20. Jahrhundert
21 Aufsätze
3. Auflage, 372 Seiten,
Brosch., DM 14,–

deb verlag das europäische buch
Thielallee 34, 1000 Berlin 33

ARGUMENT-STUDIENHEFTE SH

Mit dieser neuen Reihe im Taschenbuchformat wollen wir die Weiterentwicklung eines Diskussionszusammenhanges fördern. Grundlegende Beiträge aus vergriffenen Argument-Heften und Argument-Sonderbänden, an denen sich bereits ganze „Generationen" von Studenten und Schülern geschult haben, sollen in dieser Form für Arbeitskreise, Seminare und Schulungsgruppen greifbar gehalten werden.

Argument-Studienhefte (SH)

Im Herbst 1978 werden ausgeliefert:

SH 13 Peter Fürstenau
Zur Psychoanalyse der Schule als Institution
20 Seiten 2,50 DM

SH 14 Heinz-Joachim Heydorn und Gernot Konneffke
Zur Funktion des Bildungswesens in der spätkapitalistischen Gesellschaft
70 Seiten 4,50 DM

SH 15 Frigga Haug
Für eine sozialistische Frauenbewegung
ca. 48 Seiten 3,50 DM

SH16 Friedrich Tomberg
Basis und Überbau im historischen Materialismus
80 Seiten 4,50 DM

SH 17 Thomas Metscher
Ästhetik als Abbildtheorie
58 Seiten 4,– DM

SH 18 Michael Nerlich
Romanistik und Antikommunismus
mit einer Stellungnahme des Deutschen Romanisten-Verbandes
46 Seiten 3,50 DM

SH 19 Bernd Jürgen Warneken und Klaus Dieter Lenzen
Diskussion zur Theorie literarischer Produktion
47 Seiten 3,50 DM

SH 20 W. F. Haug
Die Einübung bürgerlicher Verkehrsformen bei Eulenspiegel
24 Seiten 2,50 DM

SH 21 Axel Hauff
Die einverständigen Katastrophen des Karl Valentin
66 Seiten 4,50 DM

Argument-Verlag Tegeler Str. 6 1000 Berlin 65

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

109 Gewerkschafts-Diskussion (II)

Editorial: Gefälligkeitsrezensionen

W. Fabian: Tendenzen in den Streiks 1978
W. Petschick: Zur Überarbeitung des DGB-Grundsatzprogramms
H. Schäfer: Probleme der Lohn- und Tarifpolitik
Th. Hagelstange: Gewerkschaftsentwicklung und Krisen 1950–1975

Hochschulpolitik und Rechtsentwicklung

F. Hase/
K. H. Ladeur: Das „Politische Mandat" der Studentenschaft
H. Geil: Berufsverbote und Staatsschutz
Marvin/Theißen/Volgt:
Die NoFU – Zur Arbeitsweise der Rechtskräfte an der Universität
B. Güther: Entwicklung der Akademiker-Arbeitslosigkeit 1973–1978
Dokumentation: Offener Brief zum Thema Berufsverbote

110 Psychiatrie und Herrschaft/Fragen der Philosophie (I)

Statt eines Editorials:

W. F. Haug: Westlicher Marxismus? Kritik eines notwendigen Versuchs der Historisierung marxistischer Theorie
E. Wulff: Politische Indienstnahme der Psychiatrie in West und Ost (I)
E. Leiser: Zur materialistischen Begründung von Logik und Mathematik
J. M. Ripalda: Grenzen der Dialektik

Stalinismus-Forschung

V. Gransow: Jenseits des Stalinismus?

Arbeitergeschichtsschreibung

D. Peukert: Regionalgeschichtsschreibung der Arbeiterbewegung

Kongreßberichte:

Medienkongreß des DGB; Prokla-Arbeitskonferenz; Arbeitstagung Pädagogisches Museum; Arbeitsgruppe „Kulturhistorische Museen"

Dokumentation:

Erklärungen zu den „schwarzen Listen" des Bundesgrenzschutzes

Jedes Heft enthält einen umfangreichen Besprechungsteil und eine Zeitschriftenschau.
Erscheinungsweise: zweimonatlich; Umfang: ca. 160 Seiten.
Einzelpreis: 9,80 DM (im Abo 7,50 DM); für Stud. 8,– DM (im Abo 6,– DM).

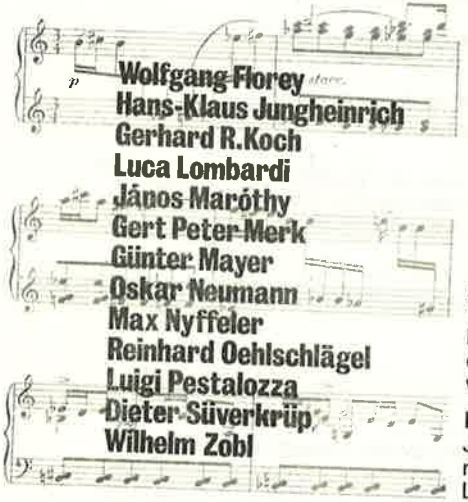
Argument-Vertrieb Tegeler Str. 6 1000 Berlin 65 Tel.:030/461 90 61

Soeben neu erschienen in der Reihe –

MARXISTISCHE ÄSTHETIK + KULTURPOLITIK

Jungheinrich · Lombardi

MUSIK IM ÜBERGANG



Von der bürgerlichen zur sozialistischen Musikkultur.
(184 Seiten, Broschur, DM 24,–)

Welche Zukunft hat die Musik?

Sachkundige Autoren aus der Bundesrepublik, Italien und Österreich, der DDR und Ungarn machen Vorschläge für eine demokratische Musikkultur – aus der Praxis für die Praxis.
Komponist, Pädagoge, Liedermacher, Kritiker, Organisator im Musikleben, Wissenschaftler – die Mitarbeiter bringen ihre vielfältigen wichtigen Erfahrungen ein.
International ist der Gesichtskreis, unterschiedlich sind ästhetische und politische Positionen, gemeinsam ist die Überzeugung: Künstler und Publikum zusammen schaffen den Übergang zu einer Musikkultur, die wirklich Zukunft hat.

Die Herausgeber: Hans-Klaus Jungheinrich, Kritiker und Publizist, Musikredakteur der ›Frankfurter Rundschau‹. – Luca Lombardi, Komponist und Musikwissenschaftler, Professor in Pesaro.

Außerdem neu.

Berthold Beiler

WELTANSCHAUUNG DER FOTOGRAFIE

(192 Seiten, 46 Abbildungen, Broschur, DM 12,–)

Berthold Beiler (1915–1975) war der führende Theoretiker der Fotografie in der DDR.

In ›Weltanschauung der Fotografie‹ sind die auch für die Bundesrepublik besonders aktuellen Abschnitte aus Beilers wichtigsten Publikationen zusammengefaßt. Kein Buch für Anhänger einer von der Fotoindustrie geförderten ›Hobbyknipserei‹, sondern für Fotografen, die die Kamera als ›Auge der Klasse‹, als eine Waffe für die gesellschaftliche Auseinandersetzung benutzen wollen.

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei –
Damnitz Verlag GmbH
Hohenzollernstraße 144
8000 München 40
Tel. 089-30 10 15/16

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

Louis Althusser

Die Krise des Marxismus

- Wie es in der FKP nicht mehr weitergehen kann
- Die historische Bedeutung des 22. Parteitages der FKP
- Über die Krise des Marxismus
- 4 Fragen an Louis Althusser

POSITIONEN 6

VSA

Eiffestr. 598, 2000 Hamburg 26

deb Neuerscheinungen '78

Heinz Neugebauer
Anna Seghers — Ihr Leben und Werk
239 Seiten, Brosch.,
DM 8,80

1928 erhielt Anna Seghers für die Erzählung „Der Aufstand der Fischer von St. Barbara" den Kleist-Preis. Im gleichen Jahr trat sie in die KPD ein und wurde Mitglied im Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller. Anna Seghers wurde 1900 in Mainz geboren. Sie studierte Geschichte, Kunstgeschichte und Sinologie in Köln und Heidelberg. In der Zeit des Faschismus emigrierte sie zuerst nach Frankreich, dann nach Mexiko. Seit 1947 lebt Anna Seghers in der DDR. Sie war Vorsitzende des Schriftstellerverbandes der DDR. Anna Seghers schrieb Meisterwerke des sozialistisch-realistischen Romans. Neugebauer weist jedoch nach, daß ihr mindestens eine ebenso große Bedeutung als Erzählerin zukommt.

Manfred Müller
Auf dem Wege zum „Kapital"
Zur Entwicklung des Kapitalbegriffs von Marx in den Jahren 1857 bis 1863
160 Seiten, Brosch.,
DM 14,80

Diese Geschichte des Marxschen Hauptwerkes, unter besonderer Berücksichtigung der Entstehung der Werttheorie und des Begriffs „Kapital im allgemeinen" in den Marxschen ökonomischen Manuskripten vor und nach 1859, untersucht insbesondere welche Teilarbeiten von Marx neben den „Grundrissen" in „Das Kapital" eingegangen sind und welches die zeitliche Reihenfolge der Arbeiten zum „Kapital" war.

Horst Kühne
Spanien 1936 bis 1939
Proletarischer Internationalismus im nationalrevolutionären Krieg des spanischen Volkes. 448 Seiten, Leinen,
DM 18,—

Anhand von teilweise erstmalig veröffentlichten Dokumenten untersucht der Autor sowohl den Einsatz der faschistischen Wehrmacht gegen die spanische Republik als auch die Nichteinmischungspolitik der Westmächte. Besondere Aufmerksamkeit finden die militärpolitischen Aspekte der heldenhaften Massenkämpfe der spanischen Volksarmee und ihrer Internationalen Brigaden bei der Verteidigung der Republik.

N.I. Kondakow
Wörterbuch der Logik
Herausgeber der deutschen Ausgabe: Erhardt Albrecht und Günter Asser
1. Auflage, ca. 3000 Stichworte, 554 Seiten,
Leinen, DM 28,—

Das Wörterbuch der Logik des bekannten sowjetischen Logikers N.I. Kondakov stellt in der internationalen Literatur das umfassendste Nachschlagewerk zur Logik und ihrer Geschichte dar. Da die Logik, besonders in Gestalt ihrer modernen Form, der mathematischen Logik, heute zu einer der wichtigsten Wissenschaftsdisziplinen geworden ist, gibt es fast kein Gebiet in der Wissenschaft und Technik, wo sie keine Anwendung findet. Es werden grundlegende Termini und Begriffe solcher an die formale Logik angrenzender wissenschaftlicher Disziplinen wie der Kybernetik, Mathematik, Informatik, Psychologie, Sprachwissenschaft, Rhetorik, Erkenntnistheorie und Methodologie in einer Form dargestellt, die einem breiten Leserkreis zugänglich ist. Fast 3000, dem neuesten Stand der internationalen Forschung entsprechenden Artikel geben umfassend Auskunft über die Errungenschaften der logischen Wissenschaft von heute.

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an.

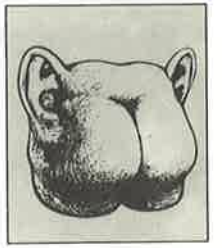
verlag das europäische buch
Thielallee 34, 1000 Berlin 33

3

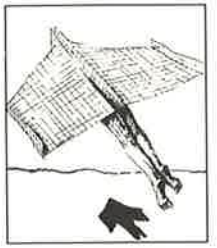
Liebe Leser von Stern, Zeit, Spiegel, Playboy, Capital und Und: zur Entspannung empfehlen wir pardon

Ein Reise-Journal

Eine Literatur-Zeitschrift


Eine Anatomie -Zeitschrift

Ein Foto-Magazin

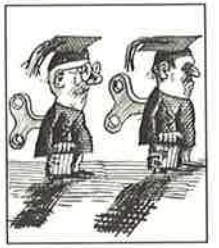

Ein Piloten-Fachblatt

Eine Humor-Zeitschrift

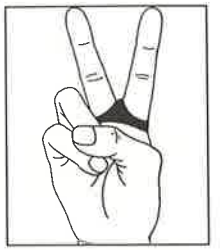
Ein Trachten-Fachblatt

Ein Bastler-Journal

Eine Sport-Illustrierte


Eine Studenten-Zeitschrift

Ein Freizeit-Magazin


Ein Emanzipationsblatt

pardon - der Spaß, den jeder braucht

A 4846 FX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
verlag
das europäische buch
Thielallee 34
1000 Berlin 33

Hier
könnte Ihr Name stehen
und der Briefträger bringt
Ihnen die SOPO ins Haus.
JAHRESABO (4 HEFTE) DM 36.–
Bestellungen bitte an den Verlag

Exklusiv auf „pläne"-Platten!

Carlos Puebla:
TRAIGO DE CUBA UN CANTAR
Best.-Nr. G-8-2016

Silvio Rodríguez:
DIAS Y FLORES
Best.-Nr. G-8-2015

Carlos Puebla:
SOY DE PUEBLO
Best.-Nr. G-8-2017

Grupo de Experimentacion Sonora ICAIC:
¡CUBA VA!
Best.-Nr. G-8-2018

Gesamtverzeichnis anfordern. Kostenlos. Kennwort SOPO bitte angeben!

pläne

Verlag „pläne" GmbH
Postfach 827
4600 Dortmund 1
Tel. 0231 / 81 89 25